

HB



**JAHRBUCH**

**1992**

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

**JAHRBUCH 1992**

Redaktion: Siegwald Ganglmair

*Siegwald Ganglmair*

© by Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien  
Printed in Austria  
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien  
Satz: Peter Horn  
Hersteller: Plöchl-Druckgesellschaft m. b. H. & Co. KG., 4240 Freistadt  
ISBN 3-901142-06-1

## INHALT

### SIMON WIESENTHAL

Festvortrag anlässlich der DÖW-Jahresversammlung 1991 5

### BRIGITTE BAILER-GALANDA

Verfolgt und vergessen. Die Diskriminierung  
einzelner Opfergruppen durch die Opferfürsorgegesetzgebung 13

### PETER MALINA

"In Diensten von Macht und Mehrheit".  
Überlegungen zur "Endlösung der sozialen Frage"  
im Nationalsozialismus 26

### ELEONORE LAPPIN

Rechnitz gedenkt der Opfer der NS-Herrschaft 50

### JONNY MOSER

Die Anhalte- und Sammellager für österreichische Juden 71

### URSULA HEMETEK/MOZES HEINSCHINK

Lieder im Leid. Zu KZ-Liedern der Roma in Österreich 76

### DOKUMENTATION

Zwei Dokumente zur Geschichte des KZ Buchenwald 94



## SIEGFRIED BEER

Inspection of Mauthausen Concentration Camp.  
Ein früher Bericht des amerikanischen Geheimdienstes  
OSS aus dem befreiten Österreich 107

## HANS NEUBROCH/ALBERT STERNFELD

Rezensionen und Stellungnahmen zu Richard Foreggers Essay  
"Technical Analysis of Methods to Bomb the Gas Chambers of  
Auschwitz" 120

## MATTHIAS BOECKL

Begrenzte Möglichkeiten. Vorgeschichte, Vertreibung und  
weitere Laufbahn österreichischer Architekten der  
klassischen Moderne in den Vereinigten Staaten 1938-1945 132

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN  
WIDERSTANDES

Tätigkeitsbericht 1991 157

Die Autoren 165

## SIMON WIESENTHAL

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JAHRESVERSAMMLUNG DES  
DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDER-  
STANDES IM ALTEN RATHAUS, WIEN, 11. MÄRZ 1991

Liebe Kameraden und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Märztag sind in Österreich sehr oft dem Erinnern gewidmet – seit 45 Jahren leben wir in einer Demokratie und haben heute gewisse Probleme, die wir uns im Jahre der Befreiung 1945 nicht hätten vorstellen können.

Der Nationalsozialismus lag damals am Boden, Österreich war von den Alliierten befreit, die Nazis waren auf der Flucht oder untergetaucht, der Kollaps des Regimes war total. Schon damals sagte ich mir angesichts unserer erdrückenden Verluste: Bevor ich meinen Beruf als Architekt wieder aufnehme und Häuser baue, möchte ich daran mitwirken, die Gerechtigkeit wieder aufzubauen, denn Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit sind die Grundpfeiler, ja die Voraussetzung für ein Leben in einer funktionierenden Demokratie.

Wir wissen heute, daß wir nicht alles erreicht haben, was wir uns damals vorgenommen haben. Wir erleben, daß die Gerechtigkeit für die Untaten der Nazis mit Millionen Toten und tausenden Kranken und Verkrüppelten nur in beschränktem Umfang verwirklicht worden ist. Über dieses Problem möchte ich heute vor diesem Publikum, den anwesenden Kameraden und Freunden, sprechen.

Zu einzelnen Aspekten dieses Problems wurde schon bei Veranstaltungen, in Vorträgen und Beiträgen in den Medien Stellung genommen, aber es ist an der Zeit, ein Resümee vor allem für die Generation der Überlebenden zu ziehen, die mit jedem Tag ihrem biologischen Ende näher kommt. Die tausenden, die es geschafft haben, die Konzentrationslager zu überleben, die aus Gefängnissen Befreiten und die tausenden Vertriebenen oder Flüchtlinge, die ihr Leben hatten retten können, haben geglaubt, sie könnten die neue, auf den Trümmern des Nationalsozialismus zu errichtende politische Ordnung Österreichs mit ihren Erfahrungen mitgestalten. Doch die Zeit der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und den Fehlern der Vergangenheit war nur von kurzer Dauer. Es wäre längst am Platze, auch über unsere eigene Schuld an dieser Entwicklung seither nachzudenken.

Nach dem Krieg wurde ein allgemeiner, umfassender Verband der Opfer des Nationalsozialismus ohne Rücksicht darauf gegründet, aus welchen Gründen die Mitglieder verfolgt waren, ob es politische oder rassische Ursachen waren, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu



politischen Parteien, oder ob es gläubige Menschen waren, die den Nationalsozialismus aus religiösen Gründen abgelehnt hatten. Diese Periode der Gemeinsamkeit war bald vorbei, und heute können wir über diesen schweren Schaden, der allen Verfolgten vor allem durch den extremen Kommunismus – den Stalinismus – zugefügt wurde, sprechen. Der von Stalin geführte Kommunismus wollte sich im Streben nach der Vorherrschaft in Europa der Verfolgtenverbände bedienen. In manchen Ländern wurde die Geschichte des Widerstandes verfälscht, und besonders in den Staaten des Ostens, wie Polen, begann nach Kriegsende eine Verfolgung der Mitglieder des nationalen Widerstandes. So war es nach der Strategie der Kommunisten naheliegend, daß auch in Österreich dem Verfolgtenverband diese kommunistische Rolle zufallen sollte. Das führte notgedrungen zu einer Spaltung im Verband, aus einer Organisation wurden drei. Die Kräfte des Leidens, der Verfolgung und des Widerstandes, die eine explosive Stärke hätten haben können, wurden in Zündhölzer umgewandelt. Den politischen Parteien, die nach der Mehrheit bei Wahlen schielten, kam die Angst der Nazis, vielleicht doch zur Verantwortung gezogen zu werden, zugute. Nur kurze Zeit nach der Befreiung Österreichs gab es von seiten der Sozialisten Parolen wie "Nazis nach Sibirien" oder "Schluß mit der Braunen Brut" usw., bald wich diese Einstellung aber der ernüchterten Erkenntnis, daß ohne Nazi-Stimmen eine Partei keine Majorität erreichen konnte. Die nach dem Krieg vorgeschriebene Registrierung ehemaliger Nazis erbrachte eine Zahl von 660.000 Erwachsenen bei einer Zahl von Wahlberechtigten von etwa 4 Millionen – diese Relation bestimmte die Vorgangsweise aller Parteien.

Wenn man 82 Jahre alt ist wie ich und trotzdem noch ein gutes Gedächtnis hat, sieht man, wie schon in den Jahren 1947/48 die Parteien den Aufbau ihres Wählerpotentials betrieben. Man darf ja nicht vergessen, daß auch die Familienangehörigen dieser 660.000 Registrierten Wähler waren und ein kolossales Stimmenreservoir bildeten. Diesen vielen Wählerstimmen gegenüber standen die wenigen tausend Österreicher, die durch die Nazis verfolgt und geschädigt waren, auf – fast möchte ich sagen – verlorenem Posten, umso mehr als sie durch die Zersplitterung in Verbände und Gruppen nicht mit einer starken Stimme sprechen konnten. Die Toten hatten kein Wahlrecht, und das wog schwer. Ich weiß, daß man gerade diese Fakten ungern hört und akzeptiert, aber wann und wo soll ich sie sagen, wenn nicht hier und jetzt.

Was wir als Antwort auf unsere legislativen Forderungen bekommen haben, ist das sogenannte Verbotsgesetz mit Mindeststrafen von fünf Jahren, das sich aber heute im Kampf gegen neonazistische Erscheinungen und Aktivitäten als untauglich erwiesen hat. Gegen eine Novellierung aber

sträuben sich alle Parteien.

Mit der Berliner Blockade im August 1948 begann der Kalte Krieg, er dauerte zwölf Jahre, und in dieser Zeitspanne ist auf dem Gebiet der Gerechtigkeit sehr wenig geschehen. Unter dem Druck der Besatzungsmächte wurde zwar eine Anzahl Nazis aus wichtigen Positionen entfernt und außer Dienst gestellt, aber nach dem Staatsvertrag wurden diese Maßnahmen wieder rückgängig gemacht. Es folgte eine Amnestie nach der anderen, auch die Vermögen von verurteilten Nazis wurden nicht – wie in der Bundesrepublik Deutschland – zur Wiedergutmachung an den Opfern herangezogen. Wenn man etwas für die Verfolgten tun wollte, überlegte man sich als eine Art Gleichgewicht, auch etwas für die Nazis zu tun. Eine kleine Geschichte aus den sechziger Jahren soll die Situation illustrieren.

Ich hatte in Erfahrung gebracht, daß sich noch eine große Anzahl von Gemälden und Kunstwerken, die von den Nazis geraubt worden waren, in der Obhut des Bundesdenkmalamtes in Depots oder auch in Botschaften und Museen befand. In Briefen an die Regierung regte ich an, die Kunstschätze zu registrieren und in geeigneter Form zu veröffentlichen, damit ehemalige Besitzer oder deren Hinterbliebenen bzw. Nachkommen, die in aller Welt verstreut waren, die Möglichkeit erhielten, ihr Eigentum wieder zu bekommen. Die Regierung war prinzipiell damit einverstanden, aber es dauerte mehrere Jahre, bis es entsprechende Gesetze gab. Als der Entwurf für dieses Gesetz endlich ins Parlament kam, mußte ich feststellen, daß am selben Tag ein sogenanntes "Zwischenzeitengesetz" beschlossen werden sollte. Hinter diesem nichtssagenden Titel verbarg sich ein Gesetz zugunsten der ehemaligen Nazis, wonach diesen Personen, die nach dem Krieg außer Dienst gestellt worden waren, diese Zeiten als Dienstzeiten für die Pensionsberechtigung angerechnet werden sollten. Diese Art der "Koppelung" hatte es – wie ich schon sagte – auch früher gegeben. Das "Kunstbereinigungsgesetz", das 1968 beschlossen wurde, hat bis heute nicht zu einer befriedigenden Abwicklung des Problems geführt. Die Nachweise über berechnete Ansprüche sind von Angehörigen ehemaliger Besitzer – damals oft noch Kinder – sehr schwer zu erbringen.

Vor einer Woche besuchte mich ein Journalist vom ORF, um mir vor laufender Kamera die Frage zu stellen, welche Maßnahmen gegen Zeitungen wie "Sieg" oder "Halt" ergriffen werden sollten, damit sie beschlagnahmt werden könnten. Ist es nicht erschütternd, daß wir 46 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes vor dem Problem

\* Im Februar 1992 soll im Nationalrat eine Novellierung des Verbotsgesetzes beschlossen werden, die ausdrücklich die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt.



stehen, daß wir keine geeigneten gesetzlichen Mittel gegen Leute haben, die mit diesen Publikationen die Toten verhöhnen, indem sie behaupten, es habe keine Gaskammern gegeben, die Überlebende beleidigen und ihnen Betrug unterstellen und die dem Ansehen Österreichs in aller Welt großen Schaden zufügen. Haben wir in dieser Hinsicht nicht auch zu wenig getan?

Ich erinnere mich an eine einzige gemeinsame Aktion von Josef Hindels und mir bei Justizminister Dr. Christian Broda gegen die in München erscheinende "Deutsche National-Zeitung" – und auch in diesem Fall haben wir nichts erreicht. Im Zusammenhang mit der Zeitung "Sieg" sprach ich einmal beim damaligen Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowitz vor. Ich brachte ihm ein Exemplar dieser Zeitung, wies auf die Lügen und Verleumdungen darin hin und bat ihn zu verhindern, daß diese Art von Propaganda vor den Schulen an unkritische Jugendliche verteilt werde. Er war der Meinung, daß dagegen etwas unternommen werden müsse, und wollte sich bei seinem nächsten Besuch in Vorarlberg – wo diese Zeitung produziert wird – informieren. Ich hörte nichts mehr darüber. Dutzende Anzeigen brachten keine Änderung.

Vor einigen Jahren wandte ich mich an Justizminister Dr. Egmont Foregger. Ich unterbreitete auch ihm die Problematik des sehr hohen Mindeststrafmaßes des Verbotsgesetzes und die dadurch verursachte Überforderung der Geschworenen in Prozessen wegen neonazistischer Aktivitäten. Ich verwies auf die guten Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland mit dem sogenannten "Auschwitz-Lüge-Gesetz". Die Staatsanwaltschaften werden dort sofort tätig, die das Gesetz Verletzenden werden zu drei oder sechs Monaten Haft und zu saftigen Geldstrafen verurteilt, wie das auch immer wieder in der Presse gemeldet wird. "Halt" oder "Sieg" könnten in der Bundesrepublik nicht erscheinen, daher sollten wir auch auf den Export dieser Zeitungen gerade in die Bundesrepublik verzichten können, indem wir nach deutschem Muster ein Gesetz schaffen – die Staatsanwaltschaft würde es begrüßen. In Österreich werden jedes Jahr einige hundert Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen neonazistischer Äußerungen erstattet, aber die Staatsanwälte wissen, daß sie mit dem Verbotsgesetz und seiner Mindeststrafe von fünf Jahren bei den Geschworenen nicht durchkommen. So übergibt man die Anzeigen dem Innenministerium, dort werden die rechtsextremen Aktivisten wegen Störung der Ordnung oder nach dem Mediengesetz zu Geldstrafen verurteilt. Da diese Strafen aber nirgendwo publik gemacht werden, wird auch keine abschreckende Wirkung erzielt. Minister Dr. Foregger versprach mir, sich beim deutschen Amtskollegen über dessen Erfahrung mit dem "Auschwitz-Lüge-Gesetz" zu erkundigen – ich habe nichts mehr von ihm darüber gehört.

Lassen Sie mich noch etwas über meine eigentliche Arbeit, die ich seit über 45 Jahren ausführe, sagen. Wir hatten immer mit Gegnern und Widerständen zu tun, aber es gab drei Handikaps, die unsere Arbeit erschwerten.

Das erste war die von Goebbels 1941 erfundene und 1943 von den Alliierten übernommene Bezeichnung "Kriegsverbrecher", die nach dem Kriege von aller Welt akzeptiert wurde. Natürlich gab es auch Kriegsverbrechen, wie die Bombardierung von Belgrad, von Rotterdam nach dem Fall Hollands, von Dresden oder Hiroshima. Die Verbrechen der Nazis haben, wie wir wissen, sehr wenig mit dem Krieg zu tun. Die Gründung der Konzentrationslager, die Nürnberger Gesetze, die "Kristallnacht", die Morde der Nacht der "langen Messer" – all das geschah lange vor dem Krieg. Und während des Krieges wurden tausend Kilometer hinter der Front Millionen Menschen in Lagern umgebracht – das hatte keinerlei Einfluß auf das Kriegsgeschehen. Den einzigen direkten Zusammenhang gibt es nur bei der Anzahl der Opfer. Durch die Vergrößerung des nazistischen Machtbereiches konnten noch viel mehr unschuldige Menschen ermordet werden.

Wenn wir aber diese Verbrechen Kriegsverbrechen nennen, machen wir aus den Mördern Soldaten. Ein Soldat kämpft mit dem Risiko, der Soldat ist bewaffnet, ebenso sein Gegner. Aber die Leute, die in den Konzentrationslagern Häftlinge bewachten, quälten und umbrachten, gingen dabei keinerlei Risiko ein. Millionen deutscher Soldaten, darunter auch viele Österreicher, kamen im Laufe des Krieges ums Leben. Aber 95 Prozent und vielleicht noch mehr der Naziverbrecher haben den Krieg überlebt.

Das zweite Handikap habe ich schon erwähnt, es war der Kalte Krieg, diese zwölf Jahre der Untätigkeit auf dem Gebiet der Gerechtigkeit. Tausende Verbrecher benutzten die Zeit zur Flucht und landeten mit Hilfe verschiedener Fluchtorganisationen wie "Odessa", "Sechs-Gestirn", die "Spinne" und andere im sicheren Ausland. Eine Reihe von Verbrechen verjährte, wie z. B. Totschlag. Nach dem Eichmann-Prozeß versuchte man vor einem neuen Publikum in der Welt, einer neuen Generation, die Sache der Gerechtigkeit wieder aufzunehmen, und es wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg gegründet, die sich ausschließlich mit der Bearbeitung von Naziverbrechen befaßte. In Österreich hatte man im Innenministerium die Abteilung 2 und später die Abteilung 18 mit dieser Aufgabe befaßt. Das belastende Material mußte in Deutschland wie in Österreich aus den Kellern der Gerichte heraufgeholt werden, viele der Zeugen waren inzwischen verstorben, und auch einige von denen, die die Verbrechen begangen hatten, waren nicht mehr am Leben. Die Geschichte des Kalten Krieges wurde bis heute nicht geschrieben, wir wissen nur, und das aus



eigener Erfahrung, daß sowohl der Westen als auch der Osten den Kalten Krieg verloren haben. Die einzigen Gewinner des Kalten Krieges sind die Nazis, und da besonders die Naziverbrecher.

Die Deutschen wußten gleich nach dem Krieg, daß die Wiedereintrittskarte in die Gemeinschaft der zivilisierten, respektierten Völker die moralische und materielle Wiedergutmachung ist. Und sie lösten diese Karte ein. Im Gegensatz dazu hat Österreich, das als Staat von den Alliierten als erstes Opfer der Naziaggression anerkannt worden war, diese Eintrittskarte umsonst bekommen. Das hatte Folgen – nachzulesen in den Protokollen des Ministerrats.

Ich kann mich noch gut an Aussprüche österreichischer Politiker erinnern, als sie im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen auf die Rolle der Österreicher im Rahmen der Deutschen Wehrmacht angesprochen wurden. Eine Standardformel war: Der Österreicher wurde in den preußischen Kommißstiefel gegen seinen Willen gepreßt. Das war ein schönes Bild für den Export. Für den Gebrauch im Inland, besonders vor Wahlen, gab es andere: Der Soldat hat seine Heimat verteidigt – auf Kreta und in Norwegen! –, oder, was auch heute noch gerne verwendet wird, der Soldat habe einfach seine Pflicht erfüllt.

Lassen Sie mich noch das dritte Handikap besprechen: Die Deutschen mußten sich mit einer ungeheuren Zahl von Verbrechen auseinandersetzen, die in ganz Europa begangen worden waren. Die elf deutschen Bundesländer hatten Sonderkommissionen geschaffen, die sich mit der Aufarbeitung des Materials befaßten. Da es auch Einheiten gegeben hatte, in denen Deutsche und Österreicher zusammen in Verbrechen verwickelt waren, wurden aufgrund der effizienten Arbeit deutscher Justizbehörden alle Hinweise und Aussagen über Österreicher nach Österreich abgegeben. In Österreich allerdings stellte man nur wenige dieser Leute vor Gericht. Es gab jede Menge Freisprüche, die in den Augen der Welt Aufsehen und auch Empörung erregt haben – zum Beispiel die Fälle Murer oder Verbelen.

Mehrere Male habe ich bei Justizminister Dr. Broda interveniert, doch mehr Staatsanwälte für diese Fälle einzusetzen. Einmal wurde ich bei ihm vorstellig, als in Koblenz der Prozeß wegen der Morde in Minsk stattfinden sollte. Ich ersuchte, einen Staatsanwalt zu entsenden, der den Prozeß an Ort und Stelle verfolgen sollte, weil auch Österreicher genannt und beteiligt waren, umso mehr als der Vorgänger des Hauptangeklagten in Minsk ein österreichischer Polizeirat und zum damaligen Zeitpunkt noch aktiv im Dienst war. Dr. Broda lehnte dieses Ansinnen mit der Begründung ab, er habe kein Budget für derartige Entsendungen. Ich sagte ihm, daß ich nach Koblenz gehen werde, um die Liste der 15.000 Wiener Juden, die nach Minsk deportiert und gleich nach ihrer Ankunft

ermordet worden waren, zu überreichen. Das sei der letzte Dienst, den man den 15.000 Toten aus Wien erweisen müsse. Dr. Broda und ich hatten keine gute Gesprächsbasis, so auch in diesem Fall. Er schrie mich an und beschuldigte mich, auf seinen Sturz hinzuwirken.

1972/73 wurden jedenfalls mehrere hundert Verfahren gegen Nazis aus Österreich eingestellt, nur acht waren Gegenstand von Prozessen, sechs davon endeten mit Freisprüchen. Das letzte Verfahren fand im November 1975 statt, seit dieser Zeit leben wir mit einer Art stillen oder kalten Amnestie. In der Bundesrepublik Deutschland laufen die Prozesse weiter, auch wenn die Beweisführung immer schwieriger wird. Erst vor einigen Wochen wurde ein Angeklagter, der Aufseher im Konzentrationslager Auschwitz war, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Lassen Sie mich zum Schluß auch noch etwas über einen Aspekt unseres Rechtssystems sprechen, nämlich über den Strafkodex. Als dieser vor etwa 140 Jahren, ich glaube, es war im Jahre 1867, beschlossen wurde (natürlich gab es in späteren Jahren immer wieder Novellierungen), verstand man unter einem Massenmörder in 99 Prozent der Fälle einen Psychopathen, der aus einer Irrenanstalt entlassen worden war, oder einen, der Amok lief und auf seinem Wege einige Menschen umbrachte, oder einen Mann, der im Affekt seine Familie ausrottete. Ein anderes Beispiel ist ein berüchtigter Mann namens Matuschka, der in den Zwanzigerjahren einen Eisenbahnwaggon mit einem Explosivkörper in die Luft sprengte und dabei 20 Menschen tötete. Diese Massenmörder von gestern sahen ihre Opfer, es gab eine Beziehung zwischen ihnen, vielleicht Haß oder Wut, und die Opfer sahen ihre Mörder. Die Nazizeit hat uns einen neuen Typ des Massenmörders beschert. Da saß ein Mann vor seinem Schreibtisch, mit einer Unterschrift oder einem Telefonanruf veranlaßte er über mehrere hundert Kilometer hinweg die Deportation oder die Vernichtung tausender Menschen. Er sah seine Opfer nicht, hatte keinerlei Beziehung zu ihnen, er führte seinerseits nur einen Befehl aus, und auch die Opfer wußten nicht, wer ihren Tod angeordnet hat. Und gegen einen solchen Täter haben wir nur unser altes Gesetz. Als ehemaliger Architekt fiel mir bei dieser Diskrepanz folgender Vergleich ein: Die Anwendung der bestehenden Gesetze auf die Nazimassenmörder ist genauso wie die Bekämpfung eines Erdbebens mittels baupolizeilicher Vorschriften.

Es war mir klar, daß diese Verbrechen, die Vernichtung tausender und abertausender Menschen, nicht adäquat bestraft werden können. In vielen alten Gerichtsgebäuden findet man die Statue oder das Bild der "Justitia" mit der Waage als Symbol für die Ausgewogenheit zwischen Tat und Sühne, Schuld und Strafe. Bei den Verbrechen, die die Nazis begangen haben, müßte man diese Bilder verhängen, wenn in einem Prozeß ein Täter für hunderte oder tausende Morde zur Verantwortung gezogen



wird. Hier kann es keine Ausgewogenheit geben. Daraus ergibt sich auch die Forderung, daß wir und die Öffentlichkeit solche Prozesse nicht nur vom juristischen Standpunkt aus betrachten, sondern auch vom historischen und erzieherischen.

Man fragt mich oft: Wie lange noch willst du diesen kalten Kaffee aufwärmen? Die Welt hat heute andere Probleme. – Davon bin ich nicht überzeugt. Gerade der Golfkrieg mit einem Diktator Saddam Hussein als Aggressor, die Unzahl der Verbrechen, die er im Verlauf seiner Herrschaft und der letzten Monate begangen hat oder durchführen ließ, sein Vorhaben, das von ihm an den Kurden im Irak oder iranischen Soldaten ausprobierte Giftgas einzusetzen, beweist nur, daß wir nach dem Sturz des Naziregimes zu wenig getan haben. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich gab es Demonstrationen gegen den Krieg am Golf, aber keiner der "Friedensdemonstranten" verirrte sich vor die irakische Botschaft, um gegen die Giftgasdrohungen des Irak gegenüber friedlichen Nachbarn zu protestieren.

Ich suche immer Gespräche mit jungen Menschen, denn ich bin überzeugt, daß man nur auf diese Weise etwas für die Zukunft tun kann. Auch das letzte Kapitel meines Buches "Recht, nicht Rache" wendet sich an junge Menschen. Ich sehe, daß die politischen Parteien sich zu wenig um die Jugend kümmern, sie lassen sie ohne Orientierung. Eine Südtiroler Maturaklasse schrieb mir und bat mich um ein paar Worte, einen Leitspruch, den ich ihnen für ihr weiteres Leben mitgeben könnte. Da erinnerte ich mich an die Nazizeit und an die jungen Leute in SS-Uniform, die unsere Bewacher waren und deren Verbrechen ich mit angesehen habe. Manche von ihnen erlebte ich später vor Gericht wieder. Ich antwortete nach Bozen: "Kein Mensch soll zulassen, daß eine Bewegung, eine politische Partei oder auch eine Person sein Gewissen mißbraucht oder ausschaltet."

In unserer Zeit sehen wir totalitäre Systeme zerbrechen, eines nach dem anderen fällt, es stürzen Ideologien. Der japanische Wissenschaftler Fukujama schrieb, daß es am Ende dieses Jahrhunderts keine extremen Ideologien mehr geben werde. Wenn er recht hat, dann wird das Intimste, was ein Mensch besitzt, nämlich sein Gewissen, frei von Beeinflussung sein. Vielleicht werden wir dann eine Weltordnung haben, in der es sich lohnt zu leben.

BRIGITTE BAILER-GALANDA

## VERFOLGT UND VERGESSEN

### Die Diskriminierung einzelner Opfergruppen durch die Opferfürsorgegesetzgebung

Das nationalsozialistische Regime verfügte über einen umfassenden, bis in den privaten Bereich des einzelnen Staatsbürgers hineinreichenden Überwachungs- und Terrorapparat, der der erzwungenen Anpassung des Individuums an die politischen und weltanschaulichen Normen des Regimes diente. Doch die geforderte Anpassungsleistung konnte nur derjenige erbringen, der den rassistischen Vorstellungen der nationalsozialistischen Ideologie entsprach oder nicht sofort nach dem "Anschluß" inhaftiert wurde und die folgenden sieben Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern zubringen mußte. Für Juden – wobei der Begriff des Juden bis ins Detail in den Nürnberger Gesetzen definiert war –, für Roma und Sinti, für Angehörige slawischer Völker, für Behinderte und Geisteskranke bestand auch im Falle von Anpassung und Wohlverhalten keine Chance, der Verfolgung zu entrinnen. Sie wurden ohne ihr Zutun zu Opfern und hatten unvorstellbares Leid zu ertragen. Zehntausende fielen in Österreich der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zum Opfer.<sup>1</sup>

Eine "Wiedergutmachung" des persönlichen und kollektiven Leidens während der NS-Zeit im Sinne von "wieder gut machen" konnte und kann es nicht geben.<sup>2</sup> Zu leisten wäre jedoch neben der möglichen Abgeltung materieller Schäden und ausreichender Unterstützung der in ihrer Arbeitsfähigkeit und Gesundheit stark eingeschränkten ehemals Verfolgten eine immaterielle Anerkennung der Leiden, um so wenigstens eine späte Akzeptanz der Opfer und damit gleichzeitig eine moralische Ausgrenzung der Täter zu vollziehen. Am Willen, diese Aufgabe zu lösen, muß die Bereitschaft der Republik Österreich zur ehrlichen Auseinander-

- 
- 1 Exakte Opferzahlen sind nur schwer zu ermitteln. Jonny Moser errechnete rund 65.000 jüdische Opfer: ders., Die Verfolgung der Juden, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 3, Wien 1975, S. 202. Zu Schätzungen betreffend die Zahlen anderer Opfergruppen: Wolfgang Neugebauer, NS-Gewaltverbrechen in Österreich 1938–1945, in: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) (Hrsg.), Faschismus. Krieg. Widerstand. Historikersymposium der FIR: "Die Aggressionen Nazi-deutschlands in Europa – Geschichte und Geschichtsschreibung, Wien 1989, S. 70 f.
  - 2 Zur Diskussion des Begriffes "Wiedergutmachung" siehe Brigitte Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema". Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich am Beispiel des Opferfürsorgegesetzes und anderer Maßnahmen für die Opfer des Nationalsozialismus, unveröff. Diss., Univ. Wien, Wien 1991, S. 8 ff.



setzung mit den Jahren des nationalsozialistischen Terrors gemessen werden. Die Maßnahmen zugunsten der Opfer werden so zum Indikator für die Abrechnung mit und Aufarbeitung der Vergangenheit. Legt man diesen Maßstab an das Handeln der Republik an, so erhärten sich die auch aus anderen Fakten herrührenden Bedenken, daß diese Auseinandersetzung und damit die von Mitscherlich zu Recht eingeforderte Trauerarbeit<sup>3</sup> in Österreich nur rudimentär geleistet wurde. Bis 1991 hatte niemals ein österreichischer Bundeskanzler die Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen an den Verbrechen des Nationalsozialismus eingestanden. Die bis zur verdienstvollen und beachtenswerten offiziellen Erklärung von Bundeskanzler Vranitzky vor dem Nationalrat im Juli 1991<sup>4</sup> vorherrschende Auffassung, Österreich selbst sei ausschließlich Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen und habe daher keinerlei Verpflichtung zur "Wiedergutmachung"<sup>5</sup>, zog schwerwiegende Folgen für die Gesetzgebung zugunsten der NS-Opfer nach sich.

Eine ganze Reihe von Gesetzen beschäftigte sich nach 1945 mit Maßnahmen zugunsten der Opfer des Nationalsozialismus, genannt seien die heftig umkämpfte Rückstellungsgesetzgebung<sup>6</sup>, die Sozialversicherungsgesetzgebung<sup>7</sup>, Beamtenentschädigungsgesetze u. a. Das für die meisten Opfergruppen zentrale Gesetzeswerk aber ist das aus 1947 stammende "Bundesgesetz über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung" (Opferfürsorgegesetz – OFG), das bis heute 28 Novellen und mehrere Änderungen erfuhr.<sup>8</sup> Wie in der Bezeichnung bereits zum Ausdruck kommt, war dieses Gesetz in seiner ursprünglichen Intention nicht als Entschädigungsgesetz (wie das Bundesentschädigungsgesetz der BRD<sup>9</sup>) geplant, sondern sollte die Befürsorgung der aufgrund der

3 Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.

4 Salzburger Nachrichten, 9. 7. 1991.

5 Vgl. dazu: *Maßnahmen der Republik Österreich zugunsten bestimmter politisch, religiös oder abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945*, Hrsg. Bundespressedienst, Wien 1988.

6 Vor allem das 3. Rückstellungsgesetz vom Februar 1946, das die Rückstellung von Immobilien und anderem Eigentum regelte, war in den Folgejahren Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Siehe dazu: Robert Knight, "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen." Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/Main 1988.

7 Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 326–335.

8 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), *Opferfürsorgegesetz*, Wien 1990.

9 Bundesentschädigungsgesetz vom 29. Juni 1956, 1965 wurde ein Schlußgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz verabschiedet. Ein knapper Überblick über die Geschichte des Gesetzes findet sich in: Christian Pross, *Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer*, Frankfurt/Main 1988.

Verfolgungserwerbsunfähigen Opfer des Nationalsozialismus<sup>10</sup> ermöglichen. In der ersten Fassung des OFG aus 1945<sup>11</sup> war diese Befürsorgung jedoch nur aktiven WiderstandskämpferInnen vorbehalten; die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen (vor allem die größte Gruppe, die jüdischen Opfer, aber auch aus religiösen oder nationalen Gründen Verfolgte) fanden in diesem ersten Gesetz keine Berücksichtigung. Erst die in ihren Grundzügen bis heute geltende neue Fassung aus 1947 sah auch bescheidene Hilfestellung für die Verfolgungsoffer vor. Ihnen gegenüber deutlich bevorzugt waren jene, "die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen die Ideen und Ziele des Nationalsozialismus mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben". (§ 1 Abs. 1 OFG) Diese allein sollten eine sogenannte Amtsbescheinigung erhalten, die zum Bezug von Renten, Heilbehandlung und weiteren, eher geringfügigeren Vorteilen<sup>12</sup> berechtigt. Für die damals sogenannten "passiven" Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen war der Opferausweis vorgesehen, der wenig mehr als eine moralische Anerkennung des Opferstatus bedeutet. Erst nach und nach wurde die Amtsbescheinigung auch Gruppen von Verfolgungsoffern zugestanden, die nicht "in Wort, Tat oder Schrift" aktiv gegen den Nationalsozialismus aufgetreten waren. Erst mit der dritten Novelle vom 9. Februar 1949 wurden die jüdischen Verfolgten in den Kreis der Amtsbescheinigungsbezieher aufgenommen, sofern sie mindestens ein Jahr oder – unter besonders schweren Bedingungen – ein halbes Jahr in Haft gewesen waren. Nicht berücksichtigt wurden mit dieser Novelle alle jene, die nach 1938 aus Österreich ins rettende Ausland hatten flüchten müssen, in der Folge die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hatten und weiterhin im Ausland geblieben waren. Der Verfolgungstatbestand der Vertreibung als solcher wurde erst zwanzig Jahre später ins OFG einbezogen!<sup>13</sup> Alle bis dahin erfolgten weiteren OFG-Verbesserungen wurden Österreich durch massiven Druck der Betroffenen und/oder des Auslands (USA und Großbritannien) abgerungen, während im selben Zeitraum alles zur Rehabilitierung der ehemaligen Nationalsozialisten und damit auch der Täter unternommen wurde.<sup>14</sup>

10 Das Gesetz bezieht sich an sich auf die politischen Opfer des Zeitraumes 6. 3. 1933 bis 9. 5. 1945. Im vorliegenden Aufsatz wird jedoch vorwiegend auf Opfer des Nationalsozialismus Bezug genommen.

11 Gesetz vom 17. 7. 1945 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich (Opferfürsorgegesetz), StGBI. Nr. 90/1945.

12 Möglichkeit, eine Tabakverschleißstelle (Trafik) zugeteilt zu bekommen, Empfehlung der bevorzugten Einstellung etc.

13 20. Novelle zum OFG vom 22. 5. 1969, BGBl. Nr. 205/1969.

14 Zur Geschichte des OFG und der "Wiedergutmachung" für die Täter siehe Bailer, "Für



Doch selbst jener im OFG bereits erfaßte Personenkreis stieß auf beträchtliche Probleme, zu seinem Recht zu kommen. Es mußte die oft mehr als kleinliche Auslegung des Gesetzes durch die zuständigen Behörden (Bezirksverwaltungsbehörden), das Bundesministerium für Soziale Verwaltung (heute für Arbeit und Soziales) und den als letzte Berufungsinstanz vorgesehenen Verwaltungsgerichtshof hingenommen werden, wobei der Verwaltungsgerichtshof selbst des öfteren die Behörden zu korrigieren hatte. Die Beweislast lag bei den Opfern. Sie mußten und müssen oft Jahrzehnte später Dokumente und Zeugen beibringen, um ihre Verfolgung zu belegen.

Da das OFG die Rentenzuerkennung an den kausalen Zusammenhang zwischen Verfolgung und bestehendem Gesundheitsschaden (Minderung der Erwerbsfähigkeit) knüpft, wird hier die nächste Hürde für die Antragsteller errichtet. Insbesondere bei psychischen Folgeschäden – deren Vorhandensein von internationaler Literatur ausreichend nachgewiesen ist<sup>15</sup> – mußten die Opfer mit weitreichendem Unverständnis und mit Verharmlosung seitens der Behörden rechnen. Neben den auch die anerkannten Opfergruppen treffenden Problemen des OFG gibt es darüber hinaus bis zur Gegenwart Opfergruppen, die besonders schwer zu ihrem Recht kommen bzw. vom OFG nach wie vor unberücksichtigt bleiben. Dabei handelt es sich vorwiegend um Menschen, die aus sozialen, ökonomischen oder gesundheitlichen Gründen am Rande unserer "bürgerlichen" Gesellschaftsordnung stehen, wie Roma und Sinti oder Behinderte.

### Roma und Sinti

Die Verfolgung der Roma und Sinti durch das nationalsozialistische Regime wird bis heute von einer breiteren Öffentlichkeit kaum, von der zeitgeschichtlichen Forschung nur nach und nach zur Kenntnis genommen<sup>16</sup>, obschon das Vorgehen der nationalsozialistischen Verfolger gegen

<sup>15</sup> Österreich war Wiedergutmachung kein Thema".

15 Vgl. dazu beispielsweise William G. Niederland, *Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom. Seelenmord*, Frankfurt/Main 1980, und Ritter Walter von Baeyer, Heinz Zäfner, Karl Peter Kisker, *Psychiatrie der Verfolgten. Psychopathologische und gutachtliche Erfahrungen an Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und vergleichbarer Extrembelastungen*, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1964. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Praxis in der BRD: Pross, *Wiedergutmachung*.

16 In diesem Zusammenhang muß auf die verdienstvolle Pionierarbeit durch Dr. Selma Steinmetz verwiesen werden, die wohl als erste in Österreich auf das Schicksal der Roma und Sinti in eigenen Arbeiten aufmerksam machte: Selma Steinmetz, *Österreichs Zigeuner im NS-Staat*, Wien 1966; dies., *Die Zigeuner*, in: *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation*, Hrsg. DÖW, Wien 1979, S. 244 ff.

die österreichischen "Zigeuner"<sup>17</sup> in seinen Grundzügen dem gegen die Juden angewandten gleicht. Sofort nach dem "Anschluß" 1938 erfolgten Schulbesuchs- und Berufsverbote; aufgrund eines Runderlasses des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei Heinrich Himmler wurden alle "Zigeuner" durch die Polizeibehörden registriert. 1939 setzten die ersten umfangreicheren Verhaftungsaktionen ein. Aufgrund einer Weisung des Reichskriminalpolizeiamtes Berlin wurden Männer mit ihren Söhnen unter dem Vorwand, sie seien arbeitsscheu und daher "asozial", in verschiedene Konzentrationslager gebracht. Diese Etikettierung als "arbeitsscheu und asozial" bereitete den ehemaligen Häftlingen nach 1945 beträchtliche Schwierigkeiten mit den Opferfürsorgebehörden. Im Juni 1939 wurden 440 Frauen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland ins neu errichtete Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingewiesen.<sup>18</sup> In den Konzentrationslagern wurden bevorzugt an Roma und Sinti Zwangssterilisationen und medizinische Experimente vorgenommen, an deren physischen und psychischen Folgeschäden die Überlebenden bis heute leiden<sup>19</sup>, auch wenn die Gutachter in Opferfürsorgefällen dies nicht wahrhaben wollen.<sup>20</sup> Ende 1940 wurde die Ausgrenzung und Gettoisierung der Roma und Sinti in eigenen Lagern vollzogen – neben zahlreichen kleineren Lagern vor allem im burgenländischen Lackenbach und in Salzburg-Maxglan.<sup>21</sup> Im Frühjahr 1943 erfolgte die Deportation tausender Roma und Sinti aus den besetzten Ländern Europas und auch Österreichs ins Konzentrationslager Auschwitz, wo die Nationalsozialisten in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 2.897 Frauen, Männer und Kinder in den Gaskammern von Birkenau ermordeten.<sup>22</sup>

Die Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie

Seit Beginn der Achtzigerjahre widmet sich vor allem Erika Thurner dieser Thematik: Erika Thurner, *Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich*, Salzburg 1983; dies., *Kurzgeschichte des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940–1945)*, Eisenstadt 1984. Weiters erschienen einige Diplom- und Hausarbeiten zu diesem Thema.

17 Der Begriff "Zigeuner" wurde den Roma und Sinti von außen zugeschrieben und wird vielfach mit negativer Konnotation verwendet.

18 Steinmetz, *Die Zigeuner*, S. 249 f.

19 Thurner, *Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich*, S. 215 ff.; Steinmetz, *Die Zigeuner*, S. 249 f.

20 Die Situation ist in der BRD keineswegs besser: Christian Pross, *Wiedergutmachung*, S. 273 f.; Helga und Hermann Fischer-Hübner (Hrsg.), *Die Kehrseite der "Wiedergutmachung"*, Gerlingen 1990, S. 163.

21 Zur Geschichte des Lagers Maxglan siehe: Erika Thurner, *Die Verfolgung der Zigeuner*, in: *Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945. Eine Dokumentation*, Hrsg. DÖW, Wien-Salzburg 1991, Bd. 2, S. 474 ff.

22 Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 838. Am Tag davor waren 1.408 Frauen und Männer in das KZ Buchenwald überstellt worden.



hatten nach 1945 wieder mit Vorurteilen und Vorbehalten zu kämpfen wie vor und während der NS-Zeit. Sie waren und blieben die "Fremden", deren Kultur und Lebensweise man mißtrauisch und ablehnend gegenüberstand, die zu verstehen man sich – abseits romantischer Klischees – nicht die Mühe machte, obwohl zahlreiche Familien beispielsweise im Burgenland bereits seit mehreren Generationen ansässig gewesen waren. In Erkenntnissen der Rückstellungskommissionen<sup>23</sup> ebenso wie in Entscheidungen der Opferfürsorgebehörden kam immer wieder zum Ausdruck, daß den Zeugenaussagen ehemaliger NS-Funktionäre deutlich mehr Beweiskraft zugebilligt wurde als jenen der Opfer selbst. Deutlich wurde dies vor allem, als nach der 7. OFG-Novelle 1952<sup>24</sup>, die die Auszahlung einer Entschädigung für Haftzeiten in Gefängnissen und Konzentrationslagern vorsah, zahlreiche Roma und Sinti Entschädigungen wegen ihrer Haft in Lackenbach beantragten. Alle diese Anträge wurden mit der Begründung, es habe sich – gemäß den Aussagen der ehemaligen Bewacher – in Lackenbach um keine Haft gehandelt, abgewiesen.<sup>25</sup> Erst als mit der 12. Novelle<sup>26</sup> auch eine Entschädigung für "Freiheitsbeschränkungen" ins OFG aufgenommen wurde, konnten Roma und Sinti diese für sich beanspruchen. Doch die Möglichkeit zur Erlangung eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung war damit nicht verbunden. Bescheidene Aussicht auf erfolgreiche Antragstellung hatten nur jene, die außer in Lackenbach auch noch in anderen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren. Erst 1988 (!) wurde aufgrund langjähriger Bemühungen der Opferverbände und engagierter HistorikerInnen das OFG dahingehend geändert, daß die ehemaligen Insassen von Lackenbach auch eine Amtsbescheinigung und damit Rentenfürsorge erhalten konnten.<sup>27</sup> Die Möglichkeit zur Erlangung eines Opferausweises war bereits 1975 geschaffen worden.<sup>28</sup> Doch dessen materielle Auswirkungen waren bekanntlich äußerst gering – welchen Nutzen sollte ein Steuerabsetzbetrag, der aufgrund eines Opferausweises geltend gemacht werden kann, für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen auch haben?

Doch nicht nur in der Bewertung des Charakters von Lackenbach wurden weiterwirkende Vorurteile von Beamten gegen Roma und Sinti

23 Beispielsweise Abschrift des Erkenntnisses der Rückstellungskommission beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien vom 16. 6. 1950, Zl. 63 Rk 1269/49, DÖW 82.

24 BGBl. Nr. 180/1952 vom 18. 7. 1952.

25 Vgl. dazu Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs vom 27. 1. 1958, Zl. 2060/55–3, zit. in: Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 264 ff.

26 BGBl. Nr. 101/1961 vom 22. 3. 1961.

27 BGBl. Nr. 197/1988, in Kraft ab 1. 5. 1988.

28 BGBl. Nr. 93/1975 vom 23. 1. 1975.

deutlich. In manchen Fällen wurde sogar ihre Verfolgung aus Gründen der Abstammung und damit die Anerkennung als Opfer im Sinne des OFG verneint, wobei den "Zigeunern" ihre vor 1938 an die herrschenden gesellschaftlichen Normen und bürgerlichen Vorstellungen nicht angepaßte Lebensweise zum Problem wurde. Zahlreiche Roma und Sinti waren aufgrund ihres nomadisierenden Lebens wegen Vagabundage, manche auch wegen geringfügigerer Eigentumsdelikte vorbestraft. Aus diesen Gründen waren Roma und Sinti in der nationalsozialistischen Zeit vielfach als sogenannte "Asoziale" inhaftiert gewesen, und die Opferfürsorgebehörden schlossen sich in solchen Fällen dem von den Nationalsozialisten angeführten Haftgrund an oder interpretierten diesen in die Verfolgung der Roma und Sinti zurück. Als "Asoziale" verfolgt gewesene Menschen haben jedoch bis heute in Österreich keinen Anspruch auf Leistungen nach dem OFG.<sup>29</sup>

Versuche einzelner Roma und Sinti, über die Geltendmachung einer verfolgungsbedingten Einkommensminderung einen Opferausweis zu erhalten, scheiterten an den schlechten Einkommensverhältnissen vor der Verfolgung beziehungsweise daran, daß sie vor ihrer Verfolgung oft unangemeldet und zu sehr niedriger Entlohnung als AushilfsarbeiterInnen beschäftigt gewesen waren.<sup>30</sup> Selbst zwangssterilisierte Roma und Sinti fanden keine Anerkennung ihres erlittenen Gesundheitsschadens. So stellte ein Wiener Amtsarzt fest: "Der somatische Schaden, der durch die Zwangssterilisation hervorgerufen wurde, ist geringfügig. Nach den Kriegsversehrtenstufen bedingt ja sogar der Verlust beider Hoden erst die Einstufung in die Versehrtenstufe II. Immerhin ist der soziale bzw. moralische Schaden für jemanden, der Wert darauf legt, eine Familie zu gründen, ein derartiger, daß er für die Zwecke der Erlangung des Opferausweises wohl der Versehrtenstufe III gleichgehalten werden könne. Doch muß von vornherein der Bewerber darauf aufmerksam gemacht werden, daß Opferrentenansprüche daraus sich bei der derzeitigen Gesetzeslage schwer ableiten ließen."<sup>31</sup> Der Betroffene J. H. erhielt wohl einen Opferausweis, sein Antrag auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung wurde jedoch vom Bundesministerium für soziale Verwaltung abgelehnt. Die aus einer zwangsweisen Unfruchtbarmachung für Roma und Sinti resultierenden schwerwiegenden sozialen und psychischen

29 Siehe dazu den folgenden Abschnitt. Als Beispiel einer solchen Ablehnung vgl. Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs vom 25. 3. 1954, Zl. 825/53–2, zit. in: Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 268 f.

30 Vgl. dazu Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs vom 20. 9. 1966, Zl. 1703/64–6, zit. in: Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 269 f.

31 DÖW 20.000/H568.



Probleme berücksichtigten die amtsärztlichen Gutachten nicht.

Insgesamt konnte nur ein Bruchteil der verfolgten Roma und Sinti Anerkennung als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung finden.

### Die vergessenen Opfer

Drei Gruppen von Opfern nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen, und zwar die Zwangssterilisierten, Homosexuellen und sogenannten "Asozialen", haben bis zur Gegenwart keine Möglichkeit, Anerkennung nach dem OFG zu finden. Ihnen wird damit nicht nur materielle Hilfe verweigert, ihre Verfolgung wird auf diese Weise von der Republik Österreich als quasi zurecht erfolgt qualifiziert, ihr Leiden nicht als Folge typisch nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen zur Kenntnis genommen.

#### a) Die Opfer der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik<sup>32</sup>

Die nationalsozialistische Erbgesundheitspolitik blieb lange Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft auch im Bereich der zeitgeschichtlichen Forschung unbeachtet. Erst seit einigen Jahren nehmen sich bundesdeutsche und nur wenig später auch österreichische Historiker dieses bis dahin beinahe unbearbeiteten Themas an.

Zurückgehend auf den von Hitler im Oktober 1939 unterzeichneten "Euthanasie"-Befehl wurden im Deutschen Reich und in den von ihm besetzten Gebieten der Großteil der psychisch Kranken, weiters Behinderte und Insassen von Altersheimen zuerst in eigens dafür eingerichteten Mordstätten, wie beispielsweise im Schloß Hartheim in Oberösterreich, später in den Kliniken und Pflegeanstalten selbst getötet.<sup>33</sup> Neben dieser rassistisch und ökonomisch motivierten Mordaktion sollte die weitere Fortpflanzung der sogenannten "Minderwertigen" verhindert werden. Das dazu geschaffene "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" trat am 1. Jänner 1940 in der "Ostmark" in Kraft<sup>34</sup> und ermöglichte die zwangsweise Sterilisierung von sogenannten "Erbkranken". Dadurch erfaßt wurden neben psychisch Kranken auch sozial unangepaßte, verhaltensgestörte Menschen oder Alkoholiker. Schätzungen zufolge wurden "im Dritten Reich insgesamt an die 400.000 Zwangssterilisierungen vorgenommen".<sup>35</sup>

32 Vgl. zur Frage der Anerkennung dieser Opfer auch: Wolfgang Neugebauer, Das Opferfürsorgegesetz und die Sterilisationsopfer in Österreich, in: DÖW Jahrbuch 1989, S. 144–150.

33 Wolfgang Neugebauer, Vernichtung von "Minderwertigen" – Kriegsverbrechen?, in: Österreich und der Zweite Weltkrieg, Hrsg. DÖW, BM für Unterricht, Kunst und Sport, Wien 1989, S. 141.

34 Neugebauer, Das Opferfürsorgegesetz, S. 145.

35 Ebenda.

Die Opfer dieser nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik, die ebenso ein Ausfluß der rassistischen Ideologie war wie die Verfolgung von Juden, "Zigeunern" oder Slawen als "rassisch minderwertig", bleiben bis zur Gegenwart von der Opferfürsorgegesetzgebung ausgeschlossen.

Nur wenige Sterilisationsopfer und Hinterbliebene von "Euthanasie"-Opfern versuchten trotzdem, Ansprüche nach dem OFG geltend zu machen. So wurden beispielsweise in den rund 100.000 im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes systematisch durchgearbeiteten Akten der Opferfürsorge Wien nur rund ein Dutzend Anträge dieses Personenkreises gefunden<sup>36</sup>, die aber alle in allen Instanzen von den Behörden abschlägig beschieden wurden<sup>37</sup>, da eine zwangsweise Sterilisierung von psychisch Kranken nach Ansicht der Opferbehörden eine "medizinische" und keine typisch nationalsozialistische Maßnahme darstelle.<sup>38</sup> Sterilisierungen von Opfern rassistischer Verfolgung hingegen wurden nicht als Gesundheitsschaden im Sinne des OFG bewertet, ungeachtet der in der Fachliteratur ausgewiesenen, vor allem psychischen Spätfolgen solcher Operationen für die Betroffenen.<sup>39</sup>

Infolge seiner wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Sterilisations- und "Euthanasie"-Programm der NS-Zeit setzt sich Wolfgang Neugebauer bereits seit 1988 in verstärktem Maße für die Anliegen dieses Personenkreises ein, doch auf seine Interventionen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhielt er nur den Hinweis, die Sterilisationsopfer könnten auf Antrag der Opferfürsorgekommission im "Gnadenwege"<sup>40</sup> Berücksichtigung finden. Eine Anerkennung dieser Opfer im Gesetz selbst ist bislang nicht vorgesehen.

#### b) Die Homosexuellen

Obschon oder vielleicht gerade weil die NSDAP als klassischer "Männerbund" mit Homosexualität in ihren eigenen Reihen zu kämpfen hatte – man denke nur an den im Auftrag Hitlers 1934 ermordeten SA-Führer Ernst Röhm –, wurde Homosexualität, die auch als "unproduktive Sexualität" unerwünscht war, vom NS-Regime gnadenlos verfolgt. Rund 50.000 Homosexuelle wurden im NS-Staat abgeurteilt, 10.000 in Konzentrationslager verbracht, wo sie – mit einem rosa Winkel gekennzeichnet

36 Ebenda, S. 147.

37 Siehe dazu ausführlich: Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 274 ff.

38 Vgl. Schreiben von Sektionschef Dr. Karl Ernst, BM für soziale Verwaltung, an Dr. Wolfgang Neugebauer, DÖW, 1. 6. 1989.

39 Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 276 f.

40 Der Sozialminister kann bei Vorliegen besonderer Umstände die Nachsicht von den Voraussetzungen des § 1 OFG erteilen.



– besonders heftigen Quälereien und Schikanen ausgesetzt waren. Ihre Mortalitätsrate lag deutlich über der anderer Häftlingskategorien.<sup>41</sup> Oft wurde angeblich homosexuelles Verhalten als Vorwand zur Verfolgung politisch oder weltanschaulich mißliebiger Personen, wie beispielsweise katholischer Priester, herangezogen, die dann als "Sittlichkeitsverbrecher" kriminalisiert wurden.<sup>42</sup>

Bis heute zählen die Homosexuellen zu den "vergessenen" Opfern des Nationalsozialismus. Obschon seit der Strafrechtsreform 1974 gleichgeschlechtliche Beziehung unter erwachsenen Männern nicht mehr strafbar ist, werden diese Menschen bis heute in eine Subkultur gezwungen – in verstärktem Ausmaß seit dem Auftreten der Immunschwächekrankheit AIDS. Alle Versuche, auch diesen Personenkreis in das OFG aufzunehmen, scheiterten bislang, unter anderem auch am Widerstreben der Opferverbände, die – angesichts der gegen sie nach wie vor gerichteten Vorurteile – auf "Sauberkeit" in ihren Reihen bedacht sind. Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Manfred Srb und Freunde stellte der Bundesminister für Arbeit und Soziales im September 1988 fest: "Nach dem Opferfürsorgegesetz sind als Opfer der politischen Verfolgung jene Personen anzusehen, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität durch Maßnahmen eines Gerichts, einer Verwaltungsbehörde oder durch Eingriffe der NSDAP in erheblichem Ausmaß zu Schaden gekommen sind. Eine Verfolgung aus sonstigen Gründen wird dagegen vom Opferfürsorgegesetz nicht erfaßt. Dazu zählt auch die strafrechtliche Verfolgung im allgemeinen, einschließlich der strafrechtlichen Verfolgung bestimmter Sexualverhalten, wie sie nicht nur unter dem Nationalsozialismus und dem Austrofaschismus üblich war, sondern auch in demokratischen Staatsformen noch viele Jahre nach der Niederringung des Nationalsozialismus stattfand oder heute noch existiert. Daraus folgt, daß Personen, die im genannten Zeitraum allein wegen ihrer Homosexualität verfolgt wurden, nicht als Opfer nach dem Opferfürsorgegesetz anerkannt werden können."<sup>43</sup> Der Bundesminister und mit ihm die Opferfürsorgebehörden übersehen dabei, daß die nationalsozialistische Verfolgung der Homosexuellen weit über das in "demokratischen

41 Vgl. dazu: Heinz Dieter Schilling (Hrsg.), Schwule und Faschismus, Berlin 1983; Hans Georg Stümke, Rudi Finkler, Rosa Listen. Homosexuelle und "Gesundes Volksempfinden" von Auschwitz bis heute, Reinbek bei Hamburg 1981; Neugebauer, Vernichtung von "Minderwertigen" – Kriegsverbrechen?, S. 143.

42 Ebenda. Zu dieser Problematik liegen auch einige Akten im DÖW vor.

43 Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Srb und Freunde an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus (Nr. 2474/J) vom 12. 9. 1988, Zl. 10.009/168–4/88.

Staatsformen" übliche Strafausmaß hinausging.

### c) Die sogenannten "Asozialen"

Die Verfolgung der sogenannten "Asozialen" hatte im Deutschen Reich bereits Ende 1937/38 eingesetzt, als aufgrund des "Grundlegenden Erlasses über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei" vom Dezember 1937 in einer "zunächst einmaligen Verhaftungsaktion gegen 'Arbeits-scheue'" vorgegangen wurde.<sup>44</sup> Zu verhaften waren dabei "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher" sowie "wer, ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet", ohne daß der Begriff des "asozialen Verhaltens" näher definiert wurde.<sup>45</sup> Die ideologische Untermauerung der Verfolgung der sogenannten "Asozialen" boten die "rassehygienischen und erbbiologischen" Vorstellungen des Nationalsozialismus, die von Ärzten und Biologen, darunter auch der spätere Nobelpreisträger Konrad Lorenz<sup>46</sup>, "wissenschaftlich" untermauert wurden. In dieser vom Biologismus geprägten Vorstellungswelt wurde die Vererbung verbrecherischer Neigungen ebenso angenommen wie die biologische Weitergabe anderen unerwünschten und unangepaßten Verhaltens, anstatt nach sozialen und ökonomischen Ursachen zu suchen. Zur Lösung des Problems der "Reinigung" des Volkes wurden "erbbiologische Bestandsaufnahmen" durchgeführt, in Wien vom Hauptgesundheitsamt der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien. Mit Hilfe von Amtsärzten, der Bezirksgesundheits- und -jugendämter, einschließlich der FürsorgerInnen, wurde eine "Sippenregistratur" erstellt, die bis zum 28. Juli 1939 bereits ca. 60.000 Geisteskranke und "Psychopathen", 40.000 AlkoholikerInnen, ca. 60.000 Prostituierte und 40.000 "schwer erziehbare und psychopathische Kinder aus asozialen Familien" sowie 120.000 Einzelfälle (Steinhof) registriert hatte, womit insgesamt ca. 320.000 Personen (mehr als 15 Prozent der damaligen Wiener Bevölkerung) erfaßt waren.<sup>47</sup> Eine vom Chef des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich geplante Einbeziehung der "Asozialen" in die

44 Wolfgang Ayaß, "Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin". Die Aktion "Arbeits-scheue Reich" 1938, in: Wolfgang Ayaß, Reimar Gilsenbach, Ursula Körber et al., Feind-erklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988 (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 6), S. 43 ff.

45 Ebenda, S. 44.

46 Vgl. dazu dessen Aufsatz "Durch Domestikation verursachte Störungen arteigenen Verhaltens", in: Zeitschrift für angewandte Psychologie und Charakterkunde, Bd. 59, Heft 1 und 2, 1940. Zit. nach: Wolfgang Neugebauer, Von der "Rassenhygiene" zum Massenmord, in: Wien 1938, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Wiener Rathaus, Wien 1988, S. 267.

47 Ebenda, S. 270 f.



"Euthanasie"- und Zwangssterilisierungsmaßnahmen sowie das von ihm geforderte "Gemeinschaftsfremdengesetz" scheiterten jedoch am Einspruch Hitlers, der während des Krieges Ruhe an der inneren Front wünschte. Die Ausschaltung der "Gemeinschaftsfremden" erfolgte – unter Rückgriff auf die Aufzeichnungen der Amtsärzte, Fürsorgeinstitutionen etc. – durch den SS- und Polizeiapparat, d. h. "durch Inhaftierung in Konzentrationslagern und Vernichtung durch Arbeit".<sup>48</sup> Die Kriterien für die Kategorisierung als "asozial" blieben stets diffus und ungenau. Eingeschlossen in diesen Begriff und daher verfolgt wurden kinderreiche und gleichzeitig "unordentliche" Familien, uneheliche Mütter, Prostituierte, Vagabunden, unterhaltssäumige Väter, Alkoholiker, Wohlfahrtsempfänger ebenso wie unangepaßte Jugendliche, Menschen, die unerlaubt den Arbeitsplatz wechselten oder häufig von der Arbeit fern blieben.

Die Diskriminierung jener, die den herkömmlichen Normen von Leistung und Anpassung aus welchen Gründen auch immer nicht genügen (können), findet auch in der Gegenwart statt; sie war auch keine autochthon nationalsozialistische Idee, sondern hatte ihre Wurzeln in den Jahrzehnten vor der NS-Herrschaft.<sup>49</sup> In dieser Vorurteils- und Ausgrenzungskontinuität muß auch die Ursache für die bis heute dauernde Nicht-Anerkennung dieser Gruppe der Verfolgten im OFG gesehen werden.<sup>50</sup> Haftzeiten, Sterilisierungen und Leiden dieser Opfer werden nicht als Folge typisch nationalsozialistischer Maßnahmen empfunden. Während es in der BRD seit einigen Jahren Bemühungen um die Anerkennung dieser Opfergruppe gibt, der sich besonders die Grüne Bundestagsfraktion annimmt<sup>51</sup>, zählen die "Asozialen" in Österreich bis heute zu den völlig vergessenen Opfern. Selbst ausführlichere wissenschaftliche Arbeiten zu dieser Thematik stehen in Österreich bis heute aus.<sup>52</sup>

48 Neugebauer, Vernichtung von "Minderwertigen" – Kriegsverbrechen?, S. 142.

49 Für die deutschen Verhältnisse wird die Vorgeschichte der "Asozialenbekämpfung" beispielsweise dargestellt: Patrick Wagner, Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Kriminalpolizei und die "Vernichtung des Verbrechertums", in: Wolfgang Ayaß et al., Feinderklärung und Prävention, S. 75 ff.

50 Siehe dazu ausführlicher: Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema", S. 291 ff.

51 Die Grünen im Bundestag, Fraktion der Alternativen Liste Berlin (Hrsg.), Anerkennung und Versorgung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Dokumentation parlamentarischer Initiativen der Grünen in Bonn und der Fraktion der Alternativen Liste Berlin, Berlin 1986.

52 Bislang wurde nur ein Forschungsprojekt in Österreich dazu durchgeführt: Gertrud Baumgartner, Angela F. Mayer, Arbeitsanstalten für sog. "asoziale Frauen" im Gau Wien und Niederdonau. Endbericht. Forschungsprojekt im Auftrag des BM für Wissenschaft und Forschung, Wien 1990.

### Zusammenfassung

Die Ursachen für die fortgesetzte Diskriminierung dieser Opfergruppen müssen in verschiedenen Bereichen gesucht werden:

Diese Menschen zählen zu den sozial und ökonomisch eher schwachen Schichten; bei ihrer Verfolgung hatten die Nationalsozialisten auf lange bestehende Vorurteilsstrukturen in der Bevölkerung zurückgreifen können. Ihrer nahm sich jedoch auch nach der Niederrichtung der NS-Herrschaft keine Lobby an, die für die Opfer hätte Forderungen erheben können. Die Opferverbände wiederum – selbst immer wieder Vorurteilen ausgesetzt – sahen keine Veranlassung, sich die Anliegen dieser Gruppen – mit Ausnahme der Roma und Sinti – zu eigen zu machen.

Heute, mehr als 45 Jahre nach Ende des "Dritten Reiches", leben nur mehr sehr wenige dieser einstmalig verfolgten Menschen, so daß einer Aufnahme dieser Gruppen in das OFG heute in erster Linie symbolischer Charakter zukäme. Nach so langer Zeit ist "es nicht eine bestimmte Summe Geld, die am meisten zählt". Was für die überlebenden Opfer "zutiefst zählt", ist "die damit zugestandene Anerkennung ihres Leids und ihrer Leiden. Und hierin liegt wohl der wahre Sinn und die echte Hilfe der Wiedergutmachung".<sup>53</sup>

Diese Form der "Wiedergutmachung" vermißten und vermisten viele Opfer des NS-Regimes in Österreich bis heute.

53 William G. Niederland, Vorwort zu Christan Pross, Wiedergutmachung, S. 11 f.



PETER MALINA

"IN DIENSTEN VON MACHT UND MEHRHEIT"<sup>1</sup>

Überlegungen zur "Endlösung der sozialen Frage" im Nationalsozialismus

"Wir dürfen nicht vergessen, daß der faschistische Rassismus ein Modell für die Neuordnung der Gesellschaft, ihre innere Ausrichtung, anbot. Es beruhte auf der rassistisch begründeten Aussonderung aller aus der Norm herausfallenden Elemente, von aufsässigen Jugendlichen, von Arbeitsbummlern, von Asozialen, von Prostituierten, von Homosexuellen, von beruflich Erfolgreichen und Leistungsuntüchtigen, von Behinderten. Die nationalsozialistische Eugenik (also die Auslese nach dem 'Wert' des Erbguts) beschränkte sich nicht nur auf die Sterilisierung und Euthanasie bei angeblich wertlosem und die Nachwuchsförderung bei angeblich wertvollem Leben, sie stellte zudem Beurteilungskriterien zur Verfügung, die auf die Einpassung, Einordnung und Normierung des Leistungsverhaltens auch der übrigen Bevölkerung ausgerichtet waren."<sup>2</sup>

Bei der Beschreibung des nationalsozialistischen Terrors steht die Geschichtswissenschaft – aber nicht nur sie – vor einer im Grunde immer ambivalenten Situation. Zum einen machen die Berichte über die Zielsetzungen und die Auswirkungen dieses unbarmherzigen "Krieges"<sup>3</sup> gegen Kranke, Schwache und Hilflose verstummen vor Mitgefühl und Entsetzen. Sie vermitteln das Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer erbarmungslosen Medizin, die sich ohne Rücksicht auf Verluste gegen alle jene wandte, die ihren Normen von Menschsein nicht zu entsprechen vermochten. Zum anderen wird gleichzeitig bewußt, daß das Verstummen ein wesentlicher Teil einer Strategie des Verschweigens und des bewußten Vergessens gewesen ist, der es den Tätern und Mit-Tätern nach 1945 ermöglichte, wieder in die Normalität zurückzukehren und ihrer Profession als Ärzte, Krankenpfleger, Wissenschaftler weiter nachzugehen, so als sei nichts geschehen. Dieses Schweigen, dem sich auch die historische Wissenschaft lange Zeit angeschlossen hat, hat dazu geführt, daß die ehemals zum Schweigen Gebrachten nochmals sprachlos, stumm und bis heute auch vergessen geblieben sind.

1 Das Zitat im Titel ist aus dem Schlußkapitel von Klaus Scherer, "Asozial" im Dritten Reich. Die vergessenen Verfolgten, Münster 1990, S. 125: "Asozialität" – ein Ordnungsmerkmal in Diensten von Macht und Mehrheit".

2 Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 246.

3 So der programmatische Titel des von Klaus Dörner u. a. herausgegebenen Sammelbandes: Der Krieg gegen die psychisch Kranken. Nach "Holocaust": Erkennen – Trauern – Begegnen, Rehbürg-Loccum 1980 (Sozialpsychiatrische Informationen, Sonderband).

Sprechen über das bisher nicht Wahrgenommene, ist ein notwendiger, wenn auch manchmal schmerzhafter Schritt zur Aneignung einer Vergangenheit, die allzu lange verdeckt und verdrängt geblieben ist. Es gilt daher, das historische Bedingungsgefüge kollektiver Tötungshandlungen in der NS-Zeit abzuklären und sich auch mit jenen Entwicklungen auseinanderzusetzen, die sich "unterhalb" der Schwelle nationalsozialistischer Weltanschauungspolitik ereigneten.<sup>4</sup> Dies bedeutet nicht, in einer vordergründigen "Historisierung" die Konturen der NS-Verbrechen zu verschleiern oder sie gar zu relativieren, sondern zu versuchen, sich über die "Normalität" gesellschaftlich akzeptierter Handlungsweisen im wissenschaftlichen wie im alltäglichen Bereich der "Pluralität von Handlungslinien, Biographien und Wissenschaftstraditionen" zu öffnen, die Teil der NS-Wirklichkeit gewesen sind.<sup>5</sup> Die folgenden Überlegungen verstehen sich als ein Versuch, einigen Aspekten der "Endlösungen" der sozialen Frage im Nationalsozialismus nachzugehen und sie in den Kontext gesamtgesellschaftlicher Prozesse und historischer Entwicklungen zu stellen.<sup>6</sup>

## 1. Vom Wert des Menschen

Die Selektion von "minderwertigem" Leben nach wissenschaftlichen Kriterien war schon vor der Etablierung des Nationalsozialismus (und

4 Dirk Blasius, Das Ende der Humanität. Psychiatrie und Krankenmorde in der NS-Zeit, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/Main 1990 (Fischer-Taschenbuch 4445), S. 48.

5 Ebenda, S. 48.

6 Einführend dazu: Klaus Scherer, "Asozial" im Dritten Reich. Die vergessenen Verfolgten, Münster 1990; Verachtet – verfolgt – vernichtet. Zu den "vergessenen" Opfern des NS-Regimes, Hamburg 1986; Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 6); Christian Pross, Götz Aly (Hrsg.), Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, Berlin 1989 (Reihe Deutsche Vergangenheit, 34); Gabriele Schmiedhofer, Eugenik, Humangenetik, Euthanasie oder Die Endlösung einer sozialen Frage?, Geisteswiss. Diplomarbeit, Innsbruck 1991. Für Österreich liegen im Augenblick erst einige wenige Detailuntersuchungen vor: Heinz Arnberger, Das Arbeitserziehungslager Lanzendorf, in: Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Bd. 2, Wien 1987, S. 573–622; Gernot Egger, Ausgrenzen. Erfassen. Vernichten. Arme und "Irre" in Vorarlberg, Bregenz 1990 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, 7); Gertrud Baumgartner, Angela H. Mayer, Arbeitsanstalten für sog. asoziale Frauen im Gau Wien und Niederdonau. Forschungsprojekt im Auftrag des BMWF. Endbericht, Wien 1990; Siegwald Ganglmair, "Die hohe Schule von Schlögen". Zur Geschichte und Rezeption eines Bettlerlagers im Ständestaat, in: Medien & Zeit, 5(1990), 2, S. 19–29; ders., Das "Arbeitserziehungslager" Weyer im Bezirk Braunau am Inn 1940–1941. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte Oberösterreichs, Oberösterreichische Heimatblätter, 1981/1, S. 69–73; Maren Seliger, Die Verfolgung normabweichenden Verhaltens im NS-System. Am Beispiel der Politik gegenüber "Asozialen" in Wien, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1991, 4, 409–429.



nicht nur in Deutschland) vor-bedacht und vor-geplant worden.<sup>7</sup> Die Karrieren der Beteiligten vor, während und nach dem Nationalsozialismus machen deutlich, welches "Destruktionspotential" der sozialtechnologische Anspruch in sich birgt, per Wissenschaft den Wert von Menschen definieren zu wollen.<sup>8</sup> Die Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung derer, die den gesellschaftlichen Anforderungen nicht zu entsprechen vermögen, ist ein wesentlicher Teil der "Industrialisierungs-Geschichte" der entwickelten Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts:

"Armut und den mal mehr menschenfreundlichen, mal mehr unfreundlichen Umgang mit ihr hat es immer gegeben. Doch erst die Industrialisierung schuf komplementär die 'Soziale Frage', die man auch die 'Asoziale Frage' nennen könnte, machte sie zu einem organisatorischen Grundsatzproblem und hielt sie zugleich als 'Frage' permanent in Schwebe."<sup>9</sup>

Klaus Dörner hat überzeugend darauf hingewiesen, daß mit dem Anspruch der Medizin, auch soziale "Defekte", Auffälligkeiten und Abweichungen von der "Norm" behandeln, korrigieren und "heilen" zu können, ein entscheidender Wandel im Umgang mit den als nicht brauchbar und daher als "minderwertig" Deklassierten eingetreten war. Wer den Forderungen einer auf "Leistung" und Nutzbarkeit ausgerichteten Gesellschaft nicht entsprechen konnte (oder wollte), wurde sehr rasch zum Gegenstand medizinischer Behandlung. Falls er sich dieser entzog oder nicht die erwarteten "Heilungs"-Erfolge aufwies, wurde er zum Aggressionsobjekt, gegen das sich die ganze Strenge medizinischer Verfolgung (von der Sterilisierung bis zur Vernichtung) richtete.

Hinter dem Wunschtraum einer von "schönen neuen Menschen"<sup>10</sup>

7 Einen Überblick über die Tradition sozialdarwinistischer, rassenhygienischer und erbbiologischer Denk- und Handlungsansätze seit dem 19. Jahrhundert bieten: Heinz-Georg Marten, Sozialbiologismus. Biologische Grundpositionen der politischen Ideengeschichte, Frankfurt/Main - New York 1983; Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Vernichtung "lebensunwerten Lebens" 1890 - 1945, Göttingen 1987 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 75); Horst Seidler, Andreas Rett, Rassenhygiene. Ein Weg in den Nationalsozialismus, München 1988; Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/Main 1988; Peter Emil Becker, Zur Geschichte der Rassenhygiene. Wege ins Dritte Reich, 1 - 2, Stuttgart - New York 1988 - 1990.

8 Heidrun Kaupen-Haas (Hrsg.), Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen 1986 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, 1), S. 8 f.

9 Klaus Dörner, Tödliches Mitleid. Zur Frage der Unerträglichkeit des Lebens oder: Die soziale Frage. Entstehung, Medizinisierung, NS-Endlösung heute, morgen, Gütersloh 1988, S. 21.

10 Karl Heinz Roth, Schöner neuer Mensch. Der Paradigmawechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des "Dritten Reiches", in: Kaupen-Haas, Der Griff nach der Bevölkerung, S. 11 ff.

geprägten Gesellschaft stand immer auch die Besorgnis, die Unbrauchbaren und "Lästigen" könnten den Brauchbaren und Einsatzfähigen zu sehr zur Last fallen. Für Gerhard Baader sind diese Angstphantasien der Ausdruck der Ideologie einer Leistungsgesellschaft, die Deutschlands Vorherrschaft garantieren und die imperialistischen Machtträume möglich machen sollte:

"Diese Vorstellungen der Rassenhygieniker von künstlicher Zuchtwahl, Ausmerze des Minderwertigen und Auslese haben sich bald [...] weit über die Universität hinaus verbreitet. Denn dieses Gesellschaftsmodell paßte gut in die Zeit der Weimarer Republik, in der große Teile der Bourgeoisie diesen Staat ablehnten und von einem Protest gegen die Entwicklung erfüllt waren, die letztendlich auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft hinauslaufen mußte. Dem wurde auf der Basis natürlicher Ungleichheit eine Neuordnung der Gesellschaft nach sozialbiologischen und rassistischen Gesichtspunkten gegenübergestellt."<sup>11</sup>

Konzentration und Kontrolle wurden zu den wesentlichen Merkmalen der Fürsorge-Maßnahmen der Industriegesellschaft für die von ihr nicht (mehr) gebrauchten Bevölkerungsteile. Insbesondere die psychisch Kranken wurden aus einem umfassenden Verständnis von Menschsein ausgeschlossen und zu "Objekten" von Spezialwissenschaften gemacht. In dem Maße, in dem der Begriff der "Minder-Wertigkeit" gesellschaftsfähig wurde, entwickelte sich der Umgang mit den davon Betroffenen zu einer "Wertfrage" und "seither war ein Mensch in allen europäischen sich industrialisierenden Gesellschaften keineswegs immer auch ein Mensch; er konnte auch ein Unmensch oder Untermensch sein. Und kaum jemand fand etwas dabei".<sup>12</sup> Vor allem unter dem Gesichtspunkt einer Menschen-"Ökonomie" erschien es - übrigens auch sozialreformerischen Bevölkerungspolitikern in Deutschland wie in Österreich - durchaus vertretbar und geradezu notwendig, von der "Quantitäts"- zur "Qualitäts-Produktion" von Menschen überzugehen.<sup>13</sup>

Da die als "positiv" deklarierten Maßnahmen der Eugenik - also die Förderung "wertvoller" Erbmasse - nur langfristige Wirkung zeigen

11 Gerhard Baader, Rassenhygiene und Eugenik. Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte "Minderwertige" im Nationalsozialismus, in: Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), Medizin im Dritten Reich, Köln 1989, S. 27.

12 Dörner, Tödliches Mitleid, S. 28.

13 Für Österreich siehe dazu: Doris Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934, Frankfurt/Main - New York 1988 (Campus-Forschung 564); ergänzend dazu auch: Karin Lehner, Verpönte Eingriffe. Sozialdemokratische Reformbestrebungen zu den Abtreibungsbestimmungen in der Zwischenkriegszeit, Wien 1989, insbes. S. 43 - 92. Zur Diskussion um die "linke" Eugenik siehe den Diskussionsbeitrag von Michael Schwartz, Sozialismus und Eugenik. Zur fälligen Revision eines Geschichtsbildes, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25(1989), 4, S. 465 - 489.



konnten, verschoben sich die Handlungsvorschläge der Wissenschaft auf die "Ausmerze" derer, denen von vornherein kein erbbiologischer "Wert" zubilligt wurde. Die davon Betroffenen wurden als "abnormal" deklariert und als Schwachsinnige, Geisteskranke, Epileptiker, Gewohnheitsverbrecher, asoziale Psychopathen usw. der weiteren "Behandlung", das heißt auch: der Bestrafung für ihre Abweichung von der gesetzten "Norm", preisgegeben. Das Straf-Ausmaß wurde von der Asylierung in Anstalten, dem Ehe- und dem Fortpflanzungsverbot über die freiwillige/zwangswise Sterilisierung bis zur End-"Lösung" der Vernichtung "lebensunwerten" Lebens kontinuierlich erweitert.

Die Berechnung des gesellschaftlichen Kostenaufwands für die wegen ihrer Behinderung als "Last" Stigmatisierten bot dieser Verfolgungs-ideologie die notwendigen Argumente. Rentabilitätsrechnungen gehören bis heute zum Arsenal der gesellschaftlichen Diffamierung Behinderter, Kranker, Abgeschobener. Der Sozialhygieniker Alfred Grotjahn schätzte 1912 die Kosten eines nicht arbeitsfähigen "Krüppels" auf 600 Mark, und 1913 berechnete Ignaz Kraupp einen Mehraufwand von über 100 Millionen Mark für die Unterbringung der "idiotischen, epileptischen, geisteskranken, taubstummen, verkrüppelten Kinder und insbesondere auch für Hilfsschüler und Fürsorgezöglinge gegenüber den normalen Schülern".<sup>14</sup> Die Rassenbiologie entwickelte sich so zu einer Waffe, die gegen jeden gerichtet werden konnte, der die "Normalität" der bestehenden "Ordnung" in Frage stellte und deshalb als ver-rückt und ab-normal diffamiert und der weiteren Behandlung freigegeben werden konnte.

Der Erste Weltkrieg bedeutete für die Theoretiker der Eugenik insofern eine Herausforderung, als sie befürchteten, daß sich in diesem "Kampf ums Dasein" die "Besten" opfern und die "Minderwertigen" übrigbleiben würden. Das erklärte Feind-Bild der Feldärzte des Ersten Weltkrieges waren die "Kriegsneurotiker". Wer dem Schrecken des Krieges nicht standhalten konnte, geriet sehr bald in die Fänge einer Kriegsmedizin, die alles daransetzte, ihn wieder kriegsverwendungsfähig zu machen. Hans-Ludwig Siemen, der sich in zwei umfangreichen Studien mit der Problematik der Geschichte der Psychiatrie im Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt hat<sup>15</sup>, sieht daher nicht zu Unrecht in der grenzenlosen Brutalisierung der psychiatrischen Praxis einen wesentlichen Grund für das spätere aktive Eingreifen der Psychiatrie in die Propagierung der

14 Zit. nach Gabriel Richter, Blindheit und Eugenik (1918-1945), Freiburg/B. 1986 (Freiburger Forschungen zur Medizingeschichte, NF 15), S. 33.

15 Hans-Ludwig Siemen, Das Grauen ist vorprogrammiert. Psychiatrie zwischen Faschismus und Atomkrieg, Gießen 1982; ders., Menschen blieben auf der Strecke. Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987.

Vernichtung "unwerten" Lebens.<sup>16</sup> Angst vor dem Krieg wurde als eine abnormale Krankheitserscheinung definiert, gegen die medizinische Straf- und Korrektionsmittel einzusetzen waren. Die dabei angewandte therapeutische Folter sollte die Patienten so schnell wie möglich wieder der Kriegsmaschinerie zur Verfügung stellen und durch die "Heilung" der Kranken die zu erwartenden Rentenansprüche dieser in den Augen ihrer Ärzte "minderwertigen" Kriegs-Neurotiker minimieren.<sup>17</sup>

Ausgerichtet auf den gesellschaftlichen "Nutzen" von Menschen, waren in der ökonomischen Nachkriegskrise mehr und mehr Ärzte, Fürsorger, Juristen und Pädagogen dazu bereit, bestimmte Patientengruppen als "Ballastexistenzen" zu stigmatisieren und ihnen das Recht auf Leben abzuspüren. Der Jurist Karl Binding (Professor in Leipzig und Reichsgerichtspräsident) und der Mediziner Alfred Erich Hoche (Professor für Psychiatrie und Neurologie in Freiburg/B.) haben diesen Tendenzen 1920 in ihrer Schrift "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" den notwendigen akademischen (ärztlichen und juristischen) Argumentationsrahmen geliefert und damit die Diskriminierung und Kriminalisierung chronisch geistig/körperlich Kranker durch ihre Reputation als Wissenschaftler legitimiert. Die von ihnen geprägten Begriffe "leere Menschenhülsen", "Defektmenschen" ohne irgendwelche produktiven Leistungen, "Ballastexistenzen" wurden zum durchaus üblichen Vokabular rassehygienischer Debatten der folgenden Jahre. Gleichzeitig machte sich die Medizin daran, ihren Anspruch auf die "Heilbarkeit" menschlichen (und sozialen) Leids durch eine Reihe umfassender Reformprogramme zu realisieren. Betroffen davon waren insbesondere diejenigen, denen ein milderer "Wert" zugemessen wurde – insbesondere dann, wenn sie sich der Therapie nicht zugänglich zeigten: der "saubere und der schmutzige Fortschritt" waren schon vor 1933 nicht voneinander zu trennen.<sup>18</sup>

## 2. Sozialrassismus als Sozialpolitik

Die im Nationalsozialismus vollzogene Verknüpfung von Nationalismus, Antisemitismus, Antikommunismus und bürgerlich-elitärer Verachtung von

16 Siemen, Das Grauen ist vorprogrammiert, S. 54 f.

17 "Ebenso selbstverständlich, wie es für die Psychiater war, daß der Mensch – sich völlig entfremdet – zum Kanonenfutter machen ließ, so selbstverständlich war es ihnen, daß Soldaten gefälligst keine finanziellen Entschädigungsansprüche für erlittenes Leid zu stellen hatten." Siemen, Das Grauen ist vorprogrammiert, S. 33.

18 Götz Aly, Der saubere und der schmutzige Fortschritt. Psychiatriereform in der Weimarer Republik, in: Reform und Gewissen. "Euthanasie" im Dienste des Fortschritts, Berlin 1985 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 2), S. 9-78.



Unterschichten und gesellschaftlichen Randgruppen machte die Medizin zu einem der wichtigsten Instrumente des faschistischen Terrors nach innen und außen. Die Praktiker der nationalsozialistischen Eugenik beriefen sich wohl auf die Tradition des Sozialdarwinismus und der Sozialhygiene, blieben aber – so Detlev Peukert – nicht bei deren oft wirren und weltfremden Theorien stehen. Bei der Auswahl der Opfer ihres "Sozialrassismus" orientierten sie sich in der Praxis allerdings vor allem an dem Sozialverhalten der von ihnen als "asozial" Deklassierten.<sup>19</sup> Wie "angepaßt" und wie "nützlich" jemand war, wurde zu entscheidenden Voraussetzung für seine Stellung innerhalb der NS-Gesellschaft und zum Zugang zu gesellschaftlichen "Belohnungen" wie zum Vorwand für "Strafmaßnahmen". Unter den Bedingungen der NS-Herrschaft war es nun möglich, die bis dahin nur gedachten Vorstellungen einer "neuen" Gesellschaft in die Praxis umzusetzen, in der Gesundheit zur "Pflicht" jedes einzelnen erklärt wurde.<sup>20</sup> Dies gelang umso leichter, als die Ziele der nationalsozialistischen "Gesundheits"-Politik durchaus in Einklang mit medizinischen Reform-Vorstellungen zu bringen waren.<sup>21</sup>

Die Entwicklung der "Auslese" der gesellschaftlichen Gruppen, die in diesem sozialpolitischen Konzept nicht erwünscht waren, vollzog sich in mehreren Schritten. Mit der Etablierung des NS-Regimes war einer von den Bindungen demokratischen Verhaltens entfesselten Ministerialbürokratie und einer bereitwillig mitmachenden Medizin nun die Gelegenheit gegeben, die ersten Schritte zur Praktizierung der medizinischen "Lösung" der "sozialen Frage" in Angriff zu nehmen. Eine Reihe von "gesetzlichen" Maßnahmen löste eine Welle des Terrors insbesondere gegen jene aus, die infolge der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ohnedies schon an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren. Das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", vom 14. Juli 1933, das am 1. Jänner 1934 in Kraft trat, machte die Sterilisierung von Anstalts- und Fürsorgeheiminsassen, Hilfsschülern, Alkoholkranken und wegen ihrer

19 Detlev Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ: Die "Behandlung Gemeinschaftsfremder" im Dritten Reich, in: Detlev Peukert, Jürgen Reulecke, Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 432.

20 Renate Jäckle, "Pflicht zur Gesundheit" und "Ausmerze". Medizin im Dienste des Regimes, in: Dachauer Hefte, 4(1988), S. 59–77; eine Materialsammlung dazu auch bei Walter Wuttke-Groneberg, Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch, Tübingen 1980.

21 Reform und Gewissen. "Euthanasie" im Dienste des Fortschritts, Berlin 1985 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 2); zur weiteren Orientierung siehe neuerdings Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer); ergänzend dazu Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Mediziner im "Dritten Reich", Göttingen 1990 (Geschichte und Gesellschaft 1990, 4).

geistigen und körperlichen Behinderungen als "erbkrank" Klassifizierten möglich.<sup>22</sup> Für Ludger Weiß waren es die genetischen Grundlagenforscher, die dafür sorgten, daß auch die "heiklen", das heißt: wissenschaftlich keineswegs geklärten Fälle angeblich erblicher Belastung für die ausgrenzenden sozialpolitischen Strategien wissenschaftlich aufgearbeitet werden konnten und in einschlägigen Fachpublikationen, auf Kongressen oder in der damit befaßten Bürokratie ihren Niederschlag fanden.<sup>23</sup>

Mit dem im "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (1933) vorgesehenen Strafinstrument der "Sterilisation" und der ab 1935 in Ergänzung dazu möglichen Schwangerschaftsunterbrechung aus "eugenischen" Gründen sicherte sich der nationalsozialistische Staat und seine Erbjustiz den Zugriff auf den Körper von mißliebigen Männern, Frauen und Kindern. Zugleich war ihm ein Instrument in die Hand gegeben, sozial Nichtangepaßte zu disziplinieren und/oder durch den Entzug von Sozialleistungen zu bestrafen. In Hamburg etwa leitete die Fürsorge-Bürokratie parallel zu den Zwangssterilisationen und Kastrationen, zu den Zwangsasylierungen und Zwangsarbeitsverfahren sehr bald auch den Abbau von Fürsorge und Wohlfahrt für die weniger "Würdigen", die Alten, Schwachen und Siechen, die "Asozialen", die Prostituierten und die "Anlageverbrecher", also den "minderwertigen Brei" der deutschen Bevölkerung ein.<sup>24</sup>

Am 28. Juni 1933 forderte Reichsinnenminister Wilhelm Frick vor dem Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, die Ausgaben für "Asoziale, Minderwertige und hoffnungslose Erbkrankte" zu kürzen.<sup>25</sup> Die staatliche "Wohlfahrt" sollte durch die Selbsthilfe der Mitglieder der "Volksgemeinschaft" ersetzt werden. Nicht der einzelne mit seinen Bedürfnissen und sozialen Rechten stand im Mittelpunkt dieser "Sozial"-Politik, sondern die als "Volkspflege" etikettierte "Wohlfahrt" der Gesellschaft, der sich der einzelne unterzuordnen hatte. Die "Nationalsozialistische Volkswohlfahrt" als Massenorganisation, der 1939 mehr als 12 Millionen Mitglieder angehörten, schuf wesentliche Voraussetzungen für die restlose Erfassung aller "Volksgenossen". Ihre Aufgabe war auf erb-

22 Grundlegend dazu Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 48).

23 Ludger Weiß (Hrsg.), Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt, Nördlingen 1989 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, 6), S. 33.

24 Christiane Rothmaler, "Erbliche Belastung liegt sicher vor, ist nur nicht festzustellen": Zwangssterilisation in Hamburg, in: Dokumentationsstelle für Sozialpolitik. Mitteilungen, 2(1986), 13/14, 64.

25 Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main–New York 1990, S. 51.



und rassenbiologische Ziele ausgerichtet:

"Eine Wohlfahrtspflege, die auf das Wohl des Volkes ausgerichtet ist, wird im Gegensatz hierzu die Minderwertigen in einer ausmerzenden Erbpflege zurückdrängen [...]. Die lebenden minderwertigen Individuen selbst sollen nur mit einer Mindestfürsorge bedacht werden, außerdem, soweit notwendig, durch fürsorgerische Bewahrung oder Sicherheitsverwahrung auf strafrechtlicher Grundlage aus dem Volksleben ausgeschieden werden. Dies gilt vor allem auch für die Individuen, deren Eigenschaft als Träger von Erbkrankheiten nicht feststeht, deren asoziales Verhalten dies aber vermuten läßt."<sup>26</sup>

Diejenigen, die sich der fürsorgerischen Beratung zugänglich zeigten, wurden durch Unterstützungen "belohnt", Unbelehrbare hatten allerdings mit Sanktionen zu rechnen:

"Hielt die Ordnung und Sauberkeit der Wohnung und der Kinder den Normen der Kontrolleure/innen nicht stand, zeigten die Beratenen keinen Ansatz zur 'Besserung' oder erwiesen sich als 'unbelehrbar', so war dies ein Indikator für das Vorliegen der Erbkrankheit 'Schwachsinn'.<sup>27</sup>

Die beständigen Angriffe gegen alle jene, die außerhalb der gesetzten "Norm" gestellt wurden, haben – so die Einschätzung von Götz Aly und Karl-Heinz Roth – auch zu einem allmählichen Wandel im Bewußtsein der deutschen Gesellschaft geführt. Nicht zuletzt die steigende Anzahl von Denkschriften und Ansuchen betroffener Angehöriger mache deutlich, daß der gesellschaftliche Widerspruch gegen die "Ausmerze"-Gesetzgebung mehr und mehr von einer "in Kleinbourgeoisie und Mittelklassen sich ausbreitenden sozialdarwinistischen Radikalisierung" überlagert wurde.<sup>28</sup>

26 So H. Althaus, Nationalsozialistische Volkswohlfahrtspflege. Wesen, Aufgabe und Aufbau, 3. Aufl., Berlin 1937, zit. nach Hans-Uwe Otto, Heinz Sünker, Nationalsozialismus, Volksgemeinschaftsideologie und nationale Arbeit, in: dieselben (Hrsg.), Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt/Main 1989 (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 762), S. 19. Grundsätzlich zur "Wohlfahrt" im Nationalsozialismus: Peter Zolling, Zwischen Integration und Segregation. Sozialpolitik im "Dritten Reich" am Beispiel der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Hamburg, Frankfurt/Main – Bern – New York 1986; Eckhardt Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im "Sozialismus der Tat" des Dritten Reiches, Augsburg 1991 (Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, 6); Jürgen Reyer, Alte Eugenik und Wohlfahrtspflege. Entwertung und Funktionalisierung der Fürsorge vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Freiburg/B. 1991.

27 Gabriele Czarnowski, Familienpolitik als Geschlechterpolitik, in: Hans-Uwe Otto, Heinz Sünker, Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt/Main 1989 (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 762), S. 138.

28 Karl Heinz Roth, Götz Aly, Das "Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken". Protokolle der Diskussion über die Legalisierung der nationalsozialistischen Anstaltsmorde in den Jahren 1938–1941, in: Karl Heinz Roth (Hrsg.), Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum "Gesetz über Sterbehilfe", Berlin 1984, S. 105.

### 3. Identifizieren, zählen, kontrollieren

Als Folge der innenpolitischen und ökonomischen Entwicklungen in Deutschland verschoben sich beginnend ab Mitte der dreißiger Jahre die Prioritäten: die Mobilisierung des gesamten Bevölkerungspotentials erforderte einerseits eine verstärkte Kontrolle der Leistungsreserven ("Reichsmeldeordnung", "Volkskartei" 1937/38) und andererseits einen organisierten Zugriff auf jene Gruppen der Gesellschaft, die noch immer den Normen der nationalsozialistischen "Leistungs"-Gesellschaft nicht anzupassen waren. Mit dem Jahre 1936 setzte die Jagd auf jene subproletarische Schichten ein, die bisher den Schleppnetzen der "Erbbestandsaufnahme" noch entkommen waren.<sup>29</sup>

Wer den Normen sozialer Anpassung und (nationalsozialistischer) Lebensbewahrung nicht entsprach, wurde als "asozial" stigmatisiert und war damit aus der "Volksgemeinschaft" und ihren Hilfeleistungen ausgeschlossen. Der "Abwurf des sozialen Ballasts" hatte begonnen: soziales "Abweichertum" galt nun als "erblich", und die Erblichkeitsdiagnostik verwandelte sich zu einer sozialen Diagnostik. Der arbeitende, einsatzfähige Mensch war zur Leitfigur des "vollwertigen" Menschen geworden. Bei der Mobilisierung aller gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfte für den Krieg waren "Arbeitsunwillige", Kranke oder "Kriminelle" eine Last, die nach Möglichkeit vermindert werden sollte.<sup>30</sup> Die (staatliche) Gesundheitspolitik hatte die Aufgabe, die Arbeitsfähigkeit, die Wehrfähigkeit und die Reproduktionsfähigkeit des "Volkes" sicherzustellen. Das 1936 eingeführte "Gesundheitsstammbuch" war der Ansatz zu einer bürokratisch-administrativen Erfassung der NS-Gesellschaft mit dem Endziel einer ständigen Leistungskontrolle.<sup>31</sup>

Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung dieses Programms war die diagnostische Erfassung einer ganzen Gesellschaft nach den Kriterien von Gesundheit und Krankheit, Leistungs- und Konsumfähigkeit, Gefährlichkeit und Ungefährlichkeit. Damit konnten jene erkannt und aus dem "Volkskörper" ausgeschieden werden, die keine "Volksgenossen" sein durften. Sie waren als "Gemeinschaftsfremde" aus der NS-Gesellschaft ausgeschlossen. Der Weg von der "Erfassung zur Vernichtung" war durch eine Inventur der deutschen/österreichischen Gesellschaft gekennzeichnet: Zählen, Identifizieren und Aussondern waren

29 Ebenda, S. 93.

30 Christian Ganssmüller, Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung, Köln – Wien 1987, S. 8 f.

31 Siehe dazu ausführlicher Peter Reeg, Deine Ehre ist die Leistung... Auslese und Ausmerze durch Arbeits- und Leistungs-Medizin im Nationalsozialismus, in: Johanna Bleker, Norbert Rachertz (Hrsg.), Medizin im Dritten Reich, Köln 1989, S. 58–67.



die Voraussetzungen für ein umfassendes, "restloses" Erfassungsprogramm, dessen "Maschen" durch eine (im übrigen auch nach 1945 ihr Fachwissen bereitstellende) Elite von Statistikern und Demographen immer enger geknüpft wurden.<sup>32</sup>

Die Erb- und Rassenpflege bildete einschließlich der Eheberatung das Kernstück nationalsozialistischer Familien- und Bevölkerungspolitik, wobei den Ärzten eine entscheidende Selektionsfunktion übertragen war. Ab 1935 erfolgten die Begutachtungen der "Ehetauglichkeit" nach dem "Blutschutzgesetz" und dem "Ehegesundheitsgesetz". Insbesondere die Untersuchungen der BewerberInnen für Ehestandsdarlehen bildeten nach dem Urteil von Gabriele Czarnowski den Auftakt der staatlich sanktionierten Politik der "Auslese" und "Ausmerze" nach Gesichtspunkten sozialen Verhaltens. Besonders in den ersten Jahren wurden die Untersuchungen gleichzeitig auch zur Aufspürung "erbkranker Sippen" benutzt. Für die Betroffenen bedeutete dies, daß die Ablehnung des Ehestandsdarlehens unter Umständen auch die Vormerkung für die Sterilisation bedeuten konnte.<sup>33</sup> Zur Beurteilung wurde die "Familienfähigkeit" der AntragstellerInnen, bei Männern die zu erwartende längerfristige Erwerbstätigkeit und bei Frauen die Gebärfähigkeit und die Eignung für die Aufrechterhaltung eines "normalen" Ehelebens herangezogen.<sup>34</sup>

Beratungsstellen für "Erb- und Rassenpflege" bei den Gesundheitsämtern, "erbbiologische Bestandsaufnahmen" in den Heil- und Pflegeanstalten und "kriminalbiologische Sammelstellen" in den Strafanstalten sollten die totale Erfassung sicherstellen.<sup>35</sup> Wenn dies für das gesamte Reichsgebiet letzten Endes doch nicht gelungen ist, so zeigen lokale Maßnahmen, welches Ausmaß diese Verfolgung im Einzelfall annehmen konnte. Als Beispiel führt Karl Heinz Roth das "Zentrale Gesundheitspaßarchiv" des Hamburger Hauptgesundheitsamtes an, das mehr als eine Million Hamburger nach ihrem Gesundheits- (das heißt: Brauchbarkeits-) Wert erfaßt hatte.<sup>36</sup> Nicht zuletzt infolge des dort praktizierten Erfassungssystems war in Hamburg im gesamtdeutschen Vergleich prozentu-

32 Grundlegend dazu Götz Aly, Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus*, Berlin 1984 (Rotbuch, 282).

33 Czarnowski, *Familienpolitik als Geschlechterpolitik*, S. 142 f.

34 Ebenda, S. 146.

35 Karl Heinz Roth, "Erbbiologische Bestandsaufnahme" – ein Aspekt "ausmerzender" Erfassung vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: ders. (Hrsg.), *Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum "Gesetz über Sterbehilfe"*, Berlin 1984, S. 75 ff.

36 Friedemann Pfäfflin, *Das Hamburger Gesundheitspaßarchiv. Bürokratische Effizienz und Personenerfassung*, in: Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl-Heinz Roth (Hrsg.), *Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich*, Hamburg 1984, S. 18 ff.

ell der Anteil der zwangsweise Sterilisierten und Kastrierten und der als "asozial" in Zwangsarbeitsanstalten Festgehaltenen am höchsten.<sup>37</sup> Voraussetzung dafür war die Unterstützung durch den Staatsapparat:

"Je mehr man in den faschistischen Alltag eindringt [...], desto klarer wird, daß es nicht nur Hitler mit einer Handvoll Mördern, nicht nur SA, SS und Militär waren, die für die Rassen- und Selektionspolitik von 1933 bis 1945 die Verantwortung tragen. In ihrer Perfektion wurde diese Politik erst möglich, weil der gesamte Staatsapparat und somit auch die Sozialbehörde und die dort Beschäftigten sie verwaltungsmäßig umsetzte."<sup>38</sup>

Nicht Fürsorge und Förderung, sondern Aussonderung und Bestrafung waren die Ziele dieser Sozial-Politik, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele auch der Polizei und des staatlichen Machtapparats bediente und ganz deutlich zwischen "Volksgenossen" und "Gemeinschaftsfremden" unterschied.<sup>39</sup> Die im "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher" vom 24. November 1933 vorgesehenen "Maßregeln der Sicherung und Besserung" waren daher in erster Linie darauf ausgerichtet, die Verhaltensweisen der straffällig Gewordenen durch Zwangsmaßnahmen zu korrigieren oder sie aus der Gesellschaft zu entfernen. Wer als "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" klassifiziert wurde, dem drohte unter anderem die Kastration oder die Einweisung in eine psychiatrische Klinik beziehungsweise in ein Arbeitshaus. Das zeitliche Ausmaß dieser Strafmaßnahmen war prinzipiell unbegrenzt, sie konnten so lange dauern, als "ihr Zweck es erfordert".<sup>40</sup>

Eine Forschungsstelle der "Abteilung für Erb- und Rassenpflege" im Reichsgesundheitsamt übernahm unter der Leitung des Neurologen und Jugendpsychiaters Robert Ritter die Aufgabe, zunächst am Beispiel der Erfassung der "Zigeuner" die Erfassung "Asozialer" und "Gemeinschaftsfremder" durchzuführen.<sup>41</sup> Solidarität mit sozial Schwachen und Hilfe für Hilfsbedürftige war in dieser auf Leistung und Belohnung ausgerichteten Vorstellungswelt kein gesellschaftlicher Wert und wurde im Gegenteil als Zeichen von "Schwäche" denunziert.

37 Roth, *Erbbiologische Bestandsaufnahme*, S. 89 ff.

38 Helge Knüppel-Dähne, Emilija Mitrovic, Helfen und dienen. Die Arbeit von Fürsorgerinnen in Hamburger öffentlichen Dienst während des Nationalsozialismus, in: Hans-Uwe Otto, Heinz Sünker (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Faschismus*. Frankfurt/Main 1989 (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 762), S. 176.

39 Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, insbes. S. 219 ff.

40 Karin Magnussen, *Rassen- und bevölkerungspolitisches Rüstzeug. Statistik, Gesetzgebung und Kriegsaufgaben*, 3. Aufl., Berlin 1943, S. 125.

41 Roth, *Erbbiologische Bestandsaufnahme*, S. 94 f. Umfassend dazu Wolfgang Ayaß u. a., *Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik*, Berlin 1988 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 6).



Die Ursachen der "Volksentartung" und des "Volkstodes" sahen die Propagandisten der NS-Ausmerzemedizin vor allem in den "sozialen und kulturellen Wandlungen", die sie als Ergebnis einer kompensatorischen Sozialgesetzgebung interpretierten. Heinrich Wilhelm Kranz, ein unbarmherziger wissenschaftlicher Denunziant im Bereich der "Asozialen"-Verfolgung, war im Gegenteil der Meinung, man könne einem Großteil der "Gemeinschaftsunfähigen" mit Unterstützungen gar nicht helfen. Die Betroffenen forderten auch – so meinte er zu wissen – gar keine Hilfe, um wieder in den Arbeitsgang und in die soziale Ordnung von "Volk und Staat" zurückzukehren, sondern wollten nur ihr "Schmarotzerdasein ungestört und bequem" weiterführen. Soziale Hilfe sei daher auf ein Mindestmaß zu beschränken: "Diese Gemeinschaftsunfähigen sind und bleiben die biologischen Bolschewisten und Prototypen des anlagemäßig bedingten Untermenschentums."<sup>42</sup>

Martin Staemmler, Professor in Breslau, wollte es 1937 in seinem "Mahnruf an alle, die sich verantwortlich fühlen für die Zukunft unseres Volkes" nicht zulassen, daß sich Menschen mit "minderwertiger Erbmasse" oder Menschen einer "Rasse, die wir nicht als wünschenswert bei uns ansehen, sich bei uns stark vermehren". Kinderzulagen sollten daher nur solchen Familien zukommen, die als "hochwertig" anzusehen seien:

"Wir wünschen nicht, daß Prostituierte, Verbrecher, Unsoziale, arbeitsscheue Landstreicher, Trinker, Morphinisten, Menschen mit Erbkrankheiten usw. sich bei uns vermehren und ihre schlechten Erbanlagen in erhöhtem Maße fortpflanzen. Alle diese dürfen unmöglich durch Familienzulagen zur Erhöhung ihrer Kinderzahl angehalten werden, sondern scheiden hierbei restlos aus. Der Grundsatz muß immer sein: Das Hochwertige wird gefördert, das Minderwertige zurückgehalten oder womöglich durch Sterilisierung völlig ausgeschaltet."<sup>43</sup>

Als Autorität zur Stützung seiner Ängste zitierte Staemmler Reichsinnenminister Wilhelm Frick, der am 28. Juni 1935 detailliert vorgerechnet hatte, welche "Lasten" der Allgemeinheit durch "die Minderwertigen" erwachsen: Demnach koste im Durchschnitt der Geisteskranke 4 RM den Tag, der Verbrecher 3,50 RM, der Krüppel und Taubstumme 5–6 RM, während der ungelernete Arbeiter etwa 2,50 RM, der Angestellte 3,60 RM, der untere Beamte 4 RM den Tag zur Verfügung haben. Fazit für Staemmler: "Man spricht von 'lebensunwertem Leben'".<sup>44</sup>

42 Heinrich Wilhelm Kranz, "Die Gemeinschaftsunfähigen". (Ein Beitrag zur wissenschaftlichen und praktischen Lösung des sog. "Asozialenproblems"). T. 1: Materialübersicht und Problemstellung (Schriftenreihe des Instituts für Erb- und Rassenpflege, 2), Gießen 1939, S. 69.

43 Martin Staemmler, Rassenpflege im völkischen Staat. Ein Mahnruf an alle, die sich verantwortlich fühlen für die Zukunft unseres Volkes, Berlin 1937, S. 83.

44 Ebenda, S. 96.

#### 4. Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung

Die Erbhygiene war zu einer wissenschaftlich legitimierten Herrschaftstechnik geworden, die dem NS-Regime durch Spaltung, Aufteilung und selektive Bedrohung den erforderlichen Handlungsspielraum für eine gezielte Kontroll- und Selektionspolitik schuf.<sup>45</sup> Der (1937 begründete) "Reichsausschuß für Erbgesundheitsfragen", 1939 umbenannt in "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden", entwickelte sich zu einem "flexiblen und hochaktiven Begutachtungs- und Entscheidungszentrum", das die wissenschaftliche medizinische Elite an sich zu binden verstand und Kontakte zu jenen Institutionen aufbaute, die "abweichende Minderheiten" wie "Zigeuner", "Asoziale", "Judenmischlinge", "minderwertige Großfamilien" und chronisch kranke Anstaltsinsassen aufzuspüren und zu "behandeln" begannen.<sup>46</sup> Er war bald ein zentraler Ort angewandter Bevölkerungspolitik und medizinischer Forschung, wo "Experten des Gesundheitswesens über immer weiter reichende Konzepte zur Lösung der sozialen Frage" nachdachten.<sup>47</sup>

In der Ausnahmesituation des Krieges, den das NS-System als einen Krieg auf Leben und Tod interpretierte, trat seit 1939 an die Stelle der als ungenügend und bloß korrigierend empfundenen Maßnahmen der Erbbiologie und der Rassenhygiene die physische Vernichtung durch die End-Therapie der "Sonderbehandlungen".<sup>48</sup> Auch in der Tötungspraxis des "Reichsausschusses" spielten abgesehen von medizinischen Argumenten von Anfang an Kriterien wie "soziales Verhalten" und "allgemeine Lebensbewährung" eine entscheidende Rolle.<sup>49</sup>

1940 wurde aufgrund der Initiative der an den Tötungsaktionen direkt beteiligten Ärzte in Zusammenarbeit von der "Reichskanzlei des Führers", Herbert Linden, und medizinischen Experten des "Reichsausschusses" ein Gesetzesentwurf zur "Legalisierung" der Tötung Behinderter erarbeitet, der

45 Otto-Sünker, Nationalsozialismus, Volksgemeinschaftsideologie und soziale Arbeit, S. 21.

46 Roth-Aly, Das "Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken", S. 104 f.

47 Ebenda, S. 105.

48 Christiane Rothmaler, "Erbliche Belastung liegt sicher vor", S. 65 ff.

49 Götz Aly hat in seinem Beitrag "Medizin gegen Unbrauchbare" (erschieden im 1. Heft der Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik) die medizinische Verurteilung eines 17jährigen Mädchens zur "klinischen Hinrichtung" aus dem Jahre 1942 dokumentiert: "Sie war immer schwierig, aber jetzt ist sie frech, ungehorsam, gehorcht überhaupt nicht mehr, rückt abends aus, steht herum bei den Baracken, kommt spät in der Nacht nach Hause, hat schon mit mehreren Männern Geschlechtsverkehr gehabt. Wenn die Mutter die Tür abschließt, damit sie abends nicht fort kann, brüllt und lärmst sie das ganze Haus zusammen und rückt unfehlbar aus, sobald jemand die Tür aufmacht, um nach ihr zu sehen." Götz Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 1), S. 37.



derzeit zu etwa einem Drittel im Wortlaut rekonstruierbar ist.<sup>50</sup> In die Vorbereitungsarbeiten hatte sich bemerkenswerterweise auch das Reichssicherheitshauptamt der SS eingeschaltet. Ausgehend von der Überlegung, daß chronische Krankheit und normwidriges Verhalten durchaus gleichzusetzen seien, war der Chef des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, daran interessiert, in das "Euthanasiegesetz" auch ein "Gemeinschaftsfremdengesetz" mit den Maßnahmen der Zwangssterilisation und der "Schutzhaft" einzubauen.<sup>51</sup> Widerstände hatte er nicht zu befürchten, denn auch für die an der "Euthanasie" beteiligten Ärzte war der Zusammenhang zwischen "Minderwertigen" und "Geisteskranken" dieses "Gesetzes über die Sterbehilfe für Lebensunfähige und Gemeinschaftsfremde" offenkundig. Irmfried Eberl, einer der "Euthanasie"-Ärzte, beispielsweise meinte in einem Kommentar zu dem geplanten Gesetz zustimmend, daß "selbstverständlich" alle "Kriminellen", die einer "Anstaltsverwahrung" bedürften, von dem geplanten Gesetz betroffen sein sollten.<sup>52</sup>

Im Verlauf der weiteren Beratungen wurden zwar die Erfassungskriterien "soziale Unangepaßtheit und medizinisch diagnostizierbares Verrücktsein" wieder getrennt, doch bedeutete dies keine grundsätzliche Änderung der Zielsetzungen der sozialen Ausgrenzung. Als Entscheidungskriterien diente weiterhin die Produktivität und die soziale Angepaßtheit der Betroffenen. Das "Gemeinschaftsfremdengesetz" in der letzten Fassung eines Entwurfs aus dem Jahre 1944 unterschied zwischen gestrauchelten, aber besserungsfähigen "Volksgenossen" und der großen Gruppe derer, die als "gemeinschaftsfremd" oder "gemeinschaftsunfähig" deklariert wurden. Konnte die erste Gruppe noch auf Fürsorge und Rechtsmittel zurückgreifen, so waren die "Gemeinschaftsfremden" der polizeilichen Allmacht unterworfen und der Verfolgung und Ausrottung freigegeben. Zur Ergreifung "Asozialer" diente analog zur Erfassung Geisteskranker ein Meldebogen, in dem unter anderem auch durch Befragen von Nachbarn und Arbeitskollegen Einzelheiten zum sozialen Verhalten (wie Arbeitsplatzwechsel, Arbeitslosigkeit, Krankheiten, eheliche Treue, gesteigerte

50 Text und Entstehungsgeschichte sind zusammenfassend wiedergegeben bei Roth-Aly, Das "Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken", S. 101 ff. Eine umfassende Darstellung bei Patrick Wagner, Volksgemeinschaft und Lumpenproletariat. Die Auseinandersetzungen um das "Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder" 1939–1944 im Kontext nationalsozialistischer Asozialenpolitik, Magisterarbeit, Univ. Mainz 1987; ders., Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Polizei und die "Vernichtung des Verbrechertums", in: Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988 (Beiträge zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik, 6), S. 75–100.

51 Roth-Aly, Das "Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken", S. 113 f.

52 Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, S. 38 f.

Sinnlichkeit, Schulden, Unterstützung durch die Fürsorge, häufige Belästigung von Parteistellen und Behörden) einzutragen waren.

Als Folge der Umdeutung sozialer Probleme in biologisch determinierte Minderwertigkeit waren auch Jugendliche von der "fürsorgenden" Verfolgung betroffen. Carola Kuhlmann als ein Beispiel für den sozialen Rassismus in der Fürsorgeerziehung auf die zunehmende verbale Diskriminierung im wissenschaftlichen Schrifttum hingewiesen: Fürsorgezöglinge wurden als Träger "minderwertiger Erbmasse" und als "primitiv", "triebbestimmt", voll "gewollter Böswilligkeit" und "ungeheurem Freiheitsdrang" beschrieben.<sup>53</sup> Schon das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und das "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher" hatten der Fürsorgeerziehung, die schon vor 1933 vehement ein "Bewahrungsgesetz" gefordert hatte, die Möglichkeit geboten, randständige und "auffallende" Jugendliche zu disziplinieren. Die Sterilisierung wurde als eine Art "Notbehelf" für das immer noch fehlende "Bewahrungsgesetz" akzeptiert. Ohne Widerstand paßten sich die Fürsorgeverbände den Maßnahmen zur Verfolgung "Asozialer" und "Arbeits scheuer" (so etwa der Vorbeugehafterlaß vom Dezember 1937) an.

Insbesondere nach Kriegsbeginn 1939 setzte eine neuerliche Verschärfung der Maßnahmen gegen vermeintliche Verwahrlosungstendenzen und steigende "Kriminalität" unter Jugendlichen ein: Wer als Jugendlicher den geforderten Verhaltensweisen nicht entsprach und sich ihnen zu entziehen versuchte, galt sehr rasch als "Abweichler", "Asozialer", "Oppositioneller" oder "Krimineller".<sup>54</sup> Die Fürsorge tat dabei bereitwillig mit – indem sie bei der Aussonderung mithalf<sup>55</sup> oder auch schärfere Maßnahmen zur Disziplinierung unbotmäßiger Jugendlicher prinzipiell guthieß. Geprägt durch die Abscheu, mit der auch prominente professionelle Fürsorger die Lebensläufe und das Verhalten "Verwahrloster" beschrieben hatten, konnten Fürsorgeinstitutionen bruchlos von der erzieherischen Hilfe für den einzelnen zum Konzept des Schutzes der Volksgemeinschaft

53 Carola Kuhlmann, Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen 1933–1945, Weinheim–München 1989 (Beiträge zur Geschichte der Sozialpädagogik), S. 80.

54 Siehe dazu den mit einem Kommentar publizierten Lagebericht des Jugendführers des Deutschen Reiches "Kriminalität und Gefährdung der Jugend. Lagebericht bis zum Stande vom 1. Januar 1941" bei: Arno Klönne (Hrsg.), Jugendkriminalität und Jugendopposition im NS-Staat. Ein sozialgeschichtliches Dokument, Münster 1981 (Geschichte der Jugend, 1).

55 Emilija Mitrovic, Fürsorgerinnen im Nationalsozialismus: Hilfe zur Aussonderung, in: Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, 2), S. 14–36.



vor den "Asozialen" übergehen.<sup>56</sup>

Die Einrichtung der "polizeilichen Jugendschutzlager" in Moringen/Solling und Uckermark/Mecklenburg (1940/1942) stieß daher im Fürsorgebereich durchaus auf Zustimmung und wurde als "Entlastung" und "bedeutsame Verbesserung" der Fürsorgeerziehung anerkannt.<sup>57</sup> Die Einweisungs-"Gründe" spiegeln das breite Spektrum einer auf Verfolgung und Ausgrenzung ausgerichteten Gesellschaft und die Verknüpfung sozialdisziplinärer ("Unerziehbarkeit", "Renitenz", "Kriminalität", Arbeitsverweigerung, Arbeitsbummelei), eugenischer ("Behinderung", "Zwangssterilisierung") und rassistischer ("Jude", "Zigeuner") Maßnahmen wider.<sup>58</sup> Das im Dezember 1941 gegründete "Kriminalbiologische Institut der Sicherheitspolizei" sollte durch die mit einer "Kriminalbiologischen Beobachtungsstation" die systematische Erfassung und Selektion der in den beiden "Jugendschutzlager" festgehaltenen Jugendlichen durchführen. Endziel war eine umfassende "Erbbestandsaufnahme" des deutschen Volkes, wobei Gesundheits- und Jugendämter und Einrichtungen der Fürsorge zur Unterstützung von Polizei Zuträgerdienste leisten sollten.<sup>59</sup>

In Anlehnung an sozialdarwinistisch und rassebiologisch orientierte Vorstellungen einer angeblich erblich bedingten Kriminalität/Asozialität entwickelte der Leiter der "Rassehygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle", Robert Ritter<sup>60</sup>, für das Jugend-KZ Moringen ein Blocksystem, das die festgehaltenen Jugendlichen nach ihrem sozialen "Wert" in "Untaugliche", "Störer", "Dauerversager", "Gelegenheitsversager", "fraglich Erziehungsfähige" und "Erziehungsfähige" unterteilte. "Leistungsbereitschaft", Einordnungsfähigkeit in das Normensystem der NS-Gesellschaft und intellektuelle Qualifikation waren für Ritter die Kriterien der Disqualifizierung. So sollten im Block der "Untauglichen" geistig Geschädigte und Geistesschwache untergebracht werden. Sie seien am leichtesten zu erkennen: "Meist sind sie nicht voll einsatzfähig und können

56 Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ, S. 418.

57 Martin Guse, Andreas Kohrs, Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945, in: Hans-Uwe Otto, Heinz Sünker, Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt/Main 1989 (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 762), S. 234 ff.; Michael Hepp, Vorhof zur Hölle. Mädchen im "Jugendschutzlager" Uckermark, in: Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, 2), S. 191 - 216; Detlev Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ, S. 413 - 434.

58 Guse/Kohrs, Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945, S. 236 f.

59 Ebenda, S. 237.

60 Zu seiner Biographie liegt neuerdings eine umfangreiche Darstellung vor: Joachim S. Hohmann, Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. "Zigeunerforschung" im Nationalsozialismus und in Westdeutschland im Zeichen des Rassismus, Frankfurt/Main - Bern - New York - Paris 1991 (Studien zur Tsiganologie und Folkloristik, 4).

sich in die Lagerdisziplin nur mangelhaft einfügen; im freien Leben vermögen sie sich infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit nicht zu halten."<sup>61</sup> In den Block der "Störer" wollte Ritter "besonders schwierige Naturen" untergebracht wissen, die in ständigem Konflikt mit der Gemeinschaft leben und dauernd der "Sicherung" bedürften, das heißt: "kriminell aktiv veranlagte junge Menschen, Überrege, Erregbare, anlagemäßig Unzufriedene, rücksichtslose Gauner, die den Nachwuchs der Berufs- und Gewohnheitsverbrecher bilden".<sup>62</sup>

1940 waren über 400 Verordnungen und Gesetze gegen rassistisch "Entartete" und "Unartige" in Kraft, an deren Realisierung die NS-Medizin einen wesentlichen Anteil hatte. Die Berufung des Gesetzentwurfes auf die Erkenntnisse der Erblehre und der Kriminalbiologie sollten letzten Endes nur - so Detlev Peukert - die "Durchsetzung von Sozialverhaltensnormen durch Terror" verschleiern.<sup>63</sup> In den Vernichtungsanstalten von Grafeneck, Brandenburg, Bernburg, Hartheim, Sonnenstein und Hadamar sind bis zum Sommer 1941 etwas mehr als 70.000 Menschen ermordet worden.<sup>64</sup> Als Hitler am 27. August 1941 die "Euthanasie" unter anderem auch wegen des Protests der Kirchen einstellen ließ, war das im Oktober 1939 gesteckte Plan-Soll bereits erfüllt. Die "Kinder-Euthanasie" wurde freilich auch in den folgenden Jahren weitergeführt, und mit der "Sonderbehandlung 14f13" sollten "unangepaßte" oder nicht mehr arbeitsfähige KZ-Häftlinge erfaßt und in den bereits erprobten Vernichtungsanlagen getötet werden. In den besetzten Gebieten Osteuropas waren "asoziale

61 Guse/Kohrs, Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945, S. 238.

62 Ebenda, S. 238.

63 Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ, S. 417.

64 Den österreichischen Anteil an der "Euthanasie" hat Wolfgang Neugebauer in mehreren Publikationen dargestellt. Zum Zusammenhang zwischen "Euthanasie" und "Asozialen"-Verfolgung siehe davon insbesondere: Psychiatrie in Österreich 1938 - 1945: "Euthanasie" und Sterilisierung, in: Justiz und Zeitgeschichte. Symposium "Schutz der Persönlichkeitsrechte am Beispiel der Behandlung von Geisteskranken 1780 - 1982" am 22. u. 23. Oktober 1982, Wien 1983, S. 197 - 285; Von der "Rassenhygiene" zum Massenmord, in: Wien 1938, Wien 1988, S. 263 - 285; Vernichtung von "Minderwertigen" - Kriegsverbrechen?, in: Österreicher und der Zweite Weltkrieg, Wien 1989, S. 121 - 143; Zwangssterilisierung und "Euthanasie" in Österreich 1940 - 1945, in: Zeitgeschichte, 1992, H. 1 (im Druck). Ein Überblick über die Praxis der Rassenbiologie in Österreich bei Horst Seidler, Andreas Rett, Das Reichssippenamt entscheidet. Rassenbiologie im Nationalsozialismus, Wien 1982. Ergänzend dazu die Regionalstudien: Inghwio aus der Schmitten, Schwachsinnig in Salzburg. Zur Geschichte einer Aussonderung, Salzburg 1985; Helge Stromberger, Die Ärzte, die Schwestern, die SS und der Tod. Die Region Kärnten und das produzierte Sterben in der NS-Periode, Klagenfurt 1988 (Dissertationen und Abhandlungen, 13); Michaela Gaunersdorfer, Die psychiatrische Heil- und Pflegeanstalt Mauer-Öhling 1938 - 1945, Univ. Wien, Diplomarb. 1989; Gernot Egger, Ausgrenzen - erfassen - vernichten. Arme und "Irre" in Vorarlberg, Bregenz 1990 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, 7).



Nichtdeutsche" für "Sonderevakuierungen" vorgesehen, den Mordaktionen der "Einsatzgruppen" fielen auch Geistesranke, "Kapitalverbrecher", "Bettler" und "lästige Personen" zum Opfer.<sup>65</sup> Ebenso wie in Polen wurden auch in der Sowjetunion nach dem deutschen Überfall im Juni 1941 psychiatrische Anstalten, Krankenhäuser und Altersheime "leergemordet". Selbst Alte, Kranke und Sieche waren in den letzten Kriegsjahren im deutschen Reichsgebiet vor dem Zugriff einer sich an den Notwendigkeiten des Krieges ausrichtenden "Katastrophenmedizin" nicht mehr sicher.<sup>66</sup>

### 5. Erinnern statt vergessen

Den "Endlösungen" sind im Nationalsozialismus unzählige Menschen zum Opfer gefallen.<sup>67</sup> Zur Erklärung dieser Untaten hat man sich vielfach auf "das" Böse im Menschen berufen und gewissenlose, ihrer Sinne nicht mächtige Ärzte dafür verantwortlich gemacht.<sup>68</sup> Nicht beachtet blieb lange Zeit, daß der Vernichtungskult der Anthropologen, Humangenetiker und Erbpsychiater des Dritten Reiches sehr wohl auch über durchaus "rationale" und in sich schlüssige Beweggründe verfügte, die sich auch auf das sich verändernde biologisch-genetische Denken beziehen konnten. Das Untertauchen der Verantwortlichen in die "Normalität" der Nachkriegszeit, ihr unauffälliges Weiterleben, vor allem aber ihre Fähigkeit, auch unter geänderten politischen Bedingungen "Karriere" zu machen und gesellschaftliche Akzeptanz (wieder) zu gewinnen, machen deutlich, daß es für die Aufarbeitung notwendig ist, auch überindividuelle, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Veränderungen mit in die Analyse hineinzunehmen.

Sieht man die Massenvernichtung im Nationalsozialismus als Ergebnis einer die Zukunft planenden und mittragenden fachlichen "Intelligenz",

65 Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, S. 40.

66 Michael Wunder, Ingrid Genkel, Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1978, S. 47.

67 Klaus Scherer, "Asozial" im Dritten Reich, S. 127, hat aufgrund der Literatur einige Eckdaten der Opfer der "Asozialen"-Verfolgung im Nationalsozialismus zusammengestellt: 11.000 Verhaftete der "Aktion Arbeitsscheu Reich"; mindestens 12.600 ermordete Strafgefangene; mindestens 100.000 in "rosa Listen" erfaßte Homosexuelle; ein unbekannter Anteil an schätzungsweise 70.000 "Euthanasie"-Opfern; ein unbekannter Anteil an etwa einer Million zur Sterilisation Angezeigter; ein unbekannter Anteil an etwa 400.000 Zwangssterilisierten (etwa 10 Prozent waren als "schwachsinnig" diagnostiziert worden); ein unbekannter Anteil an wemöglich 8 bis 10 Millionen KZ-Häftlingen; ein unbekannter Anteil an mindestens 10 Millionen Registrierter in Reichsärztführer Contis Zentralkartei über "negative" und "belastende Dinge" der Deutschen.

68 Grundsätzlich dazu die Überlegungen von Robert Jay Lifton, Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1988, und Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Reinbek b. Hamburg 1984.

dann weist der Zusammenhang von medizinisch-wissenschaftlichem Mord und Modernisierung über die NS-Zeit hinaus. Notwendig ist es daher – ich folge hier Karl Heinz Roths Ausführungen in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband "Erfassung zur Vernichtung" –, in die kritische Beschäftigung mit nationalsozialistischer Herrschaft die "Koppelung von vernichtender und kompensatorisch entpolitizierender Sozialtechnik" mit hineinzunehmen. Eine so verstandene Sozialgeschichte des Nationalsozialismus mache es erst möglich, den Schutt zu beseitigen, der sich über die "blutigen Fundamente" unserer "Leistungsgesellschaft" häuft, und sie führt andererseits dazu, daß die "Rekonstruktion der sozialen Subjekte buchstäblich vor ihre Massengräber und Aschenhaufen gerät".<sup>69</sup>

Die Praxis der Aussonderung, der Verfolgung und der Vernichtung im Nationalsozialismus ist – so der Erklärungsvorschlag von Susanne Heim und Götz Aly – nicht Ausdruck einer im Grunde unbegreiflichen Irrationalität, sondern ganz wesentlich Indiz für eine gewollte Umgestaltung der Gesellschaft. Dies trifft nicht nur für die Judenvernichtung, sondern auch für die Verfolgung sozial Nichtangepaßter oder psychisch und körperlich nicht Leistungsfähiger zu:

"Auch wenn man nach den Gründen für die erste Massenvernichtungsaktion an den deutschen Psychiatriepatienten fragt, stößt man auf den von den Akteuren bewußt gedachten Zusammenhang zwischen Modernisierung und Vernichtung. In der 'Euthanasieaktion' setzten sich therapeutischer Fortschritt und Fortschritte in der Organisation der althergebrachten Anstaltspsychiatrie auf Kosten der unheilbaren, therapeutisch nicht beeinflussbaren Patienten durch, die einfach getötet wurden."<sup>70</sup>

Der Nationalsozialismus bot die Möglichkeit, diese gesellschafts-sanitären Utopien zur schrecklichen Wirklichkeit für viele werden zu lassen. Die Aufteilung der Gesellschaft in Verschiedenwertige sollte eine befriedete, den Zielsetzungen der NS-Herrschaft dienende Sozialstruktur (neu) schaffen. In diesem Denken war die Vernichtung von Menschen lediglich ein "Mittel der Entwicklungspolitik". Ist dies bewußt, dann ist die Frage nach den Ursachen nicht mehr ausschließlich auf die oberste Führungsgarnitur des NS-Staates zu beschränken. Es waren – so Ludger Weiß – gerade die Vertreter einer "überaus modernen technokratischen Elite, die mit kaltem Zynismus den Völkermord zu ihrem wissenschaftlichen Instrumentarium zählten und ihn zum integralen Bestandteil

69 Karl Heinz Roth (Hrsg.), Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum "Gesetz über Sterbehilfe", Berlin 1984, S. 5.

70 Susanne Heim, Götz Aly, Die Ökonomie der "Endlösung". Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung; in: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Berlin 1983 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 5), S. 12.



ihrer Neuordnungskonzepte machten".<sup>71</sup> Beteiligt waren viele, insbesondere die mittelständische Intelligenz, die auch nach 1945 mit ihrem "Leistungs"-Denken und ihren Modernisierungsansprüchen durchaus gut überleben konnte:

"Die Wissenschaft, die dies begründete, war weder politisch mißbrauchte Grundlagenforschung, noch handelte es sich um eine Pseudowissenschaft im Dienste der Politik. Sie basierte auf einem erkenntnistheoretischen Sockel, der seit jeher historischem Wandel unterlag und unterliegt. Das zu begreifen – die Relativität jeder noch so notwendigen Distanz zur Sache – ist die Lehre, die der Nationalsozialismus jedem Nachkriegswissenschaftler aufgibt. Nicht der Mangel an Wertfreiheit machte die NS-Wissenschaft zum Herrschaftsinstrument, sondern die begeisterteste Übernahme einseitiger völkischer, will sagen: rassistischer Werte ohne jede kritische Instanz. Die Datensammlungen der Forscher und Beamten begünstigten nicht den praktischen Rassismus, sie waren ein Teil desselben."<sup>72</sup>

Die in den letzten Jahren immer wieder diskutierte These von der "Endlösung der sozialen Frage" ist wohl auch deswegen auf Widerstand und Widerspruch gestoßen, weil sie Assoziationen zur Gegenwart nicht aus dem Wege ging und am Beispiel der NS-"Sozial"-Politik die Konsequenzen einer extrem auf "Leistung" und Verwertung von Menschen ausgerichteten Gesellschaft aufzeigte.<sup>73</sup>

Nach 1945 blieben die Opfer der sozialen Verfolgung weiterhin im gesellschaftlichen Abseits, während die Täter sich in vielen Fällen durchaus erfolgreich wieder in die Gesellschaft zu integrieren vermochten.<sup>74</sup> Nur in

71 Ludger Weiß, Wissenschaft und Massenmord, in: Konkret, 1990, 4, S. 70. Vgl. dazu die Kritik Ernst Köhlers, Die Hamburger Schule, in: Konkret, 1990, 2, S. 72.

72 Scherer, "Asozial" im Dritten Reich, S. 128.

73 Ausgangspunkt der Diskussionen war der Sammelband Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Berlin 1987 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 5). Zur anschließenden Diskussion siehe insbesondere die Beiträge in den Jahrgängen 1989 und 1990 der Zeitschrift "Konkret": Susanne Heim, Götz Aly, Sozialplanung und Völkermord, 1989, 10, S. 82 ff.; Ulrich Herbert, Rassismus und "Rationalität", 1989, 11, S. 56 ff.; Christopher R. Browning, Vernichtung und Arbeit, 1989, 12, S. 64 ff.; Ernst Köhler, Die Hamburger Schule, 1990, 2, S. 72 ff.; Ludger Weiß, Wissenschaft und Massenmord, 1990, 4, S. 70 ff.; Götz Rohwer, Rationalisierungen der Vernichtungspolitik, 1990, 5, S. 56 ff.; Walter Grode, "Modernisierung" und Destruktion, 1990, 6, S. 60 ff.; Werner Röhr, Zur Rationalität der NS-Ideologie, 1990, 8, S. 44 ff.; Susanne Heim, Götz Aly, Kann Auschwitz sich wiederholen?, 1990, 11, S. 70 ff. Eine Zusammenfassung einiger Debattenbeiträge auch bei Wolfgang Schneider (Hrsg.), "Vernichtungspolitik". Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991 (Schriftenreihe der Hamburger Stiftung für Sozialforschung).

74 Einen Überblick über die Lage in der Bundesrepublik bei Ludolf Herbst, Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sonderheft). Zu den "vergessenen Opfern" des Nationalsozialismus in Österreich siehe neuerdings die umfassende Arbeit von Brigitte Bailer, "Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema". Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in

Einzelfällen wurden die Täter tatsächlich zur Verantwortung gezogen, und vielfach konnten sie auch in der postfaschistischen Gesellschaft Deutschlands/Österreichs bei ihrer Rechtfertigung mit Verständnis rechnen. Bezeichnend dafür ist der Verlauf der Gerichtsverhandlungen gegen den ehemaligen Anstaltsleiter und die Pfleger und Pflegerinnen der "Arbeitsanstalt Am Steinhof" vor dem (österreichischen) Volksgericht im Jahre 1946. In seiner Urteilsbegründung hatte das Gericht zunächst noch deutlich ausgesprochen, worum es in dieser Arbeitsanstalt, die "eher einem Konzentrationslager als einer Anstalt glich", tatsächlich gegangen war. Die Angeklagten – so das Urteil – hatten

"in Wien in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Angestellte der Arbeitsanstalt 'Am Steinhof' die in die Anstalt eingewiesenen Frauen und Mädchen in einen qualvollen Zustand versetzt und empfindlich mißhandelt und dieselben in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt und hiedurch das Verbrechen der Quälereien und Mißhandlungen nach §3 KVG und das Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde nach § 4 KVG begangen."<sup>75</sup>

Im Verlaufe der Berufungsverhandlung im Dezember 1948 wurden die Opfer dann jedoch immer mehr in die ihnen von ihren ehemaligen Verfolgern zugewiesene Rolle der eigentlichen "Täterinnen" gedrängt. Unwidersprochen konnten sie von den Angeklagten, die dem Gericht nun einen "guten und durchaus glaubwürdigen Eindruck" machten, als "abnormal" abqualifiziert werden. Das unmenschliche Verhalten des Aufsichtspersonals wurde jetzt damit entschuldigt, daß sich unter den eingewiesenen Frauen "vielfach Psychopathen, Geisteskranke und naturgemäß sehr schwer zu behandelnde Frauen befanden" und zur "Aufrechterhaltung der Ordnung" daher "gewisse Disziplinierungsmittel" notwendig gewesen waren.<sup>76</sup>

Auch nach 1945 waren Patienten in psychiatrischen Krankenhäusern weiterhin medizinischen Beurteilungen ausgesetzt, deren Sprache deutlich die Kontinuität eines Denkens aufweist, das nach wie vor zur Diagnose von Krankheit Abweichungen im sozialen Verhalten heranzieht.<sup>77</sup> Die Akzeptanz sozialer Randgruppen macht immer noch Schwierigkeiten – selbst dort, wo die Erfahrung der gemeinsamen Bedrohung durch den Terror des

Österreich am Beispiel des Opferfürsorgegesetzes und anderer Maßnahmen für die Opfer des Nationalsozialismus, Geisteswiss. Diss., Univ. Wien 1991, insbes. S. 271–294.

75 Gertrud Baumgartner, Angela H. Mayer, Arbeitsanstalten für sog. asoziale Frauen im Gau Wien und Niederdonau. Forschungsprojekt im Auftrag des BMWF. Endbericht, Wien 1990, S. 36.

76 Ebenda, S. 37.

77 Beispiele dazu bei Friedrich Leidinger, Heilen und Herrschen. Ein Beitrag zur ärztlichen Sittengeschichte, in: Matthias Leipert, Rudolf Styrnal, Winfried Schwarzer, Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–1945, Köln 1987 (Rheinprovinz, 1), S. 58 ff.



nationalsozialistischen Herrschaftsapparats eine gemeinsame Geschichtserfahrung – über politische, soziale und weltanschauliche Gegensätze hinweg – voraussetzen könnte.<sup>78</sup> Im öffentlichen Bewußtsein ist "Asozialität" immer noch ein leichtfertig verwendetes Vokabel, das je nach Belieben zur Charakterisierung Mißliebiger und als Gegenbegriff zur "Leistung" eingesetzt wird.<sup>79</sup>

"Asozialität" ist immer noch ein gesellschaftliches Ordnungsmerkmal in "Diensten von Macht und Mehrheit".<sup>80</sup> Die "Lösung der sozialen Frage" hat in den Nachkriegsgesellschaften Deutschlands/Österreichs keineswegs ihre Faszination verloren. Die Bezeichnungen für die Abgeschobenen und nicht (mehr) Leistungsfähigen wurden geändert – nun spricht man von "Randgruppen" und/oder sozialen Minderheiten. Wer sich nicht umstellen und den geänderten Produktionsanforderungen anpassen kann, ist wieder (einmal) ein "soziales" Problem. Zu den "alten" Arbeitslosen, die wegen Krankheit, Behinderung oder anderen Beeinträchtigungen schon bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, kommen jetzt die "neuen" Arbeitslosen (die "sozial Behinderten"), die den Anforderungen der neuen Arbeitsplätze nicht entsprechen können – der weniger geschützte und gefährdetere Rand der Gesellschaft ist breiter geworden. Nicht zu vergessen die vielen alten Menschen, die sozialer und medizinischer Hilfe bedürfen.<sup>81</sup> Die Gen-Technologie ist zu einer neuen "sozialen Waffe"<sup>82</sup> geworden, und auch der volkswirtschaftliche Nutzen der "stillen Selektion" ist längst durchkalkuliert und ein wichtiger Faktor für die Rationalisierung des aufwendigen Gesundheitswesens.<sup>83</sup> Gesundheit und Leistungs-

78 So hat Wolfgang Ayaß in einer von der Projektgruppe "Vergessene Opfer des NS-Regimes" veranstalteten Vortragsreihe in Hamburg 1985 in einer kritischen Bemerkung darauf hingewiesen, daß der politische Widerstand gegen das NS-Regime die "enorme gesellschaftspolitische Dimension der Asozialenverfolgung bis heute nicht verstanden" habe. Wolfgang Ayaß, Bettler, Landstreicher, Vagabunden, Wohnungslose und Wanderer. Vortrag im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der "Projektgruppe Vergessene Opfer des NS-Regimes" am 17. 9. 1985 in Hamburg, in: Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik. Mitteilungen, 1(1985), 9/10, S. 57.

79 Als einen sprachkritischen Beitrag zur sozialpolitischen Diskussion im Österreich der achtziger Jahre siehe Hannes Schmidl, Ernst Strouhal, Winds of Change? Konservative Sozialstaatskritik in Österreichs Medien, Wien 1986, S. 111 ff., – darin findet sich als Blütenlese österreichischer Medien ein "Wörterbuch der Wende", in dem komprimiert die Ängste einer leistungsbesessenen Gesellschaft zum Ausdruck kommen.

80 Scherer, "Asozial" im Dritten Reich, S. 125.

81 Klaus Dörner, Gehn wir Behinderte vergiften im Heim, in: Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft, 12(1989), 3, S. 21.

82 So der bezeichnende Untertitel des von Friedrich Hansen und Regine Kollek herausgegebenen Sammelbandes: Gen-Technologie. Die neue soziale Waffe, 2. Aufl., Hamburg 1987.

83 Die Humangenetiker Eberhard Passarge und Hugo W. Rüdiger haben am Beispiel des "Down-Syndroms" die Einsparungen der pränatalen Diagnostik berechnet, und Hans Heinrich von Stackelberg hat in Zusammenarbeit mit der humangenetischen Poliklinik

fähigkeit werden zur Voraussetzung für den Weg zu einem neuen, starken Europa der Tüchtigen und Leistungsfähigen. In der historischen Perspektive freilich ähnelt diese Zielvorstellung eines "Europa der Gesundheit" allerdings fatal den Zielsetzungen vom "gesunden Volkskörper" der Erbbiologen vor, während und nach dem Nationalsozialismus.<sup>84</sup>

Die Aufarbeitung der Geschichte der sozialen Verfolgung im Nationalsozialismus steht erst in ihren Anfängen. Sie ist notwendiger denn je, denn "wenn nicht alles täuscht, geht heute die Nachkriegszeit allmählich zu Ende, in der es im Sinne einer zudeckenden Doppelmoral 'taktisch-opportunistisch' war, für das Leben zu sein. Heute beginnen wir, wieder offener über die Entscheidungen zwischen Leben und Sterben, zwischen Leben fördern oder töten zu sprechen".<sup>85</sup> Die Zuwendung zur Geschichte der "Kleinen" und der "Kleingemachten" sollte es zumindest erschweren, die Vergangenheit als eine im Grunde folgenlose Erinnerung abzutun.

Marburg in seine Berechnungen auch die Steigerung des "produktiven Humanvermögens" durch die genetische Beratung mit einbezogen und für 43 Krankheitsbilder akribisch genau den volkswirtschaftlichen "Schaden" festgehalten. Ludger Weß, Aktuelle Programme der Humangenetik. Moderne Methoden – altbekannte Ziele, in: Dokumentationsstelle für Sozialpolitik, Mitteilungen, 2(1986), 11/12, S. 14 ff.

84 Scherer, "Asozial" im Dritten Reich, S. 8.

85 Dörner, Gehn wir Behinderte vergiften im Heim, S. 19.



## ELEONORE LAPPIN

## RECHNITZ GEDENKT DER OPFER DER NS-HERRSCHAFT

Nach zwei Jahrzehnten der Bemühungen verschiedener antifaschistischer Gruppen gedachte Rechnitz am 2. November 1991 gleich zweimal der Opfer des Nationalsozialismus: An der Stelle, wo einst die Rechnitzer Synagoge stand – heute befinden sich dort ein Gemeindebau und die Feuerwehr –, wurde eine Gedenktafel in Erinnerung an die jahrhundertalte jüdische Gemeinde, deren Existenz 1938 binnen weniger Monate ihr Ende fand, ihrer Bestimmung übergeben. Im Park des Schlosses Batthyány fand die Enthüllung eines Gedenksteins für vier ermordete Widerstandskämpfer und zweihundert jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn, die am 24. März 1945 ermordet worden waren, statt. Die Leidensgeschichte der ungarischen jüdischen Zwangsarbeiter in Rechnitz begann jedoch bereits zur Jahreswende 1944/1945 und forderte eine unbekannte Zahl weiterer Opfer.

Den Gedenkfeiern waren Jahrzehnte des politischen Widerstands gegen die Erinnerung an ein düsteres Kapitel der Rechnitzer Vergangenheit vorausgegangen. Nun, da sich die Gemeinde zur Auseinandersetzung zumindest in Form von Mahnmalen entschlossen hatte, war von diesen Spannungen wenig zu spüren. Die Zahl der Rechnitzer, die an der offiziellen Übergabe der Gedenktafel am ehemaligen Standort der Synagoge teilnahmen, war nicht groß – vor allem die Jugend fehlte –, doch fanden sowohl Vizebürgermeister Josef Saly (SPÖ) als auch Bürgermeister Heribert Oswald (ÖVP) angemessene Worte der Erinnerung an die vernichtete Rechnitzer Judengemeinde sowie an die jüdischen und nichtjüdischen Opfer des nationalsozialistischen Terrors während des Zweiten Weltkriegs. Die Initiatoren hatten nicht durchsetzen können, daß der Gedenkstein an die Opfer des Nationalsozialismus gleich neben dem Kriegerdenkmal aufgestellt wurde. Doch ist der gewählte, weniger symbolträchtige Standort möglicherweise erzieherisch wirksamer: Der Gedenkstein befindet sich direkt vor der Volks- und Hauptschule des Ortes. Beide, das Kriegerdenkmal und der Gedenkstein, stehen im Park des ehemaligen Schlosses der Grafen Batthyány, die jahrhundertlang das jüdische Leben in Rechnitz ermöglicht und gefördert hatten. Im März 1945 war ein Fest im Schloß, bei dem auch der Graf und die Gräfin Batthyány anwesend waren, der Ausgangspunkt für das Massaker an zweihundert kranken jüdischen Zwangsarbeitern.

Die Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative (R.E.F.U.G.I.U.S.) verband diese Gedenkfeiern mit einer Benefizveranstaltung für ein geplantes "Haus der Flüchtlinge" in Rechnitz. Im Anschluß an die

Gedenkveranstaltungen fand daher ein "Musikfest der Volksgruppen" in der Volks- und Hauptschule statt. Vertreten waren ein kroatischer Chor sowie ungarische, Rechnitzer und eine Romatanzgruppe aus Oberwart. Die Gruppe "Gojim" präsentierte auf gewohnt schwungvolle Weise jiddische Musik. Daneben wurde ein Kurzfilm von Peter Wagner gezeigt, der die Frage behandelte, wie es zur Ermordung der zweihundert Juden beim Kreuzstadel hatte kommen können.

Diese Kombination verschiedenartiger Veranstaltungen entspricht den Zielen der Gruppe R.E.F.U.G.I.U.S.:

- Erinnerung an die unaufgearbeiteten Greuel der Nazi Herrschaft.

- Einrichtung eines für Rechnitz passenden Wohnobjektes und einer Anlaufstelle für Flüchtlinge in Rechnitz.

- Ein Rechnitzer Kulturleben, das zu diesen Themen und zur Region Bezüge aufweist.

- Aufzeigen, wie in Krisenzeiten Minderheiten und "Fremdartiges" vorschnell zu Sündenböcken gestempelt werden.

Die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfragen des Gallup-Instituts und des Instituts für Konfliktforschung zeigen einmal mehr, wie eng Fremdenhaß und Antisemitismus verbunden sind. So bejahen nur 67 % der österreichischen Bevölkerung die Frage: "Die österreichischen Juden sind genauso Österreicher wie wir alle", 19 % sind nicht dieser Ansicht und 14 % haben überhaupt keine Meinung dazu. Im Jahr 1990 wurde die Frage noch von 91 % bejaht, 6 % verneinten sie, und nur 3 % enthielten sich einer Aussage. Wie Bernd Marin anläßlich der Präsentation der Gallup-Umfrage feststellte, ist vor allem das Anwachsen der Gruppe derer, die sich zu keiner Meinungsäußerung entschließen können oder wollen, bedenklich, da diese Meinungslosigkeit leicht in offene Intoleranz umschlagen kann. Denn daß Antisemitismus und Fremdenhaß zunehmend "unverschämter" werden, ist ebenfalls eine Tatsache. So vertritt fast jeder vierte Österreicher die Meinung, "es ist für Österreich besser, keine Juden zu haben". Auch wenn diesen erschreckenden Daten – nachzulesen im "profil" vom 28. Oktober und 4. November 1991 – eine gewisse "Entspannung" auf dem Gebiet des Antisemitismus entgegensteht (Aussage des Gallup-Chefs Karmasin) und vor allem die Werte für Wien, wo doch ein Großteil der Juden lebt, zusammen mit denen der westlichen Bundesländer Tirol und Vorarlberg die weitaus positivsten sind, verstärkt sich die Intoleranz, wird Fremdenhaß von Medien wie der "Kronen-Zeitung" zumindest als "verständlich" präsentiert und von den bürgerlichen Parteien auch in Wien zum Wahlkampfthema gemacht.

Fremdenhaß beruht nicht nur auf Angst vor wirtschaftlicher Verdrängung. Die Ablehnung kultureller Vielfalt im eigenen Land spielt dabei eine ebenso große Rolle. Umso wichtiger sind daher Veranstaltungen wie



die der Gruppe R.E.F.U.G.I.U.S. gerade in der Provinz und gerade in einem Gebiet wie dem Burgenland, wo Kulturen aufeinanderprallen oder aber sich gegenseitig befruchten können.

Der Beitrag der jüdischen Volksgruppe zum burgenländischen Kulturleben gehört unwiederbringlich der Vergangenheit an. Es war daher stimmig, daß die Musikgruppe "Gojim" als nichtjüdische Bewahrer und Pfleger dieses Erbes beim "Musikfest der Volksgruppen" auftraten. Aber auch das Leiden der ungarischen Juden, die vom Herbst 1944 bis zum Frühjahr 1945 unter unmenschlichsten Bedingungen an der Errichtung des sogenannten "Südostwalls" mitrackern mußten, bis sie schließlich vor Erschöpfung oder an Seuchen zugrunde gingen, wenn sie nicht schon vorher von ihren Wächtern erschossen oder erschlagen wurden, darf nicht der Vergessenheit preisgegeben werden.

### Die jüdische Gemeinde Rechnitz<sup>1</sup>

Die Verdienste, die sich die Esterházy durch ihre jahrhundertlange judenfreundliche Politik um die "Sieben heiligen Gemeinden" im Nord- und Mittelburgenland – Deutschkreutz, Eisenstadt, Frauenkirchen, Kittsee, Kobersdorf, Lackenbach und Mattersdorf (heute: Mattersburg) – erworben, sind bekannt. Weniger bekannt ist der Name der Batthyánys, die eine ähnliche Politik auf ihren südburgenländischen Besitzungen verfolgten, welche sich in der Zeit von 1527 bis 1861 in ihrem Besitz befanden. Unter ihrem Schutz standen die jüdischen Gemeinden Rechnitz, Schlaining und Güssing.

Die ersten Hinweise auf zwei jüdische Familien in Rechnitz finden sich zwar schon Ende des 15. Jahrhunderts – es dürfte sich dabei um aus der Steiermark vertriebene Juden gehandelt haben –, doch waren es erst die Batthyánys, die eine bewußte Politik der Ansiedlung und des Schutzes von Juden betrieben. Dieser "Schutz" der Herrschaft kostete die Juden Geld. Im Gegenzug leisteten die Batthyánys ihren Schutzjuden Beistand in Krisenzeiten und Unterstützung bei deren Handelsunternehmungen, wobei sie selbst wichtige Handelspartner der jüdischen Bewohner ihres Herrschaftsgebietes waren. Daneben wurden den Juden "Freiheiten" zugestanden, die auf eine weitgehende Gemeindeautonomie hinausliefen.

1 Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Rechnitz: Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, 2. Aufl., Wien 1983; August Ernst, Geschichte des Burgenlandes, Wien 1987; Karl Klein, Geschichte der Juden in Rechnitz, in: Hugo Gold, Gedenkbuch der untergegangenen Judengemeinden des Burgenlandes, Tel Aviv 1970; Johannes Reiss, Jüdisches Leben im Burgenland. Ein Rückblick auf die Zeit vor 1938, in: Gerhard Baumgartner, Eva Müllner, Rainer Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland, Eisenstadt 1989.

Diese ermöglichte es den Juden, ihr Leben nach jüdischem Recht und jüdischen Prinzipien wie die Förderung der Gelehrsamkeit und Erziehung zu organisieren. Diese Gemeindeautonomie zusammen mit dem wirtschaftlichen Schutz führte zu einer religiösen und kulturellen Blüte der Batthyányschen Gemeinden. So besaßen die Rechnitzer Juden bereits im Jahr 1649 eine eigene Synagoge.

In den Jahren 1670/71 wurden die Juden aus Wien vertrieben. Auch nach ihrer Rückkehr hatten sie weder in Wien noch auf dem Gebiet der Alpenländer das Recht, Gemeinden oder Synagogen zu errichten. Dieser Zustand änderte sich erst mit der im Staatsgrundgesetz festgelegten Gleichberechtigung der Juden im Jahr 1867!

Die Ausweisung der Wiener Juden war ein entscheidender Impuls für die Entwicklung der burgenländischen Gemeinden. Daß aber nicht alle Flüchtlinge gern aufgenommen wurden – die Wiener Vertreibung war nur eine einer Serie von Ausweisungen im Österreich des 17. Jahrhunderts –, zeigt die im Jahr 1687 ausgestellte Bestätigung des Schutzbriefes seines Vorgängers durch Graf Adam Batthyány: Die 36 namentlich erwähnten Rechnitzer Juden zahlten demnach jährlich 6 Gulden Schutzgeld und 20 (!) Gulden wegen Fernhaltung fremder Juden, mit denen sie allerdings Handel betreiben durften. Dennoch fanden viele Vertriebene im Burgenland eine neue Heimat und trugen in der Folge wesentlich zum Aufblühen der dortigen Gemeinden bei.

Der oben erwähnte Schutzbrief sicherte den Juden auch Freiheiten zu, die gerade vor dem Hintergrund der Wiener Vertreibung besonders bemerkenswert sind: Die Rechnitzer Juden hatten das Recht, ein Bethaus zu bauen und einen eigenen abgegrenzten Friedhof anzulegen. Weiters durften sie eigene Richter und Geschworene wählen, die kleinere Vergehen bestrafen und sogar Klagen von Christen gegen Juden in erster Instanz verhandelten. Da im 17. Jahrhundert das Recht auf Ansiedlung der Juden und die Gerichtsbarkeit über sie endgültig in den Kompetenzbereich der Grundherren übergegangen waren, konnten die Esterházy und die Batthyány ihre Schutzjuden noch wirkungsvoller fördern und gegen staatliche Willkür verteidigen.

Trotz schwerer wirtschaftlicher Rückschläge im Zuge des Kuruzzenaufstandes (1704–1709) kam es im Lauf des 18. Jahrhunderts zu einer eindrucksvollen Entwicklung der Rechnitzer Gemeinde. Im Jahr 1707 erwarb sie ein schon früher von den Batthyány errichtetes Gebäude, um es als Synagoge zu nutzen. Die Nähe dieses Bethauses zur Kirche erregte zwar den Ärger der christlichen Bewohner des Ortes, doch stießen die Proteste bei den Grundherren auf taube Ohren. Nach den Kuruzzenaufständen dezimierte die Pest von 1713 die Rechnitzer Judenschaft auf 400 Personen. 1718 lebten Juden in 66 Häusern. Sie waren meist Kaufleute,



doch gab es unter ihnen auch Kürschner, Fleischhauer, Schulmeister und Schneider. Mit Hilfe des Hofjuden Samson Wertheimer bauten sie in diesem Jahr eine größere Synagoge, an die 1727 ein weiteres Gebäude für den Rabbiner und die Schule angeschlossen wurden. Dem Rechnitzer Rabbinat waren damals bereits 157 Familien steuerpflichtig, die allerdings nicht alle in Rechnitz selbst wohnten. 1744 sind in Rechnitz allein 158 jüdische Familien nachgewiesen.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich Rechnitz zu einem bedeutenden Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit, dessen Einfluß weit nach Ungarn hineinreichte. Da die westungarisch-burgenländischen Juden dem deutschsprachigen, aschkenasischen Judentum und seinen Traditionen angehörten, wurden ihre Schulen deutschsprachig geführt. Überhaupt zeichneten sich diese Gemeinden durch Anpassungsfähigkeit und Weltoffenheit aus. Ein Beispiel dafür ist Meier Zipser, der in der Zeit von 1858 bis 1869 nicht nur ein bedeutender Rechnitzer Rabbiner war, sondern sich auch als Historiker des ungarischen Judentums und als Übersetzer der "Jüdischen Altertümer" des Josephus Flavius auszeichnete. Wie eng die Verbindung der Rechnitzer Juden mit der deutsch-österreichischen Kultur war, bewies Gustav Pick, der Schöpfer des "Fiakerliedes", der am 10. Dezember 1832 in Rechnitz geboren wurde. Auch beteiligten sich die Juden aktiv am Rechnitzer Gemeinde- und Gesellschaftsleben, was ein gutes Zusammenleben mit der christlichen Umwelt bezeugt. Dennoch waren die burgenländischen Juden des 19. Jahrhunderts traditionsbewußter als der Großteil des ungarischen Judentums. Dazu trug auch das Bildungswesen bei. 1847 wurde für die 850 Rechnitzer Juden die israelitische Schule errichtet, die außer dem Direktor zwei Lehrkräfte beschäftigte. 1900 bis 1920 bestand in Rechnitz auch eine zweiklassige jüdische Volksschule. Die kulturelle und jüdisch-traditionelle Eigenständigkeit der burgenländischen Juden innerhalb Ungarns ließ sie nach dem Ersten Weltkrieg für einen Anschluß Westungarns an Österreich eintreten.

Die neuen, sehr schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Zeit nach dem Zerfall der Donaumonarchie zwangen viele Rechnitzer Juden zur Abwanderung in die Städte. Auch wenn sich die verbliebenen Rechnitzer Juden einen bescheidenen Wohlstand bewahren konnten, waren sie doch zu wenige, um eigene Schulen oder einen eigenen Rabbiner erhalten zu können. Ab 1919 erfüllte der Kantor Glück das Amt des Rabbiners auf vorbildliche Weise. 1938 wurde er von den Nationalsozialisten nach Dachau verschleppt, wo er umkam. Im Jahre 1938 lebten nur noch 200 Juden in Rechnitz. Lediglich eine Rechnitzer Familie hatte vor dem "Anschluß" den Weg der Emigration nach Amerika gewählt. Der Blüte, die die Jeschiwot (Talmudakademien) in Mattersburg und Deutschkreutz gerade im 20. Jahrhundert erlebten, stand eine im allgemeinen rückläufige

jüdische Bevölkerungsentwicklung im Burgenland gegenüber. Hatten Mitte des 19. Jahrhunderts 8.000 Juden im Burgenland gelebt, so waren es 1934 nur mehr 3.632. In Rechnitz reduzierte sich die jüdische Bevölkerung während dieser Zeit von 850 auf 200. Heute gibt es im Burgenland noch etwa ein Dutzend Juden.

Gerade die mit ihrer Heimat so eng verbundenen burgenländischen Juden trafen die Terrormaßnahmen der Nationalsozialisten rascher und brutaler als in den anderen Bundesländern. Gleich nach dem "Anschluß" rief der Gauleiter des Burgenlands, Dr. Tobias Portschy, dazu auf, die "Judenfrage" mit "nationalsozialistischer Konsequenz" zu lösen. Die Behörden gingen daran, sämtliche Juden systematisch des Landes zu verweisen. Da die Ausreisemöglichkeiten beschränkt waren, mußten die Aufenthaltsgenehmigungen für die Juden verlängert werden. Einzelne Gemeinden, so auch Rechnitz, schoben ihre Juden einfach über die Grenze ab. Am 8. und 12. April wurden Rechnitzer Juden zusammengetrieben, in Minihof-Liebau in ein Lager gesperrt und schließlich nach Bonisdorf an der jugoslawischen Grenze gebracht. Von ihrem Besitz durften sie lediglich S 25.- und etwas Wäsche mitnehmen. Noch fataler war jedoch, daß den Juden die Personaldokumente abgenommen worden waren, weshalb sie nicht nach Jugoslawien einreisen konnten. So befanden sich am 7. Juni 1938 54 Rechnitzer Juden in Bonisdorf, die auf die Ausstellung von Reisedokumenten bzw. auf Hilfszusagen jugoslawischer Kultusgemeinden warteten. Dennoch bedeutete diese Abschiebung für manche Rechnitzer Juden die Rettung. Als Hitlers Truppen in Jugoslawien einmarschierten und dort ihre Ausrottungspolitik fortsetzten, war es einigen der Deportierten bereits gelungen, sich nach Italien, China und dem Fernen Osten in Sicherheit zu bringen. Der Arzt Dr. Gra(n)ner war noch von Rechnitz aus in die USA emigriert. In seiner Villa war später eine Gestapodienststelle eingerichtet. Wer nicht ausreisen konnte, suchte zunächst in Wien Zuflucht, wo er von der Wiener Kultusgemeinde und von Flüchtlingsorganisationen unterstützt wurde. Von den 799 burgenländischen Juden, die am 17. Juni 1938 in Wien registriert waren, stammte die Mehrzahl aus den Gemeinden Deutschkreutz, Rechnitz und Lackenbach. Ihnen folgten bald die Juden der anderen burgenländischen Gemeinden nach, so daß sich ihre Zahl im November auf 1.700 erhöhte. Ende Oktober gab es im Burgenland keine Kultusgemeinden, Ende des Jahres keine Juden mehr.

Diese frühzeitige Ausweisung der Juden aus dem Burgenland hatte auch einen positiven Effekt. Da die nationalsozialistische Politik damals noch auf Vertreibung und nicht auf Vernichtung der Juden abzielte, gelangte ein großer Teil der burgenländischen Juden noch von Wien aus bis ins Jahr 1940 teils mit Unterstützung der Gestapo nach Palästina, Shanghai und in



die USA. Im Oktober 1939 wurden jedoch bereits burgenländische Juden ins Generalgouvernement verschleppt. Das Vermögen der jüdischen Gemeinde übernahm während der NS-Herrschaft die Gemeinde Rechnitz, welche die Synagoge in eine Jugendherberge umbaute. Heute befinden sich dort ein Gemeindebau und das Gebäude der Feuerwehr. Auch der jüdische Friedhof wurde geplündert. Nach dem Krieg kehrte nur eine jüdische Familie nach Rechnitz zurück. Mit ihr starb das jüdische Leben in dieser Stadt.

Der ehemalige Gauleiter Tobias Portschy, der das Burgenland so gründlich von Juden und Zigeunern gesäubert hatte, betreibt heute als angesehenen Mann in Rechnitz die Gastwirtschaft "Die Rose". Portschy war nach der Eingliederung des Burgenlands in die Gaue Niederdonau und Steiermark im Oktober 1938 stellvertretender Gauleiter der Steiermark geworden. Am 28. März 1949 verurteilte ein Grazer Volksgericht Portschy zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall. Zu den Persönlichkeiten, die Portschy im Lauf des Verfahrens Wohlverhaltenszeugnisse für seine Tätigkeit als Gauleiter und Gauleiterstellvertreter ausstellten, gehörte auch der damalige Landeshauptmann des Burgenlands, Dr. Karall. Im Februar 1951 wurde Portschy aufgrund einer Begnadigung durch Bundespräsident Körner freigelassen.<sup>2</sup>

### Die Judendeportationen aus Ungarn<sup>3</sup>

Sechs Jahre lang war das Burgenland "judenrein" gewesen, als um die Jahreswende 1944/45 zehntausende ungarische Juden zur Zwangsarbeit hierher verschleppt wurden. Im Frühjahr und Sommer 1944 verschlechterte sich die militärische Lage des Deutschen Reiches zusehends. Das Vordringen der Roten Armee sollte durch den Bau von Befestigungsanlagen von der Kurischen Nehrung bis zur Adria, dem sogenannten "Ostwall", gestoppt werden. Die "Reichsschutzstellung" oder der "Südostwall" im Bereich Niederdonau – zwischen Bratislava und dem Geschriebenstein – und Steiermark – vom Geschriebenstein bis Radkersburg<sup>4</sup> – sollten vor allem dem Schutz Wiens dienen.

Am 1. September 1944 wurden die Gauleiter durch einen Führerbefehl zu "Reichsverteidigungskommissaren" ernannt und somit verantwortlich für

2 Berichte in "Die Wahrheit", Graz, 29. 3. 1949; "Welt am Abend", 26. 2. 1951; "Wiener", Juni 1988.

3 Die Autorin arbeitet derzeit an einem Kommentarband zu einer Publikation der Reihe "Augenzeugen berichten", (Hrsg.) Institut für Geschichte der Juden in Österreich, über die Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark.

4 Der südlichste Teil des "Südostwalls" wurde aufgrund der unsicheren militärischen Lage nur stützpunktartig ausgebaut.

die Durchführung der Bauarbeiten. Obwohl die Führung berechnete Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Unternehmens hegte, ging die Wehrmacht, wie vorgesehen, sogleich an die Planung, die eigentlichen Bauarbeiten begannen im Oktober. Zu einem Zeitpunkt äußerster Arbeitskräfteknappheit nahm man ein Bauunternehmen in Angriff, bei dem zehntausende Menschen beschäftigt waren. Die Mobilisierung und Führung dieser Arbeitskräfte oblag der Partei, während die Organisation Todt für die technische Ausführung verantwortlich war. Zum Einsatz kamen Zivilisten aus Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark – Frauen, Greise und Hitlerjugend –, vor allem aber ausländische Arbeitskräfte aus insgesamt zwölf Nationen: zehntausende Ostarbeiter, Kriegsgefangene, Häftlinge, Fremdarbeiter, darunter sogar Arbeiter aus Rüstungsbetrieben. Zwischen Jänner und März 1945 schanzten im Gebiet Niederdonau und Steiermark zwischen 102.158 (März) und 105.874 (Jänner) Menschen, davon waren mehr als 75.000 Ausländer<sup>5</sup>, die unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten und leben mußten. Als Ende Jänner die Verpflegung für die Schanzer knapp wurde, entschied der Wehrmachtsführungsstab: "Mit Mitte Februar sind aufgrund der angespannten Ernährungslage die physischen Kräfte der ausländischen Arbeiter nur im unumgänglich notwendigen Ausmaß zu erhalten."<sup>6</sup>

Mit den Ostgebieten war dem nationalsozialistischen Staat das bedeutendste Reservoir an Arbeitskräften verloren gegangen. Die einzig verbliebene Gruppe von Menschen, die die Nationalsozialisten für Sklavenarbeit beim Bau des "Südostwalls" mobilisieren konnten, waren die ungarischen Juden, welche der großen Deportationswelle zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 in Budapest oder im Rahmen des Arbeitsdienstes in der ungarischen Armee entgangen waren.<sup>7</sup>

Nach dem Putsch der faschistischen Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 hatte Ungarn wieder eine Regierung, die zur Auslieferung der Juden an das Deutsche Reich bereit war. Zunächst schanzten jüdische Männer und Frauen in der Umgebung von Budapest, doch mußten sie wegen des Vorstoßes der Roten Armee am 2. November zurückgezogen werden. Am 3. November wurden dennoch alle jüdischen Frauen im Alter zwischen 16

5 Leopold Banny, Schild im Osten, Lackenbach 1985, S. 89.

6 Banny, Schild, S. 60.

7 Im Frühjahr 1944 waren 437.402 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert und die meisten davon sogleich von den Zügen in die Gaskammern geschickt worden. Die Überlebenden kamen als Zwangsarbeiter vor allem in deutschen Rüstungsbetrieben und bei Stollenbauten für unterirdische Flugzeugfabriken, unter anderem auch in Melk, zum Einsatz. Siehe dazu: Jenő Levai (Hrsg.), Eichmann in Ungarn. Dokumente, Budapest 1961, 117 ff.; Bertrand Perz, Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1991, S. 148.



und 40 Jahren zum "militärischen Arbeitsdienst" aufgerufen, am 5. November alle jüdischen Schneiderinnen zwischen 16 und 50.<sup>8</sup>

Am 8. November begannen die berüchtigten Todesmärsche der Budapester Juden, Männer, Frauen und Kinder aller Altersstufen, nach Hegyeshalom, wo sie Dieter Wisliceny in Empfang nahm und an die Gauleitung Niederdonau weiterleitete.<sup>9</sup> Neben den neu mobilisierten Frauen wurden auch die Schanzer, die vor Budapest stationiert gewesen waren, in Marsch gesetzt.<sup>10</sup> Der Transfer der Arbeitsdienstler der ungarischen Armee ins Deutsche Reich begann bereits am 2. November teils zu Fuß und teils per Bahn. Zehntausende Arbeitsdienstler, die zuvor an der Ostfront gedient hatten oder in Ungarn westlich der Theiß stationiert gewesen waren, wurden nun zu Befestigungsarbeiten entlang der Linie Hegyeshalom – Sopron – Kőszeg eingesetzt.

Die Pfeilkreuzler-Wachen begingen während des ca. 200 Kilometer langen Marsches von Budapest nach Hegyeshalom geradezu unglaubliche Unmenschlichkeiten. Die Juden wurden ausgehungert, geschlagen, die Kranken und Schwachen erschossen, so daß tausende Tote die Straßen säumten.<sup>11</sup> Laut einem geheimen Bericht des Polizeihauptmanns Dr. Nándor Batizfalvy vom 22. November in der Königlichen Schwedischen Gesandtschaft verschwanden etwa 10.000 Gefangene auf den Landstraßen: Sie waren entweder den mörderischen Wachen zum Opfer gefallen oder, nicht zuletzt mit Hilfe ungarischer Zivilisten, geflüchtet. Zahlreiche Juden konnten die Qualen und die Hoffnungslosigkeit nicht ertragen und begingen Selbstmord.<sup>12</sup> Die Überlebenden, die nach dem sieben- bis achttägigen Marsch Hegyeshalom erreichten, waren ihrer Kräfte und ihrer Menschenwürde beraubt. Diese Grausamkeiten spielten sich vor den Augen der Delegierten des Vatikans, des Roten Kreuzes und der neutralen Staaten ab, die halfen, wo sie konnten. Der Beobachter des Internationalen Roten Kreuzes kam nach einer Inspektionsreise zu dem Schluß: "Es war überhaupt keine Rede von Arbeitsdienst, Szálasi [der damalige ungarische Ministerpräsident] und seine Konsorten lieferten auch die Juden der Hauptstadt der Ausrottung aus."<sup>13</sup>

Diese Aussage könnte auch als Beschreibung der Lage der jüdischen Zwangsarbeiter in den Lagern entlang der österreichisch-ungarischen

8 Die in den Aufrufen festgesetzten Altersstufen wurden nicht eingehalten.

9 IMT, Bd. IV, S. 410; Aussage Dieter Wislicenys vom 3. 1. 1946.

10 Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich – Wien 1948, S. 352.

11 Levai, *Black Book*, S. 371.

12 Levai, *Eichmann*, S. 186.

13 Levai, *Eichmann*, S. 190.

Grenze dienen. In Österreich wurden die Juden von der SS, vor allem aber von SA- und Volkssturmmännern bewacht.

Von Hegyeshalom kamen die jüdischen Zwangsarbeiter zunächst nach Zurndorf und sodann in die verschiedenen Lager entlang der Grenze sowie auch in Fabriken.<sup>14</sup> Die Zahl der nach Österreich deportierten ungarischen Juden steht nicht fest. Braham spricht von 50.000 Arbeitsdienstlern der ungarischen Armee, die an die Deutschen ausgeliefert wurden<sup>15</sup>, Jenő Levai schätzt die Zahl der zu Fuß Deportierten auf 60.000; 17.000 weitere Zwangsarbeiter seien Ende November per Bahn verschleppt worden.<sup>16</sup> Die detailliertesten Angaben macht Szabolcs Szita. Er spricht von 35.000 jüdischen Gefangenen entlang der Linie Bratislava – Geschriebenstein, wobei sich einige der zwanzig Lager auf ungarischem Gebiet befanden, sowie 12.000 Personen in 34 kleineren Lagern in der Steiermark. Von diesen Zwangsarbeitern starben vor der Evakuierung im März/April 1945 4.500 bis 5.000 allein auf österreichischem Boden.<sup>17</sup> Zu diesen Zahlen müssen noch jene Juden gerechnet werden, die zur Zwangsarbeit in Fabriken eingesetzt waren. Unter Berufung auf Register, welche die Zahl der Deportierten enthalten, gibt Szita die Zahl der Juden, die zwischen dem 6. November und dem 1. Dezember den Deutschen als "Leihgabe bis Kriegsende" ausgeliefert wurden, mit 76.109 an.<sup>18</sup> Nicht alle davon waren auf österreichischem Gebiet stationiert. Unter Berücksichtigung der KZ-Häftlinge sowie der "Straßhofer" Juden schätzt Szita, daß in Österreich 22 – 24.000 ungarische Juden ums Leben kamen.<sup>19</sup>

#### Jüdische Zwangsarbeiter in Rechnitz

Die Bauarbeiten im Bauabschnitt VI des "Südostwalls", wo sich Rechnitz befand, begannen am 9. Oktober 1944.<sup>20</sup> Neben Einheimischen kamen Steirer, Wiener, Bayern und Muselmanen sowie zahlreiche Fremdarbeiter, insbesondere Ostarbeiter zum Einsatz. Die Bewachung erfolgte durch die SA, den Volkssturm und zeitweise durch eine SS-Division bosnischer Muselmanen.<sup>21</sup> Laut der Aussage von Eduard Nicka, dem ehemaligen

14 Szabolcs Szita, *The Forced Labour of Hungarian Jews at the Fortification of the Western Border Regions of Hungary in 1944 – 1945*, S. 4 (Manuskript in Besitz der Autorin).

15 Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, New York 1981, Band 1, S. 342 f.

16 Levai, *Eichmann*, S. 194.

17 Szabolcs Szita, *Utak a pokobol*, 1991, S. 279.

18 Szita, *Forced Labour*, S. 3.

19 Szita, *Utak*, S. 280.

20 Manfred Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich 1945*, 2. Aufl., Wien 1984, S. 87.

21 *Widerstand und Verfolgung im Burgenland*, S. 336.



Kreisleiter des Bezirkes Oberwart, dem dieser Bauabschnitt (Kreise Oberwart und Fürstenfeld) unterstand, wurden die jüdischen Zwangsarbeiter erst im Jänner 1945 auf Befehl von Gauleiter Jury über die ungarisch-burgenländische Grenze gebracht<sup>22</sup>, um Stellungen und Laufgräben zu bauen.<sup>23</sup> Geza Szécsi, ein Zeuge im ersten Eisenerzer Mordprozeß, gab ebenfalls an, daß er Anfang 1945 bis zu seiner Evakuierung nach Mauthausen bei Rechnitz geschantzt hatte.<sup>24</sup>

Ein Teil der Arbeiter wurde aus dem Raum Köszeg, wo sich vier Lager befanden, nach Rechnitz verlegt. Die Zahl der Zwangsarbeiter in den Lagern von Köszeg hatte sich bis Mitte Februar drastisch reduziert.<sup>25</sup> Ein Teil der Gefangenen war an Krankheiten und Entbehrungen gestorben oder Opfer der mörderischen Wachen geworden.<sup>26</sup> Nach dem Krieg wurden in Köszeg 2.400–2.500 Tote exhumiert.<sup>27</sup> Andere Gefangene wurden über die Grenze nach Österreich gebracht. Im Volksgerichtsprozeß gegen die Judenmörder von Rechnitz<sup>28</sup> verlas das Gericht unter anderem die Niederschrift der Zeugenaussage von Paul Szomogyi, der angab, zusammen mit 400 weiteren ungarischen Juden von Köszeg nach Rechnitz verlegt worden zu sein, wobei die SS-Wachen jeden, der den Dauermarsch nicht durchhalten konnte, niederschossen.<sup>29</sup> Auch die 200 Kranken, deren Ermordung am 24. März 1945 der eigentliche Gegenstand des Prozesses war, stammten aus einer Gruppe von 1.000 Personen aus einem der Köszeger Lager und sollten nun im Unterabschnitt Burg bei Rechnitz zum Schanzen eingesetzt werden.

Unter den jüdischen Zwangsarbeitern in Rechnitz befanden sich auch

22 DÖW 12.585. Szita führt Hinweise auf das Lager Rechnitz bereits für Dezember 1944 an (Utak, S. 155).

23 Szita, Utak, S. 155.

24 Public Record Office, FO 1020/2055, Aussage am 4. 4. 1946.

25 Banny schreibt, daß nur mehr ein Drittel der ursprünglich 10.000 Zwangsarbeiter in Köszeg verblieben war (Schild, S. 61 f.). Demgegenüber führt Szita einen Stand von 8.000 Personen für Ende März an, was auf einen höheren Ausgangsstand als den von Banny angenommenen hinweist (Forced Labour, S. 6).

26 Am 31. 10. 1945 verurteilte das LG Wien als Volksgericht den ehemaligen SA-Mann Johann Hölzl wegen mehrfachen Mordes in einem Köszeger Lager zum Tod durch den Strang. Am 12. 2. 1946 sprach dieses Gericht dasselbe Urteil über den Mitbeteiligten Johann Zemlicka aus, beide Urteile wurden am 22. 5. 1946 vollstreckt. Im Laufe des Prozesses kamen auch die grauenhaften Zustände, die in diesem Lager für ca. 1.000 Arbeiter geherrscht hatten, zur Sprache. So gab der Angeklagte Hölzl zu, daß im Lager täglich etwa 15 Gefangene an Krankheit gestorben seien (Neues Österreich, 1.11.1945).

27 Braham, Genocide, S. 343. Pál Bács, der in Köszeg interniert war, spricht von 2.400 Ermordeten. Gedenkrede am 23. 3. 1989 (deutsches Manuskript im Besitz der Autorin).

28 LG Wien, Vg 11g Vr 190/48, Volksgerichtsprozeß gegen Ludwig Groll, Josef Muralter, Stefan Beigelböck und Hilde Stadler vom 1.–15. Juli 1948, DÖW 12.585. Anklageschrift teilweise abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 336–339.

29 Der Abend, 12. 7. 1948 (Kopie aus dem Schnitarchiv der KPÖ/Volksstimme).

Frauen<sup>30</sup>, obwohl sich bereits gezeigt hatte, daß Frauen der schweren Arbeit bei kärglichster Verpflegung und schlechter Unterbringung nicht gewachsen waren. So zogen die Behörden die Frauen seit der zweiten Dezemberhälfte aus den in der Nähe Soprons gelegenen Lagern Harka (Magyarfalva), Kópháza und Ilonamajor ab und ersetzten sie durch Männer.<sup>31</sup>

Die Behandlung der in Rechnitz und Burg eingesetzten ungarischen Juden war nicht Gegenstand eines Verfahrens. Dennoch finden sich Hinweise darauf in der Anklageschrift im Rechnitzer Mordprozeß.<sup>32</sup> Der Beschuldigte Stefan Beigelböck war als Hundertschaftsführer insbesondere für die Bewachung von Ostarbeitern zuständig. Laut Anklage hatte er als Aufsichtsorgan Ostarbeiter, aber auch Juden und Jüdinnen wiederholt schwer geschlagen, mindestens einmal mit tödlichem Ausgang. Das Opfer, ein ungarischer Jude, hatte sich vor dem Tor des Schlosses Batthyány gebückt, um sich den Schuhriemen zu binden. Beigelböck habe ihn daraufhin mit einem Stock niedergeschlagen und wahrscheinlich erschossen. Ein Zeuge gab an, Beigelböck habe sich sechs oder sieben derartiger Morde gerühmt. Der Angeklagte bestritt dies allerdings.<sup>33</sup> Beigelböck war ein Vertrauensmann des Unterabschnittsleiters von Rechnitz I, Franz Podezin, der sich dem Verfahren durch Flucht entzogen hatte. Podezin wurde unter anderem beschuldigt, zusammen mit dem Angeklagten Muralter, dem Leiter des Unterabschnitts Rechnitz II, mehrmals Juden, die wegen kleiner Vergehen wie z. B. Brotdiebstahls in einem Keller eingesperrt waren, herausgeholt und erschossen zu haben. Das diesbezügliche Ermittlungsverfahren gegen Muralter brachte jedoch keine ausreichenden Beweise, weshalb dieser lediglich wegen der Mißhandlung von Zwangsarbeitern verurteilt wurde. Übergriffe seitens der Volkssturm-, SS- und SA-Wachen werden nicht erwähnt. Der Kommandant des Rechnitzer Volkssturms, Merklin, wurde jedoch zur Zeit der Ermordung der 170 kranken Juden am Tatort gesehen.

600 Juden sollen im Keller des Schlosses Batthyány unter schlechtesten Bedingungen, ohne ausreichende Nahrung und medizinische Betreuung untergebracht gewesen sein.<sup>34</sup> Der Zeuge Paul Szomogyi schilderte den Tagesablauf der Zwangsarbeiter: "Von Rechnitz aus mußten wir weitere fünf Kilometer bis zum Wallbau marschieren. Dort wurde bis zwei Uhr nachts gearbeitet. Es gab nur einmal im Tag Nahrung, die aus Suppe und

30 Szita, Utak, S. 155.

31 Szita, Forced Labour, S. 23 ff., 29. Szita nimmt an, daß diese Frauen in die Lager Felixdorf und Lichtenwörth verlegt wurden.

32 DÖW 12.585, teilweise in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 336 ff.

33 Österreichische Volksstimme, 1. 7. 1948.

34 Der Abend, 24. 7. 1948.



einem Stück Brot bestand.<sup>35</sup> Die bei den ausländischen Arbeitskräften eingesparte Nahrung kam nicht immer der deutschen und einheimischen Bevölkerung zugute, die sich seit Ende Jänner mit um 15 % geringeren Rationen begnügen mußte.<sup>36</sup> Im selben Monat zeigte der Gendarmerieinspektor Josef Mittermaier einen großangelegten Lebensmitteldiebstahl an den Rechnitzer Schanzarbeitern bei einem Sondergericht in Graz an. Dieser Lebensmitteldiebstahl, der, wie Mittermaiers Erhebungen ergeben hatten, "in die Hunderte von kg" ging, war von der Kreisleitung verübt worden. Mittermaier, der nur durch das rasche Vorrücken der sowjetischen Truppen davor bewahrt blieb, vom Kreisleiter Eduard Nicka vor ein Standgericht gestellt zu werden, hielt diese Anschuldigungen auch nach Kriegsende aufrecht.<sup>37</sup>

Ab dem 22./23. März begann die Evakuierung von Köszege vor den herannahenden sowjetischen Truppen.<sup>38</sup> Tausende jüdische Zwangsarbeiter überquerten nun die Grenze nach Österreich. Die Nichtmarschfähigen wurden zurückgelassen und ermordet, wobei in den verschiedenen Lagern unterschiedliche Methoden zur Anwendung kamen.

In einer Ziegelfabrik waren mehrere tausend jüdische Zwangsarbeiter untergebracht. Im März 1945 begannen dort die Bauarbeiten für die einzige Gaskammer Ungarns. Ahnungslose jugendliche Gefangene, die glaubten ein Lazarett einzurichten, dichteten die Türen und Fenster einer Trockenanlage der Ziegelei ab. Der Arzt Pál Bács war nicht nur an diesem Umbau beteiligt, am 23. März mußte er die Kranken, darunter auch seinen Bruder, in das Gebäude schleppen. Die Todeskandidaten waren zu schwach, um sich auf den Beinen zu halten. Sie mußten gegen die Wände der Gaskammer gelehnt werden. Insgesamt wurden hier 120 Menschen vergast.<sup>39</sup> Die Ziegelei kann besichtigt werden, davor steht ein Denkmal, das an die 2.400 Opfer der Köszege Lager erinnert.

Am 25. März ermordeten die SA-Wachen in einem bereits evakuierten Lager für 1.000 Juden in einer Brauerei 85 zurückgebliebene Kranke. Zu diesem Zweck hatten die Mörder in einem Schuppen gleich hinter der Tür eine Schlinge angebracht. Die Juden wurden einzeln in den Schuppen getrieben und erdrosselt.<sup>40</sup> Eine weitere Gruppe erschossen die Wachen

35 Der Abend, 12. 7. 1948. Der Zeuge hatte diese Aussage in einem DP-Lager in Salzburg schriftlich zu Protokoll gegeben.

36 Banny, Schild, S. 60.

37 Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Oberwart, Burgenland, an das Bezirksgericht in Oberwart in der Strafsache gegen den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter Eduard Nicka wegen Kriegsverbrechen, 1. 8. 1948, DÖW 12.585.

38 Braham, Genocide, S. 343.

39 Bács, Gedenkrede.

40 Wiener Zeitung, 13. 2. 1946, Bericht über den Fall Zemlicka (siehe Anm. 26).

kaltblütig.<sup>41</sup> Ein Wiener Volksgericht verurteilte zwei dieser Mörder 1945 und 1946 zum Tod durch den Strang. Die Justifizierung fand kurze Zeit später statt.

Tausende der aus Köszege evakuierten Juden kamen per Bahn nach Burg, um teils dort, teils in anderen Lagern entlang der österreichisch-ungarischen Grenze weiterzurücken.

#### Die Ermordung der zweihundert jüdischen Zwangsarbeiter

Der Transport der 1.000 Juden, der Gegenstand des Rechnitzer Mordprozesses war, erreichte Burg am 24. März 1945. Die weiteren Vorgänge schildert die Anklageschrift: "Da sich in Burg herausstellte, daß ungefähr 200 dieser Juden arbeitsunfähig waren, veranlaßte die Kreisleitung in Oberwart [vermutlich Eduard Nicka] ihren Rücktransport nach Rechnitz; als sie etwas nach 18 Uhr in Rechnitz ankamen, wurden sie dort von zwei Männern erwartet, deren einer der Beschuldigte Stefan Beigelböck war; der zweite war vermutlich ein gewisser Gottfried Brunner. Die Juden befanden sich bei der Ankunft in einem bejammernswerten Zustand; sie waren total verschmutzt und verlaust und so entkräftet, daß ein Teil von ihnen kaum die Waggons verlassen konnte und ausgeladen werden mußte; hiebei starben drei Mann an Erschöpfung."<sup>42</sup> Nach den Angaben Beigelböcks kamen 172 oder 174 Personen am Rechnitzer Bahnhof an, von denen also etwa 170 den Transport überlebten.

Nach der Entladung der Kranken wandte der Ortsgruppenleiter Franz Pödezin, ein Gestapobeamter, die übliche Verwirrungstaktik der nationalsozialistischen Wächter an. Um die Gefangenen ruhig zu halten, versprach er ihnen Nahrung und medizinische Betreuung. Ebenso falsch war die Meldung, die Beigelböck um etwa 19 Uhr an den Angeklagten Muralter machte, daß er als einzelner die Juden nicht an der Flucht hindern könne. Da die Kranken dazu jedenfalls zu schwach waren, kann diese Meldung als Vorwand für spätere Mordaktionen angesehen werden. Tatsächlich erschienen daraufhin ein SS-Mann und drei SA-Männer am Bahnhof, welche die Juden mißhandelten und beschimpften.

Wenig später teilte der ebenfalls angeklagte Hermann Schwarz Beigelböck mit, daß die Juden erschossen würden und die Gräber bereits ausgehoben seien. Ab 22 Uhr begannen 80 Juden aus dem Barackenlager "Süd" mit dem Ausheben der Gräber.

Vieles deutet darauf hin, daß die Vernichtung der Juden im voraus geplant war. Denn ab 21 Uhr fand im Schloß Batthyány, dem Sitz der

41 Neues Österreich, 1. 11. 1945, Bericht über den Fall Hölzl (siehe Anm. 26).

42 Siehe Anm. 28.



Unterabschnittsleitung Rechnitz, ein großes Gefolgschaftsfest, zu dem Josef Muralter 40–50 Personen geladen hatte, statt. Neben dem Gastgeber waren Graf und Gräfin Batthyány, Podezin sowie die Beschuldigten Hilde Stadler und Ludwig Groll, letzterer als Vertreter des Kreisleiters Nicka, anwesend. Die Gäste tanzten und tranken reichlich. Um etwa 24 Uhr begab sich Hermann Schwarz mit dem Lastkraftwagenfahrer Franz Ostermann zum Bahnhof. Ostermann fuhr von dort siebenmal mit jeweils 25–30 Juden zum Kreuzstadel, der etwas außerhalb der Ortschaft liegt. Bereits während des dritten oder vierten derartigen Transports fielen die ersten Schüsse in einem nahegelegenen Feld. Die Mörder waren Teilnehmer des Festes im Schloß, denen Podezin um etwa 23 Uhr mitgeteilt hatte, daß sie an der Liquidierung der arbeitsunfähigen Juden mitzuwirken hätten. Die 14 oder 15 Männer, die zum Teil aus benachbarten Bauabschnitten stammten, waren bewaffnet und erhielten nun die nötige Munition. Die Täter, unter denen sich nach Zeugenaussagen Groll, Muralter, Stadler, Podezin und sein Adjutant Oldenburg befanden, begaben sich nun zum Kreuzstadel, um den Auftrag auszuführen. Am Tatort wollte Beigelböck auch den Volkssturmkommandanten Merklin sowie den Kreisleiter Nicka gesehen haben. Nicka hatte zwar am Fest selbst nicht teilgenommen, doch war der Rücktransport der Kranken, wie erinnerlich, von der Kreisleitung veranlaßt worden, was ein Erscheinen des Kreisleiters am Tatort glaubhaft machte, gleichzeitig auch die Vermutung seiner Teilnahme am Mordkomplott untermauerte.

Nach vollbrachter Tat, ein bis zwei Stunden nach ihrem Aufbruch, kehrten die Mörder zum Fest zurück und feierten weiter. Doch dies ist nicht der einzige Beweis für die Gefühllosigkeit, mit der sie die Verbrechen verübten. Die erschöpften, verängstigten Menschen mußten sich entkleiden, bevor sie, wie zwei stichprobenartige Exhumierungen nach Kriegsende ergaben, erschossen oder erschlagen wurden. Eine Gruppe von etwa 35 ungarischen Juden lud ihre Kleidungsstücke am nächsten Tag auf den Wagen des Ostermann auf, welcher sie sodann ins Schloß brachte. Als unliebsame Tatzeugen fanden diese Juden am Abend in einem Feld nahe dem Schlachthaus auf dieselbe Art und Weise wie die Gruppe der vergangenen Nacht ihren Tod. Auch ihre Kleider wurden ins Schloß gebracht. Zeugen hatten Stadler und Podezin, angeblich beide mit Waffen und lachend, sowie zwei SA-Männer am Tatort gesehen.

Das Gericht vermutete, daß in Rechnitz noch weitere Mordtaten geschehen waren. So hatte der bereits erwähnte Zeuge Paul Szomogyi zu Protokoll gegeben, daß am 24. März von seiner Abteilung ebenfalls 400 Arbeiter auf ähnliche Weise ermordet worden waren, ihm selbst sei im Schutz der Dunkelheit die Flucht nach Leoben gelungen. Da Szomogyi nicht vor Gericht erschien, konnte diesen Angaben nicht weiter nach-

gegangen werden.

Die Urteile im Rechnitzer Mordprozeß waren mild. Das Gericht hatte die Anklage gegen Johann Paal und Hermann Schwarz bereits während des Prozesses fallengelassen. Das Urteil gegen Ludwig Groll lautete wegen entfernter Mitschuld und Hochverrats (Illegalität) acht Jahre Kerker, das gegen Josef Muralter wegen Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie Hochverrats fünf Jahre. Stefan Beigelböck und Hilde Stadler wurden mangels Beweisen freigesprochen. Der Hauptgrund für diese milden Urteile lag darin, daß die meisten Zeugen ihre Aussagen der Voruntersuchung widerriefen, abschwächten oder gar nicht erst vor Gericht erschienen.<sup>43</sup> Auch war Franz Podezin, der mutmaßliche Organisator dieser Morde, flüchtig. Das Gericht wies weiters darauf hin, daß viele Verdachtsmomente gegen den Kreisleiter von Oberwart, Eduard Nicka, als eigentlichen Initiator der Judenmorde sprachen. Gegen Nicka war ein eigenes Verfahren anhängig. Am 1. Oktober 1948 wurde Nicka zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt.

#### Transporte ab Rechnitz

Am 24. März kam ein weiterer Bahntransport mit tausend jüdischen Zwangsarbeitern über die ungarische Grenze nach Burg. Es ist anzunehmen, daß auch diese Zwangsarbeiter ursprünglich im Raum Köszeg eingesetzt gewesen waren. Eine Gruppe von HJ-Führern sollte diesen Zug nach Strem bringen. Die Jugendlichen hatten den Befehl, Marschunfähige zu erschießen.<sup>44</sup> Ein Augenzeuge berichtete, "daß während des großen Judentransports von Rechnitz nach Strem die Juden wie die ermatteten Fliegen in den Straßengraben fielen und sich durch das Verzehren der ersten Frühlingsblumen vor dem Hungertod zu schützen suchten".<sup>45</sup> Um etwa 2 Uhr früh erreichte der Zug Eberau, wo die Gefangenen und ihre Wachen übernachteten. Einige Juden blieben für den Arbeitseinsatz vor Ort zurück. Am nächsten Tag, dem 25. März, waren die Transportteilnehmer bereits sehr geschwächt. Bei Gaas und Höll erschossen HJ-Wächter vier Erschöpfte.<sup>46</sup> Nach einer kurzen Rast in Strem und der Übergabe des Zugs an neue Wachen ging es weiter in Richtung Reinersdorf, wo die ungarischen Juden eine Gruppe Arbeiter ablösen sollten. In

43 Siehe dazu die ausführlichen Berichte über diesen Prozeß besonders in der "Österreichischen Volksstimme" und in "Der Abend".

44 LG Graz, Vg 1 Vr 9122/47, gegen Isidor Fellner und andere wegen Verbrechens des Mordes, am 30. 8. 1948. DÖW 12.257; teilweise in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 340 f.

45 Die Wahrheit, Graz, 31. 7. 1948.

46 Siehe Anm. 44.



einem Wald bei Heiligenbrunn konnte Thomas Andras trotz großer Bemühungen nicht mehr weitergehen und fiel ebenfalls den mörderischen Wachen zum Opfer.

Bereits am 22. März hatte der Kreisleiter von Fürstenfeld, Eduard Meissl, eine geheime Dienstanweisung betreffend die "Rückführung der Juden aus dem Stellungsbau im Falle eines Alarmes" erlassen. Danach waren die jüdischen Zwangsarbeiter der Unterabschnitte Eberau, Moschendorf, Strem und Reinersdorf zunächst in Strem zu sammeln, um tags darauf über Güssing, Sulz, Rehgraben, Neusiedel und Deutsch-Kaltenbrunn nach Bierbaum zu marschieren. Die Entfernung von Strem nach Bierbaum betrug etwa 33 Kilometer. Verantwortlich für die Durchführung war Paul Schmidt, der Unterabschnittsführer von Strem.<sup>47</sup> Zur Bewachung waren der Volkssturm und "die auswärtigen und kreiseigenen Führungskräfte" eingeteilt.<sup>48</sup> Es ist anzunehmen, daß um diese Zeit ähnliche Dienstanweisungen für den Rückzug der Schanzarbeiter in den anderen Kreisen ergangen waren.

Die Verlegung der Transporte ungarischer Juden zu neuen Arbeitsinsätzen ging dennoch weiter. Als dann Ende März die Absetzbewegung von der Grenze einsetzte, erfolgte sie oft überstürzt. Bis zuletzt schanzten die entkräfteten Zwangsarbeiter, da die Einstellung der Bauarbeiten am "Südostwall" dem Eingeständnis, daß der Krieg verloren war, gleichkam. Doch wurde diese Erkenntnis auch danach so weitgehend verdrängt, daß die Morde und Quälereien an den Juden während ihrer Verschleppung durch die Steiermark und Oberösterreich weitergingen. Zum blinden Glauben an die Unbesiegbarkeit des Deutschen Reiches kam bei den meisten Tätern noch der Mangel an jeglichem Unrechtsbewußtsein.

Die Auflösung der Lager um Strem und der Abmarsch nach Westen erfolgten um den 29. März.<sup>49</sup> Von Strem selbst sollen laut der Aussage eines Opfers ca. 5.000 Zwangsarbeiter in Richtung Graz in Marsch gesetzt worden sein.<sup>50</sup>

47 Paul Schmidt wurde am 31. 7. 1948 von einem Grazer Volksgericht wegen vierfachem Mord zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt. Vor dem Abmarsch nach Mauthausen wurden 20 kranke ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in einem Wald bei Heiligenbrunn ermordet. Schmidt bediente sich bei diesen Morden der Hilfe von HJ.

48 Public Record Office, FO 1020/2063.

49 Public Record Office, FO 1020/2059, Aussage Josef Kleins vom 6. 5. 1946. Klein war in Eberau interniert. Er gab an, am 30. März abmarschiert zu sein. Im Prozeß gegen Isidor Fellner u.a. wurde als Abmarschtag von Reinersdorf nach Strem der 29. März angeführt (DÖW 12.257). Szita setzt den Abmarsch aus Reinersdorf und Eberau für den 29. März, den aus Strem für den 27. März an, was in Hinblick darauf, daß in Reinersdorf am 28. März noch geschanzt wurde, etwas früh erscheint (Utak, S. 153 ff.).

50 Public Record Office, FO 1020/2059, Aussage von Wolf Gancz, vom 22. 6. 1946. Gancz war zu Jahresbeginn 1945 von Köszeg nach Eberau verlegt worden.

Auch in Rechnitz befanden sich noch tausende jüdische Zwangsarbeiter. Der Zeuge Geza Szécsi sprach von 7.000 Personen, die von Rechnitz abgezogen wurden.<sup>51</sup> Auch wenn diese Zahl für den Abmarsch zu hoch erscheint, deutet sie doch auf eine massive Absetzbewegung jüdischer Schanzarbeiter aus Rechnitz hin. Der Transport wuchs wahrscheinlich erst unterwegs an, als sich weitere Gruppen aus südlich gelegenen Lagern anschlossen, bis er bei Feldbach eine Stärke von 6–7.000 Personen, Männern und Frauen, erreichte.<sup>52</sup> Über die Route des Rechnitzer Transports liegen keine Details vor. Bekannt ist nur, daß er über Graz, Eisenerz, Hieflau und Steyr nach Mauthausen geleitet wurde. Das Datum des Abzugs ist nicht dokumentiert. Es muß jedoch vor oder am 29. März 1945 gewesen sein, da die Rote Armee Rechnitz erstmals an diesem Tag überrannte. Bekannt ist, daß zumindest ein Teil der in Rechnitz zum Schanzen eingesetzten ungarischen Juden am 7. April den Präbichl erreichte. Den Transport begleiteten SA, Volkssturm, Gendarmerie und Ukrainische SS, wobei die Volkssturm- und Gendarmerieeskorten meist alle ein bis zwei Tage wechselten. Unterwegs starben hunderte Arbeiter an Hunger und Erschöpfung oder fielen der Begleitmannschaft zum Opfer. Oft gab es tagelang keine Verpflegung, übernachten mußten die Gefangenen meist im Freien. Szécsi gab an, daß nur 3.000 der ursprünglich 7.000 Gefangenen Mauthausen erreichten. Der Kommandant des Transports war ein SS-Mann, der die Gruppe zumindest bis Eisenerz, wahrscheinlich jedoch bis Mauthausen, auf einem Fahrrad begleitete. Von diesem Mann berichtete der Zeuge Geza Szécsi, daß er zwar das große Morden am Präbichl nicht duldete, gegen die einzelnen Erschießungen von Erschöpften jedoch nicht einschritt. Dies zeigt, daß es für die SS zwar keine offiziellen Befehle für Massaker, wohl aber für die Ermordung der Nichtmarschfähigen gab. Genau diese Befehle hielt der SS-Mann getreulich ein. Er betrachtete die offene Mordlust der Volkssturmmänner am Präbichl als verbrecherisch, nicht aber die "pflichtgemäße" Menschen-schinderei während des Marsches.

Die Behandlung der jüdischen Zwangsarbeiter sowohl in den Lagern als auch während der Märsche entsprach der in Konzentrationslagern. Das Wachpersonal stellte jedoch größtenteils nicht die SS, sondern die SA, der Volkssturm und die HJ. Diese Personengruppen verübten auch die meisten Mißhandlungen und Morde in den Lagern und während der Todesmärsche. Dies und der Zeitpunkt, die letzten Kriegstage, gehören mit zu den

51 Siehe Anm. 24.

52 Der Zeuge Wolf Gancz beschrieb diesen Vorgang für den Rückzug aus Eberau (Public Record Office, FO 1020/2056). Aussage Engelbert Selenkos, Public Record Office, FO 1020/2056.



schockierendsten Aspekten der geschilderten Verbrechen. Sie zeigen, daß die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus breiteste Bevölkerungsschichten ergriffen hatte. Dazu kommt noch, daß die unmenschliche Behandlung der Zwangsarbeiter spätestens bei den Märschen vor den Augen der Zivilbevölkerung erfolgte. Die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. Sie reichten von offener Zustimmung über Wegsehen zu aktiver Hilfeleistung, die oft nur durch Drohungen durch das bewaffnete Wachpersonal verhindert wurde. In manchen Fällen fanden Häftlinge auch Unterschlupf bei Bauern. Besonders erwähnenswert erscheint hier die kleine Ortschaft Kalch bei Gleisdorf in der Steiermark, wo trotz SS-Razzien gleich mehrere Familien rettende Hilfe leisteten.<sup>53</sup>

Was die Täter betrifft, so handelte es sich hier in der Mehrzahl wenn nicht um hochrangige, so doch um überzeugte Nationalsozialisten. Ein Teil der Täter war jedoch dem Druck durch die Vorgesetzten moralisch nicht gewachsen und mordete in blindem Gehorsam und aus Gleichgültigkeit gegenüber den jahrelang als "minderwertig" und "feindlich" bezeichneten Opfern. Besonders schwerwiegend ist hier die doch beträchtliche Zahl an jugendlichen Mördern. Die Gau- und Kreisleiter sind zumindest von einer politischen Verantwortung, die sich jedoch auch auf direkte und indirekte Befehle erstreckte, nicht freizusprechen. Die Gauleiter waren als "Reichsverteidigungskommissare" für den Einsatz der Arbeitskräfte und ihre Führung verantwortlich. Ihnen unterstanden die Kreisleiter mit ihren Stäben, die auch die Befehlsgewalt über den Volkssturm hatten. In seiner Befragung durch Lord Schuster, den Leiter der Legal Division (BE), in Nürnberg gab der ehemalige Gauleiter der Steiermark, Siegfried Uiberreither, an, Himmler habe den Gauleitern von Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark am 28. März in Wien befohlen, die jüdischen Zwangsarbeiter im Falle eines Einbruchs der sowjetischen Armee "ordnungsgemäß" von der Grenze nach Mauthausen zu evakuieren. Dies bedeutete, laut Uiberreither, ausreichende Verpflegung während des Marsches und eine Behandlung, die eine möglichst vollzählige Übergabe in Mauthausen gewährleisten sollte.<sup>54</sup> Diese Aussage bestätigten anderorts der bei dieser Besprechung ebenfalls anwesende Lagerkommandant von Mauthausen, Franz Ziereis, sowie der ehemalige Wiener Gauleiter, Baldur von Schirach.<sup>55</sup> Uiberreither versicherte, genau diesen Befehl an die Kreisleiter der Bezirke Oberwart (Nicka), Feldbach (Rutte) und Fürstenfeld (Meissl), also der steirischen Grenzregionen, telefonisch wei-

53 DÖW E 21.224.

54 DÖW 12.627.

55 Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation, 2. Aufl., Wien 1980, S. 144.

tergegeben zu haben. Daraufhin hätte er angesichts der angespannten militärischen Lage sich nicht weiter um diese Angelegenheit kümmern können.<sup>56</sup> Tobias Portschy, sein Stellvertreter, will von den Transporten nur vom Hörensagen gewußt haben. Er habe die Heimat verteidigt und sei Ende März im Kampf um Rechnitz<sup>57</sup> sogar verwundet worden.<sup>58</sup>

Die Behandlung, die den jüdischen Zwangsarbeitern gerade nach Uiberreithers Telefonat zuteil wurde, stand im genauen Gegensatz zu seinem angeblichen Befehl. So befahl der von Uiberreither kontaktierte Meissl am 28. März die Ermordung aller nichtmarschfähigen Zwangsarbeiter vor der Liquidierung der Lager.<sup>59</sup> Am 1. April wurde der Freiheitskämpfer Engelbert Selenko Zeuge eines vertraulichen Gesprächs zwischen dem Kreisleiter von Leoben, Otto Christandl, und dem Führer des Eisenerzer Volkssturms, Anton Eberl. Christandl informierte Eberl, daß für die nächste Woche ein Transport von 6–7.000 ungarischen Juden aus Feldbach zu erwarten sei. Eberl versprach daraufhin: "Die sollen nur kommen, bei uns werden es um ein paar hundert weniger werden." Darauf der Kreisleiter: "Na, bis die bei euch sind, sinds ohnehin keine 6.000 mehr."<sup>60</sup> Am 7. April ermordeten Mitglieder des Eisenerzer Volkssturms auf dem Präbichl 200 Teilnehmer eines Transports, indem sie während des Marsches wahllos in die Menge schossen und schlugen. In diesem Transport befanden sich auch Personen, die aus Rechnitz verschleppt worden waren. Beim ersten Eisenerzer Mordprozeß im April 1946 wurden Christandl und Eberl von einem britischen Militärgericht zum Tod verurteilt und am 21. Juni 1946 hingerichtet.<sup>61</sup>

In den ersten Aprilwochen passierte eine unbekannte Zahl von Transporten die Steiermark. Nicht alle Transporte passierten den Präbichl, manche wurden hinter Graz in nordwestlicher Richtung über die Triebener Tauern nach Liezen und sodann, wie auch die Präbichler Transporte, durch das Ennstal nach Mauthausen getrieben. In Mauthausen kamen 17.000 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter an. Nach einem Aufenthalt im Zeltlager von Mauthausen ging der Leidensweg weiter nach Gunskirchen, wo am 4. Mai 1945 15 – 18.000 ungarische Juden von amerikanischen Truppen befreit wurden. Darunter waren jedoch auch Häftlinge, die aus dem Konzentrationslager Auschwitz nach Österreich gekommen waren.

56 Uiberreither konnte sich einem Prozeß durch Flucht entziehen.

57 29./30. 3. 1945.

58 Aussage beim ersten Eisenerzer Mordprozeß am 11. 4. 1946, Public Record Office, FO 1020/2055.

59 Siehe Anm. 44.

60 Aussage Engelbert Selenkos beim ersten Eisenerzer Mordprozeß am 2. 4. 1946, Public Record Office, FO 1020/2055, und Public Record Office, FO 1020/2056 (Anm. 51).

61 Public Record Office, FO 1020/2064.



Viele dieser Menschen litten an Flecktyphus, so daß sie ihre Befreiung nicht lange überlebten. Die Zahl der Opfer, die nach Kriegsende starben, ist nicht bekannt.<sup>62</sup>

### Die Spuren verschwanden

Die Spuren der in Rechnitz gefangengehaltenen ungarischen Juden verloren sich jedoch nicht erst am Weg nach Mauthausen. Die Massengräber, die nach Kriegsende sowohl von den sowjetischen Besatzungsbehörden als auch vom Bezirksgericht Oberwart für stichprobenartige Obduktionen geöffnet wurden, sind heute unauffindbar. Im Dezember 1990 wurde eine Suchaktion nahe dem Kreuzstadel, die vom Leiter des Umbettungsdienstes vom Verband deutscher Kriegsgräberfürsorge, Horst Littmann, durchgeführt worden war, ergebnislos abgebrochen. Die Wirtin des Gasthauses "Rose" in Rechnitz hält derartige Suchaktionen für unnötig: "Suachts do ned die Knochen von die Juden, sondern das Gold, des was sie vergraben haben."<sup>63</sup> Wenige Tage vor Beginn der Suchaktion waren 60 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof von Rechnitz gewaltsam umgeworfen worden. Die Gendarmerie vermutete, daß es sich bei den Tätern um jugendliche Besucher einer nahegelegenen Diskothek gehandelt hat.<sup>64</sup>

Die Stimmung bei der feierlichen Enthüllung des Gedenksteins in Erinnerung an die 200 ermordeten jüdischen Zwangsarbeiter war von dem Wissen überschattet, daß am kommenden Tag eine Veranstaltung des Rechnitzer Kameradschaftsbundes, dessen Obmann 1988 Tobias Portschy war<sup>65</sup>, auf dem Geschriebenstein stattfand. Dabei sollte nicht der Befreiung Österreichs von den Nationalsozialisten gedacht werden, die am 29. März 1945 mit der Überschreitung der österreichischen Grenze durch die Rote Armee knapp nördlich dieses Berges ihren Anfang nahm, sondern der treuen Verteidigung der Heimat durch die Wehrmacht. Es bleibt zu hoffen, daß der Gedenkstein gegenüber der Rechnitzer Volks- und Hauptschule einen Beitrag zu einem anderen, österreichischen Geschichtsverständnis leisten wird.

62 Thomas Albrich, *Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945–1948*. Innsbruck 1987, S. 18 f.  
63 *Der Standard*, 7. 1. 1991.  
64 *Volksstimme*, 1. 12. 1990.  
65 "Wiener", Juni 1988.

### JONNY MOSER

#### DIE ANHALTE- UND SAMMELLAGER FÜR ÖSTERREICHISCHE JUDEN

Oppositionelle, Individualisten, Aufmucker, sogenannte Arbeitsscheue, Fremd- und Zwangsarbeiter, Dienstverpflichtete und -versetzte wurden vom NS-Regime durch Kasernierung und Anhaltung in Lagern unter Kontrolle gebracht, ausgeschaltet und liquidiert. Die Bandbreite an Lagerarten reichte vom Arbeitslager über Arbeitsumerziehungslager bis zu den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Dieses System von Lagern ist eines der Charakteristika des NS-Regimes und seiner Zeit.

Nach dem "Anschluß" kam es in Österreich zu Massenverhaftungen von Funktionären der Vaterländischen Front, von Legitimisten, in der Illegalität lebenden Sozialdemokraten und Kommunisten sowie erstmals auch zu einer vermehrten Festnahme von Juden, Zeugen Jehovas und Zigeunern. Die österreichischen Nationalsozialisten hatten schon Monate vorher schwarze Listen aller potentiellen Gegner und unliebsamen Personen zusammengestellt. Von der Verhaftungswelle während der ersten Wochen des neuen Regimes waren rund 70.000 Personen betroffen. Die vorhandenen Arrestzellen in den Polizeigefangenenhäusern, den Bezirksgerichten und Gemeindegewerken reichten für die Unterbringung der Verhafteten nicht aus. Auch in Schulen und leerstehenden öffentlichen Gebäuden ließ das NS-Regime Anhaltelager und provisorische Polizeigefangenenhäuser einrichten. Die SA, die das ganze Jahr 1938 hindurch der Polizei Assistenzdienste leistete, bewachte diese neuen Haftanstalten.

Im nördlichen Burgenland wurden aus Mangel an Arrestzellen ausschließlich Anhaltelager errichtet.<sup>1</sup> Bekannt ist das inmitten des Judenviertels angelegte von Frauenkirchen. In Wien erfolgte die Unterbringung prominenter Juden vorerst im Polizeigefangenenhaus Roßbauerlände<sup>2</sup>, auch "Elisabethpromenade", "Lisl" oder Schubhaus genannt, sowie im Landesgericht II<sup>3</sup> und im Bezirksgericht Leopoldstadt<sup>4</sup>. Nachdem im Mai 1938 im Rahmen einer großen Verhaftungsaktion<sup>5</sup>, die sich gegen unliebsame Juden richtete, tausende festgenommen worden waren, fand das Lager

1 *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation*, Hrsg. DÖW, Wien 1979, Dok. 10, S. 87, Dok. 13, S. 304 f., und S. 295.  
2 Wien IX., Roßbauerlände 7–9 bzw. Hahngasse 8.  
3 Wien VIII., Hernalser Gürtel 6–12.  
4 Wien II., Schiffamtsgasse 1.  
5 Jonny Moser, *Die Judenverfolgung in Österreich 1938–1945*, Wien 1966, S. 5 ff.; *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation*, Hrsg. DÖW, Bd. III, Wien 1975, Dok. 122, S. 263.



Karajangasse<sup>6</sup> fast ausschließlich zur Anhaltung von Juden Verwendung. Von diesem Lager aus erfolgte die Weiterleitung der Festgehaltenen in das Konzentrationslager Dachau. Das Anhaltelager Karajangasse blieb das ganze Jahr 1938 in Betrieb, wiewohl es erst im Oktober 1938 wieder zu Massenverhaftungen kam. Im Zusammenhang mit dem deutscherseits geplanten Abschub von Juden polnischer Staatsangehörigkeit wurden 2.393 in Österreich lebende Juden festgenommen. Sie sollten nach Polen überstellt werden.<sup>7</sup> Sie wurden vorerst im Anhaltelager Karajangasse kaserniert. Die große Verhaftungsaktion im Rahmen der "Kristallnacht", angeordnet nach der Zerstörung der Synagogen, führte zur Festnahme von 6.547 Juden, von denen 3.700 in das Konzentrationslager Dachau kamen.<sup>8</sup> Diese Verhaftungsaktion überfüllte schließlich die Räumlichkeiten des Anhaltelagers Karajangasse.

Das NS-Regime verhängte im Juli 1938 über jüdische Arbeiter und Angestellte ein Arbeitsverbot<sup>9</sup>, gestand ihnen jedoch zumindest vorerst Arbeitslosenunterstützung zu. Mit dieser Maßnahme versuchte das Regime, Arbeit für arische Arbeitslose zu schaffen. Die Rechnung ging nicht auf, weil gleichzeitig die Mehrzahl der jüdischen Betriebe, in denen viele der jüdischen Arbeitnehmer beschäftigt waren, liquidiert wurden. Die bald einsetzende Ankurbelung der Rüstungsindustrie erbrachte einen Mangel an Arbeitskräften, und man begann den Arbeitseinsatz jüdischer Arbeitskräfte in Erwägung zu ziehen. Anfang Jänner 1939 waren rund 8.200 Juden bei den Arbeitsämtern gemeldet<sup>10</sup>, eine Zahl, die sich dann

6 Wien XX., Karajangasse 16, Unterberggasse 1. Eine SA-Kaserne befand sich an der Rückseite des Gebäudes in der Wasnergasse 33.

7 Anfang Oktober 1938 erließ die polnische Regierung eine Order, aufgrund welcher alle polnischen Staatsangehörigen im Ausland bis zum 30. 10. 1938 nach Polen zurückkehren mußten, um neue Pässe zu beantragen, allenfalls verlor sie die Staatsbürgerschaft. Diese Verordnung richtete sich vor allem gegen die polnischen Juden in Deutschland. Die Gestapo nützte diesen Anlaß, um die Juden polnischer Staatsangehörigkeit im ganzen Reich festzunehmen und über die Grenze nach Polen zu schubieren. Aus Österreich war dieser Abschub etwas schwieriger zu bewerkstelligen, zumal es keine gemeinsame Grenze mit Polen gab. Dennoch wurden auch von hier einige hundert Personen über die polnische Grenze gestellt, die Mehrheit der Festgenommenen erhielt einen mehrwöchigen Aufschub ihrer Ausweisung.  
National Archives, Washington D.C., T 84, R 13, 39863, Tagesrapport der Gestapoleitstelle Wien Nr. 14 vom 27. - 28. 10. 1938; Sybil Milton, *The Expulsion of Polish Jews from Germany: October 1938 to July 1939. A Documentation*, in: Leo Baeck Year Book XXIX, London 1984, S. 169 - 200.

8 National Archives, Washington D.C., T 84, R 31, 39814, Tagesrapport der Gestapoleitstelle Wien Nr. 8 vom 17. und 18. 11. 1938; siehe auch Jonny Moser, *Österreich, in: Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, Hrsg. Wolfgang Benz, München 1991, S. 88, Tabelle 5a.

9 *Widerstand und Verfolgung in Wien*, Bd. III, Dok. 109, 110, 112, S. 256 ff.

10 DÖW 9406.

durch Auswanderung ständig verringerte. Die gruppenmäßige Zusammenfassung der Juden zu Arbeitstrupps versprach den Vorteil leichter Kontrollierbarkeit. Außerdem konnten arische Arbeitnehmer dadurch von ihren jüdischen Kollegen leichter abgeschirmt werden. Im Juni 1939 standen allerdings nur knapp über 800 Juden in geschlossenen Arbeitsgruppen außerhalb Wiens im Einsatz. Sie mußten an ihren Arbeitsstellen in eigenen Baracken wohnen und durften ohne polizeiliche Genehmigung ihren Arbeitsplatz nicht verlassen.<sup>11</sup> Die jüdischen Arbeitnehmer verblieben mit Ausnahme derer, die auf eine bevorstehende Auswanderung warteten, bis zum Herbst 1942 auf ihren Arbeitsstellen, um dann zurückberufen und deportiert zu werden.<sup>12</sup>

Von jüdischer Seite wurden landwirtschaftliche Hachscharah-Ausbildungsstätten oder auch Umschulungslager in Form von Arbeitslagern eingerichtet. Die Hachscharah-Ausbildung diente der Vorbereitung auf den späteren landwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in den Kibbutzim - den genossenschaftlich organisierten Landwirtschaften in Palästina - im Sinne einer angestrebten Auswanderung. Im September 1939 befanden sich etwa 700 Personen auf solchen Arbeitsplätzen im landwirtschaftlichen Einsatz.<sup>13</sup>

Die Organisationsform der Hachscharah-Lager wurde sehr bald von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung - Eichmanns Büro zur "Lösung der Judenfrage" - übernommen, die sich jüdischer Arbeitskräfte bediente, um bestimmte Betriebe, die als Umschulungslager Verwendung fanden, zu führen. In diesen Fällen mußte die Kultusgemeinde Wien für die Kosten und die geringfügige Entlohnung in der Höhe von 10 RM pro Monat aufkommen. Diese von der Zentralstelle betriebenen Umschulungslager befanden sich im Gut Sandhof in Windhaag bei Waidhofen an der Ybbs, wo zeitweise bis zu 60 Mann eingesetzt waren, und in der Pappfabrik Doppl bei Linz, die mit der Firma Manner in Wien in engster Geschäftsbeziehung stand. SS-Leute kontrollierten die Ende 1942 aufgelösten Lager.<sup>14</sup> Die meisten der im Arbeitseinsatz stehenden Personen wurden im

11 Im Sommer 1939 befanden sich in geschlossenem Arbeitseinsatz:

Rappbodentalsperre, Blankenburg (171 Mann), Reichsstraßenbau in Hildesheim (142), Wasserstraßenbauten in Nordhorn (75), Hochwasserschutzbauten in Leer (180), Reichsstraßenbau in Stadt Hagen (81), Bau der KdF-Stadt in Fallersleben (250), Bau des Stuppachkraftwerks (30), Bau des Tauernkraftwerks (110), Reichsautobahnbau Salzburg (110), Reichsautobahnbau Linz und Traun (116). Viele andere befanden sich im Arbeitseinsatz bei den Ziegeleien in Inzersdorf und bei Müllreinigungsarbeiten in Wien.

Über die Arbeitslager in Österreich 1941 siehe Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945*, Wien 1978, S. 234.

12 DÖW E 21.675.

13 Siehe Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 176.

14 DÖW E 21.676.



Herbst 1942, die letzten im Sommer 1943 nach Wien zurückberufen und anschließend deportiert.

Mit Ausbruch des Krieges kam es neuerlich zu einer Verhaftungswelle großen Ausmaßes, die sich gegen männliche Juden polnischer oder ehemals polnischer Staatsangehörigkeit richtete. Mehr als tausend Personen wurden am 10. und 11. September 1939 in Gewahrsam genommen und im Wiener Stadion, das kurzfristig als Anhaltelager Verwendung fand, festgehalten. Die Deportation von 1.038 der Verhafteten in das Konzentrationslager Buchenwald erfolgte Ende September 1939.<sup>15</sup>

Im Rahmen der sogenannten Nisko-Aktion<sup>16</sup> wurden 1.584 Wiener Juden mit zwei Transporten zum Aufbau eines geplanten Judenreservates südlich von Lublin nach Polen deportiert. Ein dritter Transport, dem auch Angehörige der schon Deportierten zugeteilt waren, stand zur Abfahrt bereit, als höchste Stellen jeden weiteren Abtransport untersagten. Daraufhin erfolgte die geschlossene Überstellung dieser Gruppe von Transportteilnehmern in das Odachlosenheim Gänsbachergasse<sup>17</sup>, wo sie mehrere Monate lang interniert blieben. Ordner der Israelitischen Kultusgemeinde bewachten das Heim.<sup>18</sup> Im Laufe der Zeit konnten 200 von ihnen ausreisen. Am 17. Jänner 1939 betrug der Personalstand im Lager Gänsbachergasse 679 Personen. Der Plan zur Errichtung eines Judenreservates war von höchster Parteistelle verworfen worden, und anlässlich der Auflösung des Lagers Ende 1940 wurden die Insassen freigelassen.<sup>19</sup>

Die im Februar 1941 angeordnete Deportierung von 10.000 Wiener Juden in das Generalgouvernement<sup>20</sup> führte zur Errichtung von sogenannten Sammellagern, in denen sich die zur Deportation Bestimmten vor dem Abgang des Transportzuges einzufinden hatten. In diesen Sammellagern wurde ein ständiges Reservoir von 2.000 bis 3.000 Personen für einen Abtransport bereitgehalten. Die Einteilung in die Deportationstransporte erfolgte von seiten der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, die die Auswahl aus der bei ihr aufliegenden Zentralkartei besorgte. Die Einberufung der zu Deportierenden erfolgte schriftlich.<sup>21</sup> Als im Sommer 1941 an die 200 in das Generalgouvernement deportierten Wiener Juden

15 Moser, Die Judenverfolgung in Österreich, S. 9 f.; Widerstand und Verfolgung in Wien, Dok. 125 – 127, S. 265 f.

16 Jonny Moser, Nisko: The First Experiment in Deportation, in: Simon Wiesenthal Center Annual, Bd. 2, White Plains 1985.

17 Wien X., Gänsbachergasse 3.

18 DÖW E 21.678.

19 Moser, The First Experiment, S. 16.

20 Moser, Die Judenverfolgung in Österreich, S. 19 ff.

21 Widerstand und Verfolgung in Wien, Dok. 174, S. 295.

illegal zurückkehrten, berichteten sie von fürchterlichen Zuständen in den Ghettos, von Hunger, Not und Terror. Dies und die fast gleichzeitig nach Wien durchsickernden Nachrichten von Massenerschießungen von Juden in eroberten russischen Gebieten durch SS-Einsatzgruppen versetzten die Wiener Juden in Angst und Schrecken. Viele bemühten sich, von künftigen Deportationen ausgenommen zu werden. Andere versuchten, über die grüne Grenze nach Ungarn zu entkommen. Als am 30. September 1941 die Deportation von Wiener Juden nach Łódź (Litzmannstadt) angeordnet wurde<sup>22</sup>, leisteten die meisten der Einberufung keine Folge mehr. Viele versuchten nun, sich als U-Boote zu verstecken. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung setzte daraufhin die bei ihr tätig gewesenen Angestellten der Kultusgemeinde sowie die Ordner der Auswanderungsabteilung der Kultusgemeinde, die durch die fast zum Erliegen gekommene Auswanderung frei geworden waren, als Ausheber ein.<sup>23</sup> Sie hatten die zur Deportation Bestimmten aus ihren Wohnungen abzuholen und in die Sammellager einzuliefern. Zudem hatten sie die Betreuung und Bewachung der Sammellager zu übernehmen. Vier bis fünf SS-Leute der Zentralstelle für jüdische Auswanderung hatten Aufsicht und Kontrolle dieser Sammellager über, deren spätere Bezeichnungen Umsiedlungs- und ab August 1942 nur mehr Abwanderungslager waren. Vom Februar 1941 bis August 1942 befanden sich die Sammellager in den Schulgebäuden Wien II., Kleine Sperlgasse 2a und Castellezgasse 35. September 1942 übersiedelte die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in die Castellezgasse 35. Neue Sammellager entstanden im ehemaligen Krügerheim, einem Heim für Mädchen in Wien II., Malzgasse 7 bzw. Miesbachgasse 8. Im Frühjahr 1942 wurde das Sammellager in der Kleinen Sperlgasse aufgelassen. Das Gros der Wiener Juden war deportiert worden. Zurückgeblieben sind in Mischehe lebende Juden, Geltungsjuden, einige Juden ausländischer Staatsangehörigkeit sowie rund 200 mit der Liquidation der Kultusgemeinde beschäftigte Personen. Diese sowie strafbar gewordene Mischehepartner und die jüdischen Partner einer nicht mehr bestehenden Mischehe wurden sukzessive deportiert. Für die Sammlung dieser Personen zur Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz genügten einige Räume in der Malzgasse 7.<sup>24</sup>

22 Moser, Die Judenverfolgung in Österreich, S. 27.

23 DÖW E 21.674.

24 DÖW E 21.677, E 21.679.



URSULA HEMETEK, MOZES HEINSCHINK

LIEDER IM LEID

Zu KZ-Liedern der Roma in Österreich

Im Rahmen des Projektes "Traditionelle Musik ethnischer Gruppen in Österreich"<sup>1</sup>, das die ethnomusikologische Aufarbeitung und Dokumentation der traditionellen Musik von Roma und Kroaten zum Ziele hat, wurden Lieder der Roma aufgezeichnet, die teilweise im KZ entstanden sind, dort gesungen wurden oder zu einem späteren Zeitpunkt die KZ-Situation reflektieren. Daß ein großer Teil der ethnischen Gruppe der Roma Österreichs in der Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus den Tod fand, ist eine in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig beachtete Tatsache, wird jedoch von historischer Seite zunehmend mehr bearbeitet.<sup>2</sup>

Die Roma<sup>3</sup> sind ein Volk, das seit Jahrhunderten unter uns lebt, von dem wir aber sehr wenig wissen. Der Großteil der Österreicher weiß nicht einmal, daß sie ein Volk sind. Kaum jemand kennt ihre Kultur, umso bekannter sind die gängigen Klischeevorstellungen: eine romantische Idealisierung ihres Lebens wie in dem Lied "Lustig ist das Zigeunerleben"<sup>4</sup>, das Bild vom feurigen Zigeunerprimas und von der tanzenden Zigeunerin oder der Zigeunerbaron aus der Operette. Auch der Begriff "Zigeunermusik" unterliegt einem Klischee.

Das Ursprungsland der Roma ist, wie das Studium der verschiedenen Roma-Dialekte bezeugt, Indien. Die genaue Ortung der Ursprungsregion ist noch nicht gelungen, die sprachlichen Indizien weisen am ehesten nach Nordindien. Fest stehen jedoch die Stationen, die das Volk der Roma auf seiner jahrhundertelangen Wanderschaft passiert hat. Sie lassen sich an den Lehnwörtern, die in die Romasprache übernommen wurden, ablesen. Die Abwanderung erfolgte über einen langen Zeitraum hinweg in autarken

1 Finanziert vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, durchgeführt am Institut für Volksmusikforschung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Wien.

Unser Dank gilt den Sängern für ihre Geduld und Bereitschaft, ferner Dr. Claudia Mayerhofer, Kurt Hahn, Mag. Harald Huber und dem DÖW für diverse Informationen.

2 Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte), Wien-Salzburg 1983; Selma Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat (Monographien zur Zeitgeschichte, Schriftenreihe des DÖW), Wien 1966.

3 Rom (Singular) = Eigenbezeichnung der Zigeuner, im folgenden als Überbegriff für alle Stämme und als Synonym für den Begriff Zigeuner verwendet, der wegen seiner diskriminierenden und für manche kränkenden Bedeutung vermieden wird.

4 Helga Thiel, Die Zigeuner in Neustift an der Lafnitz, Burgenland, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, Bd. 27/77, Wien 1974, S. 269-280.

Kleingruppen, nicht organisiert als "Volk", zuerst in Richtung Persien. Die Ursachen der Abwanderung dürften ökonomische und politische Schwierigkeiten gewesen sein. Die These vom "Wandertrieb als Rassenmerkmal", wie sie im Dritten Reich propagiert wurde, hat sich als unhaltbar erwiesen. Den Zeitpunkt der Abwanderung aus Persien setzt man im 7. und 8. Jahrhundert an, nämlich vor oder kurz nach der Eroberung durch die Araber. Wäre die Abwanderung später erfolgt, müßten sich Lehnwörter aus dem Arabischen im Romanes finden. Über Armenien wanderten die Gruppen in den kleinasiatischen und griechischen Raum ein. Das Griechische hat die Sprache der Roma nachhaltig geprägt, was auf einen sehr langen Aufenthalt im griechischen Sprachraum schließen läßt. Im slawischen Raum ist die Anwesenheit der Roma seit dem 14. Jahrhundert belegt. Jene Roma, die nach dem Verlassen des kleinasiatischen Raumes in die Gebiete des heutigen Rumänien kamen, erfuhren ein völlig anderes Schicksal als die anderen europäischen Roma; sie gerieten in Leibeigenschaft und Sklaverei, die erst 1855/56 aufgehoben wurde. Als Folge der Befreiung kam es zu großen Migrationen in fast alle europäischen Länder und auch nach Übersee. Der jahrhundertelange Aufenthalt in Rumänien wirkte sich prägend auf die Sprache aus. Man kann daher heute zwei Hauptsprachgruppen im Romanes feststellen: die Vlach- und die Nonvlach-Dialekte. Die burgenländischen Roma und die Sinti gehören sprachlich zur Nonvlach-Gruppe, die Lovara zur Vlach-Gruppe, und bei den jugoslawischen Roma gibt es Angehörige beider Sprachgruppen (die jugoslawischen Roma in Österreich gehören verschiedenen Stämmen an).

In Österreich<sup>5</sup> ist das Volk der Roma kulturell, sprachlich und einwanderungsgeschichtlich nicht einheitlich zu sehen. Die einzelnen Stämme grenzen sich deutlich voneinander ab und sind zu verschiedenen Zeitpunkten aus verschiedenen Ländern eingewandert.

Die b u r g e n l ä n d i s c h e n R o m a sind die autochthone (im Sinne von alteingesessene) Gruppe der Roma in Österreich, leben schon am längsten im Gebiet des heutigen Burgenlandes, ehemaliges Westungarn. Sie traten bereits im 15. Jahrhundert erstmalig in diesem Gebiet auf. Anhand von Schutzbriefen, ausgestellt von Adeligen, ist dies historisch belegbar. Ihre nomadisierende Lebensweise gab Anlaß zu diskriminierenden und grausamen Verordnungen, die ebenfalls als historische Dokumente herangezogen werden können. Im Zuge der Reformen Maria Theresias wurden sie zwangsweise sesshaft gemacht.<sup>6</sup>

5 Der Vollständigkeit halber sind außer den angeführten Gruppen noch vereinzelt Angehörige weiterer Gruppen zu nennen, beispielsweise die in letzter Zeit eingewanderten rumänischen Roma oder die türkischen Roma.

6 Claudia Mayerhofer, Dorfzigeuner, Wien 1987.



Angehörige der L o v a r a wanderten im 19. Jahrhundert vorwiegend aus Ungarn und der Slowakei nach Österreich ein. Ihr traditioneller Beruf war der Pferdehandel. Sie wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg sesshaft. Viele von ihnen fielen der Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten zum Opfer. Einige Überlebende brachten es nach dem Krieg zu großem Wohlstand; aus der Sippe der Stojkas sind viele bekannte Musiker hervorgegangen.

Das Wort S i n t i weist auf den ursprünglichen Herkunftsort dieser Gruppe hin, die Landschaft Sindh an der Mündung des Flusses Indus im heutigen Pakistan. Ihre Sprache gehört zur Gruppe der Non-vlach Roma-Dialekte, d. h. daß sich die Gruppe nicht in Rumänien aufgehalten hat. Die Sprache ist stark mit deutschen Lehnwörtern durchsetzt, was auf einen langen Aufenthalt im deutschen Sprachraum hinweist. Die Sinti sind von Bayern und aus dem Böhmerwald nach Österreich eingewandert. Der erste Nachweis einer Heimatberechtigung in Niederösterreich stammt aus dem Jahre 1848.<sup>7</sup>

Aus verschiedenen Teilen Jugoslawiens (Serbien, Vojvodina, Makedonien) wanderte im Zuge der Gastarbeiterwelle um 1965 eine große Zahl von Roma ein. Die j u g o s l a w i s c h e n R o m a bilden nun die zahlenmäßig größte Gruppe der Roma in Österreich. Nur zum Teil sind sie österreichische Staatsbürger geworden. Meist verheimlichen sie ihre Identität, d. h. sie bezeichnen sich als Jugoslawen (was sie ja auch sind), aber nicht als Roma. Wenn man bedenkt, wie negativ in Österreich der Begriff jugoslawischer Gastarbeiter besetzt ist, dann ist es erstaunlich, daß diese Identität offenbar noch ein besseres Image hat als "Zigeuner". Die Umgangssprache ist Romanes oder Serbisch, wenig Deutsch, wie überhaupt der kulturelle Einfluß Österreichs, im Unterschied zu anderen Roma-Gruppen, bei ihnen noch wenig zu bemerken ist.

Alle diese Gruppen sprechen Romanes in spezifischen dialektalen Färbungen, sofern der Assimilationsdruck noch nicht so stark ist, daß sie ihre Sprache und somit einen Teil ihrer Kultur verloren haben. Sie leben in Österreich, kamen aus verschiedenen Ländern zu uns, machten aber überall in graduellen Unterschieden die gleichen Erfahrungen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung bis hin zur Vernichtung in nationalsozialistischer Zeit. Die Geschichte ihrer Verfolgung begann mit ihrem ersten Auftreten in Europa, und der Bogen spannt sich bis in die heutige Zeit. Auch Österreich ist ein Land, in dem die Vorurteile blühen.

7 Claudia Mayerhofer, Die sieben Zigeunerkasten in Österreich mit besonderer Berücksichtigung ihrer musikalischen Tradition, Referat beim 18. Seminar für Volksmusikforschung 1990, in Druck.

Wie sich in den Liedern zeigt, ist die Art des musikalischen Ausdrucks der einzelnen Gruppen ganz unterschiedlich, und mit dem gängigen Terminus "Zigeunermusik" haben die Lieder kaum etwas zu tun. Dieser Begriff soll kurz erklärt werden. Zigeunermusik ist der Gattung nach eigentlich die ungarische volkstümliche Musik des 19. Jahrhunderts. Da diese Musik aber hauptsächlich von den Roma als Musikanten getragen, durch deren spezifische Musikalität auch geprägt und von diesen weltweit bekannt gemacht wurde, gilt diese musikalische Gattung weltweit als Zigeunermusik. Es identifizieren sich auch heute viele Roma damit. Roma als Musikanten haben es in allen Ländern immer verstanden, jene Musik zu spielen, die der zahlende Gast hören wollte, wobei ihnen ihre große Flexibilität zugute kam. Daneben existierte aber immer auch Musik, die Roma für Roma spielten und sangen, die eigentliche Romamusik. Darunter ist musikalisch keine einheitliche Gattung zu verstehen, es ist jene Musik, von der Balint Sarosi<sup>8</sup> sagt, daß sie sich nach einzelnen Ländern unterschiedlich gestaltet und immer auch Züge der lokalen Volksmusik trägt. Sie ist wenig bekannt und dringt kaum nach außen.<sup>9</sup> Die hier aufgezeichneten Lieder gehören zur Gattung Romamusik. Die musikalischen und sprachlichen Ausdrucksformen sind in den angeführten Liedern unterschiedlich, eine gemeinsame Erfahrung des Leides und des Grauens wird auf verschiedene Weise ausgedrückt.

Nicht alle der hier wiedergegebenen Lieder nehmen im Text auf das KZ Bezug. Nur einige davon sind im KZ entstanden, die meisten sind im KZ gesungen worden. Ihre Kategorisierung ist vor dem Hintergrund des Einsatzes von Musik im KZ überhaupt zu sehen.<sup>10</sup>

Einerseits wurde Musik im KZ als die häufigste Form der kulturellen Aktivität von seiten der Bewacher gezielt eingesetzt: zur Unterhaltung der SS-Prominenz, um für einen Gleichschritt der Häftlinge auf dem Weg zur Arbeit zu sorgen, zum Teil auch, um die Qualen der Häftlinge bei Bestrafungen, Selektionen oder auch Hinrichtungen zu verstärken.<sup>11</sup>

Trotzdem gab es im KZ eine andere Form, wie Musik im wahrsten Sinn des Wortes "gebraucht" wurde. Sie konnte trösten, stärken, bewußt machen, helfen, das unaussprechliche Leid zu artikulieren. Hier ist vor

8 Balint Sarosi, Zigeunermusik, Budapest 1977.

9 Ursula Hemetek, Darstellung des Projektes "Traditionelle Musik ethnischer Gruppen in Österreich mit besonderer Berücksichtigung der musikalischen Akkulturation" am Institut für Volksmusikforschung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Wien, in: Soziologische und stilkritische Konzepte der Ethnomusikologie, Beiträge zum 20. ethnomusikologischen Seminar, Preßburg 1990, S. 53-64.

10 Vgl. Karl Mellacher, Das Lied im österreichischen Widerstand, Wien 1986.

11 Ebenda, S. 104. Dazu führt der Autor erschütternde Zeugnisse von ehemaligen Häftlingen an.



allem von vokaler Musik die Rede, die am leichtesten, ohne Hilfsmittel realisierbare Musikgattung. Oft wurden bei Kategorisierungen die KZ-Lieder unter die Widerstandslieder eingereiht<sup>12</sup>, was sicher seine Berechtigung hat, da jede Form der kulturellen Eigeninitiative einen Widerstand gegen das System der Zerstörung der menschlichen Identität darstellt. Der Demoralisierung entgegenzuwirken konnte helfen, am Leben zu bleiben und nicht in Apathie zu verfallen. Es soll hier der Begriff Widerstand noch weiter gefaßt werden: Nicht nur Lieder, wie das berühmte Dachau-Lied (Soyfer/Zipper) oder das Buchenwaldlied (Beda-Löhner/Leopoldi) – beides im KZ komponierte und gedichtete Widerstandslieder –, drücken Widerstand aus. Auch durch das Singen eines Volksliedes in der eigenen Sprache, das die eigene Identität symbolisiert, artikuliert sich Widerstand. Diese Form des Gruppenzusammenhalts, des gemeinsamen Trostfindens und des gedanklichen Entfliehens aus der grausamen Realität wurde von den Roma im KZ häufig praktiziert.

Andererseits entstanden auch nach 1945 Lieder, die die Situation im KZ und den Leidensweg beschreiben, allerdings nicht im Sinne einer Komposition und Dichtung, sondern als spontane Textimprovisation zu einer traditionellen Melodie, die dann mündlich weitergegeben wurde. Auch diese Lieder sind hier berücksichtigt. Die hier behandelten Lieder lassen sich in zwei Hauptkategorien einteilen, in Lieder aus dem KZ und solche über das KZ. Bezüglich der ersten Kategorie ist festzuhalten, daß sie entweder die Situation durch neu unterlegten Text zu einer traditionellen Melodie, durch Umdeutung des vorhandenen Textes, durch den spezifisch-musikalischen Ausdruck reflektieren, oder sie stellen keinen Bezug zur Situation her. Bei den Liedern über das KZ werden entweder neue Texte bekannten Melodien unterlegt oder Text und Melodie neu geschaffen. Die Reihenfolge der Aufzeichnung folgt jedoch nicht dem inhaltlichen Einteilungsprinzip, sondern der Zuordnung nach Romastämmen. Jede der Romagruppierungen in Österreich hat eine eigene kulturelle Identität, wobei, wie schon betont, die stärksten Einflüsse im jeweils letzten Land vor der Einwanderung nach Österreich liegen. Durch diese kulturellen Einflüsse gestalten sich die musikalischen und textlichen Ausformungen verschieden und stehen im Einklang mit den Sängerpersönlichkeiten. Damit ist gemeint, daß die Gewährperson jeweils Lieder ihrer eigenen musikalischen Tradition sang (mit einer Ausnahme, Notenbeispiel 7).

12 Ebenda; Kurt Hahn, Das Lied im österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1938–1945, in: Jahrbuch des ÖVLW 32/33, Wien 1984.

### Lieder der burgenländischen Roma

Zur Leidensgeschichte der burgenländischen Roma sei nur das Lager Lackenbach in Erinnerung gerufen, ansonsten auf Selma Steinmetz<sup>13</sup> verwiesen, die in Österreich die erste Historikerin war, die sich mit der Vernichtung der österreichischen Roma auseinandersetzte.

#### Notenbeispiel 1

Traurige čerheni ando učo nebo (Ein trauriger Stern am hohen Himmel)  
Sängerin: Paula Nardai, Oberwart 1990

The image shows a musical score for a song in G major, 4/4 time. It consists of four staves of music with lyrics written below each staff. The lyrics are in a Roma dialect.

Trau-ri-ge čer-he-ni ando u-čo ne-bo  
 an-de mro šat-no khe-re  
 a-ri man ligne and' mro šat-no vo-dro  
 mra djuvla mu-klam le ča-vo-ven ca

#### Text:<sup>14</sup>

Traurige čerheni ando učo nebo  
 na man bleibens ande mro šatno khere  
 ari man ligne anda mro šatno vodro  
 mra djuvla muklom le čavorena

Traurige čerheni ando učo nebo  
 legede man anda mro šatno khere  
 ando logorima legede  
 odoj tharde man upro praho

#### Übersetzung:

Ein trauriger Stern am hohen Himmel  
 ich habe kein Bleiben in meiner Wohnung

13 Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat.

14 Zur Transkription der Texte: Die Schreibung richtet sich im großen und ganzen nach den Normen, die von der internationalen Sprachkommission der Romani-Union (Weltorganisation der Roma) festgelegt wurden.



mich haben sie aus meinem eigenen Bett herausgeholt  
ich mußte meine Frau lassen und die Kinder

Ein trauriger Stern am hohen Himmel  
sie haben mich aus meinem Haus herausgeholt  
und dann haben sie mich ins Lager gebracht  
dort wurde ich zu Asche verbrannt

Die Sängerin dieses Liedes war selbst in Auschwitz und hat das Leid persönlich durchgemacht. Sie wurde 1943 dorthin verschleppt, blieb bis 1944, kam dann nach Ravensbrück und leistete später Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben. Ihre Befreiung erfolgte durch die Engländer 1945 in Hamburg. Nach ihrer Angabe wurde im Lager selbst nur wenig in der eigenen Sprache gesungen. Es sind ihr vielmehr die deutschen Marschlieder in Erinnerung geblieben, die die Häftlinge auf Anordnung der Bewacher singen mußten. Das Lied "Traurige čerheni" entstand nach der Rückkehr im Prozeß des gemeinsamen Erinnerens der ehemaligen KZ-Häftlinge. Der Text dürfte aus gemeinsamer, spontaner Improvisation entstanden sein – zu einer gängigen traditionellen Melodie.

#### Notenbeispiel 2

But fačunge, but maro pekal (Viele Kinder brauchen viel Brot)

Sänger: Franz Horvarth, Kleinbachtal 1990

Handwritten musical notation for the song 'But fačunge, but maro pekal'. It consists of two staves of music in G major. The lyrics are written below the notes.

but fa-čun-ge but maro pe-kal i-ge-m šu-ka-čaja si-nal  
šej ma činen šej ma maren kaj mra da gropo lakhlom

Text:

But fačunge, but maro pekal  
igem šukar čaja sinal  
šej ma činen, šej ma maren  
kaj mra da gropo lakhlom

Igem šukar čaja sinal  
kaj me vi da lakhlom  
šej ma činen, šej ma maren  
kale romen Auschwitz tarden

Übersetzung:

Viele Kinder brauchen viel Brot  
du bist wunderschön, Mädchen

ihr könnt mich zerstückeln, ihr könnt mich schlagen  
ich habe das Grab meiner Mutter gefunden

Du bist wunderschön, Mädchen  
ich habe meine Mutter gefunden  
ihr könnt mich zerstückeln, ihr könnt mich schlagen  
die schwarzen Roma habt ihr in Auschwitz verbrannt

Der Sänger, der das KZ nicht selbst erlebt hat, lernte dieses Lied in den achtziger Jahren von einem Freund, ebenfalls einem burgenländischen Rom, der in Wien lebt. Das Lied wurde schon früher viel gesungen, auch von Herrn Kalić, dem Sänger des Notenbeispiels 3. Es wird vermutet, daß es im Lager entstanden ist und später mündlich tradiert wurde. Es nimmt im Text nur jeweils in der letzten Zeile Bezug auf das Lager und das Leid. In den anderen Textzeilen werden Motive aus dem Leben der Roma behandelt. Diese lockere Anordnung der Motive läßt auf improvisatorisches Entstehen dieses Liedes schließen, wie ja überhaupt die Improvisation in den Liedern der Roma eine große Rolle spielt. Das Lied ist wahrscheinlich erst nach dem Krieg entstanden.

#### Notenbeispiel 3

Gott, de man ek čepo rat (Gott, gib mir einen Tropfen Blut)

Sänger: Karl Horvarth (Kalić), Oberwart 1978

Handwritten musical notation for the song 'Gott, de man ek čepo rat'. It consists of four staves of music in G major. The lyrics are written below the notes.

Gott de manek čepo rat  
av letal mal dav tut me čak ek čepo rat  
le romen tharen u-pre baro Auschwitz  
le djen lengo thuv čak me-ken ando thuv ando muj

Text:

Gott, de man ek čepo rat  
av letzte mal dav tut me čak ek čepo rat  
le Romen tharen,  
upre baro Auschwitz  
ledjen lengo thuv čak meken ando thuv ando muj



## Übersetzung:

Gott, gib mir einen Tropfen Blut  
dann kann ich dir das letzte Mal einen Tropfen Blut geben  
die Roma verbrennen sie  
im Lager Auschwitz  
ihr Rauch steigt auf, und sie atmen ihn durch den Mund ein

Der Sänger hat das KZ selbst erlebt. Der Text wird einer populären Melodie unterlegt, und aufgrund dieser Melodie läßt sich feststellen, daß das Lied erst nach 1959 in dieser Form gesungen werden konnte. Die Melodie ist durch Edith Piaf unter dem Titel "Mylord" (Copyright 1959, Komponistin: Marguerite Monnot, Text: George Moustaki) bekannt geworden. Möglicherweise existierte der Text schon vorher und wurde dann dieser Melodie unterlegt. Der Sänger des Liedes starb 1981, kann deshalb über Zusammenhänge nicht mehr befragt werden.

Zu den offensichtlichen Lücken in der Dokumentation ist anzumerken, daß die Roma-Musikforschung noch am Anfang steht. Da im genannten Projekt erstmalig die traditionelle Musik der Roma in Österreich musikethnologisch aufgearbeitet wird, steht sehr wenig Vergleichsliteratur zur Verfügung.

Es ist ein enormes Forschungsgebiet, das erst langsam erschlossen wird. Gerade bei den burgenländischen Roma ist es aber möglich, auf Literatur zurückzugreifen. Es sind schon zwei KZ-Lieder aufgezeichnet worden.<sup>15</sup> In dieser Arbeit sind drei Roma-Melodien mit Text publiziert, die ähnlichen Charakter haben wie die oben angeführten; der ungarische Einfluß im Melodiebau wird hier wie dort deutlich.

Der Schaffensprozeß mag zwar ein spontan-improvisatorischer sein, in der weiteren Überlieferung tradiert sich aber doch eine zumindest im melodischen Grundgerüst fest verankerte Version eines Liedes. Die Möglichkeiten zur Improvisation liegen in freierer melodischer Ausschmückung unter Beibehaltung des Grundgerüsts und der Textvarianten. Dies läßt sich gut durch wiederholte Aufnahmen ein und desselben Liedes belegen.

Die traditionelle Musik der burgenländischen Roma ist geprägt von ungarischem Einfluß. Was die Instrumentaltradition betrifft, ist ihre Musik einerseits die Zigeunermusik, aber auch die Volksmusik der deutschsprachigen Umgebung, da einige Roma vom Musizieren lebten und noch leben. Die Bandas der "Zigeuner" waren früher bei Bällen, Hochzeiten und

<sup>15</sup> Hartwig Homeyer, *Mre tsavore – mro romoro*. Lieder aus dem Burgenland, gesungen von Franziska Horvath, in: *Zigeunerkundliche Forschungen I* (Hrsg. Knobloch/Sudbrack), Innsbruck 1977, S. 77–82.

sonstigen Unterhaltungen sowohl der Deutschen als auch der Kroaten des Burgenlandes sehr gefragt. Auch das Neujahrspielen und andere Heischebräuche (behördlich genehmigte Bittgänge) übernahmen die Roma in einigen Orten. Zum Teil haben sich diese Traditionen bis heute erhalten. Die Liedtradition der burgenländischen Roma ist fast schon verschüttet, jedoch konnten im Zuge des Projekts noch einige der alten Lieder aufgezeichnet werden, die nun zu neuem Leben erwachen. Das Selbstbewußtsein der burgenländischen Romagruppe entwickelte sich in den letzten paar Jahren ganz besonders, es bewirkte die Gründung des Vereins "ROMA – Verein zur Förderung von Zigeunern" im Sommer 1989, welcher die erste offizielle Vertretung der Roma in Österreich überhaupt darstellt. Das Wiedererwachen einer durch Assimilationsdruck und Vernichtung einer ganzen Generation fast verschwundenen Kultur ist faszinierend zu beobachten, und die Besinnung auf die alten Lieder gehört zu diesem Prozeß.

Die melodischen Linien der ersten beiden Lieder (Notenbeispiele 1 und 2) erinnern ein wenig an ungarische Volksweisen, haben aber viele improvisatorische Elemente. Der Text ist burgenländisches Romanes, eine Sprache, die nicht mehr von allen Angehörigen der Volksgruppe beherrscht wird. Deshalb mögen auch Mängel in Aufzeichnung und Übersetzung bestehen, die leider beim derzeitigen Stand der Forschung noch nicht auszumergen sind.

## Lieder der Lovara (Eigenbezeichnung Rom)

Hier ist ganz besonders eine Familie zu nennen, aus der berühmte Persönlichkeiten hervorgegangen sind und die die Schrecken des Nationalsozialismus hautnah erfahren hat: die Familie Stojka. Erika Thurner hat in einem Artikel des DÖW-Jahrbuchs 1991 die historischen Tatsachen am Beispiel eben dieser Familie sehr einfühlsam beschrieben. Karl Stojka ist kürzlich als Maler an die Öffentlichkeit getreten, Harri Stojka, sein Neffe, ist ein weltbekannter Jazzgitarrist, und Ceija Stojka, die Schwester Karl Stojkas, wurde durch ihr Buch "Wir leben im Verborgenen"<sup>16</sup> bekannt, in dem sie ihre Leidensgeschichte wiedergibt. Weniger bekannt ist, daß Ceija Stojka auch als Traditionsträgerin der Lovara-Liedkultur bemerkenswert ist. Sie war bereit, einige der Lieder, die von ihrer Familie im KZ gesungen wurden, wiederzugeben.

Die Liedtradition der Lovara ist ein ganz besonders interessanter Teil der Romamusik in Österreich. Diese teilweise sehr alten, von Generation

<sup>16</sup> Ceija Stojka, *Wir leben im Verborgenen*, Wien 1988.



zu Generation mündlich weitergegebenen Lieder werden nach wie vor bei Familienfesten gesungen, und in letzter Zeit ist Ceija Stojka mit ihrem Repertoire mit großem Erfolg an die Öffentlichkeit getreten. Mit "Zigeunermusik" haben die Lovaralieder gar nichts zu tun. Sie leben teilweise von der Improvisation, sowohl textlich als auch musikalisch, und diese Möglichkeiten werden mit spontaner Kreativität eingesetzt. Es gibt langsame Lovaralieder, die sog. loke djila, und die Tanzlieder, die khelimaske djila. Ceija Stojka liegen mehr die langsamen Lieder, und diese wurden auch im KZ hauptsächlich gesungen. Die Texte sind teilweise der Situation angepaßt, aber die melodische Freiheit ließ Ausdrucksmöglichkeiten zu. Dies ist nun eine ganz besondere Eigenschaft der Romalieder und der Romamusik überhaupt, daß der improvisatorische Charakter so viel an Gefühlsausdruck ermöglicht. Ceija Stojka formuliert das so: "In der Melodie, hinauf, hinunter, das Brechen, das ist dann der Ausdruck des Leids; Entsetzen, Angst liegt in der Art, wie ich die Melodie wiedergebe, wie sie rauf und runter geht."<sup>17</sup>

#### Notenbeispiel 4

Mamo, mamo, mamo (Mutter)  
Sängerin: Ceija Stojka, Wien 1990

Mamo mamo mamo so-ste bararadan man  
so-ste bararadan man pe kadi ba-ri lu luma

#### Text:

Mamo, mamo, mamo  
soste barardan man  
soste barardan man  
pe kadi de bari luma?

Mamo, mamo, mamo  
soste barardan man  
e bare čorimaske  
thaj bare gindonge?

<sup>17</sup> Interview, 18. 12. 1990.

#### Übersetzung:

Mutter, liebe Mutter  
wozu hast du mich großgezogen  
wozu hast du mich großgezogen  
auf dieser großen Welt?

Mutter, liebe Mutter  
wozu hast du mich großgezogen  
für die große Armut  
und für dieses große Elend?

Der Text war nicht eigens für Auschwitz entstanden, denn eine Tochter klagt auch im normalen Leben der Mutter ihr Leid, aber "für Auschwitz hat's dann original paßt" (Ceija Stojka). In der Baracke mußte natürlich ganz leise gesungen werden, manchmal wurde auch nur gesummt und dazu gesprochen.

Der Melodieschluß ist typisch für die langsamen Lovaralieder. Es wird eine Pause vor dem Schlußton gemacht, und dieser wird ganz leise, fast wie nicht dazugehörend gesungen. Ganz ähnlich sind die Melodien der Lovara in Ungarn und in der Slowakei, von wo die Wiener Lovara ja vor über hundert Jahren eingewandert sind.

Es gibt auch eine hoffnungsvolle Textvariante dieses Liedes (Notenbeispiel 5).

#### Notenbeispiel 5

Maj avla o cajto (Es wird die Zeit kommen)  
Sängerin: Ceija Stojka, Wien 1990

Maj avla o cajto vi mänge vi tu-ke  
žavtar a lumasa teme-ra-va-ra a-či

#### Text:

Maj avla o cajto  
Vi mänge vi tuke  
žavtar a lumasa  
te merav arači

#### Übersetzung:

Es wird die Zeit kommen  
für mich und auch für dich  
dann gehe ich in die Welt  
gestern soll ich sterben<sup>18</sup>

Der Unterschied der beiden Varianten drückt sich nicht nur klar und deutlich im Text aus, sondern auch in der Art, wie die Melodie artikuliert wird. Man sieht in der Transkription zwar sehr ähnliche Tonhöhen notiert,

<sup>18</sup> Die grammatikalische Zeit drückt die Unmöglichkeit aus.



besonders die Gerüsttöne – das sind bei den Lovaraliedern jene Töne, die in jeder Variante gleichbleiben und um die herum die Improvisation gebaut wird – sind gleich. Die Hauptunterschiede liegen jenseits der Möglichkeiten der schriftlichen Darstellung von Musik im üblichen Zeichensystem, man kann nur versuchen, durch Zusatzzeichen die stimmlichen Feinheiten annähernd wiederzugeben. In der traurigen Version (Notenbeispiel 4) werden die Tonstufen viel unklarer angesungen, immer eine Winzigkeit höher oder tiefer, so daß manchmal sehr schwer herauszuhören ist, welcher Ton gemeint ist, wenn man nicht in dieser Tradition steht.

Nun soll eines jener Lieder angeführt werden, die inhaltlich in keinem Zusammenhang mit dem KZ stehen, außer daß sie dort von den Roma gesungen wurden. Sie handeln meist in irgendeiner Form vom Leben der Roma, das folgende beispielsweise von der Eifersucht.

#### Notenbeispiel 6

Jaj de či na pilem, či na chalem (Ich habe nicht getrunken, nicht gegessen)  
Sängerin: Ceija Stojka, Wien 1990

Handwritten musical notation for the song 'Jaj de či na pilem, či na chalem'. It consists of two staves of music in a treble clef with a key signature of one flat. The lyrics are written below the notes. The first line of lyrics is 'Jaj de či na pi-lem či na cha-lem an-de šinde muro šero'. The second line is 'an-de šinde muro šero s'anda muri de cigni gaži'. The third line is 'Jeg sas kali dujto parni i trito sas muri piramni i trito sas muri piramni i angluni de sas i laši'. The fourth line is 'Jaj anta mo hej, če šovengo dav la puške ando jilo jaj dav la puške ando jilo te na kamel de avre šave'.

Text:

Jaj de či na pilem, či na chalem  
ande šinde muro šero  
ande šinde muro šero  
s'anda muri de cigni gaži

Jeg sas kali dujto parni  
i trito sas muri piramni  
i trito sas muri piramni  
i angluni de sas i laši

Jaj anta mo hej, če šovengo  
dav la puške ando jilo  
jaj dav la puške ando jilo  
te na kamel de avre šave

Übersetzung:

Ich habe nicht getrunken, nicht gegessen  
sie haben meinen Kopf gespalten  
sie haben meinen Kopf gespalten  
alles wegen meiner kleinen Frau

Eine war schwarz, die zweite war weiß  
die dritte war meine Geliebte  
die dritte war meine Geliebte  
die erste aber war die beste

Hej, bringe mir deine Pistole  
ich jage ihr eine Kugel ins Herz  
ich jage dir eine Kugel ins Herz  
damit sie keinen anderen Burschen liebt

Vom Block, in dem die Sinti untergebracht waren, war Ceija Stojka in Auschwitz weit entfernt, trotzdem lernte sie im KZ eines von deren Liedern von einer jungen Sintica. Es ist ein kleines Liebeslied, von dem sich Ceija nur die erste Strophe gemerkt hat.

#### Notenbeispiel 7

Čaj kamau tu (Mädchen, ich liebe dich)

Sängerin: Ceija Stojka, Wien 1990

Handwritten musical notation for the song 'Čaj kamau tu'. It consists of two staves of music in a treble clef with a key signature of one flat. The lyrics are written below the notes. The first line is 'Čaj kamau tu čin-au tuke tam-bo-Lih'. The second line is 'Ki-nautuke lo-Li cocha mo dikhlo ando men'.

Text:

Čaj kamau tu  
činau tuke tambolin  
kinau tuke loli cocha  
mo dikhlo ando men

Übersetzung:

Mädchen, ich liebe dich  
ich spiele für dich auf der Tambura  
ich kaufe dir einen roten Rock  
und ein Tuch für den Hals

Nicht nur sprachlich, sondern auch in der Melodik ist dieses Lied deutlich anders als die Lovaralieder. Von der Liedtradition der Sinti ist wenig bekannt. Die Instrumentaltradition steht bei ihnen im Vordergrund. Es ist ganz besonders der Jazz, in dem sie sich musikalisch artikulieren.

#### Lieder der jugoslawischen Roma über Konzentrationslager in Jugoslawien

Wie schon betont, wanderten die jugoslawischen Roma vor ca. 25 Jahren in Österreich im Zuge der Gastarbeiterwelle ein. Die NS-Zeit erlebten die Angehörigen der heute in Österreich wohnenden jugoslawischen Roma in Jugoslawien. Dazu seien auch einige in Österreich noch wenig bekannte historische Fakten genannt: Es wurden in Jugoslawien schätzungsweise 90.000 Roma getötet; dies ist die höchste Roma-Todesziffer, die in irgendeinem Land während der NS-Zeit aufscheint. Im Lager Jasenovac (Kroatien) wurden 50.000 Roma buchstäblich abgeschlachtet; das sind mehr Roma, als in Auschwitz getötet wurden.

Die beiden unten angeführten Lieder sind nach 1945 entstanden und reflektieren eine Situation, die sich politisch folgendermaßen darstellte: Serbien kam nach der schnellen Einnahme Jugoslawiens 1941 unter deutsche militärische Verwaltung. Es wurden umgehend Maßnahmen gegen "Zigeuner" gesetzt. So mußten sie eine gelbe Armbinde tragen, durften öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr benutzen, und an die Armeehauptquartiere erging die Aufforderung, männliche Zigeuner als



Geiseln zu verwenden. Diese Geiseln wurden als Vergeltung für getötete deutsche Soldaten erschossen. Die Frauen und Kinder, die nun ohne Ernährer waren, ermordete man in mobilen Vergasungswagen, welche man aus Deutschland bezog.<sup>19</sup>

In Kroatien war vor allem Andrija Artuković als Innenminister des "unabhängigen Kroatien" ab 6. April 1941 für die systematische Ausrottung von Serben, Juden und Zigeunern verantwortlich. Auf öffentlichen Plätzen, in Cafés und Straßenbahnen war zu lesen: "Für Serben, Juden, Zigeuner und Hunde verboten."<sup>20</sup> Das schrecklichste Todeslager auf kroatischem Gebiet war das 1941 errichtete Jasenovac. Ein Augenzeuge berichtet darüber: "Ich sah Massen von Zigeunern, auch ihre Frauen und Kinder, wie sie Tag für Tag nach Jasenovac strömten. Sie kamen zur Schlachtung /.../ Die Händchen der Kinder hielten sich verkrampft an ihren Müttern und Vätern fest. Ihre Schreie drangen einem bis in die Knochen. Täglich wurden waggonweise solche Zigeunerkinde ermordet. /.../ Ich weiß nicht, wie viele Zigeuner in Jasenovac überhaupt ermordet wurden. Während ich dort war, waren es mindestens 30.000."<sup>21</sup> Wie auch in Auschwitz wurde die Kreativität und Musikalität der Häftlinge zur Unterhaltung der Bewacher eingesetzt. In Jasenovac waren es Roma, die dafür mißbraucht wurden. Sie spielten im wahrsten Sinne des Wortes um ihr Leben, das sie aber trotz allem auf grausamste Art und Weise verloren.

In späterer Zeit reflektierten Überlebende die Schrecken des Lagers in Liedern. Zwei besonders eindrucksvolle seien hier wiedergegeben.

### Notenbeispiel 8

Jeg djesoro ratvalo avilo (Ein Tag ist blutig geworden)

Titel: Balada e romendji

Schallplattenaufnahme: Djilavan Romale, Ensemble Jarka Jovanovića, Jugoton, o. J.

Arrangement und Text: Jarko Jovanović

Handwritten musical notation for the song 'Jeg djesoro ratvalo avilo'. It consists of two staves. The first staff has the lyrics: 'Jeg (e) djes - o - ro ra (te)j - va - lo a vi - lo'. The second staff has the lyrics: 'e ro - men - dje thaj ve ša - voren - dje'. The notation includes treble clefs, a key signature of one flat, and various rhythmic values and ornaments.

19 Donald Kenrick, Die Vernichtung der Sinti und Roma im NS-Herrschaftsbereich, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 4, 31. Jg., 1981, S. 394.

20 Grattan Puxon, Artuković and the Jasenovac Concentration Camp, in: Gießener Hefte für Tsiganologie 2+3, 1985, S. 12 f.

21 Rajko Djuric, Seobe Roma, Belgrad 1987, S. 69.

Handwritten musical notation for the song 'Jeg djesoro ratvalo avilo'. It consists of a single staff with the lyrics: 'ro - men - dje - - - dje - - mu - re phralo - rendje'. The notation includes a treble clef, a key signature of one flat, and various rhythmic values and ornaments.

Text:

Jeg djesoro ratvalo avilo  
e romendje thaj v'e šavorendje  
romorendje mure phralorendje

E Legia čerda bari krisi  
sa e romen te cikne šavoren  
thaj tradenas romen mudarenas

Thaj trade 'men Auschwitz logori  
katar phrala djudo či ikljava  
čora phrala o kham či dikhava

Ake phrala važaj Rom či lel  
kaj ašilem kaj či mudardilem  
o romano flako von vazdine  
o romano flako von vazdine

Übersetzung:

Ein Tag ist blutig geworden  
für die Roma und die Romakinder  
für die Roma, meine Brüder

Die schwarze Legion [SS] hielt großes Gericht  
über Roma und Romakinder  
sie verfolgten die Roma und brachten sie um

Sie haben uns in das Lager Auschwitz gebracht  
von dort, Bruder, komme ich nicht lebend heraus  
armer Bruder, ich sehe die Sonne nicht mehr

Bruder,  
weil ich überlebt habe, weil ich nicht ermordet wurde  
haben sie die Zigeunerflagge gehißt

Der Textdichter schrieb den Text zu einer traditionellen Melodie, die bei den jugoslawischen Roma auch zu anderen Texten gesungen wird.

Als für diese Musik typische Merkmale sind anzuführen: freirhythmische Gestaltung, sehr viel Melismatik, die Melodie bewegt sich jeweils auf Zieltöne hin. Die Quarttransposition (2. Zeile) wird oft gebraucht, und der Schluß auf der zweiten Melodiestufe kommt oft vor. Die Melodie wirkt dadurch für unser Empfinden nicht abgeschlossen. Dieses Lied wird instrumental begleitet durch ein Tamburicaensemble. Die Tamburica ist ein häufig gebrauchtes Instrument bei der traditionellen Musik der serbischen Roma. Jeder Strophe folgt ein 8-taktiges Zwischenstück mit Tanzcharakter. Somit steht das Lied in der Tradition der oft vorkommenden Abfolge: langsamer Teil im Tempo rubato – Koloteil.

### Notenbeispiel 9

Phabol lamba, merel lamba ando štraflageri (Die Lampe brennt, die Lampe verlöscht im Straflager)

Sängerin: Mara, Novi Sad, Romasiedlung "šanghaj", 1968



Pha bol lamba merel lamba

An-do štrofla-ger phabol lamba merel lam ba

an - do štraflage-ri kote bešen kote ro-ven

## Text:

[:Phabol lamba, merel lamba  
ando štraflageri:]

[:Kote bešen, kote roven  
e sremosće roma:]

[:Den pe svato, den pe svato  
kan' načel o rato:]

[:T'avel čhere, t'avel čhere  
kogod si soldato:]

[:Logorina, logorina  
putar či kapija:]

[:Te me dikhav, te me dikhav  
mure familija:]

[:Familijo, familijo  
ala si malena:]

[:Ne dajmo se, ne dajmo se  
dok traje korena:]

## Übersetzung:

[:Die Lampe brennt, die Lampe verlischt  
im Straflager:]

[:Dort sitzen, dort weinen  
die Sremer Roma:]

[:Sie sprechen miteinander,  
wann wohl der Krieg vorbei sein wird:]

[:Damit nach Hause kommt,  
wer immer Soldat ist:]

[:O Lager, o Lager,  
öffne dein Tor:]

[:daß ich sehe, daß ich sehe  
meine Familie:]

[:O Familie, o Familie,  
bist du klein geworden:]

[:Aber wir ergeben uns nicht,  
solange unsere Wurzeln überleben:]

Die Melodie ist traditionell: Romamusik mit serbischem Einfluß. Besonders hervorzuheben ist die Stimmgebung, es wird eigentlich jeder Ton umspielt. Was in der Transkription wiedergegeben ist, kann höchstens als Gerüst gelten. Diese starke Melismatik entspricht dem Singstil der Sängerin. Die einzelnen Teile der aufgezeichneten ersten Strophe werden im folgenden verschieden zusammengesetzt und auch melodisch variiert. Das Tonmaterial ist ein Ausschnitt von g-Moll, ist jedoch nicht in unserem Dur-Moll-System zu denken. Das Lied ist nur mehr in der älteren Generation bekannt, wird nicht mehr weiter tradiert.

## Schlußbemerkung

Daß diese Lieder erstmalig publiziert werden konnten, verdanken wir vor allem einem neu erwachten Selbstbewußtsein der Roma in Österreich, einer Öffnung, die den Zugang zu Informationen ermöglicht. Wir glauben, daß sich durch Information Schranken abbauen lassen und Vorurteile beseitigt werden können.

Der geschätzte Leser möge bedenken, daß er hier eine schriftliche Dokumentation einer schriftlos tradierten Kultur vorfindet. Eigentlich muß man diese Lieder hören, nicht lesen, um ihre starke, unglaublich direkte Wirkung empfinden zu können. Vielleicht konnte diese kurze Darstellung neugierig machen auf diese Kultur, die in Österreich aus der Verborgenheit hervorzutreten beginnt und einem Volk zugehört, das, verfolgt, geschunden, bis heute diskriminiert, es trotzdem schafft, sein So-Sein und seine Identität eindrucksvoll zu vertreten und daran festzuhalten.



## DOKUMENTATION

## Zwei Dokumente zur Geschichte des KZ Buchenwald

Der Inhalt der zwei abgedruckten Dokumente berührt ein besonders heikles Kapitel aus der Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald. Zur Diskussion stehen hier vor allem Konflikte zwischen Vertretern der illegalen kommunistischen Parteiorganisation, die im Rahmen der sog. "Häftlingsselbstverwaltung" relativ wichtige Positionen erringen konnten, und politischen Gegnern oder sonstigen mißliebigen Mithäftlingen.

Nahezu alle Autoren und überlebenden KZ-Häftlinge stimmen darin überein, daß die in erbitterten Kämpfen vollzogene Brechung der Vorherrschaft "grüner" Häftlingsfunktionäre durch politische Häftlinge (und hier vor allem KP-Mitglieder) große Erleichterungen für das überwältigende Gros der Lagerinsassen nach sich zog. Und auch die Berichte über die praktische Solidarität von KP-Mitgliedern gegenüber nicht-kommunistischen Mitgefangenen sind so zahlreich, daß es hier keiner einzelnen Belege bedarf.

Indes kannte diese Solidarität – nicht nur in Buchenwald – ihre Grenzen, wenn es sich um vermeintliche oder wirkliche Trotzlisten, Rätekommunisten, Anarcho-Syndikalisten oder sonstige KP-Dissidenten handelte, die nach 1933 von den kommunistischen Parteien der ganzen Welt als "Konterrevolutionäre" und "Agenten des Faschismus" diffamiert wurden – eine Stigmatisierung, die sich insbesondere im Gefolge des ersten Moskauer Schauprozesses (August 1936) zu einer regelrechten "Hexenjagd" steigerte.

Hermann Langbein, der in seinem Standardwerk über den Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern bei aller kritischen Distanz ein sehr ausgewogenes Bild über die Rolle der Kommunisten in Buchenwald fällt und zahlreiche Beispiele sowohl für mutige Widerstandsaktionen als auch für solidarisches Verhalten anführt, schreibt andererseits: "Wer weiß, mit welchem fanatischen Haß kommunistische Parteien alle verfolgten, die Trotzlisten waren oder als solche galten, den wird es nicht wundern, daß die in Buchenwald maßgebenden deutschen KPler diejenigen Franzosen sofort nach Dora abschoßen, die von den Nationalsozialisten als Trotzlisten verhaftet worden waren."<sup>1</sup>

Die auch hinter dem Stacheldraht ungebrochene Kontinuität der stalinistischen Verfolgungsmaschinerie wird u. a. auch in den Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann eindrucksvoll geschildert. Als Frau des

1 Hermann Langbein, ...und nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938 – 1945, Frankfurt/Main 1985, S. 131.

1937 in Moskau verhafteten und später erschossenen KPD-Führers Heinz Neumann nach mehrjähriger GULag-Haft 1940 an die Nazis ausgeliefert, wurde sie im KZ Ravensbrück zur besonderen Zielscheibe des Hasses tschechischer und deutscher Stalinistinnen; und mit ihr all jene, die sich weigerten, die Solidarität mit der verfeimten "Trotzkistin" (die sie nie war) aufzukündigen. Als Beispiel sei hier etwa die Haltung gegenüber Milena Jesenska angeführt: "Die Kommunistinnen verbreiteten im Lager, daß wir beide, wenn die Russen nach Ravensbrück kämen, entweder an die Wand gestellt oder nach Sibirien geschickt würden."<sup>2</sup> Die Häftlingssanitäterin Inka Katnarova wurde aus der KPC ausgeschlossen, weil sie mit Buber-Neumann freundschaftliche Beziehungen unterhielt.<sup>3</sup>

In diesen und ähnlich gelagerten Fällen lagen die *M o t i v e* für die Ächtung politisch unliebsamer KZ-Häftlinge eindeutig in "vorkonzentrationsären" Prägungen begründet, da hier offensichtlich eine – mehr oder weniger – lineare Fortsetzung stalinistischer Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaßnahmen stattfand, die letztlich auf der Gleichsetzung von "Trotzkisten" und "Faschisten" basierte.

Die Formen und Methoden jener Ausgrenzung waren jedoch durch die spezifischen "lagerimmanenten" Bedingungen diktiert, die über Leben und Tod entscheiden konnten. Sie dürften nach den vorliegenden Zeugnissen ein breites Spektrum umfaßt haben: individuelle Einschüchterung und Bedrohung, soziale Isolierung (Rede- und Diskussionsverbot mit Oppositionellen, formeller oder informeller Ausschluß aus dem Kollektiv), Verweigerung zusätzlicher Brotationen, Zuteilung in sehr schlechte Arbeitskommandos, Drangsalierung durch stalinistische Kapos bis hin zur Verschickung in Vernichtungslager und der physischen Liquidierung im "Revier" (Krankenbaracke).

Weitaus schwieriger als jene Mechanismen, denen eindeutig politische Ursachen vorgelagert waren, sind jene Fälle zu beurteilen, bei denen persönliche Animositäten oder ein individuelles bzw. organisationspezifisches Kalkül machttechnischer Natur (etwa bei der Besetzung von Funktionen im Lager) im Vordergrund gestanden haben dürfte (vgl. Dokument 2). Die in solchem Kontext betriebene oder versuchte Ausschaltung mißliebiger Mithäftlinge verweist nicht auf eine manifeste politische "Vorgeschichte", sondern in erster Linie auf Ursachen, die in dem von der SS geschaffenen Lagersystem selbst ihre Wurzeln hatten. Zudem handelt es sich dabei keinesfalls um ein Spezifikum kommunistischer Herrschaftssicherung im begrenzten Rahmen der "Häftlingsselbstver-

2 Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1958, S. 265.

3 Ebenda, S. 358



waltung". Ob die aus den unterschiedlichsten Motiven erfolgte Ausschaltung von nicht-kommunistischen Häftlingen (hier sei etwa auch an die physische Liquidierung zahlreicher Spitzel erinnert, was angesichts der von ihnen ausgehenden Gefahr im KZ einen legitimen Akt der Notwehr bedeutete) durch KP-Funktionäre generell unter den von Benedikt Kautsky geprägten Begriff "Lagerfeme"<sup>4</sup> subsumiert werden kann, bleibe dahingestellt.

Prof. Ernst Federn, der als Anhänger Trotzki's und der (in Entstehung begriffenen) IV. Internationale bereits unter dem "austrofaschistischen" Regime eingekerkert war, wurde 1938 von den Nazis verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht, wo er bis zur Befreiung des Lagers (11. April 1945) verblieb. Als jüdischer Trotzki'st war er einem doppelten Verfolgungsdruck ausgesetzt: seitens der SS, aber auch durch stalinistische Häftlinge. Am 30. April 1945 verließ er Buchenwald und ging mit den belgischen politischen Gefangenen nach Brüssel. Daß seine Bedenken gegen eine Rückkehr nach Österreich nicht unbegründet waren, zeigt das Schicksal seines Buchenwald-Kameraden Karl Fischer, der am 21. Jänner 1947 nach einer Denunziation oberösterreichischer KP-Funktionäre in Linz-Urfahr vom NKWD gekidnappt wurde und für lange Jahre im Gulag verschwand.

Unter dem Decknamen "Pensé" verfaßte Federn in Brüssel einen vorläufigen Bericht über jene österreichischen und deutschen Gesinnungsgenossen, die er in Buchenwald kennengelernt hatte. Diesen hier erstmals veröffentlichten Bericht (Dokument 1) sandte er am 19. Juni 1945 nach Paris an leitende Mitglieder der IV. Internationale. Erbitterter Gegner des Stalinismus, zeichnet Federn in seinen Ausführungen gleichwohl ein durchaus differenziertes Bild von den in Buchenwald inhaftierten KPD-Funktionären; daß "Altkommunisten", deren politische Sozialisation noch durch die russische Revolution und die revolutionäre Nachkriegsepoche entscheidende Impulse erhalten hatte, eher zur Solidarität und politischen Diskussion mit Trotzki-Anhängern und anderen Oppositionellen bereit waren als die jüngere, ausschließlich im (Un)geist des Stalinismus erzogene Generation, klingt jedenfalls plausibel. Federns Bericht ist auch deshalb von Interesse, weil er das früheste Zeugnis für die Abschiebung unbequemer politischer Gegner in Vernichtungslager ist. Federn zufolge wurde dies durch die "herrschende KP-Clique" durchgesetzt.

<sup>4</sup> Vgl. Benedikt Kautsky, Teufel und Verdammte. Sieben Jahre in deutschen Konzentrationslagern, Wien 1961, S. 198 f.; Eidesstattliche Erklärung Benedikt Kautskys vom 4. 5. 1951, abgedruckt in: Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941, Frankfurt/Main 1990, S. 201-208.

Eine umfangreiche Eidesstattliche Erklärung Benedikt Kautskys enthält ähnliche Aussagen. Daß diese Erklärung 1951 (anlässlich des in Frankfurt stattfindenden Prozesses Buber-Neumann/Carlebach<sup>5</sup>) verfaßt wurde, genügt KP-Historikern und einigen ehemaligen KZ-Häftlingen, um sie als unglaubliches Produkt des Kalten Krieges pauschal abzuqualifizieren. Dürften solche Verdikte ohnedies eher von der Tendenz diktiert sein, ein "brisantes" zeitgeschichtliches Thema auch weiterhin mit einem strikten Tabu zu belegen, so widerlegt schon das frühe Entstehungsdatum des Federn-Berichtes die etwaige Annahme, er könnte durch eine bestimmte politische "Konjunktur" beeinflusst worden sein.

Das zweite Dokument, eine am 12. April 1991 verfaßte Eidesstattliche Erklärung Ernst Federns, die dem Landgericht Frankfurt vorgelegt wurde, entstand im Kontext eines Gerichtsverfahrens, das der ehemalige KPD-Funktionär und Buchenwald-Häftling Emil Carlebach gegen den Historiker Hans Schafranek anstrebte. Schafranek hatte im Anhang seines Buches "Zwischen NKWD und Gestapo" Carlebach schwer belastende Dokumente - darunter die schon erwähnte Erklärung von Kautsky sowie einen Brief des Buchenwald-Häftlings August Cohn - abgedruckt und im Textteil kurz zitiert bzw. referiert, worauf Carlebach eine Unterlassungsklage wegen "übler Nachrede" gegen Schafranek und den Verlag erhob.

Die Eidesstattliche Erklärung Federns bestätigt und konkretisiert u. a. einen wichtigen Punkt in dem Brief August Cohns (betr. den Fall Jakob Ihr). Da das Gericht jedoch keine Beweisaufnahme vornahm, d. h. die Substanz der gegen Carlebach erhobenen Beschuldigungen nicht prüfte, wurde auch die Eidesstattliche Erklärung Federns im Urteil nicht gewürdigt.

<sup>5</sup> Emil Carlebach und andere KPD-Funktionäre hatten 1949/50 die Auslieferung hunderter deutscher Antifaschisten aus der UdSSR an Nazi-Deutschland in Abrede gestellt und die Opfer dieser stalinistischen Politik als "Mitglieder der V. Kolonne" (d. h. Nazi-Agenten) diffamiert, insbesondere Margarete Buber-Neumann. Diese setzte sich dagegen juristisch zur Wehr. In dem Prozeß, der 1950-1952 vor dem Landgericht Frankfurt/Main stattfand, kam auch Carlebachs umstrittene Rolle als Blockältester im KZ Buchenwald zur Sprache (das in diesem Zusammenhang eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde eingestellt). Wegen Ehrenbeleidigung wurde Carlebach 1952 rechtskräftig verurteilt.



## DOKUMENT 1

C o p i e

Vertraulich,

Brüssel, 19. Juni 1945

Werte Genossen,

es tut mir aufrichtig leid, nicht mit Euch persönlich die wichtigen Fragen besprechen zu können, die uns alle beschäftigen. Aber ich hoffe, daß sich bald Gelegenheit dazu geben wird. Ich will Euch jetzt nur kurz das Wichtigste über das Verhalten und das Schicksal unserer Freunde in Buchenwald berichten.

Folgende Genossen haben sich vom Jahre 1938 bis 1945 als Anhänger der Vierten Internationale bekannt: Aus dem Reich Werner S c h o l e m <sup>6</sup>, ermordet Juli 1940 von der SS auf eine Denunziation von ehemaligen politischen Gegnern hin. Fritz R e u t e r aus Dinslaken, gestorben an Tuberkulose im Lager Dachau, nach dem Jahre 1940. Walter W i t w e r aus Halle, ehemaliger Funktionär der KP, tödlich verletzt beim Bombardement des Lagers, August 1944. Diese Genossen waren seit 1933 im Lager. 1939 kam Karl P l ä t t n e r <sup>7</sup>, der Autor des Buches

6 Werner Scholem (1891-1940). Geb. in Berlin. Nach dem Abitur Studium der Geschichte und Jura in Göttingen und Halle. 1913 Beitritt zur SPD. 1917 Gründungsmitglied der USPD. Wegen Antikriegsdemonstrationen und Majestätsbeleidigung inhaftiert. 1919 Stadtverordneter in Hannover. Scholem kam mit der linken USPD zur KPD. Dezember 1920 Delegierter des Vereinigungsparteitages. Ab 1. 1. 1921 in der Redaktion der "Roten Fahne". Im Februar 1921 als jüngster Abgeordneter in den preußischen Landtag gewählt. Wegen Beteiligung an der "Märzaktion" 1921 (d. h. dem bewaffneten Aufstand der KPD und KAPD in Mitteldeutschland) polizeilich gesucht. Am 24. 9. 1921 verhaftet. Nach einigen Monaten freigelassen, übernahm er verschiedene Funktionen in der Partei. Er gehörte zur linken Opposition um Ruth Fischer und wurde Ende 1922 Orgleiter des Parteibezirks Berlin. Auf dem IX. Parteitag (1924) gehörte Scholem zu den Führern der Linken, er wurde in die Zentrale und ins Polbüro gewählt und übernahm als Orgleiter die gesamte Organisation der KPD. Nach der Verhaftung Maslows neben Ruth Fischer wichtigster Parteiführer. Im Mai 1924 Reichstagsmitglied. Nach Auflösung des Reichstages wiederum steckbrieflich gesucht. Als es im Frühjahr 1925 zur Spaltung der linken Zentrale kam, bildeten Scholem, Rosenberg und Katz die "ultralinke" Opposition. Auf dem X. Parteitag (1925) noch ins ZK gewählt, wurde er auf der im Oktober 1925 stattfindenden Parteikonferenz, wo er das Koreferat gegen Thälmann hielt, aus diesem Gremium ausgeschlossen. Am 5. 11. 1926 Ausschluß aus der KPD. In der Folgezeit einer der Mitbegründer des "Leninbundes", den er jedoch im Mai 1928 verließ. Er setzte seine juristischen Studien fort und wurde Referendar. Im März 1933 verhaftet und ins KZ eingeliefert. Am 17. 7. 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

7 Karl Plättner. Delegierter am Gründungsparteitag der KPD (Dezember 1918). Beteiligung an der kurzlebigen Räterepublik in Bremen (Jänner 1919), 1920 Übertritt zur KAPD. Kampfgefährte von Max Hoelz. Wegen führender Beteiligung an den bewaffneten Kämpfen im Frühjahr 1921 verhaftet und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. 1929 amnestiert. 1933 von den Nazis verhaftet. KZ Buchenwald. 1944

"Eros im Zuchthaus", der im Frühjahr 1944 auf Transport ging und über dessen Schicksal mir nichts mehr bekannt wurde. Von einem Genossen habe ich den Namen vergessen, sein Vorname war W a l t e r, er blieb nicht lang im Lager und ist auch nicht politisch tätig gewesen. Ein weiterer Genosse, Walter H e r z aus Berlin, war den Lagerstrapazen so wenig gewachsen, daß sein Benehmen uns zwang, die Beziehungen zu ihm abubrechen. Er ging nach Auschwitz auf Transport und ist wahrscheinlich dort gestorben. Seine Frau, eine angeblich ausgezeichnete Genossin, lebte in Schweden. Aus Österreich waren im Lager seit 1938 Genosse Gustav G r o n i c h <sup>8</sup>, der 1939 entlassen wurde, Gen. Ernst F e d e r n, der am 11. April 1945 befreit wurde, Gen. Eduard K a l i s c h e r <sup>9</sup>, der im Lager Auschwitz im Winter 1943 von einem besoffenen Kapo erschlagen wurde. Aus Polen Gen. Leib E h r l i c h, der auf Transport ging und über dessen Schicksal ich nichts mehr erfahren konnte. 1944 kam aus der Emigration Gen. Karl F i s c h e r <sup>10</sup> aus Wien, der am 11. April ebenfalls befreit wurde.

Unsere Genossen hielten immer engsten Kontakt und waren bemüht, soweit es möglich war, die politischen Verhältnisse zu verfolgen und theoretisch zu analysieren. Sie haben außerdem sich redlich bemüht, die

nach Auschwitz deportiert, wo er umgekommen ist.

8 Gustav Gronich. Geb. 1916 in Wien. Bis 1932 VSM-Mitglied. Ab 1932 KJV. Illegale Tätigkeit in Wien-Kaisermühlen. Teilnehmer an den Februartkämpfen 1934 in Kaisermühlen. 1936 Austritt aus dem KJV und Anschluß an die trotzkistische Gruppe "Revolutionäre Kommunisten Österreichs". Zwischen 1934 und 1938 zweimal verhaftet. 1938/39 KZ Dachau und Buchenwald. 1939 entlassen. Emigration nach Frankreich. 1945 Rückkehr. Buchhändler in Graz und Wien.

9 Eduard Kalischer (1894-1943). Gründungsmitglied der KPDÖ November 1918. 1918/19 führende Tätigkeit im Volkswehrcorps 41 und im "Revolutionären Soldatenkomitee". Nach Ausschluß aus der KPÖ Trotzkist. 1938 verhaftet und ins KZ Buchenwald überstellt. Deportation nach Auschwitz, wo er von einem Kapo erschlagen wurde.

10 Karl Fischer (1918-1963). Geb. in Wien. Tätigkeit im illegalen KJV. Ende 1935 Übertritt zur Gruppe "Revolutionäre Kommunisten Österreichs". 1936 verhaftet, im Wiener "Trotzkistenprozeß" August 1937 zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Februar 1938 Amnestie. Emigration nach Frankreich. September 1938 Delegierter der RKÖ bei der Gründungskonferenz der IV. Internationale. Im Mai 1940 Verhaftung in Anvers, Internierung im Lager St. Cyprien, aus dem ihm die Flucht gelingt. Im November 1940 Teilnahme an der Konferenz der RK in Florensac bei Montpellier. Mit dem Gros der "Revolutionären Kommunisten" Loslösung vom Trotzkismus, Übergang zu links- bzw. rätekommunistischen Positionen. Revolutionäre, strikt antipatriotische Widerstandstätigkeit in Montauban, Lyon und Grenoble. 1944 Verhaftung in Paris, Deportation nach Buchenwald. Mitverfasser des "Buchenwalder Manifestes". Nach dem Krieg in der Linzer Arbeiterkammer beschäftigt. Im Jänner 1947 in Linz-Urfahr vom NKWD verhaftet und nach Sibirien deportiert. Wegen "antisowjetischer Tätigkeit" zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt. Zwangsarbeit in Goldminen an der Kolyma. Selbstmordversuch. 1952 ins Gefängnis von Irkutsk überstellt. 1955 Rückkehr nach Österreich.



politischen Gefangenen anderer Richtungen zu informieren und aufzuklären. Die deutschen Genossen standen selbstverständlich mit unseren französischen Freunden in engstem politischen und persönlichen Kontakt, ebenso mit den belgischen Genossen.

Die Genossen unserer Richtung waren bemüht, alle jene politischen Gefangenen, die selbständig zu denken imstande waren und einer sachlichen Kritik an der Politik der beiden großen Arbeiterparteien zugänglich waren, zusammenzufassen. Das ist auch in den Zeiten, in denen der Terror es erlaubt hat, mit viel Erfolg gelungen und hat wichtige Beziehungen herstellen lassen. Vor allem mit der SAP-Gruppe Buchenwald standen wir im engsten politischen Kontakt. Ihre hervorragendsten Genossen waren Erich M e l c h e r und Ludwig W o i c h e n aus dem Reich und Georg W e h l e aus Prag. Uns trennten nur die bekannten theoretischen Differenzen zwischen Leninismus und Zentrismus, auf die wir aber, den Lagerverhältnissen entsprechend, kein großes Gewicht legten. Von der SAP kam auch Fritz O h l h o f f, der uns politisch sehr nahe steht, aber im Lager mit Rücksicht auf sein Alter und seine Gesundheit sehr vorsichtig sein mußte.

Die Haltung der Sozialdemokraten zu uns war eine durchaus freundschaftliche und kameradschaftliche. Die Genossen zeigten sich unseren Ideen und unserer Kritik sehr zugänglich, blieben aber im Herzen ihren alten Anschauungen treu. Die Haltung der deutschen "kommunistischen" Fraktion war nicht einheitlich.

Sie muß näher untersucht und detailliert berichtet werden. Wir müssen einmal zwei Gruppen unterscheiden: die alten Kämpfer aus den Jahren 1917–23 und die späteren KP-Funktionäre. Die alten Kämpfer benahmen sich überwiegend anständig und kameradschaftlich zu uns. Viele von ihnen waren unserer Kritik sogar sehr zugänglich und bedauerten die Entwicklung der letzten Jahre, so vor allem die Ermordung Trotzki wurde von ihnen allgemein mißbilligt und bedauert. Aber von ihrer Partei wollten sie nicht lassen. Die jüngere Fraktion hat uns mit geringen Ausnahmen verfolgt und geschadet, wo sie konnte. Diese Elemente (gesinnungslose Clique) hatten die Macht im Lager und nutzten sie aus, um sich gute Posten und Vorteile zu verschaffen. Wer eine eigene Meinung hatte, wurde nicht unterstützt oder nur, wenn er als Arbeitskraft unentbehrlich war. Für Politik oder theoretische Fragen hatten die entscheidenden Lagerfunktionäre keinerlei Interesse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu denen zum Beispiel der ehemalige Reichstagsabgeordnete Karl B a r t e l s gehörte, der eine Zeitlang Lagerältester war. Eine Ausnahme bildete auch

der Abgeordnete N e u b a u e r <sup>11</sup>, ehemaliger Budgetreferent der KPD, der vor allem Werner S c h o l e m unterstützt hat. Er wurde 1939 entlassen. Die herrschende KP-Clique setzte es durch, daß Scholem ermordet wurde, daß Plättner, Melcher und Woichen auf Transport nach Auschwitz gingen, und denunzierte Gen. Federn als spitzelverdächtig bei allen Lagerinstanzen. Nur die offenbare Dummheit dieser Verleumdung erlaubte es Federn, mit viel Schwierigkeiten und mit der Hilfe der französischen und belgischen Kommunisten, die sich uns gegenüber, trotz unserer Parteirichtung, außerordentlich kameradschaftlich benommen haben, und dank der vorbildlichen Haltung der Genossen der 4. Internationale, mit dem Leben davonzukommen. Vor allem die österreichischen Epigonen versuchten alles, um Federn noch vor dem Eintreffen der Amerikaner auf Transport zu schicken. Der verantwortliche Leiter dieser Herrschaften, Otto H o r n <sup>12</sup>, ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär aus Wien, erklärte privat, daß der Federn weg muß, bevor die Amerikaner kommen. Die österreichischen Epigonen und die jüdische Epigonenclique um Emil C a r l e b a c h <sup>13</sup> aus Frankfurt/Main und Paul S p r i n g e r <sup>14</sup> aus Wien versuchten dem Gen. Federn zu schaden, wo sie nur konnten. Sie verhinderten, daß er bessere Arbeitskommandos bekam, verleumdete ihn bei wichtigen Lagerfunktionären und verboten, ihn mit Essen zu unterstützen oder mit ihm persönlich zu verkehren. Versuche, die Beziehung auf eine erträgliche, menschliche Basis zu stellen, die von verschiedenen indifferenten Seiten gemacht wurden, scheiterten an der Erklärung, Federn sei ein Todfeind, und mit ihm könne keine Beziehung hergestellt werden. Im übrigen leugneten sie alle feindlichen Maßnahmen und benahmen sich nach außen hin korrekt. Aber alle nur halbwegs orientierten Buchenwälder Häftlinge kennen den wahren Sachverhalt und werden meine Angaben bestätigen.

Diese Dinge lagen nicht immer so. Solange der leitende Kopf der

11 Detaillierte biographische Informationen über Theodor Neubauer finden sich bei Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt/Main 1969, S. 231 f.

12 Otto Horn (1905–1967). Geb. in Wien. 1934–1938 Mitglied der Exekutive der illegalen freien Angestelltengewerkschaft. KPÖ-Funktionär. Am 22. 8. 1939 Verhaftung durch die Nazis. Bis zur Befreiung Häftling im KZ Buchenwald. Nach 1945 Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten.

13 Paul Springer (1917–?) Geb. in Wien. Frühjahr 1935 Beitritt zum KJV, Frühjahr 1936 politischer Leiter des KJV in Wien-Ottakring. 1938–1945 Häftling im KZ Buchenwald.

14 Emil Carlebach. Geb. 1914 in Frankfurt/Main. 1931 Sozialistischer Schülerbund, KJV. Ab 1932 Mitglied der KPD. 1934 zu drei Jahren Gefängnis wegen Herstellung von Gewerkschaftszeitungen verurteilt. Anschließend KZ Dachau, 1938–1945 in Buchenwald. 1945–1947 Chefredakteur der "Frankfurter Rundschau". Landtagsmitglied der KPD in Hessen. Führende Funktionen im VVN und im Internationales Buchenwald-Komitee.



jüdischen kommunistischen Fraktion Buchenwald der Berliner KP-Genosse Rudi Arndt war, wurden unsere Genossen als politische Gefangene behandelt, und die persönlichen Beziehungen waren durchaus herzlich. Arndt selber kam von der Gruppe Uhrbahns und war ein selten hervorragender Mensch. Er führte die jüdische Fraktion vorbildlich und hatte auch großen und segensreichen Einfluß auf die anderen kommunistischen Lagerfunktionäre. Ursprünglich hundert Prozent Linienmann, machte ihn der deutsch-russische Pakt sehr kritisch, und es kam nach einer zeitweiligen Verstimmung zwischen Federn und ihm zu einer längeren Aussprache. Arndt sagte wörtlich: "Ich weiß, daß meine heutigen Freunde morgen meine Feinde sein können und umgekehrt. Es ist notwendig, daß wir das Trennende zurückstellen und das Gemeinsame hervorkehren, denn wir stehen vor schweren Kämpfen." Auf dieser Basis kam es zu einer Einigung zwischen Federn und Arndt. Unglückseligerweise wurde Arndt 14 Tage später auf eine Denunziation von Berufsverbrechern hin von der SS ermordet. Sein Nachfolger wurde nun leider Carlebach. Es muß aber gesagt werden, daß auch unter der jüdischen Fraktion der Epigonen anständige und kameradschaftliche Elemente waren.

Noch ein paar Worte über die Brandlerianer. Ihr Kopf war Hubert Siebert<sup>15</sup>, der sich politisch völlig auf den Boden der Linie stellte, der sich aber menschlich tadellos benommen hat. Er war der größte und einflußreichste Kapo im Lager und hat die außerordentlich schwierige Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, vorbildlich gelöst. Persönlich hat er sich Plättner und Federn gegenüber nicht freundschaftlich verhalten, was seine moralische Pflicht gewesen wäre, aber Scholem und Woichen fanden bei ihm die größte Unterstützung. Die Brandlerianer spielten im Lager politisch keinerlei Rolle, stellten aber eine Reihe von Lagerfunktionären, die sich durchaus einwandfrei benahmen.

Allgemein gesagt, benahmen sich die führenden Lagerfunktionäre vom bürgerlichen Standpunkt aus korrekt. Von einem leninistisch-revolutionären Standpunkt aus gesehen, haben sie vollkommen versagt und waren zuletzt nicht imstande, die ungeheuren Möglichkeiten, die die vollkommene Zersetzung der SS bot, auszunützen. Sie benahmen sich wie geschickte, korrekte, aber bürgerliche Beamte. Ein Teil aber der ehemaligen kommunistischen Gefangenen versagte im Lager moralisch vollständig, wurde antisemitisch und nationalistisch und wütete oft mehr als die SS. Erst gegen Kriegsende verstanden auch diese Elemente es, sich den kommenden Dingen anzupassen.

15 Richtig: Siewert. Detaillierte biographische Information bei Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 304 f.

Das ist das Wichtigste, was ich zu berichten habe. Nach unserer Befreiung gaben die internationalen Kommunisten Buchenwalds ein programmatisches Dokument<sup>16</sup> heraus, das viel Interesse fand. Das Dokument hat Genosse Lestin<sup>17</sup> dem IS<sup>18</sup> übergeben.

Ich bitte Euch, mich von Euren Arbeiten zu unterrichten. Ich selbst bin momentan mit meinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt und bemüht, mir eine bürgerliche Existenz aufzubauen.

Mit brüderlichen Grüßen

Pensé

## DOKUMENT 2

### ERKLÄRUNG

Der Unterzeichnete, Prof. Mag. Ernst Federn, geb. am 26. 8. 1914 in Wien [...] gibt folgendes an Eides Statt an: Ich bin mir aller strafrechtlichen Folgerungen, die eine falsche Aussage mit sich führen würde, bewußt. Zu meiner Person darf ich sagen, daß ich in Wien zuerst Jus studiert habe, dann wegen Betätigung in der illegalen sozialistischen Bewegung verhaftet wurde und ein Jahr in Untersuchungshaft war. Am 14. März 1938 wurde ich von der Gestapo verhaftet, kam am 24. Mai nach Dachau und von dort am 24. September 1938 nach Buchenwald. Dort wurde ich durch die amerikanische Armee am 11. April 1945 befreit. Aus politischen Gründen – ich war ein allgemein bekannter Gegner des stalinistischen Regimes – ging ich nicht nach Wien, sondern mit den belgischen politischen Gefangenen nach Brüssel. Im Jänner 1948 kam ich in die Vereinigten Staaten, wo ich den Magister der Sozialwissenschaften an der Columbia Universität, New York, erwarb. Ich war als Sozialtherapeut und Familienberater bis 1972 in New York und später in Cleveland, Ohio, tätig. In New York war ich in den fünfziger Jahren Vorsitzender der Vereinigung der Opfer von Konzentrationslagern. 1972 wurde ich vom österreichischen Bundesministerium für Justiz nach Wien berufen und war als Sozialtherapeut und Konsulent im Strafvollzug bis 1987 tätig.

16 Gemeint ist das sogenannte "Buchenwalder Manifest" (20. 4. 1945), das von Karl Fischer, Ernst Federn, Florent Galloy und Marcel Beaufrière verfaßt wurde. Abgedruckt in: Critique Communiste, Nr. 25, November 1978, S. 144–47.

17 Lestin = Marcel Beaufrière.

18 IS = Internationales Sekretariat der IV. Internationale.



Ich bin der Autor von über hundert Aufsätzen, Herausgeber mehrerer Bücher und Autor einer Sammlung meiner Aufsätze in englischer Sprache. Meine Publikationen erschienen in fünf Sprachen. Eines meiner Fachgebiete ist die Psychologie des Terrors.

Zu meiner Position in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald muß ich folgendes angeben: Ich kam als Sohn eines prominenten jüdischen Arztes und Psychoanalytikers ins Lager und wurde nach Angaben des Reichsführers-SS Himmler als Geisel gehalten. Für die Mitgefangenen war ich ein bereits im Gefängnis gesessener politischer Häftling, durch seine Agitation für Trotzki's Vierte Internationale, die ich im Gefängnis betrieb, als Trotzki'st bekannt. Da mein Vater als Stellvertreter Freuds und ausübender Obmann der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung ein bekannter Mann in Wien war, wurde auch ich im Lager als Psychoanalytiker angesehen, wodurch ich meine sonst unvermeidliche politische Isolierung, wenn auch nicht bei allen Mitgefangenen, durchbrechen konnte.

In der Folge der Erschießung von 21 politischen Gefangenen (November 1939) und der Dunkelhaft, die über den Block verhängt worden war, wurde ich vom Blockältesten Bertl Bruckner zum Nachtwächter bestellt. Diese Nachtwache war von der SS des Luftschutzes wegen angeordnet worden. Ich hielt diese Position auch unter August Cohn als Blockältestem bei, war aber gleichzeitig als Maurer tätig. Erst Emil Carlebach nahm mir jene Position weg, als er im Oktober 1942 den einzigen noch verbliebenen Judenblock als Blockältester übernahm. Ich war dann als Maurer in verschiedenen Kommandos tätig. Meine Position als Nachtwächter erlaubte es mir, in vielen Nächten mit Gefangenen lange Gespräche zu führen und vor allem die Zeitungen, die wir abonniert hatten, zu lesen. Dadurch bekam ich eine allgemein geachtete Position im Lager und war vor allem durch die Freundschaft mit Eric Persson über zahlreiche Lagerinterna bestens orientiert. Eric Persson war Telefonist im Spital und ein alter Kommunist aus Hamburg.

Ich darf hier darauf hinweisen, daß Benedikt Kautsky in seiner Eidesstattlichen Erklärung zum Prozeß Buber-Neumann contra Carlebach, bei dem Carlebach wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt worden war, mich als Zeugen vorgeschlagen hat. Als international bekanntem Zeitzeugen und Historiker der Psychoanalyse wird mir allgemein ein sehr genaues Gedächtnis zugesprochen.

Ich beschränke mich in meiner Darstellung auf eine wichtige Episode im Verhalten Carlebachs gegenüber dem Mitgefangenen Jakob Ihr, der im Lager als "Itschgerl" bekannt war. Dazu muß zur Position von Emil Carlebach folgendes gesagt werden: Ich kannte ihn seit meiner Ankunft in Dachau und kam mit ihm zuerst gut aus. Erst als er nach der Ermordung

von Rudi Arndt dessen Nachfolger als Führer der jüdischen Kommunisten in Buchenwald wurde, war in ihm eine Veränderung zu einem macht- und privilegienhungrigen Apparatschik festzustellen, der im Namen der KPD nicht vor Gewalttaten gegenüber anderen Häftlingen zurückschreckte. Es muß wieder daran erinnert werden, daß Carlebach als Blockältester Herr über Leben und Tod war und daß im Lager das Gesetz des Dschungels herrschte. Die illegale politische Organisation war mit wenigen Ausnahmen in den Händen stalinistischer Parteifunktionäre. Es war Bestandteil der Politik dieser Lagerorganisation, unliebsame oder die Gemeinschaft schädigende Gefangene zu beseitigen. Dies geschah auf zwei Wegen: In der Arbeitsstatistik wurde ein Gefangener auf die Liste derjenigen gesetzt, die in ein anderes Lager verschickt wurden, oder, wo das nicht möglich war, wurden unliebsame Gefangene entweder durch Spritze getötet oder auf den Typhusblock – mit demselben Ausgang – verlegt. Das letzte Wort über die Vollstreckung dieser Todesurteile hatte allerdings der Kapo des Reviers (Spital), Ernst Busse. Ernst Busse war ein außerordentlich korrekter Mann. Als ehemaliger Reichstagsabgeordneter der KPD war er auch in Buchenwald ein hochrangiger kommunistischer Funktionär, der jedoch früher einmal mit der Opposition gegen Stalin sympathisiert hatte. Die zuvor erwähnte "Lagerjustiz" hatte alle kriminellen Elemente, die am Tod von Rudi Arndt schuld waren, liquidiert, darunter auch Bertl Bruckner, mit dem ich in der Nacht vor seiner Ermordung – er war für den nächsten Morgen ins Spital beordert worden – noch ein langes Gespräch geführt habe.

Jakob Ihr ("Itschgerl") war ein Wiener jüdischer Häftling, der mit der Herbstaktion 1938 nach Buchenwald kam und einen roten Winkel führte, also als politischer Gefangener galt. Er gehörte keiner Partei an, machte sich aber als geschickter Mittelsmann bald einen Namen. Er wurde Schreiber des Baukommandos III, dem Karl Rauch – ein illegaler Gewerkschaftsführer aus Wien, der nach 1934 zur kommunistischen Partei übergetreten war – als Kapo vorstand. Dieses Baukommando war deswegen so wichtig, weil es für die SS die Quelle des rationierten Zements war. Zement war im Krieg Mangelware, wurde aber dem Baukommando als kriegswichtig zugeteilt und von dort an die SS verschoben. Das war die Kunst von Jakob Ihr. Die Häftlingsorganisation ihrerseits profitierte davon, um Verstecke für Häftlinge, Waffen und Funkgeräte zu bauen. Karl Rauch gehörte zur Führung der kommunistischen Lagerorganisation. Jakob Ihr war persönlich ein Gegner Carlebachs. Es kann hier nicht der um Positionen und Privilegien gehende Kampf innerhalb der Hierarchie, bei dem auch Eifersüchteleien um hübsche Jungens eine Rolle spielten, dargestellt werden. Jedenfalls gehörte Jakob Ihr zur Gruppe oder Fraktion um August Cohn. Er war mir persönlich gut



gesinnt. Da ich als Nachtwächter in einem Kommando eingetragen sein mußte, hat das Ihr für mich im Baukommando besorgt.

Die Episode, um die es hier geht, muß im Frühjahr oder Herbst 1943 stattgefunden haben; es kann nicht Sommer gewesen sein, da wir im Sommer länger als im Winter gearbeitet haben und sich diese Episode, die ich aus persönlichem Erleben bezeugen kann, innerhalb eines Abends abgespielt hat.

Emil Carlebach gab Jakob Ihr die Weisung, sich am nächsten Morgen im Block 46 zu melden. Das war gleichbedeutend mit einem Todesurteil (die Funktion des Blocks 46 in Buchenwald ist allseits bekannt und muß hier nicht näher erläutert werden). Ihr wurde bleich, lief sofort aus dem Block und zu Karl Rauch. Noch am selben Abend wurde Carlebach ins Revier gerufen. Er kam von dort – für jeden sichtbar irritiert und ziemlich verstört – zurück. Ich erfuhr dann von Ihr, daß dieser zur Abwendung der drohenden Lebensgefahr bei Karl Rauch interveniert hatte, dieser sofort zu Busse ging und Busse Carlebach eine böse Szene gemacht habe.

Es ist eigentlich unverständlich, warum sich Emil Carlebach nicht zur Politik der Liquidierung politischer Gegner oder "parteischädlicher" Elemente bekennt, da diese Politik des kommunistischen Apparats – auch im Rahmen deutscher Konzentrationslager – inzwischen historisch belegt und rechtsnotorisch geworden ist.

Wien, 11. 4. 1991

Ernst Federn (m. p.)

## SIEGFRIED BEER

### INSPECTION OF MAUTHAUSEN CONCENTRATION CAMP Ein früher Bericht des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem befreiten Österreich

Der folgende Report der Geheimagenten "Golf" und "Pleurisy" des US-Kriegsgeheimdienstes OSS (Office of Strategic Services) über eine Besichtigung und Erkundung des Konzentrationslagers Mauthausen durch zwei (namentlich) unbekannt amerikanische Armeearzte, wenige Tage nach Befreiung dieser langjährigen NS-Kerker- und Vernichtungsstätte durch Einheiten der 3. US-Armee (General George S. Patton), stellt eine Quelle ersten Ranges dar. Er stammt aus dem Archiv des OSS im Nationalarchiv (NA) der USA in Washington DC, Bestand Record Group (RG) 226, Entry (E) 108, Box (B) 186, und basiert auf persönlichen Eindrücken von medizinisch geschulten Inspektoren sowie auf breit angelegten Befragungen von KZ-Insassen an Ort und Stelle.<sup>1</sup> Um die ganze Authentizität des Dokumentes möglichst vollständig zu wahren, hat der Herausgeber von einer Übersetzung aus der englischen Originalsprache abgesehen und sich bewußt auf kurze, einleitende Informationen zu Fragen des Entstehungszusammenhangs bzw. zum organisatorischen Hintergrund der Berichterstattung beschränkt. Korrigierende Erläuterungen und kommentierende Verweise zum Text werden in Form von Anmerkungen angeboten.

Über das offiziell am 8. August 1938 begründete Stammlager Mauthausen, das zu einem der gefürchtetsten KZ der Nationalsozialisten überhaupt werden sollte, liegen fundierte Monographien, Spezialarbeiten und Dokumentationen vor, auf deren wichtigste hier nur verwiesen werden muß.<sup>2</sup> Spätestens seit dem Frühjahr 1942 wurde das KZ Mauthausen zu

1 An dieser Stelle sei den OSS-Archivaren John E. Taylor und Dr. Larry H. Mac Donald von der Military Reference Branch, National Archives, in Washington DC für Beratung und Unterstützung bei meinen OSS-Forschungen sehr herzlich gedankt. Gleichzeitig soll auf drei bereits publizierte OSS-Interviews mit Häftlingen des KZ Mauthausen verwiesen werden. Sie finden sich in dem Dokumentenband "Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945", in englischer Originalfassung, Hrsg. Oliver Rathkolb, Wien 1985, S. 24–41. Zum Wirken von OSS in Oberösterreich vgl. Siegfried Beer, Oberösterreich nach dem Krieg. Vertrauliche Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahre 1945. Eine exemplarische Dokumentation, in: Oberösterreich. April bis Dezember 1945 (=Quellen zur Geschichte Oberösterreichs), Bd. 2, Linz 1991, S. 177–232.

2 Darunter seien genannt: Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation, 2. Aufl., Wien 1980; Evelyn Le Chêne, Mauthausen. The History of a Death Camp, London 1971; Vaclav Berdych, Mauthausen, Prag 1959;



einem Arbeitslager, in dem die Häftlinge vor allem für die Produktion in den Steinbrüchen herangezogen wurden oder in den insgesamt 49 Außenkommandos bzw. Nebenlagern für die NS-Rüstungsindustrie schufteten. In den Nebenlagern Gusen und Ebensee waren die Haftbedingungen oft noch schlechter als im Hauptlager selbst.

Das KZ Mauthausen, in das insgesamt an die 200.000 männliche und weibliche Häftlinge eingewiesen wurden, sollte für jeden zweiten von ihnen zur Schlußstation seines Leidensweges werden. Schwerarbeit, Unterernährung, schlechte medizinische Versorgung, aber auch planmäßige Vernichtung von Menschenleben in den Gaskammern und durch die sog. "Todeshilfe" der SS-Lagerärzte wurden für über 100.000 Menschen zur Todesursache. Wenn auch ganz exakte Zahlen heute nicht mehr erhoben werden können, gibt es über die relativen Größenordnungen (Gesamthäftlingszahl, nationale Gruppierungen, Flucht, Entlassungen, Exekutierungen, diverse Kategorien von Todesfällen) jedenfalls in der ernstzunehmenden wissenschaftlichen Literatur weitgehend Konsens.<sup>3</sup> Unterschiedliche, teilweise sogar widersprüchliche Berichte liegen allerdings über die letzten Tage und über die Befreiung des KZ Mauthausen vor.<sup>4</sup> Historisch gesichert sind folgende Fakten: Am 3. Mai zeitig in der Früh verließen die Angehörigen der Lager-SS sowohl Mauthausen als auch Gusen. In dem folgenden ersten Interregnum hatte "eigentlich niemand die Macht".<sup>5</sup> Die Bewachung des Lagers übernahm eine Formation der Wiener Feuerchutzpolizei, die aber nicht eingriff. Am 5. Mai etwa zu Mittag trafen zusammen mit dem Schweizer Rot-Kreuz-Delegierten Louis Haefliger zwei US-Panzerspähwagen (1 Platoon of D Troop 41st Cav) unter dem Kommando von Sgt. Albert J. Kosiek vor dem Krankenlager ein und

François Wetterwald, *Les morts inutiles*, Paris 1946; Gisela Rabitsch, *Konzentrationslager in Österreich (1938-1945). Überblick und Geschehen*, phil. Diss., Wien 1967; Harry Slapnicka, *Oberösterreich - als es "Oberdonau" hieß. 1938-1945*, Linz 1978, S. 225-251; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945. Eine Dokumentation*, Bd. 2, Hrsg. DÖW, Wien 1982, S. 540-592.

3 Genauere statistische Angaben über die wichtigsten Kategorien zu Insassenstruktur und Todesursachen liefert Marsalek, Mauthausen, S. 140-158.

4 Vgl. dazu Marsalek, Mauthausen, S. 318-338; Bruno Baum, *Die letzten Tage von Mauthausen*, Berlin/Ost 1965; Alfons Matt, *Einer aus dem Dunkel. Die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch den Bankbeamten H., Berlin-Darmstadt* - Wien 1988; Hans Marsalek, *Der Beitrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf zur Häftlingsevakuierung aus dem KZ Mauthausen und die Rolle von Louis Haefliger*, in: DÖW-Jahrbuch 1989, S. 10-30; Karl Brousek, "... Wir werden verlieren, aber ihr kommt auch dran!" Zur Befreiung Mauthausens. Häftlingswiderstand - Liquidierungspläne - Rettermythos, in: *Zeitgeschichte* 17 (1989), S. 114-125; Robert H. Abzug, *Inside the Vicious Heart. Americans and the Liberation of Nazi Concentration Camps*, New York 1985, S. 109-122; Gordon J. Horwitz, *In the Shadow of Death. Living Outside the Gate of Mauthausen*, New York 1990.

5 Aussage Hans Marsaleks in Brousek, *Befreiung Mauthausens*, S. 122.

führen später bis zum Häftlingslager vor. Trotz Versuchen von Häftlingsfunktionären, diese US-Einheit zum Verbleiben zu überreden, zog sie wieder ab, befreite in der Folge aber auch das Nebenlager Gusen. So entstand bis zur endgültigen Befreiung durch das Eintreffen von Einheiten der 11. Panzer-Division der 3. US-Armee in den Vormittagsstunden des 7. Mai, die unter dem Kommando von Oberst Richard R. Seibel standen, ein zweites Interregnum, in dem das Lager von bewaffneten Häftlingsformationen gesichert wurde. In den folgenden Monaten Mai bis August 1945 versorgten US-Armeestellen Zehntausende von Häftlingen sowohl im Hauptlager Mauthausen als auch in den Nebenlagern mit Lebensmitteln und Medikamenten. Dennoch konnten mehrere tausend befreite Häftlinge nicht mehr gerettet werden.

Am 13. Mai 1945 trafen die beiden OSS-Agenten Abram G. Flues (Codename: Golf) und Leutnant Hart Perry (Codename: Pleurisy) in Mauthausen ein und begannen gemeinsam mit dem amerikanischen KZ-Häftling Lt. Jack W. Taylor, dem seit Ende 1944 in Mauthausen internierten Kommandanten des mißglückten OSS-Unternehmens "Dupont", die in dieser Phase u. a. von OSS zu leistende Aufgabe der dokumentarischen Spurensicherung für zukünftige Prozesse gegen die für die Lagerverbrechen verantwortlichen NS-Funktionäre.<sup>6</sup> Flues, Perry und Taylor waren Angehörige einer kriegsgeheimdienstlichen Organisation, die - erst im Juni 1942 von Präsident F. D. Roosevelt über Exekutivbefehl errichtet - die Bezeichnung Office of Strategic Services (OSS) trug.<sup>7</sup> Schon der unmittelbare Vorläufer dieses Büros für Strategische Dienste, der im Juli 1941 als zentrale Nachrichtenkoordinationsstelle (Coordinator of Information, kurz COI) eingerichtet wurde, war unter der Leitung von William J. Donovan, einem hochdekorierten republikanischen Kriegsveteranen des Ersten Weltkrieges, gestanden.<sup>8</sup> Wenn auch das Territorium des seit 1938

6 Cable to Chapin (Caserta) from Flues (Salzburg), 15. 5. 1945, NA, RG 226, E 88, B 527. Zum Unternehmen "Dupont" vgl. Joseph E. Persico, *Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung*, Wien 1979, S. 148-177, 339-344 und 380-384; Leopold Banny, *Krieg im Burgenland I. "Warten auf den Feuersturm"*, Eisenstadt 1983, S. 304-325. Zur Dokumentationstätigkeit Taylors bzw. der ersten US-Militärs vgl. *Monthly Report (June 1945)*, Secret Intelligence Central Europe (SICE), 3. 7. 1945, NA, RG 226, E 99, B 25, Folder (F) 122 und E 90, B 12, F 123. (Beschreibung der fotografischen bzw. filmischen Dokumentation zwischen 5. und 14. 5. 1945.)

7 Zu Entstehung, Aufbau und Tätigkeit von COI und OSS vgl. Harris R. Smith, *OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley 1972; Thomas F. Troy, *Donovan and the CIA. A History of the Establishment of the CIA*, Frederick 1981; Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983.

8 Zur schillernden Gestalt des Chefs von COI und OSS vgl. Richard Dunlop, *Donovan. America's Master Spy*, Chicago 1982; Anthony C. Brown, *The Last Hero. Wild Bill*



ins Deutsche Reich eingegliederten Österreich zunächst hauptsächlich die Zentraleuropaspezialisten der Abteilung für Forschung und Analyse (Research and Analysis, kurz R&A) beschäftigte, so traten spätestens seit Frühjahr 1944 die für Secret Intelligence (SI), Special Operations (SO) und Morale Operations (MO) eingerichteten Abteilungen auch in bezug auf Österreich auf den Plan.<sup>9</sup> Zudem versuchten die schon 1942 in Bern, 1943 in Kairo und Istanbul und 1944 in Bari/Caserta etablierten OSS-Stellen Kontakte zu österreichischen Widerstandszellen herzustellen. Ab Herbst 1944 organisierten die jeweiligen Zentraleuropasektionen von SI und SO eine Reihe mehr oder weniger erfolgreicher, in der Regel durch Fallschirmabsprung durchgeführter Penetrationsunternehmen auch in das ehemals österreichische Territorium Großdeutschlands, die von Italien, teilweise aber auch von England bzw. Frankreich aus geplant und exekutiert wurden.<sup>10</sup>

Schon Anfang Mai hatte sich eine sechsköpfige Vorhut des Detachment A der für die amerikanische Besatzungszone in Österreich vorgesehenen Einheit OSS-Austria<sup>11</sup>, die unter Führung von Major Flues stand, von Pisa aus über Paris und Regensburg in Bewegung gesetzt und dürfte schon am 8. Mai in Salzburg, dem vorgesehenen Hauptquartier von OSS-Austria, eingetroffen sein.<sup>12</sup> Nur wenige Tage später wurden OSS-Stützpunkte in

Donovan, New York 1983.

- 9 Zum Wirken von OSS in Österreich allgemein vgl. Siegfried Beer, *Alliierte Planung, Propaganda und Penetration 1943–1945. Die zukünftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerrichtende Österreich von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung*, in: *Burgenland 1945*, Hrsg. Stefan Karner, Eisenstadt 1985, S. 82–88.
- 10 Unter den von Bari aus organisierten Unternehmen gehörten "Greenup" und "Hope" zu den erfolgreicherem; über OSS-London bzw. OSS-Paris wurden durch die Unternehmen "Doctor", "Virginia" und "Georgia" für die militärische Endphase beachtliche Informationen eingebracht. Zu den erstgenannten Unternehmen vgl. insbesondere Persico, *Geheime Reichssache*, S. 269–294 und 345–361; Luis Schönherr, *Unternehmen Greenup. Der amerikanische Geheimdienst in Innsbruck*, in: *Das Fenster 23* (1989), H. 46, S. 4495–4515; Siegfried Beer, *Über die Tätigkeit der alliierten Geheimdienste in Österreich 1944/45 oder Die denkwürdige Story des OSS-Agenten Emmerich K. alias "Ernest Cole" aus Graz-Lend*, in: *Steirische Berichte 3* (1985), S. 16–20. Für die letztgenannten Kommandos siehe *The Secret War Report of the OSS*, Hrsg. A. C. Brown, New York 1976, S. 542–559.
- 11 OSS-Austria, auch unter der Bezeichnung Company A geführt, stand ab April 1945 unter dem Kommando von Oberstleutnant Charles W. Thayer und war seinerseits dem 2677th Regiment OSS (Provisional) im Mediterranean Theatre of Operations (MedTO) unterstellt. Zur Tätigkeit von OSS-Austria aus der Retrospektive seines Commanding Officers vgl. Charles W. Thayer, *Hands Across the Caviar*, Philadelphia 1952, S. 172–224.
- 12 Vgl. Detachment A, *Monthly Report* (May 1945), 15 June 1945, NA, RG 226, E 108A, B 276. Neben Flues waren dies 1st Lt. Hart Perry, 2nd Lt. Dyno Loewenstein und drei nichtamerikanische Agenten, sog. deserter-volunteers (DVs). In Paris stieß auch der in Transleithanien geborene und später in Salzburg aufgewachsene 1st Lt. Rudolph von Ripper dazu, der sich in den darauffolgenden Wochen als erfolgreichster "Nazijäger"

Klagenfurt, Innsbruck, Linz und schließlich auch in Zell am See eingerichtet.<sup>13</sup> Die OSS-Stadteinheit für Wien konnte sich erst am 24. Juli in der österreichischen Hauptstadt etablieren.<sup>14</sup>

OSS-Austria erreichte im August 1945 einen Personalthöchststand von etwas über 200 Mitarbeitern. Der Schwerpunkt seiner geheimdienstlichen Tätigkeit in diesen ersten Nachkriegswochen lag neben routinemäßiger Informationsermittlung und dem Aufspüren hochrangiger NS-Funktionäre, insbesondere der Kategorie Kriegsverbrecher, vor allem im Bereich der Erstellung von Analysen und Berichten über die sozio-ökonomische und politisch-ideologische Struktur des wiedererrichteten Österreich.<sup>15</sup>

Schon Ende September 1945 löste Präsident Harry Truman diesen ersten zentralen US-Geheimdienst durch Exekutivorder wieder auf. Seine Abteilungen SI und R&A wurden jedoch in geheimdienstlichen Rumpfeinheiten, dem War bzw. dem State Department unterstellt, weitergeführt. Sie haben auch in Österreich unter dem Namen Strategic Services Unit (SSU) und Central Intelligence Group (CIG) gewirkt, ehe im Juli 1947 die noch heute tätige Nachfolgeorganisation Central Intelligence Agency (CIA) begründet wurde, für die das am Schnittpunkt zwischen Ost und West gelegene, viergeteilte Österreich ein wichtiger Schauplatz geheimdienstlicher Konfrontation unter den ideologisch geprägten Bedingungen des Kalten Krieges werden sollte.<sup>16</sup>

von OSS-Austria einen besonderen Namen machen sollte. Zu seiner Karriere als Künstler und Geheimdienstagent vgl. Rudolph Charles von Ripper, *Werk und Widerstand. Der Salzburger Nachlaß*, Salzburg 1989.

13 *Monthly Report*, SICE, May 1945, NA, RG 226, E 99, B 25, F 121.

14 *MedTO Report*, July 1945, NA, RG 226, E 99, B 26, F 129.

15 Siehe vor allem die von R&A-Spezialisten erstellten Feldstudien über die in der amerikanischen, sowjetischen und französischen Zone beobachteten Entwicklungen in der Dokumentation "Gesellschaft und Politik" (Anm. 1). Über die Lage in der britischen Zone vgl. Siegfried Beer, *Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark. Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahre 1945*, in: *Blätter für Heimatkunde 59* (1985), S. 103–120; Siegfried Beer, *Kärnten im Frühsommer 1945. Drei Berichte und Analysen des amerikanischen Geheim- und Nachrichtendienstes OSS zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem britisch-besetzten Bundesland*, in: *Carinthia I*, 187 (1987), S. 415–452.

16 Allerdings dauerte es bis 1950, ehe die CIA in Österreich voll Fuß fassen konnte. Bis 1950 wurden vor allem die militärnachrichtendienstlichen Agenden vom Counter Intelligence Corps (CIC) der US-Armee und der Intelligence Coordination Branch (ICB) der Allied Commission for Austria, U. S.-Element, getragen. Vgl. dazu Harald Irnberger, *Nelkenstrauß ruft Praterstern*. Am Beispiel Österreich: Funktion und Arbeitsweise geheimer Nachrichtendienste in einem neutralen Staat, 2. Aufl., Wien 1983; Ian Sayer, David Botting, *America's Secret Army. The Untold Story of the Counter Intelligence Corps*, London 1989; als Fallstudie: Siegfried Beer, *Monitoring Helmer. Zur Tätigkeit des amerikanischen Armeegeheimdienstes CIC in Österreich 1945–1950*. Eine exemplarische Dokumentation, in: *Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung*, Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, Hrsg. E. Brix, Th. Fröschl, J. Leidenfrost, Graz–Wien–Köln 1991, S. 229–259.



INSPECTION OF MAUTHAUSEN CONCENTRATION CAMP<sup>17</sup>

A. The following information is based on an inspection of the concentration camp at Mauthausen made by two U. S. Army physicians.

## 1. The Camp

The concentration camp at Mauthausen is located about 10 miles from Linz. The camp has wooden and stone barracks, which afford habitable accommodations for 10,000-12,000 people. Individual barracks have a capacity of 300-500. The large, modern camp kitchen has a capacity of about 14,000 liters of soup or its equivalent in other foods, three times per day. It is equipped with pressure cookers from which food can be transported to the individual buildings in thermo-jugs. Sanitary installations of the camp are adequate, provided the camp is not overcrowded. The hospital section (Sanitäts Lager) of the camp is entirely inadequate for its purpose. The regular hospital of the camp with a capacity of about 200 beds is a modern, wall-built installation with large clean rooms, a well equipped operating room, X-ray and physiotherapeutic facilities, laboratory and a well stocked pharmacy.

## 2. Conditions in the Camp

During German operation of the camp its facilities were tremendously overcrowded. At one time 37,000 inmates were known to have been in the camp. At the time of Source's inspection there were about 17,000 persons in the camp. During the last months before the camp was overrun by U. S. troops there were as many as 1,200 to 1,500 persons crowded into one barrack. Sources observed three persons lying in one bed about 36 inches wide, but were told by some of the surviving inmates that often five persons had to share the same bed. Due to the overcrowding of the camp its sanitary facilities became hopelessly inadequate.

## 3. Food

The food ration per man was at most 1,500 calories per day (? week) consisting of soup, sausage, margarine, coffee and about 1/2 kg of bread. Some of the inmates did not even receive this ration because part or all of it was stolen by others. Even after U. S. troops had taken over the camp the daily death rate, principally due to starvation, was still fifty for the first ten days.

## 4. Sanitäts Lager

The hospital section was set aside for inmates too weak to work. The inmates of this

17 Zum Dokument: Datum der Information: 15./16. 5. 1945. Datum des Berichtes: 24. 5. 1945. Datum des Dokuments: 23. 6. 1945 - vermutlich das Datum einer Neuauflage des Berichtes (mit größerer Verbreitung). Die Vertraulichkeitsstufe "Restricted" war die niedrigste von OSS verwendete Kategorie. Für Berichte, die vom Reports Office, OSS-Salzburg, ausgingen, wurden die Siglen LH und LS verwendet. Es handelt sich hier um den 11. von insgesamt 717 Berichten, die im Zeitraum vom 12. 5. bis 29. 11. 1945 in Salzburg entstanden. Die Evaluierung B-1 drückte ein hohes Maß an Glaubhaftigkeit des Berichtes (zweithöchste Kategorie) und Verlässlichkeit der Agenten bzw. Informanten (höchste Kategorie) aus. Die im Dokument als Beilagen genannten fünf Fotos konnten im Archiv nicht gefunden werden; darunter dürften die zwischen 5. und 14. Mai 1945 entstandenen Fotos B-1221, B-1222 und Lib. 6371, 6494 sowie 6495 gewesen sein. Sie wurden vermutlich als Beweisstücke beim Mauthausenprozeß verwendet. Vgl. NA, RG 226, E 90, B 12, F 123 und 125.

travesty of a hospital seen by Sources were in the last stages of starvation. Many were suffering from tuberculosis, dysentery<sup>18</sup>, typhoid, typhus and avitaminosis. Among the latter A, B and C deficiencies were particularly noted. Patients were crowded three in a bed. When one of them died it often took a full day before the body was even removed from the bed. Corpses removed from the barracks were merely thrown on a pile on the side of the building to await disposal. There were no visible attempts to mark bodies for identification. Sources observed over 25 bodies piled beside one building, and were informed that those were the remnants of people who had died during the night. All bodies examined by Sources showed extreme emaciation coupled with multiple vitamin deficiencies. The sanitation of the "hospital" area defies any kind of description. The stench of rotting flesh permeated the atmosphere. The wooden buildings were filthy. Latrines of the open pit type with rough wooden seats were not used regularly. Inmates would defecate most anywhere in the area. The inmates had little or no clothing. To be sent to the Sanitäts Lager meant certain death. Few, if any of the inmates sent there ever returned alive. Little if any medical attention was administered there.

## 5. Regular Hospital

The regular hospital of the camp was used primarily for SS personnel. When official inspection parties came to the camp the hospital was made to appear to be available for the inmates as well.

## 6. Murder on the Operating Table

The chief surgeon of the hospital was one of the inmates of the camp, Professor Joseph Podlaha, a Czech from Brno, formerly a professor of surgery at Masaryk University. Podlaha stated that he had been forced to instruct one Dr. Hermann Richter, a 28-year old SS man in surgery. At first Richter dissected and operated on cadavers only, but after two months of practice he began to operate indiscriminately on inmates of the camp. He would select a victim and tell him that he suffered from some disease which he, Richter, would cure by an operation. Richter was fully aware of the fact that there was no pathological basis for these operations. After an operation Richter would lose all interest in his victim who, if he survived for two weeks would usually be killed in the gas chamber. Another hobby of Richter's, reported by Professor Podlaha, was to kill people for their skin. Human skin was used to make lamp-shades, gloves, leather parts of riding breeches, purses, book covers, etc. Tattooed skin was especially in demand as collector's item. Sources were shown some of the specimens from Richter's collection. Richter would kill his victims for their skins on Sunday afternoons by injecting 20cc of a 25 per cent solution of magnesium chloride into their hearts. Richter performed a total of 300 unnecessary operations, 120 in forced cooperation with Prof. Podlaha and 180 in forced cooperation with Dr. Goscinski (see below). Prof. Podlaha estimates that Richter butchered over 300 victims merely for their skins.

## 7. "Operations" in the Hospital at Gusen

Chief surgeon of the prison camp at Gusen (5 km from Mauthausen) was also a camp inmate, Dr. Antoni Goscinski. Goscinski confirmed that he was forced to assist in 180 needless operations performed by Richter. Among other unnecessary operations Richter performed four replacements of the transverse colon with the jejunum.<sup>19</sup> Two

18 dysentery = Ruhr

19 Richtig: jejunum = Leerdarm.



of these cases are still alive. Richter reported these operations in the Vienna Medical Journal in 1943.

#### 8. Dr. Heschel's Hobby

A Dr. Heschel<sup>20</sup> from Judenburg operated on at least eight or nine cases in the Gusen camp. His private hobby was to open a victim's pericardium and observe the beat of the heart for some time, after which he would remove the heart completely. There was absolutely no scientific basis for these operations. They were performed strictly for Heschel's personal amusement.

#### 9. Dr. Kiesewetter's Hobby

Another visitor to the Gusen camp was a Dr. Kiesewetter<sup>21</sup>, whose brother, also a doctor, has a sanitarium in Jägendorf (about 70 km west of Breslau).<sup>22</sup> Kiesewetter performed many operations while drunk. According to Dr. Goscinski he murdered as many as 30 persons a day by intravenous injections of benzine. He also injected hydrogen peroxide intravenously and ordered hospital orderlies to give such injections. The victims of these treatments would fall unconscious, but their hearts would continue to beat for about 24 hours. Before joining the SS, Kiesewetter was a student of theology. He attended the Graz Medical School, where a special three-year course was given for SS doctors.

#### 10. Experiments Performed<sup>23</sup>

According to Prof. Podlaha the following scientific experiments were conducted at the Mauthausen camp:

- a) Twelve homosexuals were castrated and then given various amounts of male sex hormone over a period of six months. At different times during the experiment the men were tested for response to the hormone by letting prostitutes attempt to excite them. Reports on these experiments are not available, but Prof. Podlaha states that they were unsuccessful.
- b) Three experiments dealing with nutrition were ordered by Dr. Schenk<sup>24</sup>, professor at the University of Berlin. For each of these experiments 150 inmates were used. A special laboratory was brought from Berlin. Prof. Podlaha judged by the

20 Gemeint ist Dr. Erwin Heschl.

21 Dr. Hermann Kiesewetter

22 Richtig: Jägendorf = Krnov.

23 Vgl. vor allem Marsalek, Mauthausen, Kap. XXIII. Obwohl schon bald nach Kriegsende versucht wurde, das Thema der NS-Medizin wissenschaftlich aufzuarbeiten (z. B. Medizin ohne Menschlichkeit: Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Hrsg. Alexander Mitscherlich, Fred Mielke, Heidelberg 1947), steht eine Kollektivbiographie der NS-Ärzte, die in Medizinverbrechen verwickelt waren, bis heute aus. Auch monographische Studien zur Tätigkeit von Lagerärzten in einzelnen Konzentrationslagern (z. B. F. Kaul, Ärzte in Auschwitz, Berlin 1968) blieben bisher eher die Ausnahme. Einen aufschlußreichen Überblick über die relevante Literatur liefert Michael H. Kater, Medizin und Mediziner im Dritten Reich. Eine Bestandsaufnahme, in: Historische Zeitschrift (HZ) 244(1987), S. 299-352.

Eine rezente psychologische Studie zum Thema stammt von Robert J. Lifton Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1988, und die angesehene Fachzeitschrift "Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft" hat jüngst ein ganzes Heft dem Thema "Mediziner im Dritten Reich" gewidmet (16. 9. 1990/Heft 4).

24 Gemeint ist Dr. E. G. Schenck.

equipment that it was used to determine blood levels of various substances, including vitamins B and C. Prof. Podlaha estimates that 70 per cent of the victims used for these experiments subsequently died.

- c) Prof. Podlaha also states that experiments in bacteriology were conducted in the concentration camp at Buchenwald, and experiments with poison gases and aeronautical medicine in the camp at Dachau.

#### 11. Methods of Killing

Inmates of the camp report that more than 77,000 people were killed during the six months<sup>25</sup> of the camp's existence. It is estimated that at least 70,000 were put to death without any record being made of their having been in the camp. Prof. Podlaha gives the following figures: the daily average number of deaths in 1942 was 50-60, of which 40 per cent died and 60 per cent were murdered. In 1944 about 12,000 persons died in the camp from all causes. At the beginning of 1945, the daily average number of deaths had risen to 500-800 per day. On two separate occasions the daily death rate exceeded 1,100.

##### a) Starvation

The most common cause of death in the camp was starvation. The inmates' diet at the very best was below the basic requirements of the human body. It is estimated that a person living only on the camp diet would starve to death within about five months. Life was sustained on the basis of survival of the fittest. Graft for obtaining extra food was common. The strong stole from the weak. Stealing food from the kitchen, from the breadwagon and from the plates just prior to serving was punishable by terrific beating on the part of the SS guards. But obtaining some extra calories for one person meant that someone else would be deprived of his share. Some of the inmates had reached such advanced stages of starvation that even the arrival of a more satisfactory diet brought in by occupying U. S. troops could not save them any more.

##### b) The Gas Chamber

The second most common cause of death was the administration of poison gas in the gas chamber. Dr. Goscinski believes that the gas used was a cyanide preparation known as "cyclon" or "kolin". Victims selected for the gas chamber were marched naked into a room about 25 x 25 feet in the basement of one of the buildings, after those with gold in their teeth had been identified with an indelible mark on their shoulders. About 180 persons were gassed at one time, the process of killing took 5-10 minutes. After the chamber had been ventilated by means of fans all dental gold was removed from the corpses which were stacked in another room awaiting cremation. One instance was reported when 280 victims were gassed at one time. The above information was given to Sources by inmates of the camp who were forced to assist SS personnel in the operation of the gas chamber.

##### c) Suffocation

Suffocation was not used frequently for killing because of its inefficiency in killing large numbers of people quickly. Seven or eight persons were forced to lie in a metal box about 7 x 3½ x 2 feet. They were presumed dead after the air-tight lid had been clamped on for a period of about 30 minutes. Sources were told, however, that often victims of the suffocation box were not yet dead and were placed in an unconscious or semiconscious state into the crematorium.

25 Gemeint ist hier natürlich sechs Jahre.



## d) Deathdealing Camera

There was a small "photographic studio" in the death building of the camp, where victims were placed against a wall to have their backs "photographed". They were shot with a pistol. This method of killing was also not too popular because of the slowness of the process.

## e) Exposure

A method satisfactory for mass murder which required little in the line of equipment was exposure. Victims were given a hot shower and then forced to stand with little or no clothes outdoors in the cold for hours at a time. At intervals they were returned to the hot shower room, after which they were forced to stand in the cold again. In the winter the exposure treatment was given without the hot showers.

## f) Drowning

Victims were compelled to stand under cold showers knee-deep in cold water for as much as 36 hours without respite. When they collapsed they drowned. Other methods of drowning were simply to hold a victim's head into a bucket of water until dead; or a water hose would be forced into a victim's throat which would flood his stomach and lungs.

## g) It is impossible to estimate how many persons were clubbed to death or shot on the spot by an irate SS guard or a "block chief". The latter actually had the power of life and death over the inmates in his block. He would dispose of a troublesome inmate by any method of murder he deemed best, and then report the death as having occurred from natural causes.

## 12. Disposal of Bodies

Corpses were either buried or cremated. Persons who had died of starvation or natural causes were interred in unmarked graves outside the camp. All the murdered victims were cremated. The normal capacity of the four crematoriums was about 120 bodies per day. During the last months of the camp's existence the number of deaths due to murder became so high that another crematorium had to be built.

## 13. Women Inmates

An area within the camp, about 75 x 75 yards, surrounded by a high stone wall, was set off for 500-1,000 women inmates. Up to 1945 the camp had its own brothel. It was located in a separate building, where 10-15 prostitute inmates plied their trade at one time. The usual fee for male inmates was 50 Pfennige.

## B. The following paragraphs on medical attention for inmates are based on a preliminary report made by the Czech Committee of inmates of the Mauthausen concentration camp.

1. While most qualified inmate physicians were used for hard labor details, untrained personnel administered medical attention. Most of these men were professional criminals. The camp surgeon was SS Dr. Richter. He was responsible to the local Standortarzt Dr. Krebsbach.<sup>26</sup> Richter's assistants were SS Oberscharführer Richard März and SS Unterscharführer Kleingünther from Vienna.

2. The personnel situation in the medical field improved slightly when inmate physicians were used as surgeons in the camp. However, the criminal acts of the

orderlies and section foremen continued. Inmates were still being murdered (drowning in the wash-room, lethal injections, etc.) mainly for their food rations; also for gold in their teeth or other belongings.

3. Sick-call was only held evenings. Hungry and worn out by hard labour all day the inmates would stand on long lines. They might be given a few spoonfuls of Schlemmkreide (a chalk suspension) or carbon for diarrhoea or a couple of aspirin or other pills. Aseptic precautions in injections, treatment of wounds and even amputation of frozen limbs were never observed. A few drops of iodine and a paper bandage sent a man back to work.

4. Attendance at sick-call was reduced by SS personnel standing in front of the dispensary, who chased inmates seeking medical help away with a bull-whip. SS-man Wohrab<sup>27</sup> used to indulge in this pastime. It is estimated that only about 10 per cent of the sick inmates ever reached the dispensary.

5. Some inmates were given a pass in the dispensary which instructed the clerk in their block to send them to see a physician in the hospital. Since the block clerk was responsible to make up the work details he could ill afford to lose a man. Therefore, he usually tore up the pass and sent the sick man back to work. The patient, because he could [not ?] work properly might be shot, clubbed to death or otherwise murdered the following day. If he survived he usually died the day after. If the block clerk decided to honor the pass the patient reported the following day to the camp clerk. Only about one fifth of the number of patients so reporting were allowed to see the physician. The rest were pronounced well. For their "laziness" they were clubbed and beaten and chased back to work.

6. Treatment at the hospital was not much different from that administered in the dispensary. The operations performed were more complicated. In particularly serious cases the patient might be admitted to remain in the hospital. Inmates were selected to be operated on not for pathological reasons but on the basis of how much practice the surgeon might get from the operation. As an example Dr. Richter kept series of hernia cases "in stock" and did not operate on them for months.

7. Until the end of 1942 Czechs were not admitted to the hospital. At best they were treated in the dispensary. Later some of them were given a so-called sparing pass, which permitted them to remain in quarters from 1-7 days and do household work. However, when the commandant considered the number on "sparing pass" too high he would call them out and chase them to work in the quarry. Those Czechs who fell seriously ill were finally admitted in the hospital. In 1942 a group of 900 particularly weak men was selected from these latter Czechs and sent to Dachau. The rest were killed either in the gas chamber or in the gas van, which the commandant Ziείς drove himself.

8. At first, Jews were not given any medical treatment whatsoever. They would die often in horrible agony, in the barracks or at work. In the fall of 1944 the arrival of the first larger contingents of Jews coincided with an acute lack of man power for labor. Then, Jews were accorded some medical attention. It was incomprehensible for the gentile inmates when toward the end of March 1945 a special arrangement was made for Jews: they were given full meals and single beds. The full meals were given the 1,600 Jewish inmates at the expense of the 6,500 sick inmates. The commandant's motto then



was "Die Kranken sollen alle verrecken." As a result the mortality rate of the sick rose rapidly.

9. One day in May 1942 all sufferers of TB were taken for a "health walk" outside the camp and shot.

10. In October 1941 there arrived 2,800 Russian PW's; 400 more followed the next month. They were placed into a small compound. One Joseph Schepp from the Sudetenland was appointed special camp foreman in this compound. He later became foreman for the entire camp, which position he held when the camp was overrun by American troops. Joseph Schepp, either alone or with the help of his block foreman Hans Kammerer from Munich, Herrmann, Adolf Stumpf from Nuremberg and Willy Acker, has murdered more than 3,000 Russian PW's by drowning them in the wash room. In March of 1942 there were only 60 of them left. That same month a new contingent of Russian PW's arrived at the camp. About half of them were clubbed to death immediately or murdered by injections; the other half died shortly after in the gas chamber.

11. Murder by injecting hydrochloric acid, benzine or other solutions into a victim's heart started about June 1941. From then until August 1943 50 men were killed in this fashion each day with only few exceptions.

12. In 1944 a "convalescent camp" was established to which sick as well as healthy inmates were sent. They died there, probably by poisoning or through gas.

13. Inmates required a special pass to be admitted into the well equipped dental clinic, which also served the SS personnel. Passes were issued by the dispensary very sparingly. The pass had to be endorsed by the camp clerk or camp work foreman. This endorsement was in very many cases refused because dental care meant lost man hours. The dental clinic treated inmates only twice weekly. Thus patients had to be satisfied with pain-killing pills or extraction of teeth that only require fillings. Camp policeman Gustav Rieger, a former lawyer from Reichenberg, derived sadistic pleasure from extracting teeth himself. In 1942 a dental technician took over the job of pulling teeth at the dispensary. When supervisors knocked out inmates' teeth at work a long drawn-out process was needed before false teeth could be obtained. Only in rare cases were plates available without payment. Dental work of gold was not permitted for inmates and could only be got illegally.

14. Between 1941 and March 1945 about 25 kg of gold from dead inmates' teeth was sent to Berlin. It can be assumed that about the same quantity of gold found its way into the hands of SS personnel. Many a prisoner was murdered merely for the gold in his teeth. Gold was a means of exchange in illegal traffic, mainly for alcohol, drugs, visits to the brothel or bribes. The SS considered a traffic in dental gold as "muzzling in on their own racket". Therefore, a number of murders for dental gold were punished with the death penalty.

15. In 1942 a group of about 15 inmates were locked up in a louse infested shelter. The victims were not permitted to kill the lice. Later on they were also infested with scabies. The experiments to kill the vermin were made with powders and ointments. The lice fared well in this experiment. One Zbynek survived this experiment.

16. The prostitutes in the camp brothel were mostly inmates imported from other women's concentration camps. The SS leaders delighted in watching scenes through small openings in the doors. The prominent criminals in the camp selected their "wives" in the brothel for whom they would "promote" special advantages, for whom they would fight and for whom many died in the punishment company. The prostitutes often acted as excellent informers about conditions inside the camp.

17. The wife of SS camp surgeon Böhmichen<sup>28</sup> also acted as informer. She is said to have been a spy for the German army. She had an affair with one of the camp policemen, Pepi Dorn, who committed suicide after being arrested on the basis of her report.<sup>29</sup>

18. Between 1 December 1943 and 31 July 1944 the following nutrition experiments were conducted:

ration (a) - 150 human guinea pigs of whom 76 died.

" (b) - 110 human guinea pigs of whom 73 died.

" (c) - 110 human guinea pigs of whom 46 died.

The following nationalities were represented among the human guinea pigs: German, Polish, Czech, Yugoslav, French, Russian, Belgian, Italian, Spanish.

Blood samples of 2-20cc were taken during the experiment.

ration (a): only mush. From each man 417 blood samples were taken. By 27 May, 54 had died; by 31 July, 15 were in the convalescent camp.

ration (b): normal camp fare plus yeast. From each man 283 blood samples were taken. By 27 May, 16 had died; by 31 July, 18 were in the convalescent camp.

ration (c): normal camp fare. From each man 640 blood samples were taken. By 27 April, 46 had died; by 31 July, 15 were in the convalescent camp.

19. Exact mortality figures cannot be given. It was possible to compute the following figures:

30 January 1941 - 1 May 1945, deaths in the various hospital areas:	about	11,000
Same period, deaths in the entire camp from natural causes or reported executions:		71,856
1938-1945, deaths in the entire camp, all causes:	about	138,000
In March 1945, during the period of famine prior to the projected evacuation, deaths:	about	3,500

28 (Dr.) Karl Böhmichen

29 Marsalek widerlegt die Selbstmordthese um den Tod Josef Dorns und behauptet, daß er als Informationsträger am Tage seiner Entlassung vom Bunkerchef Josef Niedermayer erdrosselt worden ist. Vgl. Marsalek, Mauthausen, S. 243.



## HOLOCAUST AND GENOCIDE STUDIES: "THE WESTERN ALLIES AND THE HOLOCAUST"

Der 5. Band des Periodikums "Holocaust and Genocide Studies" trägt den Titel "The Western Allies and the Holocaust". Er enthält einen Essay über den Auftrag des polnischen Kuriers Jan Karski an die polnische Exilregierung und die Westmächte betreffend den Holocaust<sup>1</sup>, eine Studie über die englischen und amerikanischen Reaktionen auf den Holocaust im Jahre 1944<sup>2</sup>, Gegenpositionen zu David Wymans Untersuchungen über die Reaktion der US-Regierung zum Holocaust<sup>3</sup> und eine technische Analyse über die Möglichkeit eines alliierten Bombardements von Auschwitz und seiner Gaskammern<sup>4</sup>. Auf diesen letztzitierten Artikel beziehen sich vorliegende Rezensionen bzw. Stellungnahmen.

HANS NEUBROCH<sup>5</sup>

### THE FEASIBILITY OF AN ATTACK ON AUSCHWITZ IN THE SUMMER OF 1944

Could the Allies have bombed the camps and the railways leading to them? The short answer is Yes. But there are some further questions which must be answered. Most important: what is the aim of the operation – to wipe out the camps (all 40 sq kms), or destroy the gas chambers? To interrupt the railway lines, or permanently to interdict traffic?

If the problem had been put to the allied air planners, they would have considered a number of factors, including the following:

- 1 Target intelligence: exact location, size, construction, vulnerability to various air-delivered weapons, enemy defences.

---

1 David Engel, Jan Karski's Mission to the West, 1942–1944, in: Holocaust and Genocide Studies, Bd. 5, Nr. 4, Oxford–New York 1990, S. 363–380.  
 2 Tony Kushner, Rules of the Game: Britain, America and the Holocaust in 1944, ebenda, S. 381–402.  
 3 Frank W. Brecher, David Wyman and the Historiography of America's Response to the Holocaust: Counter-Considerations, ebenda, S. 423–446.  
 4 Richard Foregger, Technical Analysis of Methods to Bomb the Gas Chambers of Auschwitz, ebenda, S. 403–421.  
 5 Group Captain Hans Neubroch OBE, RAF (retired), geb. 1923 in Wien, 1938 nach Großbritannien, 1941 Meldung als Freiwilliger zur Royal Air Force, Fliegerausbildung, 1943 Offiziersrang, fliegerische Ausbildungs-, Kommando- und Stabsaufgaben. 1966 Rang Group Captain (Oberst), letzte Position (1975–1978) bis Pensionierung: Militärischer Berater der britischen Delegation zu den Abrüstungsgesprächen in Wien, danach Executive Editor des Institute for the Study of Conflict, zahlreiche Publikationen über Verteidigungsplanung, Strategie etc. Anmerkungen zur Arbeit Foreggers sind die persönliche Meinung des Autors.

- 2 Weather en route and in the target area.
- 3 Availability of own forces (order of battle).
- 4 Capability of various elements of own forces, incl. radius of action/payload, role(s) for which trained and experience in that role.

From an examination of these and other factors they would have deduced the size of the force required to attain the aim, the loss rate and the number of likely attacks required. Finally, they would have had to give their views on the effects of the employment of such a force on other competing air operations, since there was at that time a shortage of every sort of Allied air power throughout the world. Given approval by higher authority (in this case the Combined Chiefs of Staff, working to Allied political directives) the air operational staffs would then have determined the best tactics and issued the appropriate operation orders for the attack(s).

No serious analysis of the problem can now be completed without considerable research. As time precludes this, some rudimentary notes and an Annex on Allied Aircraft Data have been compiled. The following sources have been consulted:

- 1 The Army Air Forces in World War II, Vol. III, Europe Jan 4 – May 45. (University of Chicago Press, 1951)
- 2 Aircraft Data Sheets 1939–45. (Air Ministry, London)
- 3 SD 161 – Location of Units in the Royal Air Force, monthly issues, June – Oct 1944. (Air Ministry, London)
- 4 C. F. Shores, Pictorial History of the Mediterranean Air War, Vol. II, RAF 1943–45. (Ian Allan, 1973)
- 5 C. F. Shores, Second Tactical Air Force. (Osprey Books, 1970)

It is of course essential to consider the problem in the technological context of the time. If the air planners were faced with the problem today, when technology has at long last caught up with the vision of the apostles of air power (Trenchard, Douhet, Mitchell), they would simply detail a couple of Stealth aircraft to the task of destroying these pinpoint targets: laser or TV-guided "smart" bombs would see to it. But in 1944 we are dealing with "dumb" bombs (only the Germans had guided bombs), rudimentary navigation radar outside the range of England-based aids which went no further than the Ruhr and no capability for blind or bad weather precision bombing beyond that range. So although all the aircraft types mentioned have the ability to reach Auschwitz (the P-38 only on one-way suicide missions), their ability to destroy pinpoint targets at Auschwitz is severely circumscribed.



### Strategic Bombers (B-17, B-24, Halifax)

Sufficient B-17 and B-24 in Mediterranean theatre (and in England) with adequate range to attack and destroy the entire camp, with high collateral casualties to prisoners, but no precision attack capability to destroy gas chambers only. Railway marshalling yards could have been attacked with good results but single lines would have been poor targets; any damage would quickly have been repaired by the excellent German repair organisation.

To minimise losses from enemy fighters, bomber formation/stream could have been accompanied by P-51s; also, shuttle bombing could have been used between England/Italy and Soviet bases near Kiev then available to USAAF under Operation FRANTIC (June - Sep 44). (N.B. The Soviets were notoriously sensitive about the selection of targets, over which they claimed a veto.)

Insufficient numbers of Halifax in theatre; would have had to be reinforced from Britain.

### Medium Bombers (B-25)

Unlikely that single raid by, say, 100 B-25s would have destroyed gas chambers. Repeated attacks would have been required, with considerable casualties to prisoners and aircrew.

### Light Bombers (Mosquito)

Insufficient numbers of Mk IV in theatre to warrant successful attacks. The only force available to the Allies, trained for and experienced in dealing with pinpoint targets such as gas chambers (i.e., precision low-level daylight attack) were the Mosquito VIs of Second Tactical Air Force, at that time fully engaged in supporting the invasion of NW Europe. They could not have reached Auschwitz from their bases and would have had to be redeployed to Italy. Even from Italy they would have been operating at extreme range, so that success in a single attack could not have been guaranteed.

The likely scale, success and casualties to aircrew and prisoners can be gauged from a somewhat comparable attack by elements of three East Anglia-based Mosquito VI squadrons on the Gestapo HQ in Copenhagen, which took place on 21 March 1945. The force consisted of some 18 aircraft operating over a radius of action of 500 miles. Severe damage was inflicted on the Gestapo HQ, some 150 Gestapo were killed and 30 prisoners escaped. Considerable collateral damage was caused, and some 100 Danish children at an adjacent school were killed. One third of the attacking aircraft were lost, several others were damaged, and one crew

diverted to Sweden.

In considering the likely effects of an attack by a similar force on the Auschwitz gas chambers it must be borne in mind that the distance between Foggia and Auschwitz is some 100 miles greater. The difficulties of weather forecasting and navigation increase with range, and Mosquitos would have been operating near their maximum combat radius (half range less an allowance for combat conditions), so that the likely success of such an operation would probably have been somewhat less than the Copenhagen raid. Accordingly, a prudent plan to destroy all seven gas chambers would have allowed for repeat strikes if post-strike reconnaissance had called for this.

Given these factors, an operational plan giving reasonable assurance of success would have provided for the redeployment of three Squadrons of Mosquito VI from NW Europe to Foggia for a minimum of 28 days.

The withdrawal of such a force from 2 TAF would have severely curtailed the air support available to the campaign in NW Europe. It would have slowed the progress of Allied armies so that the war might have been prolonged by several weeks; in the worst case it might have altered the balance of forces causing the Rundstedt offensive to succeed, with the consequent loss to the enemy of the port of Antwerp and the prolongation of the war by several months.

### Fighters/Ground Attack

With a range of 790 miles and a combat radius of a mere 360 miles or thereabouts, the P-38 could not have been employed on Auschwitz, save on suicide missions.

The P-51 had ample range to accompany bombers on Auschwitz missions, or to carry out ground attacks carrying 4 x 250 lb bombs. In fact, these aircraft were never employed at such ranges and pilots were not trained to operate in the ground-attack role or navigate over such distances. A special pathfinder-led formation could have been established and trained for the particular operation. It is estimated that a formation of 48 P-51s (plus suitable pathfinder aircraft) would have had to be diverted for 28 days from their normal roles in support of ground forces preparing for and engaging in the invasion of Southern France and major offensives in Italy, and protecting bombers operating against railway and oil targets in Italy, Hungary and Romania.

### Special Operations Squadrons

Specially trained units of B-24s and Halifax aircraft were used in special operations in support of the French Maquis and Yugoslav and Italian partisans, and the Warsaw uprising of August 1944. These units were not



trained to attack targets from the air and would therefore have been of little value (other than perhaps supply dropping) in an attack on Auschwitz. Nevertheless their experience in the Warsaw operations is instructive. Of 93 aircraft dispatched between 12 and 17 August 17 failed to return, and the Polish squadron lost four of its nine aircraft.

### Conclusion

The force best able to do the job were the Mosquitos of 2 TAF in NW Europe. Their employment would have led to probably unacceptable strategic consequences. Relevant also is the fact that at that very time the air effort in support of the Warsaw uprising was broken off in the face of heavy losses and Soviet intransigence.

### ANNEX

#### Allied Aircraft Data - Summer 1944

	Range st.m.	Payload lbs	Crew	Role	Loss Rate* %
B-17 Fortress	1,550	8,800	8/10	Strategic high-level day	5
B-24 Liberator	1,870	7,000		Strategic high/ medium-level day Special ops/supply dropping night	5 5 5
Halifax	1,500	8,000	6	Strategic high-level night Special ops/supply dropping night	3 5
B-25 Mitchell	1,620	3,200	6	Tactical medium/ low-level day	7
Mosquito IV/VI	1,360	2,000	2	Precision low-level	8
P-38 Lightning	790	-	1	Escort fighter	3
P-51 Mustang	1,660	1,000	1	Fighter/ground-attack	5

\* Loss rates (per sortie) are indicative only, though there are comprehensive statistics for the 2 TAF Mosquitos.

### ALBERT STERNFELD

#### KOMMENTAR ZU RICHARD FOREGGERS ESSAY "TECHNICAL ANALYSIS OF METHODS TO BOMB THE GAS CHAMBERS AT AUSCHWITZ"

In seiner Rezension befaßt sich Hans Neubroch ausschließlich mit den technisch-operativen Aspekten – bezogen auf den Essay Richard Foreggers. Einige seiner Ansichten werden im folgenden ergänzt, und es wird versucht, auch auf politische und moralische Gesichtspunkte einzugehen. Eine schwierige, fast unmögliche Aufgabe: Mit wenigen Ausnahmen, wie etwa Prof. Viktor Frankl, gibt es kaum Überlebende von Auschwitz oder Nachkommen dort Ermordeter, die etwas anderes sagen als: Man hätte um jeden Preis bombardieren müssen. Der Nicht-Betroffene, der "kriegstechnische" Analysen distanziert, kühl und rational vornimmt, wird wahrscheinlich zur gegenteiligen Konklusion gelangen.

In der Holocaust-Literatur wird wiederholt auf drei Forderungen hingewiesen, die von verschiedenen Personen und Organisationen an "die Alliierten" in bezug auf das Bombardement von Auschwitz und anderen Lagern herangetragen wurden.<sup>6</sup>

1. Den gesamten Lagerkomplex zu bombardieren, das hieße Großflächenbombardements über einen längeren Zeitraum;
2. Gezielte Angriffe auf die Gaskammern;
3. Angriffe auf die Zufahrtswege, i. e. Eisenbahnlinien und Brücken.

Wenn von "den Alliierten" die Rede ist, reicht das Spektrum von Churchill und Roosevelt<sup>7</sup> über Minister, Beamte und Offiziere unterschiedlichen Ranges bis zu Funktionären diverser Organisationen und zu einflußreichen Privatpersonen. Wer wann was gewußt hat, wie genau und glaubwürdig die Information war, wird noch lange Zankapfel bleiben.

Im rezensierten Band wird mehrfach unterstellt, Churchill, Roosevelt und einige ihrer Berater wollten Auschwitz nicht angreifen. In der Literatur findet sich da und dort die Anschuldigung, man habe den Massenmord an Juden quasi achselzuckend hingenommen, wenn nicht Ärgeres. Hier wird nach Ansicht des Rezensenten zur Glaubensfrage, was sich jeder rationalen Betrachtung entzieht. Es gab und gibt einen Antisemitismus, der ein breites Spektrum bis hin zum Massenmord beinhaltet. Der Rezensent schließt sich der Betrachtungsweise, die die

6 Auf die Forderung, Juden und anderen Verfolgten die Auswanderung aus Deutschland und den besetzten Gebieten zu ermöglichen, wird hier nicht eingegangen.

7 Siehe Engel, Jan Karski's Mission to the West.



alliierte Führung der direkten, bewußten Mitschuld oder beabsichtigter Nachlässigkeit, quasi des unbeteiligten Zuschauens bezichtigt, nicht an. Von dieser Beurteilung ist die sowjetische Führung unter Stalin ausdrücklich ausgenommen.

Die technisch-operativen Analysen beweisen durchwegs, daß das Bombardement von Auschwitz möglich gewesen wäre. Und ebenso eindeutig ist, daß die Vernichtung einer oder mehrerer Gaskammern wirkungslos geblieben wäre. Während einige Gebäude in Auschwitz relativ groß und massiv waren und daher zu ihrer Zerstörung mehrere Volltreffer notwendig gewesen wären, hätte die Errichtung einfacher, isolierter Gebäude zum selben "Zweck" in kürzester Zeit erfolgen können. Wie aus militärtechnischen Analysen der Erfolge oder Mißerfolge von Angriffen der Alliierten auf kleine Einzelziele hervorgeht, waren die Aussichten auf Erfolg selbst bei präzisester Information über diese Ziele und bei optimalen fliegerischen Bedingungen äußerst gering.

Dies ist bei Angriffen von Stützpunkten auf britischem Boden auf Deutschland zu erkennen, wo die Distanzen die Hälfte oder noch kürzer als nach Polen waren. Mit der Distanz, d. h. der Überfliegung deutschen Territoriums, sinken nicht nur die Aussichten auf Erreichung des Zieles, sondern auch die Überlebenschancen beim Rückflug. Auch hier ist die Relation zwischen Risiko und möglichem Erfolg äußerst ungünstig.

In der Tat wäre es möglich gewesen, den gesamten Komplex Auschwitz, etwa 40 km<sup>2</sup>, in Schutt und Asche zu legen. Ob dies konzentrierte und kontinuierliche Angriffe, bei Tag oder bei Nacht, über einen Zeitraum von ein, zwei oder drei Monaten erfordert hätte, bleibe dahingestellt. Folgende Ergebnisse wären zu verzeichnen gewesen:

1. Physische Vernichtung des Lagers bzw. der Lager;
2. Die Tötung so gut wie aller Insassen und eines Teils der Bewachungsmannschaften; letztere hatten die größeren Chancen, sich in unterirdischen, festen Gebäuden in Schutz zu begeben;
3. Das Abziehen bedeutender alliierter Luftstreitkräfte vom Kriegsgeschehen und damit
4. Atempause für die deutschen Streitkräfte an den Fronten, an denen die alliierten Luftstreitkräfte geschwächt gewesen wären; somit
5. Verlängerung des Krieges und
6. Größere Chancen für die Nationalsozialisten, noch mehr Juden mit anderen Mitteln zu ermorden.

Es sei hinzugefügt, daß der Einsatz großer Luftstreitkräfte nicht auf Knopfdruck erfolgen kann. Ich schätze, daß zumindest zwei Monate vor Anfang einer großangelegten Offensive auf Auschwitz nötig gewesen wären, um die erforderlichen Umgruppierungen, Verlegungen, Planungen und Einsatzübungen vorzunehmen. Nehmen wir dazu eine zwei- bis

dreimonatige intensive Angriffstätigkeit auf das Ziel und weitere zwei Monate für die neuerliche Umgruppierung an den verschiedenen Fronten, Verlegungen von Einheiten, erneute Einsatzplanung und vieles mehr, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß beträchtliche alliierte Luftstreitkräfte vom Kriegsgeschehen praktisch abgezogen worden wären.

Wie aus Studien des Luftkrieges im Zweiten Weltkrieg belegt, waren auf beiden Seiten die primären Ziele die Zerschlagung der Kriegsindustrien, die Demoralisierung der Bevölkerung und letztlich die Zerstörung der Kommunikationswege. Wenngleich auf alliierter wie deutscher Seite in den ersten Kriegsjahren die Schäden an Kriegsindustriebetrieben relativ gering waren, sah man sich veranlaßt, Produktionsstätten auszulagern und zu verlegen, wodurch die Zusammenführung von Teilen, etwa von Flugzeugen, Panzern und anderem Kriegsmaterial, und damit die Transportwege an Bedeutung gewannen. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien kam dabei den hochentwickelten Eisenbahnnetzen die größte Bedeutung zu.

Ein Ziel wie Eisenbahnschienen, hunderte Kilometer lang, aber nur etwa einen Meter breit, aus großer Höhe zu treffen, ist bestenfalls durch Zufallstreffer bei fortgesetzten Massenangriffen denkbar. Selbst deutschen Sturzkampfflugzeugen (Stukas), die die Alliierten nicht verwendeten, ist dies nicht immer gelungen. Jagdmaschinen, deren Operationsradius und Bombenlast gering waren, hätten theoretisch Schienen treffen, aber die Transporte bestenfalls auf wenige Stunden unterbrechen können. So komplex ein Eisenbahnnetz ist, so primitiv ist das Gerät "Schiene": zwei fertige, jederzeit auf Lager befindliche Ersatzschienen können sofort ohne großen technischen Aufwand eingesetzt werden. Brücken sind besonders schwer zu treffen, auch sie können durch die hochentwickelte Pioniertechnik in wenigen Stunden ersetzt werden. Bei vollem Verständnis für die Gefühle der Lagerinsassen, für die die Nachricht über (auch erfolglose) Angriffe von großer Symbolwirkung gewesen wäre (wenn sie überhaupt in den Besitz dieser Nachrichten gekommen wären) – auch Volltreffer hätten die Transporte nicht hintangehalten.

Ein Aspekt scheint bei den technisch-operativen Betrachtungen nicht ausreichend berücksichtigt worden zu sein: der meteorologische. In den vierziger Jahren gab es beispielsweise in Großbritannien keine Möglichkeit, Information zur Wetterlage über Polen zu haben. Man flog de facto oft ins Blinde. Selbst bei klarem Wetter ist annähernd präzises Bombardement aus einer Höhe von 20.000 ft. problematisch, also auch bei einigermaßen klarer Sicht des Zieles. Bei mittlerer Bewölkung wäre es notwendig, das Ziel mehrfach anzufliegen, um es zu identifizieren, und dies erhöht das Abschußrisiko. Bei starker Wolkendecke ist es, wie wir aus der Geschichte des Luftkrieges wissen, nicht selten geschehen, daß das Ziel um



Dutzende Kilometer verfehlt wurde.

Die vorliegende Schrift ist im Jahre 1990 erschienen, das Jahr 1991 erfuhr den Luftkrieg aller Luftkriege – den Golfkrieg. Eine Studie des Strategic Bombing vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg und ein Vergleich mit dem Golfkrieg würden eine großangelegte Forschung erfordern, und diese wird die einschlägigen Fachleute noch viele Jahre beschäftigen, sie kann nicht Gegenstand dieser Rezension sein. Einiges läßt sich jedoch sehr wohl im Hinblick auf Irak und Auschwitz sagen.

Der alliierte Luftkrieg gegen den Irak Anfang 1991, mit (soweit bekannt) etwa 35.000 Einsätzen in ungefähr einem Monat, mit sämtlichen technischen Errungenschaften, ohne jede Ablenkung durch andere Kriegsschauplätze, mit dem größten geballten Einsatz der modernsten Kampfflugzeuge bei idealen Wetterbedingungen und praktisch ohne Opposition, war wohl der größte Fehlschlag in der Geschichte des Luftkriegs. Es ist müßig, über eine Relation zwischen Einsatz an Menschen und Material einerseits und Wirkung andererseits zu sprechen. Die Wirkung des strategischen Bombardements war praktisch Null. Für den Nichtfachmann sei hinzugefügt, daß hier das Strategic Bombing besprochen wird und nicht der taktische Einsatz, der sehr wohl dazu gedient hat, die irakischen Truppen an den Fronten so weit zu schwächen und zu demoralisieren, daß die Bodenoffensive in der Tat erleichtert wurde. Die alliierten Luftstreitkräfte beherrschten das Geschehen, und dennoch haben sie den Großteil der Ziele nicht vernichtet. Das Publikum möge sich nicht von den damals aktuellen sensationellen Fernsehberichten irreführen lassen; wenn man seit Kriegsende so wenig darüber hört, so hat das seine guten Gründe. Die Flotte der US-Großbomber vom Typ B-52 war auf dem US-Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean stationiert und flog von dort aus die Einsätze über den Irak. Die B-52 landeten zum Teil auf türkischen NATO-Stützpunkten und zum Teil auf NATO-Stützpunkten in Deutschland. Dort wurde aufgetankt und neues Bombenmaterial aufgeladen, Mannschaften konnten ausgewechselt werden. Neuerliche Einsätze wurden von dort aus geflogen, mit Landung in Diego Garcia. Widerstand über dem Irak blieb praktisch aus.

Vergleicht man dies nun mit den Möglichkeiten, von britischen Stützpunkten aus (bis Herbst 1943) über deutsches Territorium Angriffe auf Polen zu fliegen, so muß man die ungeheuren Schwierigkeiten erkennen. Dasselbe gilt ab Herbst 1943 für Operationen von süditalienischen Stützpunkten aus. In beiden Fällen ist das an anderer Stelle erwähnte Problem der Wetterlage und Wetterprognose zu berücksichtigen.

Dies bringt uns zu einer weiteren Facette des Problems, das im Titel der vorliegenden Schrift "The Western Allies and the Holocaust" nicht erwähnt wurde: die Sowjetunion. Wir haben in dieser Rezension die genannte

Arbeit zu besprechen, es darf aber die Rolle der Sowjetunion nicht unerwähnt bleiben. Es gibt Hinweise, daß die britische Luftwaffe schon sehr bald nach der deutschen Invasion in der Sowjetunion im Juni 1941 versucht hat, das sowjetische Kommando zu bewegen, die Landung britischer Flugzeuge nach Angriffen auf Deutschland und Polen auf russischen Stützpunkten zu ermöglichen. Dies hätte nicht nur die Abschußrate, die am Rückflug verständlicherweise besonders hoch war, reduziert, sondern den Mannschaften ein, zwei Tage Ruhepause, Auftanken und Neuaufladen ermöglicht. Es hätten demnach bei einem Hin- und einem Rückflug zwei Angriffe bei reduziertem Risiko geflogen werden können.

Die Rolle der Sowjetunion ist meines Wissens noch nicht beleuchtet worden. Es ist bekannt, daß deren Streitkräfte, damals schon in guter Reichweite der polnischen Hauptstadt, nichts taten, um den Warschauer Aufstand 1944 zu unterstützen. Es wäre zu untersuchen, ob zu gewissen Zeitpunkten sowjetische Stützpunkte nicht von der sowjetischen Luftwaffe selbst für Angriffe auf Auschwitz verfügbar gewesen wären. Vielleicht wird nach Öffnung sowjetischer Archive mehr darüber zu erfahren sein.

Der Rezensent führte am 22. Oktober 1991 ein Gespräch mit Herrn S. (Name und Anschrift bekannt). Dieser war Navigator beim 301 Squadron RAF (Polish Sqdn.), Flugzeugtyp Halifax. Einheit wurde Anfang 1944 nach Brindisi verlegt. S. ist von Brindisi dreimal nach Polen geflogen. Operationszweck: Abwurf von Nachschubmaterial (supply dropping) für Polen, Tito-Partisanen, Griechen, Norditalien zwischen Genua und Mailand. Route nach Polen: Brindisi – jugoslawische Küste bei Split (sehr hoch) – Kroatien – Ungarn – CSR – südlich von Krakau polnische Grenze überflogen. Starke Abwehr über Ungarn und Südpolen. Nur Nachtflüge. Start gegen 19.00, über polnischen Zielen gegen Mitternacht, Rückkehr 05.00 bis 06.00. Geschwindigkeit ca. 150 mph. Flughöhe bei 20.000 ft. Am 10. September 1944 beim Rückflug über Split abgeschossen. Von Split nach Mostar – Sarajewo – Zagreb – Budapest verbracht, 12 Tage Budapest, dann POW-camp Kolberg, Stalag 4. Bei den drei Operationen, an denen S. teilnahm, jeweils 4–6 Maschinen; Verluste lagen bei 2–3 Maschinen. Nach Aussage von Herrn S. rechnete Mannschaft mit 50 Prozent Chance auf Rückkehr. Soweit das persönliche Gespräch des Rezensenten mit S.

Die Richtigkeit dieser Angaben wurde anhand der Quelle J. Halley, *The Squadrons of the Royal Air Force*, 1985, S. 280, bestätigt: "On Nov 7, 1944, No. 301 reformed at Brindisi from 1586 (Special Duties) Flight. Equipped with Halifaxes and Liberators, it flew supply dropping missions to Poland, Yugoslavia and northern Italy in support of partisan forces." Als letzte Squadron Base in Großbritannien gibt Halley die Base Hemswell bis 7.



April 1943 an, danach Base Brindisi ab 7. November 1944. Es darf davon ausgegangen werden, daß im Zeitraum April 1943 bis November 1944 die erwähnten "special operations" unter Flight 1586 von provisorischen Basen aus geflogen wurden.<sup>8</sup>

Gehen wir vom Technisch-Operativen weg und wenden wir uns dem Standpunkt eines Betroffenen zu: In der Tel Aviver Tageszeitung "HaAretz" vom 4. Oktober 1991 erschien unter dem Titel "Die Wahrheit über die Vernichtung" ein Artikel von Israel Shachak, in dem er eingangs über die Ermordung seines Vaters im November 1943 berichtet. Er schreibt: "Als vor Jahren die Debatte über die 'Schuld' von Roosevelt und Churchill begann, die die Ermordung von Juden durch die Nazis verhindern hätten können oder sollen, kam mir als erstes der Gedanke, ob die Bombardierung den Mord an meinem Vater und anderen verhindert hätte. Nach quälendem inneren Konflikt mußte ich eingestehen, daß kein Bombardement und kein anderes Mittel die Tragödie verhindert hätte; nur der Sieg über die Nazis vor November 1943 hätte die Morde verhindert." Shachak fährt fort, hunderttausende Juden seien außerhalb von Lagern ermordet worden, der Massenmord habe schon 1941 nach der deutschen Invasion in Rußland angefangen, und er schließt diesen Teil des Artikels mit der Bemerkung, Nazi-Deutschland wäre damals so stark gewesen, daß es von niemandem und nichts hätte behindert werden können.

Es wurden für diese Rezension keine gezielten Gespräche mit ehemaligen Insassen von Auschwitz und seinen Nebenlagern geführt. Aus früheren Gesprächen ergaben sich einige Erkenntnisse, doch wie immer hängen diese von der Mentalität einzelner Menschen ab. Eine Aussage ließe sich etwa wie folgt wiedergeben: Man habe zu Gott gebetet, daß die Engländer und Amerikaner bombardieren. Man sterbe lieber durch alliierte Bomben als durch die Hand der Nazis. Eine andere, gegensätzliche: Man habe immer noch an ein Wunder geglaubt, man würde die Häftlinge irgendwie befreien. Da war noch eine Chance. Bei Bombardements hätten uns die Nazis draußen gelassen, da hätten wir keine Chance gehabt. Dritte Version: Einige von uns haben nur auf die Bomben gelauert. Wir hätten die Panik benützt und uns der Waffen der SS

<sup>8</sup> Für diese und andere Hinweise dankt der Autor Herrn Dr. Wolfgang Etschmann, Mitarbeiter im Militärgeschichtlichen Dienst im BMLV.

In der Ausgabe Winter 1991 von "Air Mail. Journal of the Royal Air Forces Association", S. 5, heißt es in einem Artikel "Target Berlin" u.a.: "In the following years the Poles of 300 and 301 Squadrons bombed Berlin, as did the Russians, but it was not until 1942 that the first of the four-engined 'heavies' made the long flight to this target. [...] it was still only relatively light damage, however. The German Air Ministry building in the Leipzigstraße, for example, which had been a target since September 1940, remained unscathed until it suffered slight damage in a US daylight raid of 1944."

bemächtigt, hätten so viele wie möglich umgebracht und versucht zu flüchten.

Die im vorliegenden Band erörterte Problematik entzieht sich letztlich der rationalen, wissenschaftlichen Beurteilung. Es kann sie für Menschen, die selbst in den Vernichtungslagern waren, nicht geben. Für sie ist der Befehl, unter Umständen Nacht für Nacht 500 oder mehr Flugzeuge mit 4.000 oder mehr Mann britischen oder amerikanischen Fluggersonals zu riskieren, nicht relevant. Wer mag urteilen, was mehr wiegt: der Tod tausender alliierter Flieger und der Verlust von 200 Flugzeugen oder das Leben ebensovieler Juden und anderer Insassen von Auschwitz? Und dies für den unsicheren Fall, daß letztere nicht selbst von Bomben getötet worden wären. Eine Abwägung, schmerzvoll und quälend, die in letzter Folge unentschieden bleiben muß. Als einer, dem dies erspart blieb, kann der Autor nur in Demut schweigen.



MATTHIAS BOECKL

**BEGRENZTE MÖGLICHKEITEN****Vorgeschichte, Vertreibung und weitere Laufbahn österreichischer Architekten der klassischen Moderne in den Vereinigten Staaten 1938–1945**

Die Vertreibung bildender Künstler und Architekten im Jahre 1938 nach Amerika ist eine der Schlüsselfragen der österreichischen Kulturgeschichte. Neben dem zeithistorischen Aspekt der Vernichtung fast des gesamten künstlerischen und intellektuellen Potentials nach dem "Anschluß" ist auch aus kunsthistorischer Sicht besondere Aufmerksamkeit auf das Thema zu richten, da die Geschichte der österreichischen Moderne mit den Vereinigten Staaten unversehens einen zweiten Schauplatz erhalten hatte. Darüber hinaus sollte die Emigration des Jahres 1938 den Blick auch auf jene österreichischen Künstler lenken, die schon früher nach Amerika gegangen waren und dort zum Teil wesentlichen Einfluß auf die Avantgarde ausgeübt hatten. Schließlich vermitteln die einzelnen künstlerischen Laufbahnen mit ihren vielfältigen ideellen und persönlichen Beziehungsgeflechten eine Vielzahl bisher unerschlossener Information über die Moderne innerhalb der Landesgrenzen Österreichs. Dieser Beitrag versucht, anhand von Forschungen über drei Generationen emigrierter Wiener Architekten erstmals einen Überblick über deren Stellung vor 1938, die Umstände der Vertreibung aus Österreich, die Integration in Amerika sowie über die späteren Karrieren dieser Architekten zu geben.

Die Komplexität des Themas, aber auch die seit 1945 gegebene Frage der Rückholung und Entschädigung der Vertriebenen haben bisher eine systematische Forschung über die 1938 vertriebenen Architekten verhindert. Durch die vielen dabei berührten Fragen ergaben sich als Aufarbeitungshindernis stets auch Methodenprobleme, die wohl weitere Auswirkungen des schwierigen Schicksals der Betroffenen sind. Eine verschwindende Minderheit junger Intellektueller, die in die Ereignisse vor 1945 nicht involviert gewesen war, hatte schon in der Nachkriegszeit auf dieses unbearbeitete und unbewältigte Thema hingewiesen.<sup>1</sup> Gleichzeitig beschränkte sich jedoch das offizielle Österreich auf symbolische personelle Entscheidungen. Gleichsam als Ersatz für die wissenschaftliche

1 Z. B. Friedrich Achleitner, Entwicklung und Situation der österreichischen Architektur seit 1945, in: Wohnen und Bauen, 1965 (wiederabgedruckt in: Neue Architektur in Österreich 1945–1970, Wien 1969, S. 39–47).

Aufarbeitung und die politische Auseinandersetzung mit jener verdrängten Zeit, für die die Vertriebenen standen, wurden in den sechziger Jahren Lehrstühle an der Wiener Akademie der bildenden Künste mit Ernst Plischke (geb. 1903) und an der Hochschule (damals Akademie) für angewandte Kunst mit Friedrich Janeba (1905–1983) besetzt, die in der Zwischenkriegszeit an den gleichen Instituten bei Peter Behrens (1868–1940) und Oskar Strnad (1879–1935) studiert hatten und 1938 nach Neuseeland bzw. Australien vertrieben wurden. Beide Architekten waren oder wurden in ihrem Wirken auf die Lehre beschränkt. Sie erhielten keine öffentlichen Bauaufträge. Mit Ausstellungen und Publikationen erbrachten nach einer längeren Pause die Gedenkjahre 1985 und 1988 eine Verbreiterung und Differenzierung des einschlägigen Wissensstandes: Erstmals wurde versucht, die schiere Anzahl der vertriebenen Architekten zu ermitteln und zudem gewisse damit zusammenhängende künstlerische Mythen (Vertreibung der "Moderne" statt Vertreibung der Juden) richtigzustellen.<sup>2</sup> Bis auf kurze Andeutungen<sup>3</sup> liegt jedoch bisher keine gesonderte zeit- oder kunsthistorische Darstellung über die österreichischen Architekten in den Vereinigten Staaten vor.

Unter den 1938 aus politischen oder rassischen Gründen aus Wien in die Vereinigten Staaten vertriebenen Architekten sind drei Generationen zu unterscheiden. Diese Unterscheidung erfolgt nicht aus formalistischen Gründen, sondern ergibt sich aus den Gemeinsamkeiten des Schicksals gleicher Altersgruppen. Art und Grad der jeweiligen Prägung durch die Wiener Kultur der Zwischenkriegszeit sowie das Alter der einzelnen Vertriebenen bestimmten maßgeblich deren "Ausgangsposition" in der Neuen Welt und beeinflussten in der Folge auch ihre weitere Laufbahn. Die Emigrantengenerationen von 1938 gliedern sich in eine ältere (geb. zwischen 1880 und 1900), eine mittlere (geb. zwischen 1900 und 1910) und eine jüngere (geb. ab 1910).

Die ältere Generation, die im Jahre 1938 bereits zwischen vierzig und sechzig Jahre alt war, hatte sich in den zwanziger und dreißiger Jahren in Wien nachhaltig etabliert. Trotz der gerade die Architektur betreffenden katastrophalen Wirtschaftslage hatten sie es durch ihr spezifisch humanisti-

2 Gabriele Koller, Architektenbiographien, in: Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich. Zur Kulturpolitik des Nationalsozialismus, Ausstellungskatalog, Wien–Salzburg 1985/86, S. 199–236; Friedrich Achleitner, Die vertriebene Architektur, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, Wien 1988, S. 622 ff. (Gekürzte und veränderte Fassung des Artikels "Die geköpfte Architektur", erschienen im Katalog "Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich".)

3 Matthias Boeckl, Kiesler und die Wiener Architekten, in: Friedrich Kiesler 1890–1965 (Hrsg. Dieter Bogner), Ausstellungskatalog, Wien 1988, S. 305–319.



sches und den Zeitumständen entsprechendes Denken und Entwerfen zu einigem, oft auch internationalem Ansehen und zu einer gefestigten Position gebracht. Die vertriebenen Wiener Architekten dieser Generation waren die wesentlichen Träger der "zweiten" Wiener Moderne, die in Adolf Loos (1870–1933), Josef Frank (1885–1967) und Oskar Strnad ihr geistiges Zentrum und unter den Emigranten von 1938 ihre wichtigsten Repräsentanten hatte. Zu dieser älteren Generation von Amerikaflüchtlingen gehören neben Josef Frank selbst, der sich 1941–1946 in New York aufhielt, auch sein Wiener Partner Oskar Wlach (Wien 1881–New York 1963), Felix Augenfeld (Wien 1893–New York 1984), Walter Sobotka (Wien 1888–New York 1970), Hans Adolf Vetter (Wien 1893–Pittsburgh 1963), Leopold Kleiner (Wien 1897–New York ?), Ernst Lichtblau (Wien 1883–Wien 1963; ab 1939 in New York) und Emanuel Neubrunn (Wien 1888–?).

Jene Architektengeneration, die zwar ihr Studium abgeschlossen, jedoch noch geringe Berufspraxis hatte und in Wien unmittelbar vor ihrem "Durchbruch" stand, stellt unter den Amerikaemigranten von 1938 nur eine Minderheit. Aus der Altersgruppe der zwischen 1900 und 1910 Geborenen sind Victor Gruen (Wien 1903–Wien 1980), dessen späterer Partner Rudolf Baumfeld (geb. 1903 in Wien) und Gerhard Karplus (geb. 1909 in Wien) zu nennen.

Auch die jungen Architekten, die zum Zeitpunkt des "Anschlusses" noch im Studium standen, nehmen unter den Amerikaemigranten eine wichtige Position ein. Von den Wiener Ausbildungsstätten war vor allem die Kunstgewerbeschule betroffen, die einen relativ hohen Anteil jüdischer und politisch unliebsamer Studenten aufwies. Maria Fenyö-McVitty (geb. 1916 in Budapest), Simon Schmiderer (geb. 1911 in Saalfelden), Leo Glückselig (geb. 1914 in Wien) und Alfred Fast (geb. 1917 in Wien) haben nach ihrer Emigration einige nicht unwesentliche Beiträge zur modernen amerikanischen Architektur geleistet. Harry Seidler (geb. 1923 in Wien) absolvierte überhaupt erst in den Vereinigten Staaten seine Berufsausbildung.

Weder in zeit- noch in kunsthistorischer Hinsicht kann die Vertreibung 1938 mitsamt ihren Folgen als ein isoliertes, punktuelles Ereignis interpretiert werden. Abgesehen von den politischen Vorgängen, die Österreich seit 1918 langsam in die Katastrophe trieben, sind auch in kunsthistorischer Hinsicht die internationalen Verbindungen, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, relevant und so komplex, daß die weitere Laufbahn der Vertriebenen von 1938 nicht gültig erfaßt werden kann, ohne die "Vorgeschichte" zumindest zu skizzieren.

Die Beziehungen der österreichischen zur amerikanischen Architektur sind vielfältig und reichen zurück bis zur Jahrhundertwende. Versucht man

sie grob in zwei Perioden zu teilen, so bietet sich das Jahr 1925, in dem in Paris die Exposition Internationale des Arts Décoratifs et Industriels Modernes stattfand, als Zäsur an. Dieses Datum markiert eine Wende in der Perspektive, die bis heute ihre Folgen zeitigt, und erklärt sich historisch aus der starken Aufwertung der internationalen Rolle der Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man vor allem in Kreisen der gesellschaftlichen und künstlerischen Elite Amerikas stets lernend auf Europa und seine Errungenschaften in der künstlerischen Avantgarde geblickt. Otto Wagners souveräne Großstadtarchitektur fand nur in Louis Sullivan (Boston 1856–Chicago 1924), einem der Begründer der Moderne in den Vereinigten Staaten, einen amerikanischen Widerpart, und Frank Lloyd Wright (Wisconsin 1867–Phoenix 1959), die Schlüsselfigur der amerikanischen Architekturavantgarde der Zwischenkriegszeit, wurde in Europa, unter anderen von Josef Hoffmann, ungleich mehr geschätzt als in seinem Heimatland.

In vielen Bereichen fanden die Immigranten in Amerika bis in die zwanziger Jahre noch regelrechte Pioniersituationen vor, etwa in der erst in Entwicklung begriffenen Opernszene, die 1913 den Wiener Architekten Joseph Urban (Wien 1873–New York 1933) nach Boston und anschließend nach New York holte. Urban war später auch als vielbeschäftigter Baukünstler tätig (Hearst-Zeitungsverwaltungsgebäude, New York, 1922; New School for Social Research, New York, 1929) und richtete 1922 in New York eine kurzlebige Dependence der Wiener Werkstätte ein. Auch die Westküste bot ideale Möglichkeiten für Architekturpioniere: Frank Lloyd Wright errichtete ab 1920 in Hollywood einen Komplex mehrerer Wohn- und Veranstaltungsgebäude für die Ölmagnatentochter Aline Barnsdall und beauftragte den Wiener Rudolph Schindler (Wien 1887–Los Angeles 1953) mit der lokalen Bauführung. Schindler war 1914 nach einem Abschluß an der Technischen Hochschule, der Meisterschule Otto Wagners und der Praxis im Büro von Hans Mayr und Theodor Mayer auf Anregung von Adolf Loos durch ein Inserat zur Chicagoer Architekturfirma Ottenheimer, Stern and Reichert und später zu Frank Lloyd Wright gekommen. Sowohl Schindler als auch Joseph Urban und der überaus erfolgreiche Möbeldesigner Paul Theodor Frankl (Wien 1886–Los Angeles 1958) hatten bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Jahre 1917 noch an eine Rückkehr nach Wien gedacht, der Ausgang des Krieges und die katastrophalen mitteleuropäischen Verhältnisse danach machten allerdings rasch klar, daß Amerika bessere Möglichkeiten bot. Auch Richard Neutra (Wien 1892–Wuppertal 1970), der nach seinem Studium an der Technischen Hochschule in Wien und einer Praxis bei Erich Mendelsohn (1921–23) in Berlin wie Schindler zunächst nach Chicago und dann zu Frank Lloyd Wright nach Taliesin gegangen war, erkannte dies



und trat 1924 als Partner im bereits etablierten Büro Schindlers in Los Angeles ein.

Was sich aus dem Blickwinkel dieser neo-amerikanischen Architekten bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg abzeichnete, wurde in Europa erst 1925 zur Gewißheit. Die erwähnte Pariser Weltausstellung des Kunstgewerbes war in vielfacher Hinsicht ein Wendepunkt. Die meisten Beiträge führten ein letztes Mal in prachtvoller Inszenierung das gesamte Register europäischer Luxusproduktion auf den Gebieten der angewandten Künste und der Architektur vor – eine untergehende Welt angesichts des wirtschaftlichen und sozialen Zustandes Europas nach dem Ersten Weltkrieg. Gegen den Protest der sozialvisionär ausgerichteten europäischen Avantgarde hatten die einzelnen Regierungen hauptsächlich jene Künstler mit der Zusammenstellung der nationalen Beiträge beauftragt, die schon seit der Zeit vor dem Krieg etabliert waren und die Aufgabe des Gewerbes in erster Linie in der Produktion von "Edelhandwerk" für den Luxusbedarf sahen. Konzepte für sozialen Wohnbau, für industrielle Serienproduktion guter Gebrauchsartikel und ähnlichem waren nicht vertreten. In dem von Josef Hoffmann zusammengestellten österreichischen Beitrag fehlte der Wiener Gemeindebau ebenso wie Werke von Adolf Loos, der schon seit seiner Amerikareise 1893–96 die unzeitgemäß kostbare Produktion der Wiener Werkstätte angegriffen und einen aufs Praktische und Soziale gerichteten neuen Kulturbegriff gefordert hatte. Im holländischen Beitrag etwa fehlte die bedeutende "De Stijl"-Bewegung, die formal konstruktivistisch und inhaltlich sozialistisch orientiert war.

Paradoxerweise vertiefte aber gerade der Anachronismus der Luxusproduktion die künstlerischen Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Die Weigerung der US-Regierung, sich offiziell an dieser Veranstaltung zu beteiligen (man erkannte die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der einschlägigen eigenen Erzeugnisse), löste im Verein mit dem Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten einen nach dieser Ausstellung benannten "Art-Déco"-Boom aus, der allerdings, wie seine europäischen Vorbilder in Frankreich und der Wiener Werkstätte, auf die Bedürfnisse gehobener Schichten beschränkt blieb. Diese Schichten, die sich kulturell an Europa orientierten und Gefallen an den Kapriolen der Avantgarde fanden, konnten sich jedoch nicht mit der eigentlichen Schubkraft der fortschrittlicheren Konzeptionen identifizieren, denn sowohl der Surrealismus als auch der Konstruktivismus waren ursprünglich gegen die herrschenden Verhältnisse gerichtet, also antibürgerlich, antiklerikal usw. Im Gefolge der weltanschaulichen Umstürze des Weltkrieges strebten diese Bewegungen eine Verunsicherung der kulturellen Begriffe bzw. eine radikale Neuinterpretation der gesellschaftlichen Rolle der Architektur und der bildenden Künste an. Das oberflächlich "Interessante" und Unkon-

ventionelle dieser Avantgardisten ließ bei weitgehender Preisgabe ihres spezifisch europäischen politischen Engagements in Einzelfällen auch typisch "amerikanische" Karrieren in den Vereinigten Staaten zu.

Die österreichischen Architekturbeziehungen zu den Vereinigten Staaten 1925–1938 sind von der Spannweite dieses kulturellen "Mißverständnisses" geprägt. Friedrich Kiesler (Czernowitz 1890–New York 1965) und Wolfgang Hoffmann (Wien 1900–Chicago 1963?), die beide wegen ihrer Rolle beim österreichischen Beitrag der Exposition Internationale des Arts Décoratifs et Industriels Modernes nach Amerika geholt wurden, repräsentierten die gegensätzlichen Lager der "linken" Avantgarde und der Wiener Werkstätte. Kieslers 1925 in Paris präsentiertes konstruktivistisches "Raumstadt"-Modell, welches der Auslöser für das amerikanische Interesse an ihm war, stellte nichts anderes dar als eine utopische Zukunftsvision einer Stadt der Zukunft, in der für humanes Wohnen aller Menschen gesorgt ist – im Grunde eine avantgardistische Übersteigerung der politischen Bestrebungen der Wiener Kommunalverwaltung 1918–1934, die nur im europäischen Kontext denkbar ist. Folgerichtig waren Kieslers Chancen in den Vereinigten Staaten von vornherein beschränkt, da man dort weder mit der Wohnungsnot hunderttausender Flüchtlinge konfrontiert noch an die radikale Sprache eines europäischen Avantgardisten gewöhnt war. Der amerikanische Markt erwartete entweder kunstgewerbliche "Art-Déco"-Luxusobjekte für die Einrichtung oder eben "brauchbare", handfeste und unspektakuläre, dabei repräsentative Bauten – alles andere als "Raumstädte" jedenfalls, womit der spätere "Umstieg" Kieslers und einiger anderer, die diese Gesetzmäßigkeit schmerzhaft kennenlernten, programmiert war. Wolfgang Hoffmanns Dispositionen kamen dem amerikanischen Markt dagegen besser entgegen – der Sohn Josef Hoffmanns entwarf zusammen mit seiner Frau Pola verspielte Flächenmuster für Wohnungs- und Kinoausstattungen sowie feingliedrige Silberaccessoires für das elegante Leben.

Jane Heap, die Herausgeberin der Avantgardezeitschrift "Little Review", die 1926 Friedrich Kiesler nach Amerika geholt hatte, unternahm 1927 einen isolierten (offenbar erfolglosen) Versuch, europäisches Avantgardedenken in Amerika zu propagieren. Die Ausstellung "Machine Age" präsentierte russische, deutsche, polnische, französische, italienische, belgische und österreichische Architekturentwürfe zusammen mit amerikanischer Wolkenkratzerarchitektur, um auf die angebliche Gemeinsamkeit des "Maschinenhaften" der neuen Bestrebungen hinzuweisen. Jene Österreicher, die in dieser wenig durchdachten Präsentation vertreten waren und 1938 aus Österreich flüchten mußten, konnten wegen der geringen Resonanz dieses Ereignis später nicht für ihr persönliches Fort-



kommen nutzbar machen.<sup>4</sup>

Die einzige Möglichkeit für an kontinentaler Kultur interessierte Amerikaner, die wirklichen Umstände und das spezifische Denken der Avantgarde aus europäischer, statt aus amerikanischer Perspektive und ohne die beschriebenen Mißverständnisse kennen zu lernen, war eine Überseereise. Ein starker Anreiz für wohlhabende Familien bot sich im internationalen Renommée der fragil-preziösen Luxusproduktion der Wiener Werkstätte, die ihre Produkte unter dem gleichen Dach wie die sozial orientierte Architekturavantgarde um Oskar Strnad und Josef Frank produzierte, nämlich an der Wiener Kunstgewerbeschule. Immer wieder waren daher Kinder wohlhabender amerikanischer Familien (etwa Mary Burlingham, Lillian Langseth-Christensen oder Mary Goldwater) zu Josef Hoffmann an diese weltbekannte Kunsthandwerks-Ausbildungsstätte gekommen, wodurch die später überlebenswichtigen Kontakte hergestellt wurden. Die dem Ruf Josef Hoffmanns zuzuschreibende erstaunlich hohe Anzahl amerikanischer Studenten an der Kunstgewerbeschule in den zwanziger und dreißiger Jahren garantierte einen soliden Grundstock amerikanischer Beziehungen. Lillian Langseth-Christensen (eine Hoffmann-Schülerin) dokumentierte diese Zusammenhänge in ihren Erinnerungen.<sup>5</sup> Aber auch an den anderen Ausbildungsstätten gab es wichtige Amerika-Verbindungen vor 1938. Bereits in den zwanziger Jahren konnte Ernst Plischke, der 1921–23 Strnad-Schüler war, durch seine auf die gemeinsame Studienzeit in der Meisterklasse Peter Behrens an der Akademie der bildenden Künste (1923–26) zurückgehende Bekanntschaft mit dem New Yorker William Muschenheim einen Grundstein für seine spätere kurzfristige Arbeit im New Yorker Atelier von Ely Jacques Kahn legen, der mit der Österreicherin Rena Rosenthal verheiratet war. Kahn löste jedoch nach dem Börsenkrach 1929 sein New Yorker Büro auf, wodurch Plischke zur Heimkehr gezwungen war.

Ein wesentlicher Faktor, der sich nach 1938 für die jüngste Emigrantengeneration positiv auswirkte und das skizzierte traditionelle amerikanische "Mißverständnis" über die wahren Wiener Verhältnisse der Zwischenkriegszeit wenigstens ansatzweise korrigierte, war die Tatsache, daß die von Josef Hoffmann angezogenen Studenten auch Bekanntschaft mit den

4 Katalog "The Machine Age Exposition", New York, Mai 1927.

5 Lillian Langseth-Christensen, *A Design for Living. Vienna in the Twenties*, New York 1987. Eine ausführliche Dokumentation der Architekturausbildung an der Kunstgewerbeschule in der Zwischenkriegszeit bietet der Beitrag von Otto Kapfinger und Matthias Boeckl, *Vom Interieur zum Städtebau. Architektur am Stubenring 1918–90*, in: *Kunst: Anspruch und Gegenstand. Geschichte der Hochschule für angewandte Kunst 1919–1990*, Salzburg–Wien 1991.

sozial ausgerichteten Strömungen an der Kunstgewerbeschule um Oskar Strnad, Josef Frank und Oswald Haerdtl machten und durch dieses Verständnis des neuen Wiener Humanismus den späteren Emigranten gezieltere und einfühlendere Hilfestellungen bei ihren ersten Schritten in der Neuen Welt leisten konnten. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist der Blick auf die Architekturklasse Hans Adolf Vettters an der Kunstgewerbeschule im Schuljahr 1936/37.<sup>6</sup> Vetter, der ebenfalls 1938 aus Wien vertrieben wurde, hatte die Klasse vom emeritierten Josef Hoffmann übernommen. In ihr waren drei ÖsterreicherInnen und zwei Amerikanerinnen inskribiert, die später durch ihre engen Kontakte gemeinsam die Vertreibung bewältigen konnten: Mary Burlingham heiratete 1938 ihren Mitschüler Simon Schmiderer, Maria Fenyo fand 1940 durch die Hilfe ihrer Kommilitonin Mary Goldwater Arbeit in Washington, und Leo Glückselig, der ebenfalls das Schuljahr 1936/37 in der Vetter-Klasse absolvierte, hielt nach 1938 engen Kontakt zu Alfred Fast, seinem Klassenkollegen aus der Architekturklasse Franz Schusters, wo beide das Schuljahr 1937/38 verbracht hatten.

An diese auf den ersten Blick vielversprechende "Vorgeschichte" schließt 1938 die Emigration der drei Wiener Architektengenerationen an. Die Ausgangslage darf nicht über den Umstand hinwegtäuschen, daß – bei aller Hilfestellung durch die amerikanischen Freunde – die Neuankömmlinge mit einer schwierigen Situation konfrontiert waren, die mit Wien in keiner Hinsicht vergleichbar war. Zudem hatten sie unter dem beschriebenen austro-amerikanischen kulturellen "Mißverständnis" (Wien stehe eher für ziselierte Schmuckkassetten als für Sozialbauten) zu leiden. In äußerster Verkürzung könnte man diese Lage in folgender Arbeitsthese zusammenfassen: Die amerikanische Wirtschaft verlangte nach unmittelbar umsetzbaren "neuen" und "verkaufbaren" Ideen, seien sie künstlerischer oder technischer Natur (daraus ergab sich für viele Architekten das Design als geeigneter Ausweg). An der Ostküste gab es hauptsächlich zwei Bauaufgaben: die Geschäftsbauten, zu denen auch die Wolkenkratzer zählen, und private Residenzen. Daneben verlangte man auch nach allen Varianten des Innenaus- und Umbaus. Für die Geschäftsbauten war ein Maximum an bautechnischer Rationalisierung und gleichzeitig ein gedanklich einfacher, aber in der Ausführung aufwendiger und selbstbewußter "Ausdruck" der Ideen des Bauherrn gefragt. Im privaten Wohnbau (der öffentliche existierte kaum noch) hielt man sich an die traditionellen und einfachen neuenglischen Formen und Typen, die ja ihrerseits bereits seit der Jahrhundertwende die Wiener Avantgarde (Adolf

6 Vgl. den "Katalog" der Klasse im Archiv der Hochschule für angewandte Kunst in Wien.



Loos, Josef Frank) zu Zweckmäßigkeit und Materialgerechtigkeit inspiriert hatten. Voraussetzung für alle als selbständiger Architekt ausgeführten Aufträge waren ferner die soziale Akzeptanz und die nötigen formalen Prozeduren (Registrierung als Architekt durch Prüfung im jeweiligen Bundesstaat).

Für die meisten Wiener Architekten erwiesen sich diese Hürden als unüberwindlich. Sie besaßen weder das nötige technisch-politische Know-how noch genügend Selbstverleugnung, den Reichtum amerikanischer Entrepreneurs künstlerisch zu verherrlichen. Im Wohnbau standen ihnen in künstlerischer Hinsicht oft die eigenen modernistischen Ansprüche im Wege, die mit den traditionellen amerikanischen Residenzen, zumindest an der konservativen Ostküste, wenig zu tun hatten. Übrig blieb die gediegene, durch die Einfachheitserfordernisse der Zwischenkriegszeit gereifte Wiener Einrichtungskultur, die auf die Befriedigung sehr persönlicher Bedürfnisse der Bauherren ausgerichtet war und so eine gewisse "Marktnische" ausfüllen konnte. Zudem waren die Inneneinrichtungen die einzigen Aufträge, die innerhalb der Emigrantenkreise erhältlich waren.

Zweifellos sticht unter der älteren Generation als bedeutendste Persönlichkeit Josef Frank hervor, der allerdings nicht zur Vertreibung des Jahres 1938 gerechnet werden kann, da er Österreich bereits nach der Spaltung des Werkbundes und den Februarkämpfen 1934 verlassen hatte und sich nur in den Jahren 1941 bis 1946 in New York aufhielt.<sup>7</sup> Frank entwarf in Stockholm für die Firma Svensk Tenn, die Einrichtungsgegenstände herstellte, baute Einfamilienhäuser in Schweden und blieb bis 1938 noch mit einem Viertel am Gewinn der Offenen Handelsgesellschaft "Haus und Garten" in Wien beteiligt, deren Geschäftsführer Oskar Wlach war.<sup>8</sup> "Haus und Garten" lehnte sich bereits im Firmennamen an die angloamerikanische Einrichtungskultur an und war unter den Wiener Architekten und Einrichtungsunternehmen der Zwischenkriegszeit zweifellos die bedeutendste stilbildende Kraft. Seine Gründung im Jahre der Pariser Weltausstellung des Kunstgewerbes ist programmatisch zu verstehen und weist auf den reformatorischen Impetus hin, den Frank mit seinen leicht-transparent wirkenden Möbel- und bunt-vegetabil gemusterten Stoffentwürfen, aber auch mit seinen einflußreichen theoretischen Schriften verfolgte.<sup>9</sup>

7 Freundliche Mitteilung von Mag. Maria Welzig, Wien.

8 Oskar Wlach war mit drei Vierteln am Gewinn des Unternehmens beteiligt. "Arisierungsakt" Haus & Garten der Vermögensverkehrsstelle, Ministerium für Handel und Verkehr, Archiv der Republik, Wien.

9 Josef Frank, *Architektur als Symbol. Elemente deutschen neuen Bauens*, Wien 1931. Zu Franks Bedeutung vergleiche vor allem Johannes Spalt und Hermann Czech, *Josef Frank*

Franks Arbeit prägte wesentlich das sogenannte "neue Wiener Möbel" der zwanziger und dreißiger Jahre, das auf internationaler Ebene besonders wegen seiner Leichtigkeit, Materialgerechtigkeit, zwanglosen Kombinationsfähigkeit und Zweckmäßigkeit geschätzt wurde. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte Frank mit Oskar Strnad und Oskar Wlach zusammengearbeitet, wobei Strnad die Partnerschaft anführte. Gemeinsame Arbeiten waren etwa die Villa Hock (1912/13) und die Villa Wassermann (1914), die als Schlüsselwerke für die Entwicklung des international anerkannten "Neuen Wiener Wohnens" der Zwischenkriegszeit zu bezeichnen sind. Über Franks New Yorker Zeit war bisher wenig, über Oskar Wlachs Schicksal gar nichts bekannt – bis heute ist nicht einmal sein Sterbedatum dokumentarisch belegbar. Die Kontakte Franks zu Wlach, der 1939 nach New York gekommen war, sind äußerst spärlich – bis auf wenige Besuche läßt sich aus den Quellen kein nachhaltiges Aufleben der einstigen Partnerschaft nachvollziehen. Frank hatte – wie zahlreiche andere Intellektuelle – 1941 Schweden aus Furcht vor den näherrückenden deutschen Truppen verlassen und hielt in New York eine Vortragsreihe über "Architektur, Planung, Design und andere Themen der Kultur und Kunst".<sup>10</sup> Zu klären wären noch die Umstände seiner Einreise in die Vereinigten Staaten (wer gab ihm das Affidavit?) und die Vermittlung an die New School for Social Research, eine Art gehobener Volkshochschule, die seit ihrer Gründung vor allem deutschen Intellektuellen Zuflucht und Beschäftigung geboten hatte.<sup>11</sup> Darüber hinaus fungierte sie auch als ein wichtiges Diskussionsforum für Fragen der zeitgenössischen Kunst, wie eine 1932 parallel zur wegweisenden Ausstellung des Museum of Modern Art veranstaltete Vortragsreihe "The International Style Since 1922" belegt. Franks architektonische Projekte, die in New York entstanden, waren kaum auf Realisierbarkeit gerichtet. Die publizierten Projekte für eine Slum-Sanierung im Gebiet zwischen 1st und 2nd Avenue zwischen der 12. und 16. Straße sowie für Low Cost Housing im Gebiet zwischen 1st Avenue, 20. Straße, East River Drive, Avenue C und 14. Straße ließen sich architekturgeschichtlich vage in die Tradition der Wiener Gemeindebauten einordnen: zwischen den einzelnen Blocks, die allerdings viel höher als in Wien sind, liegen Parkanlagen und eine zentrale Versorgungseinheit. Die Grundrisse der Gebäude entwickeln sich

1885–1967, Ausstellungskatalog, Hochschule für angewandte Kunst, Wien 1981.

10 Johannes Spalt, Vorwort, in: ders. und Hermann Czech, *Josef Frank 1885–1967*, Ausstellungskatalog, S. 5.

11 Zur Geschichte der "New School" vergleiche Peter M. Rutkoff und William B. Scott, *New School. A History of the New School for Social Research*, New York 1986.



relativ frei.<sup>12</sup> Frank korrespondierte noch 1949 aus New York mit Oswald Haerdtl über Fragen der Gestaltung des Stephansplatzes.<sup>13</sup>

Die Emigration von Franks Partner Oskar Wlach ist durch die zufällig erhalten gebliebene Korrespondenz mit seinen Brüdern Armin (Künstlername Hermann) in Zürich und Eugen in Wien über die Jahre 1937–1955 zumindest teilweise rekonstruierbar.<sup>14</sup> Ohne genaue Kenntnis der Wiener Architekturszene und der künstlerischen Ideale dieser Zeit sind jedoch die Plastizität und Eindringlichkeit dieser berührenden Schriften kaum zu vermitteln. An Fakten geht aus dieser und aus anderen Quellen<sup>15</sup> hervor, daß "Haus und Garten" nach dem "Anschluß" dem besonders fleißigen Parteigenossen Josef Tuma zum Opfer gefallen war. Charakteristisch an dieser "Übernahme" durch den kommissarischen Verwalter Tuma war, daß er schon vorher in dieser Branche tätig war und in seinem Eifer ab 7. September 1938 auch noch die Wiener Möbelhandlung A. & O. Glücksmann übernommen hatte. Das weitere Handlungsmuster entsprach zahllosen anderen Arisierungen. Wlach bemühte sich nach Berichten von Zeitzeugen um einen Verkauf des Geschäftes an Julius Theodor von Kalmár, einen offenbar befreundeten "arischen" Branchenkollegen, der Lampen herstellte und seit Jahren mit "Haus und Garten" zusammenarbeitete, während der kommissarische Verwalter mit hektischen Lagerbestandsaufnahmen und permanenten, im Ton äußerst aggressiven Denunzierungen Wlachs bei der für Arisierungen zuständigen "Vermögensverkehrsstelle" beschäftigt war. Wie in vielen anderen Betrieben drängte die Zeit, da die Auftragsabwicklung durch die chaotischen Verhältnisse behindert war und die Zulieferer (laut "Arisierungsakt" über dreißig Tischler) nach Arbeit verlangten.<sup>16</sup> Der Verkauf an Kalmár

12 Beide Projekte publiziert bei Spalt/Czech, Josef Frank 1885–1967, S. 160.

13 Josef Frank an Oswald Haerdtl am 12. 1. 1949, abgedruckt in: Spalt/Czech, Josef Frank 1885–1967, S. 162.

14 Korrespondenz Oskar Wlach–Armin Wlach–Eugen Wlach, Handschriftensammlung der Stadt- und Landesbibliothek Wien, Schenkung Eva Carruthers–Wlach/Matthias Boeckl.

15 Hilfsfonds-Akt, Archiv der Republik, sowie Berichte des Architekten Eugen Wörle, Herbst 1989.

16 Am 13. 9. 1938 berichtete Tuma in seinem XXVI. "Bericht" an die Vermögensverkehrsstelle, daß Georg Bunzl, der Besitzer der Papierwerke Bunzl & Biach und seit vielen Jahren bester Kunde von "Haus & Garten", "noch immer ziemliche Bestellungen" tätige. Über die Tischler ist einiges dem berührenden Aufsatz "Ein Wiener Handwerker" von Josef Frank zu entnehmen (Austro American Tribune, New York, Dezember 1943, S. 3 f.): "Als die Nazi nach Wien kamen, sah der Sesseltischler Kovarik, daß seine Zeit vorüber war, die Zeit der liebevoll und persönlich denkenden Menschen. Die Zeit der Mechanisierung und Gleichmachung begann. Er, der sein Handwerk liebte, konnte und wollte sich nicht umstellen, wie seine großen Kollegen es taten, die große Kunst machten, die Akademieprofessoren, die sich über Nacht umstellten. Er kam in unser Ausstellungslokal in der Bösendorferstraße, wo so viele seiner Sessel standen, die er

gelang schließlich, Wlach überließ seine Wohnung in der Gumpendorferstraße dem Architektenkollegen Eugen Wörle (geb. 1909, einer der bedeutendsten Wiener Architekten der Wiederaufbauzeit) und reiste mit seiner Frau Klari per Bahn am 29. November 1938 zu seinem Bruder Armin (Hermann), der ein bekannter Darsteller am Züricher Schauspielhaus war. Die Jahreswende verbrachte Wlach in Zürich, das Frühjahr 1939 in London, bis Ende April die Überfahrt auf der "Normandie" gelang und das Ehepaar am 1. Mai in New York "von Freunden erwartet"<sup>17</sup> ankam. New York bezeichnet der mittlerweile 58jährige zunächst als "sympathisch [...], auf uns wirkt dieses Gemisch von Mariahilfer Gürtel mit Taborstraße–Praterstern, Hamburg und Lemberg sehr anziehend". Die Amerikaner selbst findet er "sehr bourgeois und salopp" und kann "keine Noblesse" entdecken. Ansonsten waren Wlachs erste Aktivitäten – wie bei den meisten anderen Flüchtlingen – zunächst darauf gerichtet, die akut gefährdeten Verwandten aus Wien zu retten. Wlach hatte bei Emanuel Neubrunn, einem Otto Wagner-Schüler und Wiener Architektenkollegen, der ansonsten weitgehend unbekannt geblieben ist (er emigrierte 1939 nach England und später nach New York), in London 25 Pfund für seinen Onkel Siegfried hinterlegt. Mit diesem Betrag und mit Hilfe der Quäker sollte er aus Wien evakuiert werden, was jedoch nicht gelang. Die weiteren Jahre sind einem konstanten sozialen Abstieg des ehemals angesehenen Architekten und Geschäftsmannes vergleichbar. Am 2. März 1940 legte Wlach zwar noch die Prüfung für die Architektenlizenz im Staate New York ab, mußte aber mangels Aufträgen von Außenständen der Firma "Haus und Garten" leben, die Freunde für ihn einhoben. Gelegentlich richtete er Wohnungen von Mitemigranten ein, von denen hier nur die Wohnung Blum in New York für die Tochter des ehemaligen Besitzers der Linoleum-Fabrik Blum-Haas südlich Wiens genannt sei. Nach 1945 holte er seinen Neffen Tobias aus Zürich nach New York und sandte Hilfspakete an seinen Bruder Eugen in Wien. Bis 1951 arbeitete Wlach schließlich als Hausverwalter für seine Schwägerin Betty, die in New York zu Besitz gekommen war. Seine Frau Klari betrieb einen Hutsalon und nähte für wohlhabende Familien. Oskar Wlach hatte in dieses Unternehmen Geld investiert, das allerdings verloren ging, so daß Klari gezwungen war, bei Armin Wlach Geld zu leihen. Gegen Ende der fünfziger Jahre – Wlach war inzwischen bereits in seinen Siebzigern –

im Verlauf der Jahre gemacht hatte. Er ging zwischen den Reihen der Möbel herum, sah seine Stühle an und streichelte sie wie lebende Wesen; er sprach kein Wort. Dann ging er nach Hause und schoß sich eine Kugel in den Kopf."

17 Telegramm vom 1. 5. 1939, Korrespondenz Oskar–Armin Wlach, Stadt- und Landesbibliothek Wien.



war der Architekt gezwungen, als Zeichner in einem Einrichtungsbüro zu arbeiten. Parallel dazu bezog er eine Altersrente und stellte einen Antrag an den sogenannten "Hilfsfonds" in Wien, der nach umständlicher und oft entwürdigender verwaltungstechnischer Prüfung der Anträge Unterstützungen an politisch Verfolgte des NS-Regimes leistete. Die Aktenbestände zu einem Rückstellungsverfahren zum Geschäft "Haus und Garten" aus den frühen fünfziger Jahren sind im Landesgericht Wien bereits skartiert worden.<sup>18</sup>

Aus dem "inneren Kreis" der Wiener Moderne hat es nur Felix Augenfeld trotz der Vertreibung nach Amerika bewerkstelligen können, unmittelbar an seine Wiener Arbeit anzuschließen. Felix Augenfeld war der Sohn eines aus Ungarn nach Wien gekommenen Geschäftsmannes und der Nefte jenes Alois Augenfeld, der im Zuge des berühmten Streites um das Haus am Michaelerplatz von Adolf Loos (1910/11) "Verbesserungsvorschläge" für die von Loos programmatisch sachlich gehaltene Fassade eingebracht hatte. Während seines Studiums an der Technik (1910–1914) geriet Felix Augenfeld unter den Einfluß von Adolf Loos und besuchte in der Folge 1913/14 dessen private "Bauschule", ein in Architektenkreisen legendäres informelles Treffen einer Schar junger Bewunderer des berühmten Kulturkritikers und Architekten. Nach der Teilnahme am Weltkrieg schloß er sein Technikstudium 1920 ab, arbeitete bis 1922 in verschiedenen Wiener Architekturbüros und betrieb von 1922 bis 1938 zusammen mit seinem Partner Karl Hofmann (1890–?) ein eigenes Büro, das sich – als eine der repräsentativsten Kräfte des auf Eleganz und Zweckmäßigkeit gerichteten "Neuen Wiener Wohnens" und in Anwendung Loosscher und Strnadscher Theorien – vor allem mit Einfamilienhäusern, Ferienhäusern und Wohnungseinrichtungen befaßte. In einer 1977 geschriebenen Biographie<sup>19</sup> nennt Augenfeld als seine wichtigsten Werke der Zwischenkriegszeit den innerstädtischen Assanierungsbau für Arthur Soffer (1936, Singerstraße 4)<sup>20</sup>, das elegante Wohnhaus Else Dos Santos im Cottageviertel (1929–31, Sternwartestraße 57d)<sup>21</sup>, das

18 Quellen: Korrespondenz Oskar Wlach–Armin Wlach in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek; Hilfsfonds-Akt Oskar Wlach im Archiv der Republik Wien; Schreiben des Präsidiums des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien vom 26. 4. 1990 an den Autor.

19 Nachlaß Felix Augenfeld, New York. Aus diesem und einem weiteren Bestand in der Albertina in Wien ist der Werkkatalog Augenfelds rekonstruierbar und derzeit in entsprechender Bearbeitung.

20 Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert. Band III/1. Wien 1.–12. Bezirk, Salzburg–Wien 1990, S. 52.

21 Publiziert in: Karl-Maria Grimme, Gelände und Haus. Zu dem neuesten Bau der Architekten Ing. Karl Hofmann und Ing. Felix Augenfeld, in: Deutsche Kunst und Dekoration, Darmstadt, Jg. XXXV, Heft 2, November 1931, S. 121 f.

Kanzleigebäude der Spinnerei und Weberei Gottlieb Schnabel in Neupaka in der Tschechoslowakei (1925)<sup>22</sup> und die Bühnenbildnerischen Arbeiten mit Oskar Strnad (vor allem für "Das Mirakel", 1932 von Max Reinhardt inszeniert im Londoner Lyzeum-Theater).<sup>23</sup> Für Augenfelds späteres Leben sind neben diesen von ihm selbst als wesentlich genannten Projekten im besonderen die Einrichtung des Landhauses Dorothy Burlingham in Hochrotherd, das Wochenendhaus von Muriel Gardiner in Sulz-Stangau sowie jenes von Dr. Richard Strauß-Likarz in Kritzensdorf (alle bei Wien) relevant geworden.<sup>24</sup> Dorothy Burlingham hatte sich in Wien aufgehalten, da sie mit der Tochter Sigmund Freuds befreundet war und ihre Kinder Bob und Mary (letztere besuchte die Kunstgewerbeschule) einer Analyse unterziehen ließ. Auch Muriel Gardiner hatte sich in den dreißiger Jahren in Wiener intellektuellen Kreisen bewegt und den illegalen Sozialisten Joseph Buttinger geheiratet. Später stellte sie Felix Augenfeld das für seine Immigration nötige Affidavit<sup>25</sup> aus. Das Wochenendhaus Dr. Strauß-Likarz war 1932 in der wichtigen Bostoner Fachzeitschrift "House Beautiful" publiziert worden<sup>26</sup> und konnte damit dazu beitragen, die spezifischen Ideen des "Neuen Wiener Wohnens" in Amerika zu bewerben. Diese in Wien ausgebildete Kultur zweckmäßiger Planungen auf kleinstem Raum, in einfachen Materialien und doch mit einem großzügigen Raumergebnis, ermöglicht durch immer neue Erfindungen von Einbaukästchen, Ladenschränken und anderen feinsinnigen Raumparkonstruktionen, fand schließlich in jenen drei Strandhäusern ihre Fortsetzung, die Augenfeld für sich selbst (um 1956), für die Familie Hammerschlag (1957) und für die Familie Taussig (1958) auf Fire Island, einer kleinen Insel bei Long Island, gebaut hatte.

Felix Augenfeld ist unter den 1938 aus Wien nach Amerika vertriebenen Architekten ein repräsentatives Beispiel für eine gelungene Integration mit Hilfe von Aufträgen aus Mitemigrantenkreisen und von früheren amerikanischen Bekanntschaften aus der Wiener Zeit. Nach seiner Ankunft in New York (er hielt sich im Jahre 1939 wie die meisten anderen späteren Amerika-Emigranten in London auf) bezog er zunächst ein Zimmer in einem der damals verbreiteten und besonders von neuen Immigranten frequentierten billigen "Rooming Houses" an der 38. Straße.

22 Publiziert in: Moderne Bauformen, Stuttgart, Jg. XXV, H. 5, Mai 1926, S. 177–185.

23 U. a. publiziert in: Die Bühne, Wien, Nr. 331, Juli 1932.

24 Beide u. a. publiziert in: Das Kawafag Eigenheim. Fachzeitschrift für das ideale und zeitgemäße Wohnen, Wien, Heft 4, April 1931, S. 50 f.

25 Auskunft Anna Augenfeld, New York, 12. 9. 1991.

26 The Weekend-Cabin as Built in Europe (Wochenendhaus Dr. Richard Strauß-Likarz, Kritzensdorf), in: House Beautiful, Boston, Juli 1932, Bd. LXXII, Nr. 1, S. 30 f.



Später übersiedelte er gemeinsam mit dem ebenfalls aus Wien gekommenen renommierten Kunstdrucker und Fotografen Robert Haas (geb. 1898, lebt in Valhalla, New York) in eine gemeinsame Wohnung an der 57. Straße, bevor er in der selben Straße schließlich ein kleines Atelier eröffnete. Der erste Auftrag kam 1940 aus Emigrantenkreisen – eine Wohnungseinrichtung für Marianne von Neumann, wo Augenfeld unter anderem auch Lampen seiner späteren Ehefrau, der ebenfalls nach New York emigrierten Wiener Kunstgewerblerin Anna Epstein, verwendete. Auch Augenfelds bedeutendstes amerikanisches Projekt, die Errichtung von Wohnhaus und Bibliothek Joseph und Muriel Buttingers in New York, basierte auf der alten Bekanntschaft mit Muriel Gardiner-Buttinger, für die er in den dreißiger Jahren das Wochenendhaus in der Sulz gebaut hatte. Auf die zahlreichen anderen New Yorker Projekte Augenfelds kann hier nicht näher eingegangen werden – erwähnt sei wegen der aufschlußreichen persönlichen Verbindungen nur die Ausstattung des "La Reine Candy Shop" an der vornehmen Madison Avenue, die Augenfeld 1947 gemeinsam mit Simon Schmiderer, dem ehemaligen Schüler der Kunstgewerbeschule und sozialdemokratischen Mitkämpfer Joseph Buttingers, ausgeführt hatte.

Ein enger Freund Augenfelds war Walter Sobotka, mit dem er schon um 1930 in Wien bei einer Wohnungseinrichtung zusammengearbeitet hatte.<sup>27</sup> 1970 beschrieb Augenfeld in einem in Österreich erschienenen Nachruf<sup>28</sup> den Freund (für die ältere Generation der 1938 vertriebenen Wiener Architekten durchaus typisch) als Humanisten: "Er kam (ebenso wie übrigens der frühzeitig ausgewanderte Richard Neutra) vom humanistischen Gymnasium her und hat den Glauben an die ewigen Wahrheiten der klassischen Tradition, den sein erster Lehrer Carl König ihm eröffnet hatte, nie völlig verloren." Sobotka ist sowohl von seinem Jahrgang als auch von seiner Ausbildung und seinen frühen Arbeiten her überaus charakteristisch für diese human-orientierte Auffassung (und die soziale Bestimmung) der Wiener Architektur. Auch er stand unter starkem Einfluß Josef Franks und Oskar Strnads, errichtete beispielsweise im Rahmen des "gebauten Manifests" dieser Neuwiener humanen Bewegung, der von Frank initiierten Werkbundsiedlung, ein Haus, baute zumindest ein repräsentatives Einfamilienhaus in einem Wiener Villenbezirk<sup>29</sup>, aber auch zwei Gemeindebauten und entwickelte wie Augenfeld unermüdlich sachlich-praktische Möbeltypen "mit hoher Schätzung für die noch

27 Wohnung F. S., Wien, gemeinsam mit Walter Sobotka, in: *Moderne Bauformen*, Stuttgart, Jg. XXXI, Heft 9, September 1932.

28 In: *Die Presse*, o. D. (1970).

29 Walter Sobotka, *Mein bestes Haus?*, in: *Profil*, Wien, Jg. 1, Heft 6, Juni 1933, S. 210 f.

bestehenden Reste der Handwerkstradition".<sup>30</sup> Charakteristisch sind seine niedrigen, direkt am Boden aufsitzenden Regale mit zahlreichen verschiedenartigen Fächern und Ablageflächen, meist kombiniert mit einem ausklappbaren Schreibpult.<sup>31</sup> Über Sobotkas Emigrationsweg 1938 ist nichts bekannt, weder hinsichtlich seiner Zwischenstationen auf dem Weg nach New York noch hinsichtlich seines Affidavitgebers. Auch die zeit- und kunsthistorisch relevantesten "ersten Schritte" und die Verbindungen in die USA vor 1938 sind bisher im Dunkeln geblieben. Aus einer vermutlich 1946 anlässlich seiner Anstellung als Lektor am Carnegie Institute of Technology in Pittsburgh verfaßten Selbstbiographie<sup>32</sup> geht hervor, daß es Sobotka im Gegensatz zu vielen Mitemigranten gelungen war, seine Eltern aus Wien sowie seinen Bruder Dr. Harry Sobotka und seine Schwester Marianne Pollak zu retten. Seine Frau Gisela und die Tochter Ruth A. Sobotka-Boose lebten ebenfalls in New York. Sobotka arbeitete 1938–39 als Designer für "Thonet Brothers" in New York, von Juli 1941 bis vermutlich 1946 als Assistant Professor for Applied Arts and for Textiles am Research Bureau for Retail Training der University of Pittsburgh, im gleichen Zeitraum aber auch schon am Carnegie Institute of Technology (CIT) als Part-time Instructor, ab 1946 als Assistant Professor for Interior Decoration im Department of Architecture des CIT. Vielversprechend klingt auch Sobotkas Angabe, ungefähr 16 Kinos der RKO-Kette umgebaut zu haben, allerdings ist darüber ebensowenig bekannt geworden wie über allfällige eigene Bauten in den Vereinigten Staaten.

Hans Adolf Vetter ist gewiß eine der schillerndsten Figuren unter den Wiener 1938er Emigranten. Auch er unterrichtete am Carnegie Institute of Technology von 1948 bis zu seinem Tod im Jahre 1963. Vetter war in den zwanziger Jahren ein Schüler Oskar Strnads an der Kunstgewerbeschule und bezog wie Sobotka von ihm und von Josef Frank wesentliche weltanschauliche und künstlerische Prägungen. Milan Dubrovic, mit dem Vetter eng befreundet war, beschrieb ihn als "philosophischen Ästhet", der allerdings "ungeheuer leichtsinnig" und ein "enormer Frauenliebhaber" gewesen sei. 1932 hatte Vetter sein bedeutendes Buch "Kleine Einfamilienhäuser" herausgegeben, in dem das "Neue Wiener Wohnen" ausführlich publiziert war. Im gleichen Jahr hatte er auch eines der architektonisch anspruchsvollsten Häuser in der Werkbundsiedlung errichtet. Ab 1933 gab

30 Augenfeld, in: *Die Presse*, o. D. (1970).

31 Zu den Möbeln Sobotkas vergleiche Else Hofmann, *Architekt Walter Sobotka*, in: *Österreichische Kunst*, Jg. IV., Heft 7, 15. 8. 1933, S. 17–21.

32 Faculty Biography Walter Sobotka, University Archives, Carnegie Mellon University, Pittsburgh.



er die Zeitschrift "Profil", das Organ der Zentralvereinigung der Architekten, heraus. Dort setzte er neue Maßstäbe in der großzügigen Verwendung von Bildmaterial im Rahmen von erzählerisch anmutenden Bild-Text-Collagen. Offenbar auch unter Mithilfe von Dubrovic, gewiß aber wegen seiner am Haus aus seiner Assistentenzeit bei Strnad bekannten Qualitäten, konnte er, wie eingangs erwähnt, im Schuljahr 1936/37 kurzfristig die Architektur-Meisterklasse des emeritierten Josef Hoffmann leiten. Seinen spezifischen kulturgeschichtlichen Ansatz setzte Vetter nach seiner Emigration nach England fort. Während seines Aufenthaltes bei der ebenfalls aus Wien vertriebenen Familie Ehrenfeld in Surrey, für die er auch einen Zubau zu ihrem Wohnhaus errichtete, verfaßte er eine Art Geschichte der Denkströmungen Europas, die sich in Form einer bunten, leprelloartig entwickelten Collage entfaltete und nur mehr in wenigen Exemplaren erhalten ist. Durch seine Berufung an das Carnegie Institute of Technology 1948 gab er die kulturgeschichtliche Betrachtungsweise an seine Schüler weiter, baute aber nicht mehr und wandte sich dem idealisierten Entwerfen und der Dichtung zu.<sup>33</sup>

Neben Wlach, Augenfeld, Sobotka und Vetter stammt innerhalb der älteren Generation der 1938 aus Wien vertriebenen Architekten auch Leopold Kleiner aus dem Kreis um Strnad, Frank und Hoffmann. Kleiner besuchte von 1915 bis 1916 die allgemeine Klasse Oskar Strnads an der Kunstgewerbeschule und von 1916 bis 1919 die Fachklasse für Architektur Josef Hoffmanns, in der er 1919 bis 1922 auch als Assistent arbeitete. In der Zwischenkriegszeit widmete Kleiner sich hauptsächlich der Publizistik und der Innenarchitektur. So führt er in einer 1955 wegen einer geplanten Professorentitelverleihung an die Hochschule für angewandte Kunst gesandten Biographie vor allem Veröffentlichungen über Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte an, aber auch Schriften in "Wasmuths Monatsheften für Baukunst" (Berlin) und im "Neuen Wiener Journal".<sup>34</sup> Über den detaillierten Ablauf von Vertreibung und Überfahrt ist ebensowenig bekannt wie über die "ersten Schritte" in Amerika. Die in seiner Biographie für das Jahr 1939 angeführten (Wettbewerbs-?) Entwürfe für den Brasilianischen Pavillon der geplanten New Yorker Weltausstellung scheinen ihn in Beziehung zu Paul Lester Wiener zu bringen, der ebenfalls an diesem Projekt gearbeitet und mit Kleiners früherem Lehrer Josef

33 Quellen: Carnegie Review, Nr. 20, Juli 1969, Special Issue on Hans Adolf Vetter, Pittsburgh; Auskünfte von Prof. Milan Dubrovic, Wien, 22. 3. 1991; Auskünfte des Vetter-Schülers Prof. Pierre Zoelly, Zürich, 30. 4. 1991; einige Hausentwürfe befinden sich im Besitz des Autors.

34 Archiv der Hochschule für angewandte Kunst in Wien, Kataloge, Personalakt Kleiner und allgemeine Akten aus dem Jahre 1955.

Hoffmann durch dessen Projekt eines Hauses für Alma Morgenthau-Wertheim Kontakt hatte.<sup>35</sup> Ansonsten hielt Kleiner es während und nach dem Krieg ähnlich wie Augenfeld und Sobotka. Er mußte sich auf nicht näher dokumentierte Inneneinrichtungen und Ausstattungen kleiner Geschäfte in New York beschränken. Ab 1948 betätigte Kleiner sich wieder publizistisch und verfaßte für ABC-TV Sendungen über moderne Architektur. 1950 konzipierte er anläßlich des 80. Geburtstages von Josef Hoffmann eine Fernsehsendung u.a. mit dem ebenfalls in New York lebenden Wiener Maler Hans Boehler.

Wie sich aus dem bisherigen Wissensstand über Emanuel Neubrunn und Ernst Lichtblau schließen läßt, konnte in Amerika die Wagner-Schule, abgesehen von Rudolph Schindler, weniger Terrain gewinnen als der bisher beschriebene Frank-Strnad-Kreis. Lichtblau unterrichtete an der Rhode Island School of Design, bevor er nach Wien zurückging, während Emanuel Neubrunn sich angeblich als Steinmetzunternehmer betätigte.<sup>36</sup> Möglicherweise hängt dies auch mit den spezifischen Fertigkeiten zusammen, die sich in den verschiedenen Wiener Ausbildungsstätten und Architektenkreisen herausgebildet hatten, wobei die mehr auf Soziales ausgerichtete Strömung durch ihre Genügsamkeit gleichsam bessere "Ausgangspositionen" für den Start in der Neuen Welt hatte. Andererseits zeigen die publizistischen Aktivitäten Lichtblaus in New York<sup>37</sup>, daß auch unter den Wagner-Schülern eine Anpassung an die geänderten Verhältnisse möglich war.

Die zwischen 1900 und 1910 geborene mittlere Generation der Amerika-Emigranten wird für den Architekturbereich von Gerhard Karplus sowie von Victor Gruen und Rudolf Baumfeld vertreten, die ab 1945 zusammenarbeiteten. Allerdings eröffnet sich gerade zwischen den beiden zuletztgenannten Architekten eine große inhaltliche Spannweite von in dieser Zeit möglichen Architekturkonzepten. Rudolf Baumfeld hatte nach der Staatsgewerbeschule u.a. bei Ernst Lichtblau gearbeitet, 1929–31 studierte er gemeinsam mit Norbert Schlesinger (Diplom 1931) bei Holzmeister. Mit Schlesinger betrieb er bis 1937 eine Atelieregemeinschaft. Schlesinger und Baumfeld befaßten sich hauptsächlich mit Innen- und Geschäftseinrichtungen, in denen sie einen kompakten, dennoch aber

35 Alma Morgenthau-Wertheim war die Tochter des US-Finanzministers und Ehefrau von Paul Lester Wiener. Die Entwürfe sollten ursprünglich von Josef Hoffmanns Sohn Wolfgang, mit dem Alma Morgenthau bekannt war, geliefert werden. Josef Hoffmanns 1932 entstandene Pläne wurden in abgeänderter Form von Wiener realisiert (E. Sekler, Josef Hoffmann. Das architektonische Werk, Salzburg–Wien 1982, S. 426).

36 Mitteilung Robert Haas, 8. 9. 1991.

37 Marco Pozetto nennt Ausstellungen über "Good Design" im Museum of Modern Art: Marco Pozetto, Die Schule Otto Wagners 1894–1912, Wien–München 1980, S. 237.



eleganten und von Handwerkskönnen geprägten Stil verfolgten. Insofern repräsentieren sie die auf gediegene Wohnlichkeit gerichtete "Neuwienener" Handwerkskultur der Zwischenkriegszeit. Die Ambivalenz dieser Zeit wird aber in einem Entwurf Schlesingers für ein Denkmal der Exekutive für die Februarkämpfe 1934 deutlich.<sup>38</sup> Das Atelier Baumfeld/Schlesinger scheint also einerseits Holzmeister und den im Ständestaat tonangebenden Kreisen nahegestanden zu sein, andererseits belegt die stilistische Evidenz eines gemäßigten Modernismus unter Einbezug der neuen (Frankschen) Möbelphilosophie eine andere weltanschauliche Position. Diese Ambivalenz ist gewiß als eine Grundeigenschaft der Politik und der Kultur des Ständestaates zu bezeichnen.

Anders als Baumfeld stand Victor Gruen (eigentlich Grünbaum) augenscheinlich im sozialistischen Lager. Schwerpunkte seiner künstlerischen Prägung als Architekt waren auch nicht die humanistisch orientierten Kreise der Kunstgewerbeschule, sondern das Gewerbe, wo auf Ökonomie und Planungsrationale Wert gelegt wurde: "Mein Vater starb, als ich fünfzehn Jahre alt war. Dadurch war ich gezwungen, rasch einen Entschluß zu fassen, der es mir ermöglichte, bald Geld zu verdienen. Ich hatte für meine Mutter und Schwester zu sorgen."<sup>39</sup> Ausgehend von dieser Zwangslage durchlief Gruen die Staatsgewerbeschule für das Baufach, eine Maurerlehre bei der großen Wiener Baufirma Melcher & Steiner, ein kurzes Jahr in der Meisterschule von Peter Behrens an der Akademie der bildenden Künste und schließlich ein kleines eigenes Atelier, das sich (der Auftragslage jener Zeit entsprechend) hauptsächlich mit Inneneinrichtungen befaßte. Gruen war bereits "aktiv im Bund sozialistischer Mittelschüler" und mußte 1938 "als aktiver Sozialist und Jude"<sup>40</sup> emigrieren. Er war der Meinung, daß "im 20. Jahrhundert Bauten nur von einem Team ausgeführt werden (können). Zu einem solchen Bauteam gehören viele Nichttechniker und Nichtkünstler: der Bauherr und seine Organisation, Wirtschaftsfachleute, Rechtsanwälte, Soziologen usw."<sup>41</sup> Es verbleibt im Bereich der Spekulation, woher Gruen diese für die vierziger bis siebziger Jahre so einflußreiche, später als Amerikanismus nach Europa gelangte "Team"-Definition der Architektur bezog, man könnte aber mit einigem Recht seinen Werdegang im Baugewerbe, die Vertrautheit mit den

38 Schlesinger gab eine solche Beteiligung in einer 1959 anläßlich seiner Berufung als Nachfolger Oswald Haerdts an der damaligen Akademie für angewandte Kunst verfaßten Biographie an (Personalakt Schlesinger, Archiv der Hochschule für angewandte Kunst in Wien).

39 Victor Gruen, in: Der Aufbau, Wien 1957, S. 510.

40 Biographie Victor Gruen, in: Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich, Ausstellungskatalog, Wien-Salzburg 1985, S. 234.

41 Victor Gruen, in: Der Aufbau, Wien 1957, S. 511.

Organisationsstrukturen des Wiener Gemeindebaues der Zwischenkriegszeit und die ersten dies bestätigenden Erfahrungen in Amerika als Mitursachen nennen. Es versteht sich von selbst, daß mit der Entindividualisierung des Bauens und mit der Übertragung der persönlichen Verantwortlichkeit auf Gremien auch der human-individuelle und der künstlerische Anspruch reduziert werden muß.

Die vorderhand gegensätzlichen Positionen Rudolf Baumfelds und Victor Gruens (auf Persönliches gerichteter Architekturentwurf versus "über-individuelle" Raumplanung) verbanden sich in der Emigration auf eigentümliche Weise. Gruens "Einstieg" in Großplanungsaufträge in New York ist nicht dokumentiert. Offenbar betätigte er sich politisch in linken Emigrantenkreisen, bevor er kleinere Aufträge erhielt und dann "nach Jahren schwerster Arbeit"<sup>42</sup> seine ersten Shopping Malls, die als seine Erfindung bezeichnet werden, errichtete. Daß Rudolf Baumfeld nach einer erfolglosen Durststrecke in New York und nach seiner Tätigkeit in Planungsabteilungen der U.S. Navy ab 1945 bei Gruen Associates arbeitete und daß das Büro sich am Hauptnachfrageort nach solchen Einkaufszentren, in Los Angeles, niederließ, folgt der Logik der amerikanischen Architekturszene.

Wie Rudolf Baumfeld diente auch Gerhard Karplus im Zweiten Weltkrieg als Architekt beim US-Militär. Der Sohn des nicht unbedeutenden Wiener Architekten Arnold Karplus, der von der Jahrhundertwende bis 1938 Wohn- und Geschäftsbauten in Wien errichtete, hatte 1933 die Technische Hochschule absolviert und scheint bereits vor seiner Emigration über Beziehungen in die Vereinigten Staaten verfügt zu haben, denn bereits 1938–42 konnte er im New Yorker Büro Mayer & Whittlesey arbeiten. 1942–46 war er beim U.S. Navy Corps of Engineers in China, Burma und Indien und praktizierte ab 1946 mit einem eigenen Büro in New York. Neben Wohnhäusern in der Umgebung der Stadt (u.a. in Connecticut und auf Long Island) errichtete er vor allem Industrie- und Handelsbauten an verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten. Für österreichische Institutionen in New York erledigte er kleinere Umbauten (Kulturinstitut, Generalkonsulat, Botschaft bei den Vereinten Nationen und Verkehrsbüro).

Die ab 1910 geborene jüngste Generation der Amerika-Emigranten von 1938 brachte, da sie zum Zeitpunkt des "Anschlusses" noch in Ausbildung stand, einen vergleichsweise geringen "Ballast" an Wiener Architekturideologien mit nach Amerika und konnte sich daher umso schneller an die neue Lage anpassen. Oft wirkte der Schock über den brutalen Hinauswurf

42 Ebenda.



aus Österreich stärker als bei der erfahreneren Generation, da er wie aus heiterem Himmel zu kommen schien und die Studenten in einer sensiblen Prägungsphase ereilte. Zudem verloren viele Vertriebene dieser Generation nahe Verwandte, die den Verfolgungen der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. All dies führte zu schweren psychischen Belastungen und zum Verdrängen vieles mit Wien Zusammenhängenden über Jahrzehnte hinweg. Erst seit kurzem nähern sich diese auf ihren Gebieten überaus erfolgreichen Künstler wieder vorsichtig ihrer frühen Lebenswelt. Die Wiener Architekten-Emigranten dieser Generation sind in einem auch nach der Emigration eng befreundeten Kreis ehemaliger Studenten der Kunstgewerbeschule versammelt, die noch dazu alle in einer Klasse studiert, jedoch keine Gelegenheit mehr hatten, ihr Abschlusßdiplom zu erwerben. Auch aus diesem Grund war in den Vereinigten Staaten ein völliger Neubeginn erforderlich, da die nötigen Berufsausbildungen überhaupt erst erworben werden mußten.

Wegen der starken Parallelität der Schicksale dieser Generation ist es möglich, sie zusammenfassend zu behandeln. Maria Fenyö, Leo Glückselig, Alfred Fast und Mary Burlingham stammten aus der gehobenen Mittelschicht, als sie in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre meist im Alter von 18 Jahren in die Kunstgewerbeschule eintraten. Maria Fenyös Vater stammte aus Ungarn und war ebenfalls Architekt, Leo Glückseligs Vater betrieb einen erfolgreichen Kunsthandel mit Auktionshaus in der Weihburggasse in Wien, Alfred Fast's Vater war Industrieller, und Mary Burlinghams Mutter war die Tochter von Louis Comfort Tiffany. Über Mary Goldwaters Herkunft liegen bisher keine Informationen vor, während Simon Schmiderer der Sohn eines Eisenbahners aus Saalfelden war, eine Tischlerlehre absolviert hatte und mit einem Begabtenstipendium an die Kunstgewerbeschule kam. Diese sechs Studenten traten in verschiedene Klassen und Werkstätten der Kunstgewerbeschule ein, bevor sie sich schließlich in der Architekturklasse Josef Hoffmanns trafen. Nach dessen Emeritierung verblieben sie bei Hoffmanns Nachfolger Hans Adolf Vetter und hielten noch nach Veters Abgang 1937 ihrer Klasse, die nun der Tessenow-Schüler Franz Schuster übernommen hatte, die Treue.

Je nach ihrer Herkunft waren die sechs Studenten in ganz unterschiedlicher Weise vom "Anschluß" und vom Novemberpogrom betroffen. Maria Fenyö war ungarische Staatsbürgerin und flüchtete unmittelbar nach dem "Anschluß" zunächst nach Budapest, bevor Mary Burlingham, die als US-Staatsbürgerin in Wien unbehelligt blieb, sie zur Rückkehr nach Wien überredete. Fenyö beendete daraufhin im Juni 1938 noch das laufende Schuljahr, bevor sie über Berlin nach London emigrierte und von dort mit einem Affidavit ihres Stiefvaters nach Amerika kam. Leo Glückselig mußte dagegen durch alle Erniedrigungen gehen, die das Naziregime zu bieten

hatte. In der Architekturklasse Franz Schusters, in der er studierte, trat nach dem "Anschluß" ein Kommilitone, dem Glückselig vorher vielfach geholfen hatte, in SA-Uniform auf und verkündete, daß ab sofort niemand mehr mit dem Juden Glückselig sprechen dürfe. Seine Diplomarbeit, zu der er zwar zugelassen worden war, wurde im Juni 1938 von Franz Schuster ohne Angabe von Gründen nicht beurteilt. In der sogenannten "Reichskristallnacht" wurden er, sein Vater und sein Bruder von unbekanntem Schergen in ihrer Wohnung in der Leopoldstadt verhaftet, aufs Wachzimmer Leopoldstadt und von dort in die Roßauer Kaserne gebracht, wo Vater und Söhne schon aufgrund ihrer Zusammengehörigkeit besonders sadistisch bis in die frühen Morgenstunden von der SS mißhandelt wurden. Ein alter Bekannter, der ehemalige Sekretär der Kunstgewerbeschule und illegale Nationalsozialist Vitzthum, war in leitender Funktion an diesen Greueln beteiligt, verschaffte den ihm bekannten Mißhandelten aber gewisse Erleichterungen. Nach der anschließenden Haft und weiteren Folterungen in der Karajangasse in Wien-Brigittenau wurde Glückselig schließlich entlassen. Über Vermittlung eines alten Freundes des Vaters Glückselig, eines Herrn Weißberger, der Spanienkämpfer gewesen war und in den USA lebte, erhielt die ganze Familie Affidavits von Eileen Lewison, einer Dame aus einer New Yorker Bankiersfamilie, die auf diese Weise offenbar mehrere Juden aus Wien gerettet hatte. Alfred Fast's Emigrationsumstände konnten bisher noch nicht recherchiert werden, Mary Goldwater war US-Staatsbürgerin, und Simon Schmiderers Flucht aus Österreich war eng mit Mary Burlingham verwoben. Schmiderer war schon im Ständestaat als illegaler Sozialist oft verhaftet worden. Zu seiner Studienkollegin Mary Burlingham entwickelte sich eine enge Beziehung und nach ihrer Flucht aus Österreich im April 1938 heirateten sie auf dem Weg nach London in Holland. In London studierten beide gemeinsam mit Marys Bruder Bob an der Architectural Association (nach einer anderen Quelle an der Russell School) weiter, bevor sie im August 1938 in New York eintrafen.<sup>43</sup>

Die weitere Karriere dieser Gruppe entwickelte sich entsprechend dieser Vorbedingungen und ihrer Beziehungen in Amerika. Maria Fenyö hatte kurz bei Architekt Ernö Goldfinger in London gearbeitet, bevor sie im August 1940 in New York ankam, wo sie sich zunächst mit verschiedenen Gelegenheitsjobs durchschlug. Mary Goldwater vermittelte ihr schließlich Recherche-Arbeiten über ungarische Führungskräfte in der

43 Die Information dieser und der folgenden Ausführungen sind Gesprächen des Autors im September 1991 mit Maria Fenyö, Leo Glückselig, Timothy Schmiderer, Robert Haas und anderen Emigranten in den USA entnommen.



Washingtoner Library of Congress, die für Präsident Roosevelt ausgeführt wurden. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gab es plötzlich viel Arbeit in allen Architekturbüros, wodurch Fenyö sofort eine Stellung erhielt. Ihr Kollege Bernd Wagner, der Sohn eines Professors für Städteplanung an der Harvard University, riet ihr schließlich, die günstige Situation auszunützen und sich für ein Stipendium zu bewerben, das sie auch erhielt und ihr von 1942 bis 1944 das Studium an der Harvard University ermöglichte. Ihre weiteren Aktivitäten (Arbeiten in verschiedenen prominenten Büros, u.a. bei Marcel Breuer und bei Le Corbusier, aber auch als selbständige Architektin) wurzeln in den in der Kriegszeit in Harvard hergestellten Beziehungen.

Leo Glückselig gelang es nicht, wieder in der Architektur Fuß zu fassen. Nach seiner Ankunft in New York zusammen mit seinem Bruder mußte er sich zunächst darum bemühen, seine Eltern aus Wien zu retten, was schließlich auch gelang und zum geglückten Wiederaufbau des später vom Bruder geführten väterlichen Kunsthandels in New York führte. Dabei half der bekannte Händler Adler, der später die nicht weniger bekannte Galerie Hirschl & Adler gründete. Die ersten Schritte Leo Glückseligs erleichterte die jüdische Hilfsorganisation HIAS, die Rooming-House-Unterkünfte und kleine Jobs vermittelte. Für eine Wiener Mitemigrantin, die in New Jersey einen wohlhabenden Amerikaner geheiratet hatte, entwarf Glückselig ein Haus, das aber nicht realisiert werden konnte. Im August 1942 trat er schließlich in die U.S. Army ein, mit der er im Zuge der Invasion über Brest und Belgien nach Deutschland kam. Nach der Kapitulation ging er mit General McArthur in den pazifischen Raum, wo er auf den Philippinen stationiert war. Die erste Aufgabe nach der Rückkehr war es, seine spätere Frau Ita Sara Goldberg, die zum Zeitpunkt des "Anschlusses" als polnische Staatsbürgerin aus Österreich nach Polen geflüchtet war, zu finden. Sie hatte auf abenteuerliche Weise den Holocaust überlebt. Glückselig begann dann als Graphiker in der Werbebranche, wo er es bis zum gesuchten Freiberufler brachte, der unter anderem einige Arbeiten für Henry Grunwalds "Time Magazine" lieferte.

Simon Schmiderers "Einstieg" in den USA verlief vergleichsweise einfach. Zuerst arbeitete er in einem größeren Architekturbüro in Philadelphia, bevor er 1939 nach New York zurückging und in einem Büro praktizierte, das auch Aufträge für Tiffany's ausführte. Die meiste Zeit während des Krieges verbrachte er jedoch im renommierten Büro von Wallace Harrison, einem der Miterbauer des Rockefeller Center, der schon in den zwanziger Jahren Friedrich Kiesler tatkräftig geholfen hatte. 1947 realisierte Schmiderer in New York unter anderem zusammen mit Felix Augenfeld die oben erwähnte Ladenausstattung an der Madison

Avenue. Dann verließ er zusammen mit einer Gruppe junger Architekten das Büro Harrisons, um an der Errichtung des Gebäudes der Vereinten Nationen mitzuwirken. Schließlich arbeitete er für die IBEC-Agentur, die Nelson Rockefeller zur Planung sozialer Wohnbauten gegründet hatte, und ging mit ihr nach Puerto Rico. Dort, aber auch in Bagdad, San Salvador und Argentinien hatte IBEC Wohnbauten in vorfabrizierter Bauweise errichtet. In den fünfziger Jahren unterrichtete Schmiderer an der Columbia University in New York, eine Aufgabe, die ihm sehr lag. An biographisch interessanten Beziehungen bestand (schon seit den Zeiten der illegalen Revolutionären Sozialisten in Wien 1934–38) eine enge Freundschaft mit Joseph Buttinger, der zusammen mit seiner Frau Muriel Gardiner u.a. ein pädagogisches Kinderferienlager betrieb, das die Kinder Simon Schmiderers und Mary Burlinghams besuchten. Den Sommer verbrachte die Familie bis in die jüngste Vergangenheit oftmals in Saalfelden, dem Heimatort Schmiderers.

Die Laufbahn Mary Burlinghams verlief parallel zu jener Schmiderers. Sie arbeitete als Illustratorin und Ladenausstatterin, unterrichtete aber auch an Elementarschulen. In der Architektur scheint sie nicht mehr aktiv geworden zu sein. Alfred Fast arbeitete in verschiedenen großen Büros an der Westküste. Über ihn und über Mary Goldwater, die ja für Maria Fenyös Etablierung in den USA eine gewisse Rolle gespielt hatte, liegen bisher noch keine weiterführenden Informationen vor.

Als Ergebnis des Einwirkens der österreichischen Moderne auf die amerikanische Architektur drängt sich die nicht beantwortbare Frage der Quantifizierung dieses Einflusses auf. Ein isolierbarer "österreichischer" Einfluß in dem komplexen, heterogenen Gebilde der amerikanischen Architektur unseres Jahrhunderts läßt sich generell ebensowenig ausmachen wie etwa ein "deutscher". Allerdings sind die spezifischen Qualitäten der deutschen und der österreichischen Moderne in einzelnen Teilbereichen sichtbar eingeflossen und lassen sich punktuell feststellen. So sehr Mies van der Rohe, Walter Gropius und Marcel Breuer das kommerziell orientierte Bauen in Amerika seit den dreißiger Jahren beeinflusst haben, so sehr blieb diese amerikanische Version des "Neuen Bauens" auch amerikanisch, also unter europäischen Bedingungen nicht denkbar. Das Einfache, Praktische und Berechenbare waren jene Bauhaustugenden, die dem amerikanischen Kulturbegriff am nächsten kamen und die von den Bauhäuslern mit der amerikanischen Tradition verschmolzen werden konnten. Dies scheint auch die Karriere von Victor Gruen zu bestätigen.

Ansonsten lag die Präsenz der österreichischen Moderne mehr im überblickbaren Bereich der Architektur für das Wohnen und der stets auf persönliche oder spezielle Bedürfnisse abgestellten Inneneinrichtung. War



der Bauhauseinfluß eher allgemeiner Natur, so beschränkte sich die Wiener Moderne in Amerika aufs Spezielle, Persönliche und Erlesene. Rudolph Schindlers Bauten belegen dies ebenso wie die Theaterausstattungen Joseph Urbans, Friedrich Kieslers Ausstellungsinszenierungen genauso wie Felix Augenfelds Wohnungseinrichtungen und Ferienhäuser. Selbst dort, wo sich der amerikanische und der deutsche "Ökonomismus" übermächtig verbanden, im Bereich der großen Bauaufgaben an der Ostküste, konnten die jüngsten in Wien ausgebildeten Architekten wie Maria Fenyö und Simon Schmiderer noch Akzente des Persönlichen, des Individuellen und des Kunstvollen einbringen. Vielleicht wird sich diese detailverliebte, immer auf persönliche Bedürfnisse bezogene Wiener Architekturtradition auf lange Sicht sogar als folgenreicherer, obwohl bescheidenerer und unauffälligerer Beitrag zur Entwicklung der amerikanischen Moderne erweisen. In Österreich selbst hat das allgemeine kulturelle Bewußtsein die Existenz einer Wiener Moderne in Amerika verdrängt und ihre nicht erst seit der heutigen globalen Kommunikation für Österreich so wesentliche Bedeutung bisher weitgehend ignoriert. Die entsprechende Aufarbeitung müßte sofort geleistet werden, da die wichtigsten Quellen zu versiegen drohen, ja zum Teil bereits versiegt sind.

## DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

### TÄTIGKEITSBERICHT 1991

Die traditionelle **Jahresversammlung** des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes fand am 11. März 1991 im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses statt. Dr. h. c. Dipl. Ing. Simon Wiesenthal zog in seiner Gedenkrede ein "Resümee für die Generation der Überlebenden", worin er die Schwierigkeiten bei der Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen einerseits und die gegenwärtige Problematik der neonazistischen Holocaust-Leugnung andererseits in eindrucksvollen Worten darlegte.\* Für die musikalische Umrahmung des Festaktes sorgte die Gruppe "Gojim" mit jiddischen Liedern.

Bei der Generalversammlung 1991 fand statutengemäß keine Neuwahl des **Vorstandes** statt, es wurde jedoch eine Nachwahl durchgeführt. Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock wurde zum Ehrenpräsidenten, Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs i. R. Dr. Hubert Jurasek und Landtagsabgeordneter a. D. Dr. Ludwig Soswinski wurden zu Vizepräsidenten, Mag. Peter Soswinski wurde zum stellvertretenden Kassier und RA Dr. Heinrich Keller zum Vorstandsmitglied gewählt.

Auf Beschluß des Vorstandes wurden folgende Persönlichkeiten neu in das **Kuratorium** aufgenommen: Obermagistratsrat Dr. Adelheid Bretterbauer, Bundesrat a. D. Schella Hanzlik, Präsident des Jugendgerichtshofs Honorarprofessor Dr. Udo Jesionek, Kammerschauspieler Prof. Fritz Lehmann, Ministerialrat Univ. Doz. Dr. Manfred Rauchensteiner, Mag. Dr. Robert Streibel.

Im Jahre 1991 betrauerte das DÖW das Ableben seines Ehrenpräsidenten Bürgermeister a. D. KR Bruno Marek, der viele Jahre hindurch zuerst als Präsident und später als Ehrenpräsident dem Vorstand angehört hatte, und seines langjährigen Vizepräsidenten, Domvikar Prof. OStR. Monsignore Josef Pinzenöhler. Aus dem Kreis der Kuratoriumsmitglieder betrauerte das DÖW den Tod von Abg. a. D. Karl Mark und Walter Wachs. Auch in den Kreis der langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter riß der Tod 1991 wieder Lücken. Von Rosa Morche, Dr. Elisabeth Steinitz, Karl Svoma und Madelaine Wolf mußte auf immer Abschied genommen werden. Sie alle waren schon 1934–1945 im Widerstand aktiv und Verfolgungen ausgesetzt gewesen und hatten nach ihrem Übertritt in den Ruhestand ihre Zeit der Arbeit des Dokumentationsarchivs gewidmet, dem sie wertvolle Hilfe und Unterstützung leisteten.

\* Die Rede ist im vorliegenden Jahrbuch, S. 5–12, zur Gänze abgedruckt.



## TÄTIGKEIT 1991

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören Vertreter der drei Stifter – Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv – an.

### Wissenschaftliche Vorhaben und Publikationen

Im Berichtszeitraum konnte eine Reihe großer Publikationsvorhaben weitergeführt oder fertiggestellt werden.

Die wissenschaftlichen Arbeiten an den Dokumentationen über **Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern** konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Die zweibändige Arbeit über das Bundesland Salzburg wurde im März 1991 im Rahmen von zwei Veranstaltungen in den Räumen der K. Ö. H. V. Rupertina und in der Katholischen Hochschulgemeinde in Salzburg präsentiert. Die Publikation stieß auf sehr gutes Echo in den Medien. Die Arbeiten für die Dokumentation über Widerstand und Verfolgung in der Steiermark wurden bereits begonnen; am 3. Dezember 1991 konstituierte sich in Graz eine mit der Bearbeitung betraute wissenschaftliche Kommission.

Im Rahmen des Forschungsprojektes über **Österreicher im Exil** werden im Laufe des Jahres 1992 die zweibändige Dokumentation über das Exil in den USA sowie der Band über Österreicher in Großbritannien erscheinen. Aufgrund der mittlerweile deutlich verbesserten Archivsituation wurde mit den Vorarbeiten zur Erforschung des Exils in der Sowjetunion begonnen. Fortgesetzt werden die Arbeiten an der Dokumentation über Österreicher im Exil in Lateinamerika. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München wird im DÖW der **Österreicher-Band des "Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration"** bearbeitet. Der Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur computergestützten Aufarbeitung von bibliographischen und biographischen Daten österreichischer SchriftstellerInnen im Exil konnte gleichfalls erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Rahmen der Reihe **"Erzählte Geschichte"** stehen die Bände 2 (Das christlich-konservative Lager) und 3 (Jüdische Schicksale) vor der Fertigstellung und werden ebenfalls 1992 der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

1991 erschien das sechste **Jahrbuch** des Dokumentationsarchivs, das DÖW-Ehrenpräsident Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock zum 80. Geburtstag gewidmet war. Erstmals wurde eine inhaltliche Schwerpunktsetzung

vorgenommen. Die Beiträge des Jahrbuchs befaßten sich mit verschiedenen Aspekten des katholisch-konservativen Widerstandes. Weiters enthielt es das von Bischof Dr. Alfred Kostecky anlässlich der Jahresversammlung 1990 gehaltene Referat.

Gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien wurde die Publikation **"Christlich – Ständisch – Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934 – 1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages"** vorbereitet, zu der DÖW-Ehrenpräsident Vizekanzler a. D. Dr. Bock ein Vorwort verfaßte und die Anfang 1991 im Parlament durch ÖVP-Klubobmann Dr. Heinrich Neisser, DÖW-Ehrenpräsident Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock sowie Dr. Gertrude Enderle-Burcel, die die Zusammenstellung der Publikation geleitet hatte, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Publikation fand hervorragendes Echo in Zeitungen, aber auch in Fernsehen und Rundfunk.

Neonazistische Zeitschriften leugnen seit Jahren die Existenz von Gaskammern in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Um diesen Geschichtslügen zu begegnen, wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung Politische Bildung, eine **Broschüre "Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und 'revisionistische' Geschichtsschreibung"** (Vorwort: Dipl. Ing. Dr. Simon Wiesenthal) herausgegeben, die sich mit Argumenten und Methoden der Holocaust-Leugner auseinandersetzt.

Mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines **Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus**, das unter Mitarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und verschiedener österreichischer Universitäten gestaltet werden soll, wurde begonnen. Mit einer Fertigstellung des Buches kann Ende 1992 gerechnet werden.

Das Protokoll der vom Dokumentationsarchiv gemeinsam mit der Gesellschaft für politische Aufklärung und der Israelitischen Kultusgemeinde durchgeführten Tagung **"Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung"** (15. 5. 1990) wurde im März im Rahmen einer ausgezeichnet besuchten Pressekonferenz von den Veranstaltern präsentiert. Die bei dieser Tagung vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung der gesetzlichen Handhabung gegen neonazistische Umtriebe wurden mittlerweile von den Parlamentsparteien aufgegriffen, bedauerlicherweise konnte bis Ende 1991 noch keine Einigung über eine entsprechende Gesetzesänderung erzielt werden.

Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurde ein Pilotprojekt für ein großes Forschungsvorhaben **"Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer"** durchgeführt. Die Realisierung des Hauptprojektes kann erst nach Vorliegen der



materiellen Voraussetzungen – es wird sich dabei um ein rechenintensives, mehrjähriges Projekt handeln – in Angriff genommen werden.

### Archiv, Bibliothek, Sammlungen

Im Zuge der wissenschaftlichen Projekte des DÖW konnten die Sammlungen um wertvolle Materialien erweitert werden. Im Berichtszeitraum erhielt das DÖW eine Reihe von Dokumenten aus privater Hand, vor allem dank der Kooperationsbereitschaft der im Rahmen des Projektes "Erzählte Geschichte" befragten ZeitzeugInnen. Weiters stellte das Bundesministerium für Inneres dem Dokumentationsarchiv die Unterlagen des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1962 zur Kopierung zur Verfügung. Die Archivierung und katalogmäßige Erfassung des **Aktenbestandes** mittels EDV machte große Fortschritte. Bisher konnten 7.800 Akten auf diese Weise eingearbeitet werden. In Hinkunft wird nach Personennamen, aber auch anhand von Schlagwörtern abgefragt werden können, was die Effizienz der Benutzerberatung bedeutend steigern und die Arbeit der MitarbeiterInnen deutlich erleichtern wird.

Im Bereich der **Bibliothek** konnten im Berichtsjahr wieder beträchtliche Zuwächse verzeichnet werden. Die Bibliothek wuchs auf 24.900 Titel an.

Im Zuge der Bearbeitung der Reihe "Erzählte Geschichte" stellten wieder zahlreiche Privatpersonen dem DÖW historisch wertvolle **Fotos** zur Verfügung, wofür an dieser Stelle auch herzlich gedankt werden soll. Oft wird übersehen, daß auch Privataufnahmen oder persönliche Dokumente für die zeitgeschichtliche Forschung von großem Wert sind. Die Fotosammlung wuchs auf rund 27.000 archivierte Bilder an, eine große Zahl von Fotos konnte bisher noch nicht aufgearbeitet werden. Auch die katalogmäßige Erfassung der Fotobestände erfolgt mittlerweile mittels EDV.

Die **Plakatsammlung** umfaßt derzeit ungefähr 2.700 Exemplare und wird weiter ergänzt.

Die im Laufe des Projektes "Erzählte Geschichte" ausgeübte Interviewtätigkeit führt zu einer ständigen Ergänzung des Bestandes an Tonbandaufzeichnungen und Abschriften biographischer Interviews mit Widerstandskämpfern, Verfolgten und Vertriebenen. Das Schwergewicht liegt derzeit auf Befragungen für die Bände 2 und 3 der Reihe "Erzählte Geschichte" sowie für das Projekt Österreicher im Exil in der Sowjetunion. Diese Sammlung bewahrt die historisch wertvollen Erfahrungen und Informationen hunderter Zeitzeugen auf, die ansonsten dem Vergessen anheimfallen würden. Derzeit liegen Interviewprotokolle mit rund 770 Einzelpersonen (mehr als 2.400 Tonbandkassetten) vor.

Die **Mikrofilmsammlung** wird ebenfalls laufend um Bestände ausländischer Archive erweitert. Die **Dokumentarfilmsammlung** des DÖW

wird vor allem vom ORF häufig benützt. Gleichfalls ständig ausgebaut wird die **Videosammlung**.

Die **Zeitungsausschnittesammlung** wird durch Artikel aus in- und ausländischen Blättern ergänzt. Thematisch werden hauptsächlich Beiträge zu Widerstand, Verfolgung, Exil, Kriegsverbrechen und Rechtsextremismus gesammelt.

Auf großes Interesse seitens der Benutzer stößt die **Sammlung zum Thema Rechtsextremismus**, die neben Zeitungsausschnitten auch einen umfangreichen Bestand rechtsextremer Publizistik umfaßt. Mit Hilfe dieser Materialien können die Öffentlichkeit sowie Behörden immer wieder auf Aktivitäten dieser Gruppen aufmerksam gemacht werden. So gelang es 1990, die Kandidatur der neonazistischen Liste "Nein zur Ausländerflut" zu den Nationalratswahlen zu verhindern. Die Untersagung wurde 1991 vom Verfassungsgerichtshof als rechtmäßig bestätigt.

Die Sammlung von Materialien sowie deren Aufarbeitung und Betreuung zählen zu den wichtigsten, aber auch aufwendigsten Arbeiten für die MitarbeiterInnen des DÖW. Alle Neuzugänge müssen geordnet, archiviert und in Katalogen verzeichnet werden, damit sie für Benutzer zugänglich sind.

Im Berichtszeitraum wurden rund 900 Benutzer beraten und betreut. Da erfreulicherweise StudentInnen in stärkerem Ausmaß als bisher die Sammlungen des DÖW für Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen benützen, mußte auch die Beratungs- und Betreuungstätigkeit intensiviert werden. Zur Schonung der wertvollen Originale erwies es sich als notwendig, Kopien der Dokumente an die Benutzer auszugeben und eine komplette Durchkopierung der Originalakte vorzunehmen. Neben der Beratungstätigkeit mußten zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet werden.

Insgesamt wurden 1991 auf einem Gerät rund 200.000 Kopien angefertigt. Daneben kopieren zahlreiche Benutzer auf dem seit 1986 zur Verfügung stehenden Münzkopiergerät selbst.

### Ausstellungen

Zahlreiche Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen besuchten 1991 die **ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs "Der österreichische Freiheitskampf"** in der Bürgerstube des Alten Rathauses. Lehrer nützen in zunehmendem Maße die kostenlosen Führungen als wertvolle Ergänzung des zeitgeschichtlichen Unterrichtes. Doch auch Gendarmerie- und Polizeischüler, Bundesheerangehörige, Zivildienstler im Grundlehrgang, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland sowie Botschafter und ausländische Delegationen zählen zu den Besuchern der Ausstellung. Alle



diese Gruppen werden von Zeitzeugen oder jüngeren Historikern betreut. Im Anschluß an die Führungen werden häufig Diskussionen, vor allem über die Frage rechtsextremer und rassistischer Tendenzen in Österreich, gewünscht.

Die von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gestaltete Ausstellung **"Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe"** wurde – ergänzt um eine Tafel, die die Österreichkontakte dieser Gruppe darstellte – vom 15. Jänner bis zum 22. Februar 1991 im Adolf-Czettel-Bildungszentrum der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, und vom 5. März 1991 bis zum 4. April 1991 in der Österreichischen Nationalbibliothek gezeigt. Bei den beiden Eröffnungen sprachen DÖW-Ehrenpräsident Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, der Präsident der Arbeiterkammer, Mag. Heinz Vogler, Prof. Ger van Roon, Niederlande, Bundesminister Dr. Erhard Busek, Prof. Roman Bleistein, SJ, München, Generaldirektorin Dr. Magda Streibl.

Im November und Dezember 1991 war im Ausstellungsraum des DÖW eine aus Deutschland kommende, vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gestaltete Ausstellung über Zigeunerverfolgung zu sehen. Die **Wanderausstellungen "Der österreichische Freiheitskampf"** und **"Österreicher im Exil"** können kostenlos durch Schulen, Institutionen und Organisationen im DÖW entlehnt werden, nur für den Transport muß der Veranstalter selbst sorgen.

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938–1945 im ehemaligen "Hotel Metropol" das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert eine **Gedenkstätte** an die Opfer des Nationalsozialismus, die vom DÖW betreut wird und im Jahr 1991 von mehreren tausend Personen, darunter zahlreiche Schulklassen und ausländische Gäste, besucht wurde. Der Gedenkraum ist Montag 14-17 Uhr, Donnerstag und Freitag 9-12 Uhr und 14-17 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

#### Aktivitäten für die Schuljugend

Wie schon in den vergangenen Jahren arbeitete das Dokumentationsarchiv auch 1991 aufs engste mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung Politische Bildung, zusammen. Die oben erwähnte Broschüre **"Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und 'revisionistische' Geschichtsschreibung"** wurde in Einvernehmen mit dem Bundesministerium gestaltet und wurde nach Erscheinen vom Ministerium an Schulen bzw. LehrerInnen weitergegeben.

Einige der älteren, ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Dokumentationsarchivs waren im Berichtszeitraum wieder als ZeitzeugInnen in

Schulen in ganz Österreich, wo sie den jungen Menschen über ihre Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus berichteten und im Anschluß daran oft lange diskutierten. Voraussichtlich im Schuljahr 1994/95 soll wieder mittels Schülerprojektarbeiten (voraussichtliches Thema: 50 Jahre Kriegsende) das Interesse der Schuljugend für Zeitgeschichte geweckt werden.

Mitarbeiter des DÖW wirkten auch bei Seminaren für Geschichtslehrer und an Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit.

#### Sonstige Aktivitäten

1991 erschienen fünf Folgen der **"Mitteilungen"**, deren Auflage mittlerweile auf 4.300 Stück erhöht werden konnte. Die Zeitung informiert neben interessierten Einzelpersonen auch wissenschaftliche Institute und Organisationen in Europa und Übersee sowie die österreichischen Auslandsvertretungen über die Aktivitäten des Dokumentationsarchivs, zeitgeschichtliche Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.

Am 4. April 1991 wurde an den Bibliothekar des Dokumentationsarchivs, Herbert Exenberger, in den Räumen des Dokumentationsarchivs der erstmals zur Verleihung gelangende Helga und Willy Verkauf-Verlon-Preis für antifaschistische Publizistik verliehen.

Das Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialforschung führte Ende Oktober 1991 in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv eine wissenschaftliche Tagung zum Thema **"Antisemitismus messen?"** durch, an der namhafte Sozialwissenschaftler, Psychologen und Historiker aus dem In- und Ausland teilnahmen.

Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder des Dokumentationsarchivs besuchten Anfang November 1991 (auf eigene Kosten) die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, wo ein Kranz zum Gedenken an die Opfer niedergelegt wurde. DÖW-Präsident Landtagspräsident a. D. Hubert Pfoch hielt eine kurze Gedenkrede.

In den Räumen des Dokumentationsarchivs wurde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung das Heft Nr. 3/1991 der Zeitschrift **"Medien und Zeit"** präsentiert, das dem Schwerpunktthema **"Neonazistischer und rechtsextremer Journalismus in Österreich seit 1945"** gewidmet war.

MitarbeiterInnen, Kuratoriums- und Vorstandsmitglieder des DÖW hielten zahlreiche Vorträge bei wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im In- und Ausland. Mehr als 100 Studenten nahmen wieder an den Vorlesungen von DÖW-Vizepräsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner an der Wiener Universität zum Thema **"Das Jahr 1945 – ein**



Neubeginn?" teil und legten eine schriftliche Abschlußprüfung ab.

Das DÖW arbeitet eng mit der **Jura-Soyfer-Gesellschaft** zusammen, als deren Präsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner fungiert. Eine einzigartige Sammlung handschriftlicher Manuskripte des Dichters befindet sich in den Aktenbeständen des DÖW. Vertreter des DÖW arbeiten in der vom DÖW-Kuratoriumsmittglied Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka und DÖW-Vorstandsmittglied Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl geleiteten **Gesellschaft für politische Aufklärung** mit und unterstützen deren Aktivitäten. Ebenso wirkt das DÖW in der **Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH)** mit, die alljährlich eine internationale Konferenz in Linz durchführt; 1991 fand die 27. Konferenz statt.

Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk berichteten des öfteren ausführlich über Projekte und Publikationen des Dokumentationsarchivs. MitarbeiterInnen wurden mehrfach als Fachleute für Interviews in den Medien herangezogen.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmittgliedern, MitarbeiterInnen des DÖW für die geleistete Arbeit und den Freunden und Förderern des DÖW für die finanziellen Spenden und Legate.

## DIE AUTOREN

BRIGITTE BAILER-GALANDA, Dr. phil., Mag. rer. soc. oec., Mitarbeiterin des DÖW, Wien

SIEGFRIED BEER, Dr. phil., Ass. Prof. am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz

MATTHIAS BOECKL, Dr. phil., Mag. phil., Assistent an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien, Lehrkanzel für Geschichte und Theorie der Architektur

SIEGWALD GANGLMAIR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

MOZES HEINSCHINK, Mitarbeiter im Phonogrammarchiv der Akademie der Wissenschaften, Wien

URSULA HEMETEK, Dr. phil., Vertragsassistentin am Institut für Volksmusikforschung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Wien

ELEONORE LAPPIN, Mag. phil., Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Juden in Österreich in St. Pölten

PETER MALINA, Dr. phil., Bibliothekar am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien

JONNY MOSER, Dr. phil., Prof., Historiker und Publizist, Vorstandsmittglied des DÖW, Wien

HANS NEUBROCH, Group Captain OBE, RAF (retired), Großbritannien

ALBERT STERNFELD, Vorstandsdir. i. R., freier Publizist, Mitglied der Royal Air Force Historical Society

SIMON WIESENTHAL, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien



**DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN  
WIDERSTANDES**

**Publikationen zum Sonderpreis:**

**Österreicher und der Zweite Weltkrieg**, hrsg. v. DÖW. Mit Beitr. v. Karin Berger, Peter Eppel, Florian Freund, Peter Malina, Wolfgang Neugebauer u. a., 184 S. S 140, –

**„Anschluß“ 1938**, hrsg. v. DÖW. Mit Beitr. v. Rudolf G. Ardelt, Winfried R. Garscha, Wolfgang Häusler, Robert Holzbauer u. a. 685 S. Karton S 290, –

Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich 1938 – 1945**. 632 S. S 320, –

Florian Freund, **KZ Ebensee**. Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, deutsche bzw. englische Ausgabe, 48 S. S 40, –

Florian Freund, Bertrand Perz, **Das KZ in der „Serbenhalle“**. Zur Kriegsindustrie in Wr. Neustadt. 256 S. S 200, –

Florian Freund, **Arbeitslager Zement**. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung. 486 S. S 298, –

Bertrand Perz, **Projekt Quarz**. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk. 524 S. S 350, –

**Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich**, 3 Bände in Kassette: Bd. 1 – **Das KZ in der Serbenhalle**, Bd. 2 – **Arbeitslager Zement**, Bd. 3 – **Projekt Quarz**. S 800, –

**Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“**. Mit Beitr. v. Helmuth Bleiber, Winfried R. Garscha, Norbert Schausberger, Wolfgang Neugebauer u. a., 228 S. S 50, –

Postkartenserie **Österreichische Widerstandskämpfer/innen**, Serie von 20 Exemplaren, hrsg. v. DÖW. S 80, –

**Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934 – 1945**, hrsg. v. DÖW. 2 Bände, 653 bzw. 656 S., Fotos und Faksimiles.  
Preis je Band: Leinen S 300, – , Karton S 200, –

**Jahrbuch 1991**, Schwerpunkt: Katholischer Widerstand, hrsg. v. DÖW. 158 S. S 60, –

**Amoklauf gegen die Wirklichkeit**. NS-Verbrechen und „revisionistische“ Geschichtsfälschungen, hrsg. v. DÖW. 136 S. A 4-Format. Ladenpreis S 140, – (Subskriptionspreis S 90, –)

**Spurensuche**. Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 4: Die Kärntner Slowenen, hrsg. v. DÖW, Klub Prežihov Voranc, Klagenfurt/Celovec, Institut za proučevanje prostora Alpe-Jadran, Klagenfurt/Celovec. ÖBV 1990, 456 S. S 200, –

**Alexander Mensdorf, Im Namen der Republik**. Rechtsextremismus und Justiz in Österreich, Löcker Verlag, Wien 1990, 312 S. S 170, –

**Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung**. Protokoll der gleichnamigen Tagung am 15. Mai 1990 in Wien, hrsg. v. DÖW, Israelitische Kultusgemeinde Wien, Gesellschaft für politische Aufklärung. 44 S. S 20, –

**Das Lachout-„Dokument“**. Anatomie einer Fälschung, hrsg. v. DÖW. 48 S. S 30, – (Engl. Ausgabe S 40, –)

**Rechtsextremismus und Medien**. Medien & Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung. Nr. 3/91. S 40, –

Gertrude Enderle-Burcel, **Christlich – Ständisch – Autoritär**. Mandatare im Ständestaat. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages, hrsg. v. DÖW und der Österr. Gesellschaft für historische Quellenstudien. 310 S. S 200, –

Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen**. 316 S. S 250, –

Plakatmappe **„Sinti und Roma. Verfolgt – Ermordet – Vergessen. Nationalsozialistische ‚Zigeunerverfolgung‘ in Österreich“**, 13 Blätter im Hochformat, 61 x 86 cm, S 500, –

Plakatmappe **„Der österreichische Freiheitskampf“**, 25 Blätter. S 190, –

**In Vorbereitung:**

**Österreicher im Exil – Großbritannien 1938 – 1945**  
Österreichischer Bundesverlag  
Subskriptionspreis: Leinen S 360, – / Karton S 280, –



# CA, die Bank zum Erfolg.



Seit gestern ist sich Eva sicher: eins und eins ist mehr als zwei. Sie rechnet und rechnet nach, kein Zweifel: Ihr Vermögen hat Zuwachs bekommen. Wieviel? Das bleibt ein süßes Geheimnis – zwischen Eva und Adam und ihrem CA-Berater.



CREDITANSTALT



**Schwerpunkt: Verfolgung von Minderheiten in  
der NS-Zeit, Diskriminierung der Opfer in der  
Nachkriegszeit**

**Beiträge über Euthanasieopfer,  
Zwangssterilisierte, Juden, Sinti und Roma, KZ  
und andere Lager**

**ISBN 3-901142-06-1**